

Belegte 36,00 bfr., Dänemark 8,00 dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 100 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 140,00 Din., Luxemburg 28,00 lfr., Niederlande 2,00 fl., Norwegen 1,50 kr., Österreich 12,00 S., Portugal 100 Esc., Schweden 6,50 skr., Schweiz 1,80 sfr., Spanien 135 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Honecker: Der DDE-Statrat, der seinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland bisher von der Entwicklung im Ost-West-Verhältnis abhängig gemacht hat, geht in einem Interview für den "Messaggero" offenbar davon aus, daß die Visite sicher stattfinden werde. (S. 10)

Libanon: Die Übergänge zwischen den beiden Teilen Beirut sind jetzt alle von den Milizen geöffnet worden; am Wochenende wurden sie von Demonstranten wieder blockiert, die gegen das Vorgehen der Miliz im Bürgerkrieg protestierten.

Saarländ: In Saarbrücken verdrängen sich die Anzeichen dafür, daß Ministerpräsident Zeyer (CDU) noch in dieser Woche sein Kabinett umstellt. Die beiden Ressorts der FDP sollen unberührt bleiben. (S. 10)

Kohl in Mexiko: Das mittelamerikanische Land, zweite Station der Kanzler-Reise nach Lateinamerika, stößt unter Arbeitslosigkeit und Rückgang der Reallohnsumme um 50 Prozent in den vergangenen beiden Jahren. (S. 5)

Verteidigung: Minister Wörner verurteilt sich energisch gegen die Drohung von US-Senatoren, die USA könnten einen Teil ihrer Truppen aus Europa abziehen, falls die europäischen NATO-Länder ihre Verteidigungsausgaben nicht erhöhen würden. (S. 10)

Sowjetraketen: Vom 10. bis 20. Juli würden Träger Raketen erprobt, die von der UdSSR aus in ein Gebiet im Pazifik geschossen werden, berichtet die Armeezeitung "Krasnaja Swesda".

SPD-Niedersachsen: Zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1988 wählte der Landesparteitag den Bundestagsabgeordneten Gerhard Schröder, Nachfolger von Karl Ravens als Landesvorsitzender wurde Johannes Bruns. (S. 3)

Heute: Bundeskanzler Kohl in Mexiko. - EG-Finanzminister beraten in Brüssel über Konjunkturstützung. - Präsident Mitterrand nach Jordanien. - OPEC-Konferenz in Wien. - FDP-Bundesvorstand tagt. - Craxi zu zweitägigem Besuch in der "DDR". - "DDR"-Verkehrsminister Arndt in Bonn.

ZITAT DES TAGES



Die Rechnung, immer mehr verdienen für immer weniger arbeiten, kann nicht aufgehen

Der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Chardon

WIRTSCHAFT

Südkorea: In mehrseitigen bilateralen Konsultationen hat die EG-Kommission den koreanischen Außenminister Wong Kyung-lee auf die Gefahr hingewiesen, daß sein Land für die Gemeinschaft zu einem "zweiten Japan" werden könnte. (S. 11)

Dritte Welt: In ihrem Entwicklungsbereich hält die Weltbank von 1985 bis 1995 ein jährliches Wachstum der Bruttoinlandsprodukte, also ohne Außenhandel, um mehr als fünf Prozent für möglich. (S. 11)

Glasfaser: Nach dem Kartellamtverbot haben die fünf Firmen Siemens, AEG, Philips, Kabelmetal und SEL ihre Pläne zur Errichtung eines Werkes für die Herstellung von 100 000 Kilometern Glasfaserkabel pro Jahr in Berlin endgültig zu den Akten gelegt, erklärt Siemens-Chef Kaske.

KULTUR

Sammlung Mémel: Im Pariser Grand Palais ist im texanischen Houston, beheimatete Sammlung jetzt unter dem Titel "La rime et la raison" - Umkehrung der französischen Version von "ohne Sinn und Verstand" - zu sehen mit den Schwerpunkten Avantgarde, Surrealismus und Völkerrunde. (S. 17)

Chagall: Zum 97. Geburtstag des in Russland geborenen Malers hat seine französische Wahlheimat den Künstler mit drei Retrospektiven geehrt; sein graphisches Werk wird im Centre Pompidou in Paris gezeigt, 85 Gemälde an seinem Wohnort Saint-Paul-de-Vence und Skulpturen und Glasfenster in Nizza.

Bewältigte Arbeitsmarktprobleme

Während in Europa rund drei Millionen Arbeitsplätze verloren gingen, sind in den USA von 1969 bis Mai 1984 mehr als 21,3 Millionen Jobs geschaffen worden; im Juni sank die Arbeitslosenrate auf 7,1 Prozent - die niedrigste seit vier Jahren. Anders als in der Bundesrepublik, wo sich die Lage noch nicht entspannt hat, haben auch die Schweiz und Japan die Arbeitsmarkt-Probleme im Griff. WELT-Korrespondenten berichten aus Washington, Bern und Tokio. Seite 7

SPORT

Tennis: John McEnroe gewann zum dritten Mal das Turnier von Wimbledon. Er besiegte Jimmy Connors in einem der kürzesten Endspiele der Geschichte des Wimbledon-Turniers mit 6:1, 6:1, 6:2 (S. 8)

Fußball: Trainer Ribbeck verläßt den Deutschen Fußball-Bund. Seine letzte Aufgabe: Die Betreuung der Olympia-Mannschaft. Ribbeck war bei der Nachfolge von Jupp Derwall übergegangen worden.

AUS ALLER WELT

Milchstraße: Eine gewaltige "Zunge" heißer ionisierter Gase haben US-Wissenschaftler entdeckt. Sie wird von einem bisher unbekannten starken Magnetfeld in Längsrichtung der Milchstraße zusammengehalten. (S. 18)

Feuer-Theater: Hunderttausende sahen in Berlin ein Riesenspektakel, das der Wiener Künstler Erich Heller vor dem Reichstag inszeniert hatte. (S. 3)

Wetter: Sonnig, bis 31 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Moskau ignoriert den Brief zur Deutschen Einheit. - Von Bernd Conrad S. 2

Turnen: Deutsche Mädchen werden auf dem Weg nach Olympia immer stärker S. 9

Stockholm: Bei der Kontrolle spielt Moskau nicht mit; zur Sommerpause der KVAE S. 3

Krankenkassen: Beiträge steigen weiter; wieder mehr Ausgaben im Gesundheitswesen S. 10

Berlin: Internationaler Historiker-Kongreß - Widerstand gegen Hitler war vielfältig S. 4

Fernsehen: Der britische "Sky Channel"; auf Schleppfeldern in Europas Wohnzimmer S. 14

Frankreich: Wider alle Umstände setzt Präsident Mitterrand auf seinen Sozialismus S. 5

Österreichische Spielbanken: Den Kunden die Schwelgereien nehmen S. 15 und 16

Portugal: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 5

Pankraz: Warum ein Literaturwissenschaftler das Epigonenhum so lobt S. 17

Bangemann: Tarifparteien und Politik wieder an einen Tisch

Aber keine Rückkehr zur „Konzertierten Aktion“ / Streiks kosteten Milliarden

DW, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) bat Bedenken gegen Prognosen geäußert, daß die jetzt vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen positive Arbeitsmarkteffekte erzielen werden. In einem WELT-Interview kündigte der Minister zugleich an, er wolle das Gespräch zwischen Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften wieder beleben. Aber die alte Form der Konzertierten Aktion, wie sie Karl Schiller (SPD) begründet hatte, werde es wohl nicht mehr geben. Mit Bangemann sprach Manfred Schell.

WELT: Herr Minister, passen die Tarifabschlüsse in der Metall- und in der Druckindustrie zur wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik Deutschland?

Bangemann: Diese Tarifabschlüsse enthalten zwei verschiedene Elemente. Einmal die Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen. Wenn man das hochrechnet, dann kommt man auf eine etwa vierprozentige Lohnerhöhung und damit auch Kostensteigerung. Das hält sich im Rahmen dessen, was auch in anderen In-

dustriebereichen vereinbart worden ist, und ist sicherlich keine außergewöhnliche Konstellation. Das zweite Element ist die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Darin liegt eine große Chance, vor allem den Kostendruck, der durch die vierprozentige Kostensteigerung entsteht, aufzufangen und möglicherweise sogar ausgleichen zu können.

WELT: Können die volkswirtschaftlichen Schäden der Streiks, die ja in die Milliarden gehen, ausgeglichen werden?

Bangemann: Das wird nicht völlig möglich sein. Wir haben erste Berechnungen für den Bereich der Metallindustrie, besonders beim Fahrzeugbau. Dort liegt der Umsatzausfall bei etwa 10 Milliarden Mark. Hinzu kommt ein Ausfall von zwei bis drei Milliarden an Steuer- und Sozialabgaben. Nun wissen wir ja, daß die Automobilindustrie flexibel reagiert hat, zum Teil wurden Werksurlaube vorgezogen, zum Teil hat man Lagerbestände gehabt, die man heranziehen konnte, so daß ein Teil der Verluste wieder aufgeholt werden kann. Wir haben diese

Verluste hochgerechnet auf 0,3 Prozent des Bruttosozialprodukts.

WELT: Also muß die Wirtschaftsperspektive für 1984 leicht nach unten korrigiert werden?

Bangemann: Das kann sein, muß nicht sein.

WELT: Die Steuerreform, die schon viele in Gefahr gesehen haben, ist nicht in Gefahr?

Bangemann: Die Steuerreform ist beschlossen. Sie ist ein Teil, der den Steuertarif betrifft, ein Leistungsanreiz. Es wäre in keiner Weise zu verantworten, wenn die Steuerreform durch solche Ergebnisse in Gefahr gebracht werden würde. Aber das erwarte ich nicht.

WELT: Welche Auswirkungen werden die Arbeitskämpfe mit ihren unbeschönigten Begleitzerscheinungen auf das „soziale Klima“ haben?

Bangemann: Ja, das ist der eigentlich kritischere Punkt. Ich glaube, daß hier eine Gefahr liegt, aber auch eine Chance, wie ich hoffe. Ich habe bei den Tarifparteien, also den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmerorganisationen, angeboten, in zunächst einmal bilateralen Gesprächen abzuklä-

Fortsetzung Seite 10

Kommen Khadhafis Terroristen wieder?

Stärkste libysche Oppositionsgruppe sagt neue Mordanschläge auch in Bonn voraus

PAUL CHARDON, Kairo

Nach den Anschlägen in Athen werden Mordkommandos des libyschen Diktators Khadhafi bald auch wieder in Bonn, Rom, Paris und London Jagd auf oppositionelle Libyer und Gegner des Obersten machen. Davon ist man bei der „Nationalen Front für die Rettung Libyens“ (NFSL), der stärksten und aktivsten Oppositionsgruppe, überzeugt. Sie arbeitet in London, Kairo und Khar-

Attia el Fattas sollen für die NFSL gearbeitet haben, während Sattifi wohl eher ein Spitzel beider Seiten war.

Während die griechische Regierung dem libyschen Außenminister auch Waffenlieferungen zusagte, damit Tripolis endlich die 120 Millionen Dollar an griechischen Forderungen zahlt, scheint der Minister selbst Waffen in seinem Gepäck gehabt zu haben. Denn einmal ist die Kolonie von Flüchtlingen aus Libyen in Athen beschuldigt worden, zum anderen hatte nach dem Anschlag vom 8. Mai, bei dem ein NFSL-Kommando in Tripolis Khadhafis Amtssitz stürmen wollte, er selbst gedroht, neue Mord- und Selbstmordkommandos würden die „streunenden Hunde“ (Emigranten) töten.

Bei der ersten Mordserie Khadhafis im Ausland waren 1980/81 in mehreren Ländern, auch in der Bundesrepublik, insgesamt elf libysche Oppositionelle ermordet worden. Die von den Deutschen gefaßten Mörder wur-

den gegen acht in Libyen festgenommene Deutsche ausgetauscht.

Führer und Generalsekretär der 1981 gegründeten NFSL mit Sitz in Kharthum ist Mohammed Jussuf Muhandis, ein früherer Botschafter Libyens bei der UNO. Sein erklärtes Ziel: Sturz des mörderischen und anarchischen Khadhafi-Regimes. Die „Front“ verfügt über einen Rundfunksender und Finanzquellen in Saudi-Arabien, Ägypten und der orthodoxen islamischen Staatenwelt. Kurz: Die „Rettungsfront“ ist ein verlässlicher Arm der einflussreichen Moslem-Bruderschaft, die heute mit Präsident Numeiri bereits im Sudan regiert. Das macht die „Front“ mit ihrem militärischen Arm zum gefährlichen Gegner Khadhafis, denn gläubige Moslems lehnen Khadhafi als „Ketzer“ schon längst mit seinem falschen Propheten-Anspruch ab. Sein „grünes Buch“ mit der „dritten Universaltheorie“ kann und darf nach Ansicht der Gläubigen den Koran nicht ersetzen.

FDP bemüht sich um „grüne Themen“

Freie Demokraten streiten um Termin der Ablösung Genschers vom Parteivorsitz

DW, Bonn

Eine Vorentscheidung über die Modalitäten der Ablösung Hans-Dietrich Genschers vom FDP-Vorsitz wird aller Voraussicht nach heute fallen. Vor der Sitzung des Bundesvorstands der Partei zeichnete sich keine Mehrheit für die Forderung ab, den weithin als Nachfolger genannten Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann schon auf einem Sonderparteitag im Oktober zu wählen.

Bangemann, der sich „als Kandidat zur Verfügung“ gestellt hatte, setzte sich für die von Genscher favorisierte Lösung ein, den Wechsel auf dem Programm-Parteitag im Februar 1985 zu vollziehen. Demgegenüber sprach sich der stellvertretende FDP-Präsident Hans-Günther Hoppe, dafür aus, daß die von Genscher gewünschte Ablösung „nicht nur mit Anstand und Fairneß,

sondern schnell vollzogen“ werden soll. Der Berliner FDP-Vorsitzende Rasch gab sich in einem „Bild“-Interview zuversichtlich: „Wir setzen einen Sonderparteitag im Oktober durch.“

Genscher empfahl der FDP, die Hauptauseinandersetzung mit den Grünen zu führen, die bei den ersten Bewährungsproben ihrer politischen Glaubwürdigkeit bereits ins Schleudern geraten“ seien. Die Tatsache, daß der schleswig-holsteinische FDP-Vorsitzende Werner Zywitz den Anspruch seiner Partei auf das Bundesministerium erhob, falls der CSU-Vorsitzende Strauß ins Bundeskabinett eintreten sollte, steht offensichtlich in einem Zusammenhang mit den Bemühungen, bei den Umweltschutzthemen wieder politisches Profil zu bekommen. Der baden-württembergische FDP-Vorsit-

zende Jürgen Morlok drohte eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof an, um die Bundesregierung zu zwingen, schon vom 1. Januar 1986 an nur noch Autos mit Katalysatoren zuzulassen. FDP-Generalsekretär Haussmann kündigte generell ein Programm mit „grünen Themen“ an.

Eindeutig mit Nein beantwortete der FDP-Ehrenvorsitzende Walter Scheel die Frage der „Bild“-Zeitung, ob die Koalition am Streit zwischen CSU und FDP zerbrechen könne. Scheel: „Das Problem Strauß/FDP hat sich überlebt. Die FDP wie auch Strauß haben sich geändert. Strauß will die Zusammenarbeit mit der FDP nicht erschweren, sondern nur seine Interessen wahren. Das ist sein gutes Recht. Strauß müßte, seinem Rang entsprechend, im Kabinett „hoch angesiedelt“ werden.

Das Rätsel um den Tornado-Absturz

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Was ist los mit dem Glanzstück moderner Militärfliegerei, dem „Tornado“? Diese Frage bewegt nicht nur Kampfflieger der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien, nachdem am vergangenen Freitag zum drittenmal ein Flugzeug dieses Typs abgestürzt ist. Auch die Untersuchungskommission, die noch am Nachmittag ihre Arbeit an der Absturzstelle aufnahm, hat nur das eine Ziel, die Frage nach der Unglücksursache rasch zu klären.

Zum zweitenmal ist die Bundesluftwaffe von einem „Tornado“-Absturz betroffen. Das Flugzeug verschallte in der Nähe der oberbayerischen Gemeinde Holzkirchen. Flugzeugführer und Waffensystemoffizier, beide vom Jagdbombengeschwader „Böcke“ aus Nörvenich in der Eifel und erfahrene Flieger, kamen ums Leben.

Das Flugzeug war am Freitagvormittag auf einer - wie es hieß - „ganz normalen Zweier-Mission“ von der Heimatbasis bei Nörvenich in Richtung Bayern gestartet. Die Besatzung blieb während der gesamten Strecke im Tiefflug. Südöstlich von München wurde sie beim Überqueren der Auto-

bahn von einem Mann gesehen, den die Polizei nach dem Absturz als Zeugen ausfindig machte. Nach dessen Aussagen hatte das Flugzeug in geringer Höhe plötzlich die Flugrichtung geändert und in einer weiten Schleife eine Großdruckerei überflogen. Es stürzte dann fast senkrecht in der Nähe des Weilers Unterlaindern ab.

Die Besatzung betätigte den Schleudersitz nicht. Der Grund dafür ist bislang nicht bekannt. Eine Möglichkeit wäre, daß sie solange wie irgend möglich die Maschine zu steuern versucht hat, um einen Absturz auf die Autobahn oder in das Dorf zu vermeiden. Das Flugzeug explodierte schließlich beim Aufprall auf einer Wiese. Die Trümmer lagen bis zu 800 Meter im Umkreis verstreut. Die Polizei: Die beiden Offiziere wurden „regelmäßig zerrissen“.

Durch die umherliegenden Trümmer wurde eine Kuh getötet, mehrere Rinder wurden verletzt. Auch einige Gebäude in unmittelbarer Umgebung der Absturzstelle zeigten leichte Schäden. Munition hatte der „Tornado“ nicht an Bord. Die Explosion beim Aufprall wurde allein vom Treibstoff in den Tanks der Maschine verursacht.

Die Experten hoffen, noch in dieser Woche eine eindeutige Auskunft über die Unglücksursache abgeben zu können. Zuvor jedoch haben sie eine zum Teil mühselige Kleinarbeit zu leisten. Einmal muß die „Crash-Recorder“, der den Sprechverkehr der Besatzung mit den Leitstellen aufzeichnet, aber auch weitere wichtige Daten über den Flugzustand der Maschine und der „technischen Eingeweide“ automatisch registriert, sorgfältig ausgewertet werden. Zusätzlich wurde jedes Wrackteilchen nach Fundort und genauer Lage in Länge, Breite und Höhe exakt registriert. Aus unzähligen Details wird schließlich leicht ein eindeutiges Bild über die letzten Sekunden dieses Unglücksfluges zusammengesetzt werden können. Unter Umständen werden am Ende erst metallurgische Untersuchungen der Schaufeln des Triebwerks ergeben, ob die Antriebssturben beim Aufprall unter voller Last liefen oder nicht. Auf die Untersuchungsergebnisse warten nicht nur alle „Tornado“-Besatzungen in der Bundeswehr, sondern auch in den Streitkräften Großbritanniens und Italiens, wo das Flugzeug ebenfalls im Einsatz ist.

DER KOMMENTAR

Gedanken-Gaukler

Von HORST STEIN

Es macht immer wieder staunen, wie wir uns verhalten, wenn die Natur Tatsachen schafft: Wenn die Sonne, wie eben jetzt, nach kaltem Frühling und mißgelauntem Sommerbeginn eine Hitzeglocke über Europa legt und dem hoffärtigsten aller Geschöpfe, dem Menschen, deutlich macht, wenn auf dieser Erde - Mikrochip hin, Star Wars her - das Sagen hat. Streikende verkümmern sich, Demonstranten geben auf, und auch die hohe Politik räumt schwitzend das Feld.

Dort, wo sie gemeinhin zu wirken pflegt, gähnt dann, was Journalisten das Sommerloch nennen: die Arena der Unzufriedenen; die Postenwechsler und die Polit-Pessimisten, die Krisen-Spekulanten und die Gedanken-Gaukler - sie führen hier ihre Festschele auf. Das alljährliche Sommertheater. Nicht länger überbört vom Gelbrause der Regierungsmaschinerie kommen jene endlich zu Wort, die schon lange was zu mäkeln haben. Was auf der Bonner Bühne liegen blieb, weiß Gott nicht wenig, wird nun zur Requisite für die Freilichtbühne: die galoppierende Erosion der Liberalen, die - vertagte - Entscheidung zum abgasarmen Auto, die Rückkehr von Franz Josef

Strauß ins Zentrum der Macht am Rhein.

Schöne Themen allesamt, ganz zweifellos, aber ohne Rückkoppelung an die Strategiekentralen von Parteien und Koalitions-Administration wohl in den heißen Sommerwind gesprochen. Manch schönes Stichwort ist so vorbei und verweht, noch eh der matte Beifall eines erholungsbedürftigen Publikums hat verstummen können.

Wieviel näher liegt es doch für Lauscher und Leser, sich jenen Figuren zuzuwenden, die sonst in der Sauregurkenzeit für spannende Unterhaltung sorgen, den wirklichen Evergreens dieser Saison: dem Ungeheuer von Loch Ness - wird wohl bald erscheinen - und dem Schneemensch von Himalaja, dem Jeti, der pünktlich aufgetaucht ist. Vielleicht auch böte die Hitzewelle Gelegenheit, mit dem alten Teutonenhochmut aufzuräumen, daß wir allein tüchtig und fleißig seien, während „die da im Süden“, etwa die Völker rund um das Mittelmeer, es von Hause aus nicht sosehr mit dem Arbeiten hätten.

Nach drei, vier Tagen Hitze steht auch uns die große Abschläffe ins Haus. Da könnte man glatt ein großes kühles Pils darauf wetten.

Papst-Appell: „Anwalt des Lebens sein“

ohn/DW, München

Papst Johannes Paul II. hat das Generalthema des Münchner Katholikentages („Mut zum Leben“) aufgegriffen und zum politischen Engagement gegen das geltende Abtreibungsrecht aufgerufen. In seiner auf der Abschlußkundgebung des Katholikentages im Olympia-Stadion verlesenen Botschaft hieß es: „Scheut nicht zurück vor der unheimlichen Aufgabe, Anwalt des Lebens - auch des ungeborenen - zu sein.“ Das Eintreten für das Leben werde umso überzeugender, je mehr ihr bei der Lösung konkreter Zukunftsfragen Eures Landes auch im sozialen Bereich und durch politisches Engagement Wegweiser und Bahnbrecher seid.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höfner, forderte den Wegfall der Straffreiheit bei der sogenannten sozialen Indikation. Noch wichtiger sei zunächst, daß die Gegner dieser Indikation „nicht noch verpflichtet werden, über die Krankenkassen-Beiträge diese Tötung zu bezahlen“. Der Mainzer Bischof Professor Karl Lehmann sagte im Deutschlandfunk, man müsse respektieren, daß es sich um ein verfassungsmäßig legal zustande gekommenes Gesetz handele. Nur lasse das Ergebnis die Kirche nicht ruhen. Zwar habe die Union nicht alle Erwartungen der Katholiken erfüllt. Doch sei es gut, daß an den Tag komme, was eine große politische Partei heute alles leisten könne und was nicht. Das sei vielleicht ernüchternd, aber auch redlich.

Seite 2: Die Wende von München Seite 6: Weitere Beiträge

Sowjetunion will mehr Bücher anbieten

rr, Moskau

Für die lesebegeisterten Bürger der Sowjetunion soll ein seit Jahren bestehendes Ärgernis reduziert werden. Die staatliche Literaturbehörde will russische Klassiker mit ungewöhnlich hohen Auflagen herausbringen. Den Anfang macht eine dreibändige Ausgabe der Werke von Alexander Puschkin. Geradezu unglaublich für sowjetische Verhältnisse ist das Versprechen, die Puschkin-Bände in unbegrenzter Stückzahl aufzulegen. Der Vorsitzende der staatlichen Literaturbehörde, Andrej Sacharow, sagte der Zeitung „Trud“, diese Ausgabe stehe am Beginn des neuen Planes, die Auflagen der in der Sowjetunion beliebten Bücher zu erhöhen. Bisher war es in der Sowjetunion fast unmöglich, selbst Bücher linientreuer Autoren zu bekommen.

Inzwischen ist eine Liste mit 1700 Titeln aufgestellt worden, die bald in hohen Stückzahlen verlegt werden sollen. Darauf stehen nach Angaben von Sacharow auch ausländische Autoren wie Shakespeare, Balzac, H. G. Wells, Heinrich Heine und Thomas Mann. Die Puschkin-Ausgabe könne jeder erwerben, der sich in eine Liste eintrage, sagte Sacharow. Normalerweise muß man sich in der Sowjetunion für ein Buch anmelden, bevor es im Handel ist, und dann darauf hoffen, daß auch genug Exemplare gedruckt werden. Vorerst werden nur die Puschkin-Bücher in unbegrenzter Stückzahl erscheinen. Für eine neue Ausgabe der Werke Tolstois sind fünf Millionen Exemplare geplant. Vorerst werden die begehrten Bücher aber weiter exportiert.

RAMADA RENAISSANCE HOTELS

Reisen Sie mit dem guten Gefühl, daß es noch internationale Hotels gibt, deren Luxus nicht genormt ist.

DÜSSELDORF TELEFON 0211/62 16-0 TELEX 8 586 435

HAMBURG TELEFON 040/34 91 80 TELEX 2 162 983

KARLSRUHE TELEFON 0721/371 70 TELEX 7 825 699

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vorwärts-Verteidigung

Von Gysbert Dethloff

Wenn zutrifft, was in Saarbrücken gemunkelt wird, daß nämlich Ministerpräsident Zeyer das Kabinett umbilden wolle, und wenn die gehandelten Namen stimmen, dann ist die Strategie klar: Nach dem relativ schlechten Abschneiden seiner Partei bei den jüngsten Kommunalwahlen und der Ankündigung von SPD und Grünen an der Saar, nach hessischem Vorbild ein Bündnis, möglicherweise sogar eine Koalition, einzugehen, muß Zeyer acht Monate vor der Landtagswahl ein optimal besetztes Kabinett präsentieren.

Ohne Zweifel wäre ein Innenminister Scherer - mit seiner profunden Kenntnis der Schwierigkeiten in den Gemeinden, mit seiner langjährigen Kabinettsenerfahrung und seiner Beliebtheit auch in der Arbeitnehmerschaft (sein Einsatz für die Rettung von Arbed Saarstahl als Vorsitzender der interfraktionellen Stahltraktion ist unvergessen) - eine echte Stärkung der Landesregierung. Und Dr. Budell als Umweltminister ist gewiß ein Lichtpunkt im neuen Kabinett, wenn man bedenkt, daß der Biologe sich schon nachdrücklich für den Umweltschutz einsetzte, als noch niemand die Umweltfragen ernsthaft zur Kenntnis nehmen wollte und niemand an eine grüne Bewegung dachte. Einen glaubwürdigeren Umweltminister gibt es kaum.

Die Umbesetzung Prof. Dr. Knies ist ein einsichtiger Schritt. Gewiß hat er als Kultusminister viel geleistet, aber als Justiz- und vor allem als Bundesratsminister könnte der Verfassungsrechtler Knie dem Saarland weitaus nützlicher sein. Auch daß der angesehene Wissenschaftler Zeitel das Kultusministerium übernehmen soll, hat positive Züge. Zeitel hat seine Beziehungen zu Kunst und Wissenschaft nie abreißen lassen.

Schließlich stellt sich die Frage nach Günther Schacht auf dem Sessel des Finanzministers. Finanzpolitik an der Saar heißt angesichts der Lage im Lande vor allem Arbeitsmarktpolitik. Und dafür dürfte der langjährige Landesvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse gerade der Richtige sein. Kurz gesagt: Hier bietet Zeyer eine Wahlkampfmannschaft auf, gegen die SPD und Grüne nur polemisieren können, der sie aber nichts Gleichwertiges entgegenzustellen haben.

Papandreu's Eskapaden

Von Evangelos Antonaros

Die ganz große Überraschung ist Bonn während Papandreu's dreitägiger „DDR“-Reise anscheinend erspart geblieben. Obwohl kein Außenstehender den Vertragstext bisher zu sehen bekommen hat, sollen die Griechen - wie versichert wird - die Bonner Wünsche doch respektiert und die beanstandeten Passagen beseitigt haben. Papandreu hat sich selbst, zumindest auf dem Papier, doch bremsen können.

Dennoch sind Zweifel weiterhin angebracht. Erst die praktische Anwendung des Abkommens wird nämlich zeigen können, ob die Griechen den bisherigen Fluchtweg von Flüchtlingen aus der „DDR“ über die bulgarisch-griechische Grenze offen halten wollen. Wird die Ausstattung von Polit-Flüchtlings mit bundesdeutschen Reisedokumenten, wie bisher gehabt, nach wie vor möglich sein und von griechischer Seite anstandslos anerkannt? Oder werden Griechenlands Sozialisten darauf bestehen, daß jeder Flüchtling in Griechenland politisches Asyl beantragen muß?

In diesem Fall, der keineswegs theoretisch ist, hätte Honecker auch ohne den Auslieferungspassus einen wichtigen Teilsieg errungen und zum ersten Mal durchgesetzt, daß ein NATO-Mitgliedsland eine zweite deutsche Staatsangehörigkeit anerkannt hat.

Mag sein, daß Papandreu's Kehrtwendung in letzter Minute einige Wünsche Ost-Berlins unerfüllt gelassen hat. Dennoch haben die „DDR“-Größen jeden Grund, die Hände zu reiben: Als erster Ministerpräsident eines europäischen NATO-Staates hat Papandreu der „DDR“ seine Aufmerksamkeit gemacht und bei dieser Gelegenheit mit lobenden Worten für die „Friedenspolitik“ Moskaus und seiner Ostblocksatelliten nicht gegeizt.

Auf seine sonst üblichen Haftstrafen gegen die NATO und Griechenlands westliche Verbündete hat er zwar diesmal verzichtet. Doch die Tatsache, daß er kein eindeutiges Bekenntnis zur NATO abgelegt hat, zeigt, daß er sich nicht als einen integralen Bestandteil der westlichen Allianz versteht.

Den endgültigen Bruch mit der NATO will und kann Papandreu noch nicht riskieren, weil Griechenlands Abhängigkeiten vom Westen zu vielschichtig sind. Aber eine Abrechnung mit den amerikanischen „Imperialisten“ gehört nach wie vor zu seinen „strategischen Zielen“.

Offene Türen am Nil

Von Peter M. Ranke

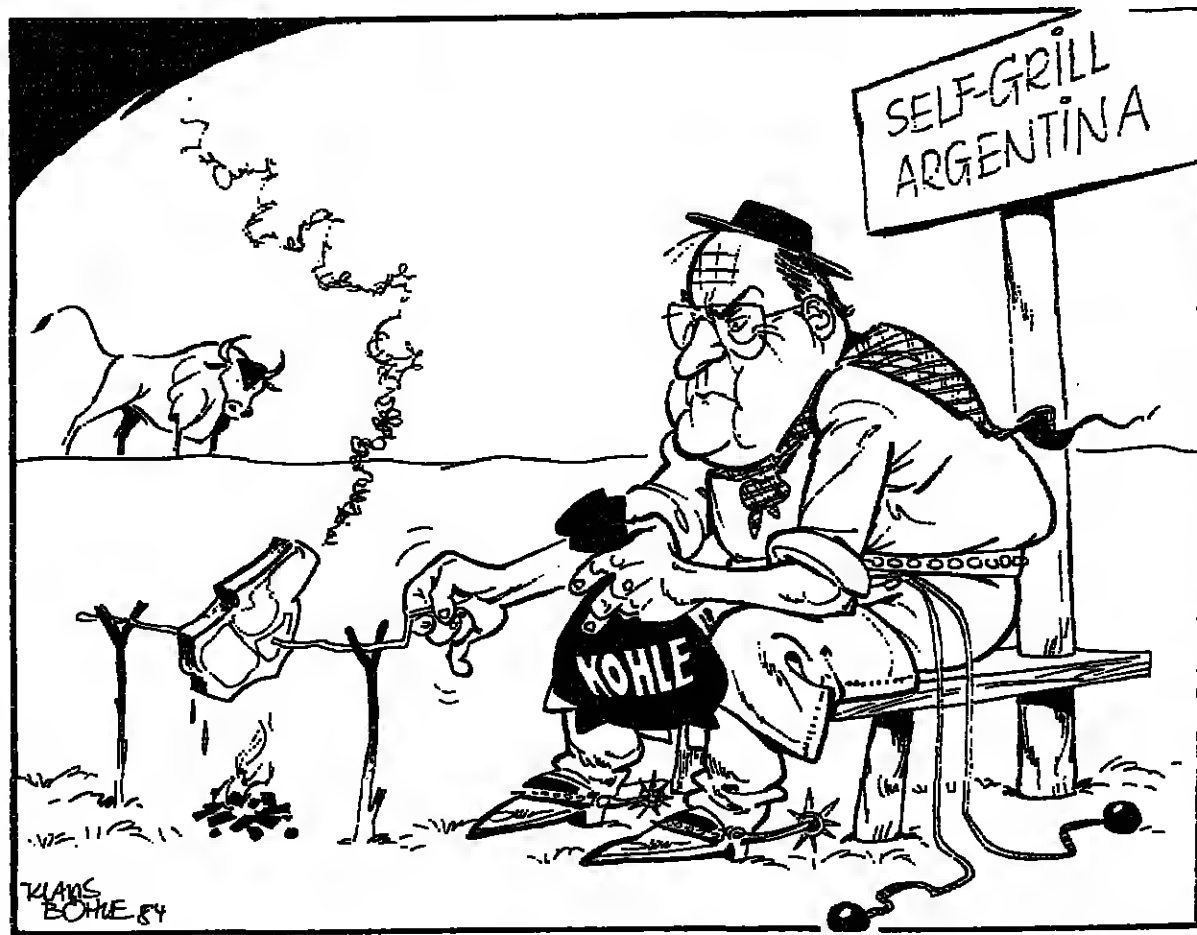
Über ein Jahr lang hat Ägyptens Regierung die „Normalisierung“ angekündigt, aber Moskau ließ sich Zeit. Erst jetzt haben die Sowjets mit der Ernennung eines Botschafters eingewilligt, den seit drei Jahren vakanten Posten am Nil wieder zu besetzen. Die Ära des Friedenspräsidenten Sadat, der mit Moskau brach und sich die USA zum Verbündeten wählte, ist unter Mubarak in Kairo endgültig beendet.

Die Sowjets nahmen bisher Rücksicht auf Syrien, das sich wegen des Friedens von Camp David noch nicht mit dem neuen Regime in Kairo aussöhnen will und die formelle Aufkündigung des Friedensvertrages anstrebt. Doch nun scheint ihnen die Stunde günstig, die offenen Türen am Nil zu durchschreiten. Da schon Saudi-Arabien sowjetische Raketen-Lieferungen an Irak über seinen Boden zuläßt, können die Sowjets auch Ägypten noch stärker als bisher für Irak im Golfkrieg verpflichten. Die saudischen Öl-Dollars kommen da dann auch Moskau zugute.

Denn in Ägypten lagern unbrauchbare oder ausgemusterte Sowjet-Waffen zuhauf. Für Ersatzteil-Lieferungen aus Moskau in Milliardenhöhe, bezahlt von den Saudis, können diese Panzer, Raketen, Flugzeuge usw. von Ägypten an Irak geliefert werden, womit im Golfkrieg die Entscheidung fallen dürfte. Kairo macht dabei wie Moskau kein schlechtes Geschäft. Und neues, modernstes Kriegsgerät erhält Ägypten ja weiter von den USA (1984 für eine Milliarde Dollar) und von Frankreich. Das dürfte Präsident Mitterrand jetzt in Kairo verkünden, nachdem Ägyptens Verteidigungsminister Marschall Abu Ghazala letzte Woche in Paris verhandelt hat.

Der Botschafter-Austausch bedeutet nicht nur „Normalisierung“ und die Rückkehr Ägyptens ins neutralistische Lager, er ist auch ein Schlag gegen die Amerikaner.

Washington hatte Mubarak geraten, zugleich mit dem Botschafter nach Moskau wieder einen Botschafter nach Tel Aviv zu schicken. Kairo kommt lieber mit Moskau ins Geschäft. Und die Sowjets gewinnen außerdem einen wichtigen Beobachtungsposten im Herzen der arabischen Welt zurück.



Teures Pampas-Steak

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Wende von München

Von Henk Ohnesorge

Der 88. Deutsche Katholikentag in München ähnelte in vieler Hinsicht auf den ersten Blick seinen Vorgängern von Freiburg, Düsseldorf und Berlin - und gleichzeitig hatte er seine eigene unverwechselbare Qualität. Neu war vor allem die Konsequenz, mit der das von dem ermordeten Jesuitenpater Alfred Delp stammende Leitwort der gesamten Veranstaltung, „Dem Leben trauen, weil Gott es mit uns lebt“ durchgehalten und - bei aller Nüchternheit und kontroverser Meinung - in eine Absage an modischen Weltuntergangspessimismus und No-future-Gesinnung einmündete. Kritiker hatten zu Beginn des Katholikentags im Hinblick auf das gewählte Motto gehöhnt, es erinnere an den Fuchtsamen, der im Walde pfeift. Am Ende waren sie bereit zuzugestehen, daß das Motto zum Leitmotiv einer Bereitschaft geworden war, auf der Grundlage des Glaubens sich mit den Realitäten eines komplizierten und vielfältig bedrohten Lebens auseinanderzusetzen, ohne dabei dem Pessimismus anheimzufallen.

Die Arbeitswelt und hier der Teilspekt Arbeitslosigkeit, die durch die Menschen bedrohte Natur und die Frage des bedrohten Friedens und des nicht weniger bedrohten Menschen, vom Ungebornen bis zum Alten, der zur Wegwerfware zu werden droht - über all dies wurde mit Hilfe kompetenter Experten verschiedener Ansicht und ohne Rücksicht auf Partei- und Gesandtschaft diskutiert, beraten, nach Lösungen gesucht.

Vertreter eines flachen Optimismus hatten dabei so wenig eine Chance auf breite Zustimmung wie Propheten einer nahen Apokalypse. Nicht dickköpfig-trotzig angesichts der klar definierten Probleme, aber auch nicht verzweifelt und miesepetrig war die Stimmung in den großen Foren ebenso wie in den meisten kleinen Gesprächsgruppen; sie war eher getragen davon, daß Gott dem Menschen den Verstand auch dazu gegeben hat, dafür zu sorgen, daß seine Welt nicht zerstört werde. Mißstände, auch innerhalb der Kirche, wurden offen, manchmal sogar mit einer gebremsten Aggression, angesprochen. Aber nur selten blieb es bei der Auflistung der Mißstände und Bedrohungen, der Sorgen und Be-

schwerden allein. Lagebeschreibungen waren mit Vorschlägen zur Abhilfe, zumindest zur Verringerung von Mißständen und Bedrohung gekoppelt.

So gewannen auch jene sozialen Themen ihre Bedeutung zurück, die in den letzten Jahren zurückgedrängt worden waren zugunsten der fast alles beherrschenden Friedensdiskussion. Nicht, daß hierüber nicht auch viel und teilweise leidenschaftlich geredet worden wäre. Doch die Zeit, in der diese Diskussion alles monopolisiert hatte (und hier sind, wie auch sonst in vieler Hinsicht, Katholikentag und Evangelischer Kirchentag einander sehr ähnlich), scheint mit München vorbei zu sein. Betont kamen Dinge zur Sprache, die in anderer Form den Frieden in unserem Land und unserer Gesellschaft bedrohen, wurde klar und unmißverständlich der Einsatz, Engagement der Gläubigen, aber auch weitgehenden Bemühen des Staates für den Schutz des Lebens und der Schwachen, vom Ungebornen und Alten bis zum Arbeitslosen und dem Ausländer in unserer Mitte, gefordert.

Es ist fast schon ein Ritual, daß auf jedem Katholikentag und Kirchentag die zunehmende Hörbereitschaft, vor allem aber der Jugend, dankbar konstatiert wird. In gleicher Weise wird zum Abschluß immer wieder auf die tolerante Art des Umgangs miteinander, auf die zunehmende Sachkenntnis, hingewiesen. Aber dies sind keine höf-

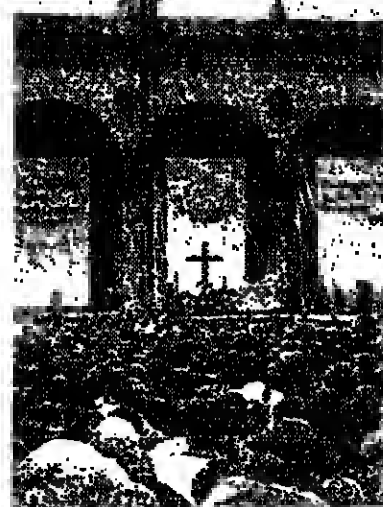
chen Redefiguren, sondern Markierungen einer tatsächlich vorhandenen Entwicklung. Wer den rüden Ton, die Intoleranz, die Polarisierung von Katholikentagen und Kirchentagen der frühen siebziger Jahre erlebt hat, registriert in dankbarer Verwunderung den Wandel.

Ein Teil dieses Wandels ist es auch, daß in München sich die Frauen, lange fast eine schweigende „Randgruppe“ innerhalb der katholischen Kirche, zu Wort gemeldet haben, unüberhörbar für jeden, der hören wollte, ihre Fragen und Probleme aussprechen.

Den Verantwortlichen solcher Veranstaltungen wird oft der Vorwurf gemacht, weder seien sie repräsentativ, noch sei die Breite des Angebots noch übersichtlich. Abgesehen davon, daß in München nicht nur Jugendliche anwesend waren, daß das Angebot der Nachfrage entsprach (wie die Überfüllung fast aller Veranstaltungen zeigte), daß ebenso überfüllte Gottesdienste der Befriedigung widersprachen, die geistliche Dimension komme zu kurz: Welche Organisation neben den beiden großen christlichen Kirchen unseres Landes bringt es fertig, daß so viele Menschen freiwillig und unter Opfern an Zeit, Geld und Bequemlichkeit zusammenkommen, um gemeinsam zu beten, über aktuelle Probleme und Sorgen zu diskutieren, einfach: miteinander zu reden?

Vielleicht ist dies einer der Haupterträge von München: Das immer stärker werdende Gespräch zwischen den Generationen. „Der soll das Herz der Väter bekehren zu den Kindern und das Herz der Kinder zu ihren Vätern, daß ich nicht komme und das Erbe mit dem Bann schlage“, hatte im Vorfeld von München der Aachener Bischof Klaus Hemmerle im Gespräch den Propheten Maleachi mit den letzten Sätzen des Alten Testaments zitiert.

Abschied vom Pessimismus, der Versuch der Generationen, für das Leben, ihres und das der anderen, einzutreten und den Problemen der Zeit Lösungen entgegenzustellen - das ist das Fazit des Treffens der 140 000 in München.



Wider den Pessimismus: Katholikentag in München FOTO: AP

Moskau ignoriert den Brief zur Deutschen Einheit

Überlegungen zur sowjetischen Drohkampagne gegen Bonn / Von Bernt Conrad

Die Moskauer Propaganda haben bei ihrem Kampf gegen das Gespenst des „westdeutschen Revanchismus“ seit einiger Zeit alle Hemmungen fallen lassen. Würden sie ihren eigenen Behauptungen glauben, müßten sie sich eigentlich auf einen baldigen Krieg gefaßt machen. Denn was sonst könnte die Bundesregierung im Sinn haben, wenn sie die Sowjetunion „atomar erpressen“ will, eine „Politik der Gewalt“ befürwortet, eine „Umkrempelung der Nachkriegsgrenzen in Europa“ anstrebt (wie Tass behauptet) und mit dieser „trüben Welle“ gar die „Vorbereitung weit gefährlicherer Aktionen“ (so das Parteiorgan „Kommunist“).

Natürlich weiß man im Kreml genau, daß von alledem kein Wort stimmt. Um so interessanter ist, was dahinter steckt: offensichtlich die klare Absicht, die Bundesrepublik durch massiven Druck von der Vertretung ihres grundsätzlichen Zieles abzubringen, „auf einen Zu-

stand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. So steht es wörtlich im Brief zur Deutschen Einheit, den die Bundesregierung Brandt/Scheel als für sie verbindlichen Auslegungstext bei Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 12. 8. 1970 und des mit der „DDR“ abgeschlossenen Grundlagenvertrages vom 21. 12. 1972 den Regierungen in Moskau und Ost-Berlin zugeleitet hat.

Was damals von der sowjetischen Regierung widerspruchsfrei akzeptiert worden ist, wird heute von der amtlichen Moskauer Propaganda als „Revanchismus“ diskreditiert. Damit handeln die Sowjets - wie der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, zu Recht festgestellt hat - Treu und Glauben zuwider und gefährden die Geschäftsgrundlage des Moskauer Vertrages. Dieser Vorwurf ist keineswegs eine polemische Retourkutsche, sondern die logische

Schlußfolgerung aus dem Vertragsabschluß von 1970 und dem daraus resultierenden grundsätzlichen Haltung aller seitdem in Bonn amtierenden Bundesregierungen.

Tatsächlich hat die Sowjetunion durch den Moskauer Vertrag eine Menge gewonnen, vor allem die verbriefte Respektierung des seit 1945 bestehenden Status quo in Form der territorialen Integrität aller Staaten Europas in ihren heiligen Grenzen; die Bonn abgeforderte „Achtung der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit“ der „DDR“ und die daraus resultierende Verpflichtung, den gleichzeitigen Beitritt der Bundesrepublik und der „DDR“ zur UNO zu betreiben. Dies kann heute, da das Vertragswerk auch von jenen als rechtlich-politische Basis akzeptiert wird, die damals heftig dagegen opponiert hatten, emotionslos festgestellt werden. Zu den für Bonn positiven Punkten gehörte und gehört der Brief zur Deutschen Einheit. Sollte die sowjetische Regierung jetzt dazu übergehen, ihn

IM GESPRÄCH Dieter Kirchner

Regisseur der Tarifpolitik

Von Günther Bading

Seine Berufsbezeichnung ist Hauptgeschäftsführer beim Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall). Einmal im Jahr allerdings sollte man die Tätigkeitsbeschreibung von Dieter Kirchner wenigstens vorübergehend umtaufen in „Regisseur der Tarifpolitik“. Daß dies nicht vermessen wäre, hat die letzte, längste und erbitterteste Auseinandersetzung der Metall-Tarifparteien unter Beweis gestellt. Nur der Metall-Ausstand 1984/85 um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat mit 114 Tagen noch länger gedauert.

Daß die Auseinandersetzung um die Forderung der IG Metall nach der 35-Stunden-Woche oder zumindest einem „Einstieg“ in diese Kurzarbeit unvernünftig zum Streik führen mußte, das hatte Kirchner schon Mitte vergangenen Jahres nach Unterredungen mit Spitzenfunktionären der Gewerkschaft erkannt. Ihm und Gesamtmetall-Präsident Wolfgang Thiele war bald klar, daß diese Tarifrunde nicht nach herkömmlicher Art zu lösen sein würde; daß also einer zunächst einmal überhöhten Gewerkschaftsforderung ein möglichst geringes Angebot entgegenzusetzen wird, um sich dann von beiden Seiten einer Kompromißformel zu nähern.

Gegen Bedenken in den eigenen Reihen setzte sich Kirchner dafür ein, diesmal nicht mit einem Minimalangebot, sondern mit einem Paket an der Verhandlungstisch zu gehen, das vom Volumen her praktisch schon abschlußfähig war. Und von Anfang an setzte der Gesamtmetall-Tarifregisseur darauf, daß eine angesichts der Kampfbereitschaft der IG Metall kaum vermeidbare Arbeitszeitverkürzung in eine Flexibilisierung der Arbeitszeit münden müsse.

Während des Streiks in den beiden Tarifgebieten Nordwürttemberg-Nordbaden und Hessen war Kirchner fast ständig „vor Ort“. Er brachte auch die drei Spitzengespräche mit



Auffangpositionen im Visier: Dieter Kirchner (Gesamtmetall) FOTO: JUPP DÄRCHINGER

der IG Metall-Führung zustande, und er einigte sich verhältnismäßig rasch mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden Hans Mayr auf die Besetzung der besonderen Schlichtungsstelle mit Georg Leher und dem Arbeitsrechtler Professor Rithers.

Sein persönliches Verhältnis zum Vorsitzenden der größten deutschen Gewerkschaft, Mayr, ist in Ordnung, besser jedenfalls als das zum „Tarifexperten“ der IG Metall, Hans Jansen. Mayr und der seit gestern 50-jährige Kirchner kennen sich seit Jahren, als der heutige Gewerkschaftsvorsitzende noch zuständig für die Tarifpolitik war. Man schätzt einander als Realist und - wenn nötig - Pragmatiker ein.

Den ihm eigenen Sinn für realistische Lösungssätze bewies Tarifregisseur Kirchner auch in diesem Arbeitskampf - schon im Dezember, als so noch lange vor dem eigentlichen Arbeitskampf, hatte er im vertraulichen Teil eines Gesprächs mit der WELT eine Art „Auffangposition“ für den Fall eines langen Streiks beschrieben, die nicht allzuweit vom jetzt via Schlichtung erzielten Ergebnis lag.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

Hier heißt es zur zweiten KVAE-Verhandlungsrunde:

Enttäuschender konnte die zweite Verhandlungsrunde der Stockholmer Abrüstungskonferenz nicht verlaufen. Auf die Frage nach Ergebnissen gibt es nur eine Antwort: Fehlanzeige. Auch bei der KVAE spiegelt sich damit das derzeit total gestörte Verhältnis zwischen den Supermächten wider. Es bedeutet schon ein Armutszeugnis besonderer Art, wenn nicht einmal eine Einigung über die Bildung von Arbeitsgruppen gelingt. Die Schuld daran, daß die Konferenzrunde schon an Formalien scheiterte, ohne überhaupt zu Sachfragen vorzudringen, trägt allein die Sowjetunion, nachdem der Westen seine Kompromißbereitschaft hinreichend bewiesen hat. Moskau betreibt in Stockholm eine Blockadepolitik, die nur mit der Absicht zu erklären ist, US-Präsident Reagan auch nicht die kleinste Spur eines Erfolges zu gönnen. Vordergründigen, egoistischen Motiven ordnet es das Gesamtinteresse der Völker an Fortschritten bei der Abrüstung unter. So kratzt ist nur selten die Diskrepanz zwischen den flammenden Friedensappellen aus dem Kreml und dem Verhalten am Konferenzstisch deutlich geworden.

THE OBSERVER

Die Londoner Zeitung schreibt zur vorangegangenen Einführung des ehemaligen sowjetischen Ministers Ussur Dikko:

Der außergewöhnliche Versuch, Umaru Dikko unter den Augen der britischen Behörden aus seiner Lon-

doner Wohnung zu verschleppen und in einer Kiste nach Lagos zurückzubringen, wäre beinahe geglückt. Ein offener Abbruch der diplomatischen Beziehungen wäre eine Überreaktion. ... Doch eine Reaktion ist sicherlich angezeigt. ... Wenn es irgendwelche Beweise für eine Verwicklung der nigerianischen Hohen Kommission (Botschaft) in den Fall gibt oder sich herausstellen sollte, daß die Hohen Kommission Kenntnis vom Vorfalle hatte, dann sollte ein Exempel statuiert werden. Wenn der Hohen Kommissar (Botschafter) sich dann der Aufhebung seiner Immunität widersetzt, dann sollte er zur unerwünschten Person erklärt und nach Lagos zurückgeschickt werden - wenn auch nicht in einer Kiste.

LE FIGARO

Die Pariser Bildzeitung merkt zur Belagerung des Druckwerks in der Bundesrepublik an:

Der Waffenstillstand zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in der deutschen Druckindustrie birgt ein Geheimnis. Das ist das Ende eines Streiks, der am 12. April mit der Arbeitsniederlegung von 5400 Druckern begonnen hat. Er hat sich danach ausgedehnt wie eine Grundsee, von einer Region zur anderen, und schien sich unendlich zu verlängern. Nun wurde er durch einen echten Kompromiß beendet. Welche Motive können die IG Druck veranlaßt haben nachzugeben? Sie ist eine stark von den Kommunisten kontrollierte Gewerkschaft. Muß man der Ansicht von Professor Seyffert, vor seiner Auswanderung aus der DDR Berater von Honecker, eine gewisse Glaubwürdigkeit schenken? Nach seiner Ansicht wurde die Entscheidung in Ost-Berlin gefällt.

Montag 9. Juli 1984 - Nr. 158 - DIE WELT

Feuerkaskaden in Klangwolken, dazu Sirenen der Notärzte

Feuertheater heißt das Mammut-Spektakel des Wiener Künstlers André Heller. Samstagabend lockte es in Berlin eine halbe Million Menschen an: Und es strahlte auch in den Ostteil der Stadt aus, zu den Berlinern, die nicht kuscheln konnten.

Von F. DIEDERICH

Heller Wahnwitz kommentiert bei Anbruch der Dämmerung im Berliner Tiergarten ein rotgekleideter, junger Mann, der seit vier Stunden versucht, an einem der zahlreichen Kontrollpunkte dem geballten Ansturm drängender Zuschauer Herr zu werden. Zehntausende zogen seit dem Nachmittag an ihm vorbei, die Eintrittsplakette für den Sturz durch die Träume auf Jacke, T-Shirt oder Gürtelschleife, den Campingstuhl oder Schlafsack an der Seite, in der Hoffnung, das pyromantische Samstagschiffel in Bequemlichkeit zu verfolgen.

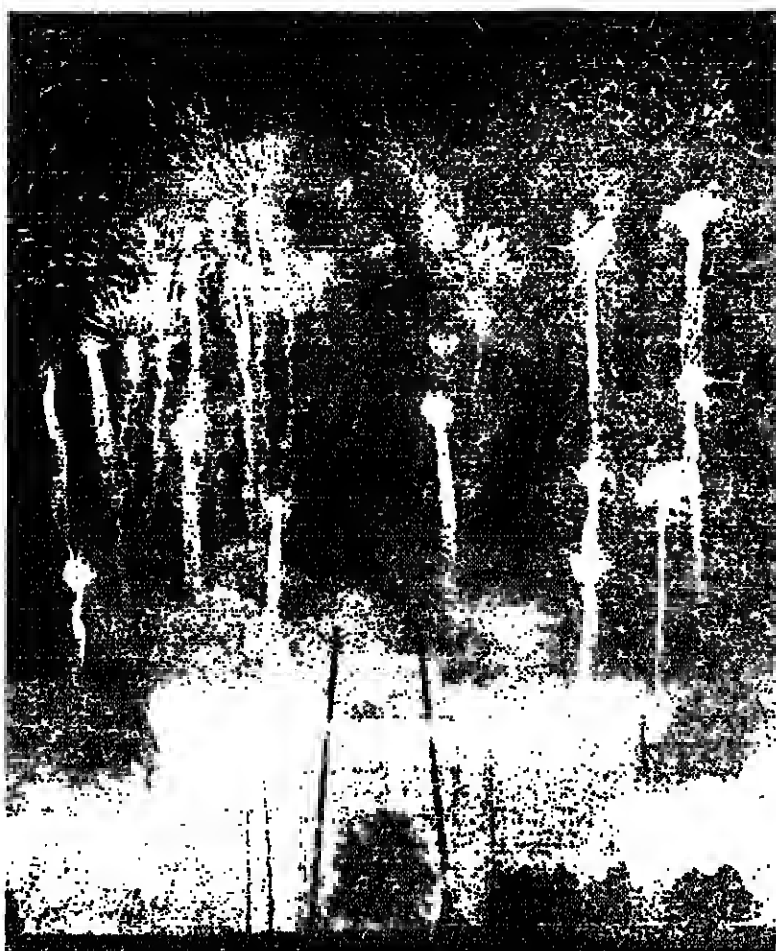
Eine Stunde vor der Zündung des zweiten europäischen Feuertheaters des Wiener Künstlers André Heller um 22.50 Uhr ist der „Platz der Republik“ vor den grauen Steinquadern des Berliner Reichstags und dem verwachsenen Beton der Mauer hoffnungslos überfüllt. Dicht an dicht stehen die Menschen, die fünf Mark bezahlen für den „Höbepunkt“ eines „Sommertraums“, bei dem sich jetzt viele fragen: „Traum oder Traum?“ Heller wußte dazu die Antwort, lange bevor seine Technik das 1,5 Millionen-Mark-Spektakel, die „Klangwolke“, aus 40 000 Watt Verstärkern inclusive, in den warmen Spree-Himmel schoss: „Ein wahnhafte Kunstwerk wird es sein, das die Menschen in Ost und West zum Staunen, Schreien, Lachen und Weinen bringen wird“, kündigte der poetische Wortkaskadeur aus Wien immer wieder vor dem Mammut-Feuerwerk an.

Schon gleich zu Beginn kommt es zu den von Heller erwarteten Reaktionen auf das vom Berliner Senat mit 700 000 Mark verbürgte „Gesamtkunstwerk“ in allen Schattierungen. An der Zugangskontrolle nahe des sowjetischen Ehrenmals in West-Berlin, auf Sichtweite des Brandentor, reißen Menschen in Panik den Zaun zum Ehrenwache der Sowjets ein, als die hinter ihnen Drängenden immer formender schieben und die ersten im Gewühl über-einanderstürzen.

Uniformierte Russen leisten Ohnmächtigen erste Hilfe, bis Rotkreuz-Sanitäter an Ort und Stelle sind. Der Lagebericht der Berliner Polizei wird am nächsten Tag dazu vermelden: „Bei 612 Personen erste Hilfeleistungen, 53 Menschen ins Krankenhaus gebracht.“ Der Polizeibericht schließt mit den Worten: „Eine friedliche und ruhige Veranstaltung.“

Als um Punkt 22 Uhr 50 die Feuerwerker in der Kommandozone die 150 Stromkreise schließen und Impulse durch kilometerlange Kabel an 40 000 synchrongeschaltete Raketen jagen, ziehen von dem 200 Meter breiten Drahtgitter-Panorama vor dem Reichstag glührote und gleißend helle Strahlenkränze in den Abendhimmel. 250 000 stehen auf dem Platz der Republik, weitere 250 000 noch auf den Zugangswegen, sehen aber vom Spektakel fast nichts, da die Baumkronen des Tiergartens die zerplatzenden Feuerkaskaden verdecken. Hellers Pyrotechnikern zeichnen mit Feuersäulen aus brennenden Pyramiden den „Entwurf eines Himmels“, aus Lautsprechern dröhnt Strawinskys „Le sacre du printemps“, immer wieder unterbrochen von den Sirenen der Notarztwagen.

Mehrere Tausend Ost-Berliner, die das Feuerwerk verfolgen wollen, werden von Volkspolizei und weiträumigen Absperrungen vom Brandentor und der Mauer ferngehalten. In der ehemaligen Prachtstraße „Unter den Linden“ werden Seile über die gesamte Straßenbreite gespannt, der Bereich um das Brandentor als „Sicherheitszone“ deklariert. Dennoch gibt es auf den Straßen nahe der Mauer, wo noch die



Berlin in einer Sommernacht: „Ein Sturz durch die Träume“

FOTO: DPA

„Klangwolke“ mit Werken von Musorgsky, Strawinsky, Händel und Orff zu vernehmen ist, immer wieder Beifall. Vom Dach einer niedrigen Baracke aus verfolgen 200 Ost-Berliner das Feuerwerk, in sozialistischem Komfort wiegen sich dagegen die Glücklichen, die einen der begehrten Plätze in einem Ostberliner Dachrestaurant ergattern konnten - Parteimitglieder wurden hier bei dem schon Wochen vor dem Feuerwerk begonnenen Wettlauf bevorzugt, wissen „DDR“-Bewohner zu berichten.

Die Hoffnung Hellers, SED-Chef Honecker möge „rüberkommen und soviel Leute wie möglich mitbringen“, erfüllt sich ebenso wenig wie der Wunsch, „das DDR-Militär solle mit Sternen, Kometen und Blumen zurückschießen, aus allen Rohren“. Der Feuer- und Gesamtkunstwerker aus Österreich, der echten Raketen „die Kunst als Weltmacht“ entgegenzusetzen will, zeigt sich dennoch überglücklich, als nach 45 Minuten und 150 Bildsegmenten im Berliner

Abendhimmel die Faszination nicht abebben will: Mit Picassos Friedens-taube als Antwort auf zuvor symbolisiertes Inferno, bei dem zwei aufeinander zufahrende Teflader Hunderte von Raketen gegeneinander abfeuern und im Hintergrund präparierte Bäume eine brennende Welt suggerieren, schließt Heller sein Berliner Feuerwerkskapitel.

„Es war gut, es war wirklich gut“, vertraut er wenige Minuten nach dem Verlöschen der letzten Feuerkaskade seinen Mitarbeitern an, die mit mehr als 15 Tonnen Sprengstoff etwas geschaffen wollten, „das in den Köpfen der Menschen weitergeht“. Erst um zwei Uhr nachts verlassen die letzten Besucher ermattet die dunkle Wiese vor dem schemenhaften Reichstagsbau. Auf Ostberliner Seite sind die Straßen nahe der Mauer längst menschenleer. Die wenigen, denen dort ein Blick auf die Friedensteile im Westen möglich war, haben den Abspersseilen längst den Rücken gekehrt.

Mit dem Ohr an der Basis, den Gegner fest im Visier

Mit 169 von 214 Stimmen hat der SPD-Landesparteitag in Osnabrück Gerhard Schröder (40) zum Spitzenkandidaten gegen Ministerpräsident Albrecht gekürt. Ein Mann, der das Etikett „links“ trägt, der sich jedoch vor allem als Taktiker durchgesetzt hat.

Von CH. GRAF SCHWERIN

Umgeben von einer Traube von Kameramännern und Fotografen sitzt Gerhard Schröder in der Stadthalle von Osnabrück und blättert in seinen Unterlagen, so als säße er bereits als Ministerpräsident auf der Regierungsbank. Aber der SPD-Bezirksvorsitzende von Hannover hält diese gelassene Haltung nicht durch. Immer wieder schaut er auf und lächelt verlegen, man spürt ihm seine Erregtheit an. Dann wird das Ergebnis seiner Wahl zum SPD-Spitzenkandidaten 1986 gegen Ministerpräsident Albrecht bekannt. Er springt federnd auf, umarmt seine Frau, und sein Gesicht zeigt plötzlich wieder Entschlossenheit.

Wenige Minuten später setzt er zu einer programmatischen Rede an, die er selbst als Start zu einem harten Wahlkampf bezeichnet.

Seit dem letzten Herbst war er unermüdlich durch die Ortsvereine Niedersachsens gezogen, um seinen Anspruch auf die Spitzenkandidatur, den der Parteivorstand ihm streitig machen wollte, zu verteidigen. Der glücklose Führer der niedersächsischen SPD, Karl Ravens, der 1976 von seinem Bonner Ministersitz an die Leine gekommen war, hatte aufgegeben. Aber noch bevor er im Parteivorstand einen Kandidaten für seine Nachfolge nennen konnte, benannte sich Schröder selbst in einem Zeitungsinterview.

Von Bonn aus gesehen, wo Schröder als Bundestagsabgeordneter sich keinen klingenden Namen hatte ma-

chen können, erschien seine Kandidatur gegenüber der ehemaligen Ministerin Anke Fuchs, die Ravens favorisierte, ohne Aussicht; aber in Niedersachsen verfügte er über die Hausmacht des mitgliederstärksten Bezirks Hannover, auf dessen Vorsitz von Oertzen den ehemaligen Chef der Jungsozialisten als seinen Nachfolger geholt hatte. Schröder ist ein Mann „des Feldes“, kein Marktplatz, auf dem er nicht schon gestanden, keine Kneipe, in der er nicht schon „getingelt“ hätte. Er weiß, was vorgeht in seiner Partei, daß sie nicht mehr dieselbe ist wie zur Zeit der SPD-Regierung in Bonn, er kennt die Stimmung an der Basis, deren Sprache er spricht.

Um Spitzenkandidat zu werden, war an seinem Image zu feilen, ohne Profil zu zerstören. Er wurde als Vertreter einer dogmatischen Linken dargestellt und mußte nun vor allem seine Integrationskraft beweisen. Es ging ihm in seiner Selbstdarstellung um die Vereinbarkeit von radikalen Positionen mit politischer Anpassung an das Machbare. Seine Rede auf dem Parteitag am Samstag zeigte erneut diese Mischung dialektischer Biegsamkeit und politischer Härte. Er zeigte sich als Meister der Taktik.

Wenige Tage bevor Anke Fuchs das Rennen um die Spitzenkandidatur aufgab, meldete der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende in Hannover, Johann Bruns, seine Kandidatur für das Amt des Landesvorsitzenden an. Schröder und Bruns hatten sich für dieses gemeinsame „Ticket“ ausgesprochen, von unterschiedlichen politischen Standorten aus wollten sie gemeinsam der Partei zu einem neuen Aufbruch verhelfen. Aber die Meinungsverschiedenheiten waren nicht ausgeräumt. Bruns erklärte, er werde weiterhin für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage in Niedersachsen eintreten, den Schröder entschieden ablehnte. Schröder bekam seine Partei in Niedersachsen

jedoch in den Griff, indem er auf dem Bundesparteitag in Essen die vollständige Abwendung der SPD von der bisherigen Energiepolitik durchsetzte. Bruns mußte vor dem Landtag erklären, auch in Niedersachsen komme eine Wiederaufarbeitung nun nicht mehr in Frage.

Schröder hat in Osnabrück Ministerpräsident Albrecht in härtester Form politisch und persönlich angegriffen. Seine künftige Wahlkampf-taktik zeichnet sich ab, systematisch den Begriff „Albrecht-Politik“ negativ zu besetzen. Der Herausforderer erklärte, an die Stelle demokratischer Politik seien in Niedersachsen konservative, ja autoritäre Inhalte getreten: „Sie werden von Albrecht autoritär verordnet. Darunter leidet die politische Kultur in diesem Lande. Das wird einer der Schwerpunkte meiner ganz persönlichen Auseinandersetzung mit Albrecht sein.“

Der neue Spitzenkandidat bezeichnete sich in Osnabrück als Politiker, der zu jenen Positionen stehe, die ihm das Etikett „links“ eingetragen haben. Aber er sei „offen für neue Erkenntnisse und Erfahrungen“. Seine eigene Geschichte habe sich mit der Geschichte der Bundesrepublik entwickelt. „Mit allen Irrtümern und Widersprüchen.“

Ohne diesen Zusatz, so meinte der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helmut Bosse, der Schröder in der Abstimmung um die Kandidatur unterlag, hätte jeder andere Kandidat diese Rede halten können.

„Schröder kämpft mit offenem Visier und zeigt seine Blößen, da werden wir ihn packen“, meinte der Vorsitzende der niedersächsischen CDU, Wilfried Hasselmann, im Gespräch mit der WELT. Dies und sein geringer Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung mögen heute noch Schröders Handicap sein. Aber seine Rede auf dem Parteitag zeigte, daß er durch sein Auftreten und seine Rhetorik Menschen zu mobilisieren vermag.



Führungswechsel in der SPD Niedersachsen: Der neue Spitzenkandidat Gerhard Schröder (r.), Landesvorsitzender Johann Bruns (M.) und beider Vorgänger Karl Ravens auf dem Parteitag in Osnabrück.

FOTO: AP

Bei der Kontrolle spielt Moskau nicht mit

Die 35 Delegationen der Stockholmer Konferenz (KVAE) haben sich für eine längere Sommerpause bis zum 11. September getrennt. Die Zwischenbilanz nach zwei Runden fällt mager aus.

Von RÜDIGER MONIAC

Anfang des Jahres 1984 hat die Welt eine neue Abkürzung lernen müssen: KVAE, das Kürzel für Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa. Dieses Forum, ein neues „Enkelkind“ der Schlussakte von Helsinki, die die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) besiegelt, bringt 33 europäische Staaten mit den USA und Kanada an einen Tisch, MBFR, die Wiener Truppenab-

bauverhandlungen, waren ihr erster „Enkel“.

Die KSZE selbst wiederholt sich alle zwei Jahre wieder in sogenannte Nachfolge-Treffen. Das letzte dieser Art, vergangenen Herbst in Madrid veranstaltet, brachte am Ende nach langem und für die Beteiligten ermüdendem Hin und Her den Auftrag für die KVAE in Stockholm zustande. Kurz gefaßt lautet er: In einer ersten Phase soll die Konferenz vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen finden, die das Risiko eines Überraschungsangriffs und der politischen Nöte militärischer Mittel in Europa ausschließen oder wenigstens verringern. Dieses Risiko ist durch den Ausbau der konventionellen Militärpotentiale besonders auf östlicher Seite entstanden. Sollte die erste Phase erfolgreich sein, ist in einer zweiten vorgesehen, mögliche Wege zur Be-

grenzung und Verringerung des konventionellen Waffenpotentials beider Paktsysteme zu finden.

Davon allerdings ist die KVAE nach ihren beiden ersten Sitzungen weit entfernt. Sie startete im Januar mit großem Applomb. Die Außenminister eröffneten das Treffen der 35 mit gut klingenden Reden über die Chancen und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und der Vertrauensbildung zwischen den gegenseitlich gepolten ideologischen Lagern und den einzelnen Nationen. Dann reisten sie ab und überließen die unattraktive Detailarbeit in endlosen Sitzungen ihren Diplomaten. Unterbrochen durch eine Pause zu Ostern, sind letzte Woche die ersten zwei Runden der KVAE abgeschlossen worden. Westliche Diplomaten sind danach sehr skeptisch über die möglichen Erfolge kommender Run-

den. Bislang jedenfalls sprechen sie von einem „eher mageren“ Ergebnis.

Tatsächlich entspricht dieses Urteil dem Gang der Konferenz nicht ganz. Undiplomatisch ausgedrückt müßte es ganz anders lauten, nämlich die Sowjetunion mauert. Dem generellen Ziel dieser Konferenz steht die östliche Großmacht, die den Menschen in ihrem Herrschaftsbereich meist die „kleinen“ Freiheiten wie Reisen ins Ausland, ganz zu schweigen von den „großen“ politischen Freiheiten verweigert, mit extremen Widerwillen gegenüber.

Aber ohne Vertrauensbildung auch im militärischen Bereich und ohne den Austausch von Beobachtern, nicht nur bei Manövern, geht es nicht. Als dies der Westen in Stockholm vorschlug, giftete es aus Moskau zurück, das sei so, als wolle jemand dem Partner ins Schlafzimmer gucken.

Schaffen Sie sich jetzt Ihre Sicherheitsreserven in Gold. Mit Krügererrand.

Das internationale Schuldenkarussell dreht sich immer schneller. Finden die Beteiligten noch einen Ausweg? Um wieviel mehr steigt dadurch die Inflation? Hinzu kommt die Ungewißheit über die Zinsen und die Wechselkurse. Mehr Vorsicht bei der Geldanlage wird jetzt von den Banken empfohlen. Sicherheit und Liquidität sind gefragt.

Macht es da nicht Sinn, jetzt Geld in Gold anzulegen? Nach ist Gold günstig, und der Rat erfahrener Anlageberater, mindestens 5-10% des Vermögens in Gold zu investieren, hat sich auf lange Sicht immer bezahlt gemacht. Denn Gold hat sich in schwierigen Zeiten als

eine der sichersten Anlagemöglichkeiten erwiesen. Gold in Form von Krügererrand gibt Ihnen eine weitere Sicherheit dazu: Krügererrand-Goldmünzen sind Bestandteil des internationalen Goldhandels und sind deshalb nicht nur langfristig, sicher, sondern auch kurzfristig liquide. Mit verschiedenen Größen - 1, 1/2, 1/4 und 1/10 Unze - erlaubt er Ihnen darüber hinaus eine Wertanlage nach Maß.

Sie erhalten Krügererrand mit einem äußerst geringen Handelsaufschlag bei Banken und Sparkassen.

Fragen Sie noch heute Ihre Bank über den Aufbau Ihrer „stillen Reserve“ in Krügererrand.



Krügererrand. Ein Stück Gold. Ein Stück Sicherheit.

In der Bonner Vertretung soll notfalls ein Wachposten eingreifen

Beginn der Umbauarbeiten in dieser Woche / Spezielle Sprechzimmer vorgesehen

hrk. Berlin

Die Ständige Vertretung in Ost-Berlin bleibt voraussichtlich noch mindestens bis Mitte/Ende Juli geschlossen, bis die angekündigten Arbeiten für einen separaten, stark gesicherten Sondereingang für Einzelbesucher beendet sind. Mit dem Umbau soll in dieser Woche begonnen werden. Westberliner Baufirmen werden für rund 50 000 bis 60 000 Mark einen zweiten Zugang schaffen. Nach dem Studium der Umbauarbeiten sprechen Eingeweihte in diesem Zusammenhang von „einer Art Hochsicherheits-trakt“.

Der bisherige Haupteingang an der Hannoverstraße 30, der seit fast zwei Wochen durch ein Rollgitter verschlossen ist, steht künftig nur noch Diplomaten, Besuchergruppen und hochrangigen Einzelbesuchern offen. Künftig wird ein Hinweischild darauf aufmerksam machen, daß der „individuelle Besucherverkehr“ etwa 50 Meter weiter abgewinkelt werde.

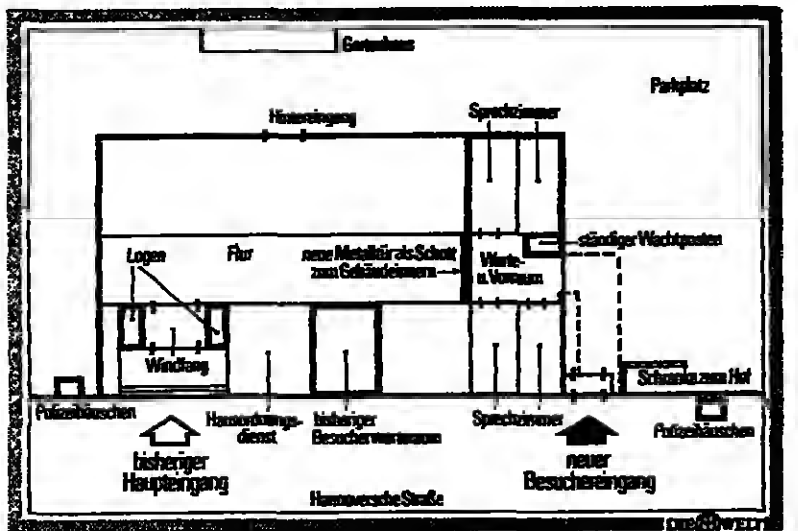
Der neue Eingang liegt neben der bisherigen und weiter bestehenden Hofeinfahrt, die mit einer rot-weiß markierten automatischen Schranke versehen ist. Neben dieser Auffahrt befindet sich in der Baufeldlinie des Gebäudes eine kurze Mauer, in die eine Tür gebrochen wird. Um den Zutritt ins Gebäude zu ermöglichen, erweitern die Bauarbeiter ein vorhandenes Fenster in der rechten Außenwand des Hauses zu einem neuen Eingang.

Dahinter wird künftig ein ständiger Wachposten des „Hausordnungsdienstes“ stationiert. Dieser Wachdienst setzt sich aus den bisher schon im Haus befindlichen unbewaffneten Bediensteten des Bundesgrenzschutzes zusammen, die dem Bundeskanzleramt unterstellt sind. Sie sollen den Publikumsverkehr beobachten und notfalls eingreifen.

Hinter dem Wartezimmer sollen mehrere spezielle Sprechzimmer eingerichtet werden, in denen die ratsuchenden „DDR“-Bewohner ihre Anliegen vortragen können. Der das Erdgeschoß des Gebäudes durchlau-

fende Flur wird unmittelbar hinter den Sprechzimmern mit einem Metallschott verschlossen, so daß der Zugang in die eigentlichen Amtsräume der Vertretung auf jeden Fall verhindert wird. In dem Sondertrakt werden auch Toiletten- und Waschräume installiert.

Das bisherige Besucher- und Wartezimmer der Vertretung, in dem bis zu 30 Personen Platz fanden und in dem sich Ende Januar zwölf „DDR“-Bewohner spontan zum Bleiben verabredeten, bleibt künftig für Besucher unzugänglich.



Die geplanten Umbauten in der Ständigen Vertretung Bonn: Der bisherige Haupteingang steht nur noch bestimmten Besuchern offen

Wie die SED die Männer des 20. Juli sieht

AFF/DW, Berlin

Die Theoriezeitschrift „Einheit“ der SED hat in ihrer jüngsten Ausgabe das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 als mutige, antifaschistische Aktion bezeichnet und gleichzeitig „reaktionären“ Kreisen im Westen das Recht bestritten, sich darauf zu berufen. Das Handeln Stauffenbergs und seiner Kampfgesährten müsse „an den konkreten, von den Lebensinteressen des deutschen Volkes bestimmten Erfordernissen des antifaschistischen Widerstandes“ gemessen werden.

Die SED-Zeitschrift gibt folgende Begründung: Obwohl sich bei vielen Personen um Stauffenberg, antikomunistische Ressentiments und Klassenvorurteile und Befangenheit in antisowjetischen Traditionen“ als nicht zu überwindende Barrieren erwiesen hätten, habe sich ein enges Kreis um Stauffenberg zu einer realistischen Einschätzung der Kraft der UdSSR durchgedrungen. Daher hätten die „Wortführer der Reaktion“ im Westen kein Recht, die Aktion des 20. Juli 1944 für sich in Anspruch zu nehmen. Das heldenmütige und aufopfernde Handeln Stauffenbergs und seiner engsten Kampfgesährten sei „eine Form des Kampfes gegen den Faschismus“ und ein mutiger Beitrag zur Beendigung des Zweiten Weltkrieges gewesen.

Der Autor charakterisiert Stauffenberg und seine Freunde als „Opposition innerhalb der herrschenden Klasse“. Die Gruppe sei zu der Überzeugung gelangt, daß der Krieg an allen Fronten beendet werden müsse. Die Tragik der Männer des 20. Juli liegt nach Auffassung der SED-Zeitschrift darin, „daß sie es nicht vermocht haben, sich vollends über jene Schranken und Denkwälder hinwegzusetzen, die sie hinderten, sich mit dem Volk zum Sturz der Hitlerherrschaft zu verbinden“. Dies habe jedoch „unsere Hochachtung für ihr mutiges Handeln nicht auf“.

Noch Lücken in der Widerstands-Geschichte

Internationaler Historiker-Kongreß in Berlin

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin
Es gab ehrenhafte Kollaboration und zweifelhafte Widerstand. Mit der Bezeichnung dieser Extrempositionen wurde auf der Abschlusssitzung der internationalen Historiker-Konferenz in Berlin über „Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler“ die vielschichtige Problematik der deutschen Opposition gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft charakterisiert.

Die von der Historischen Kommission zu Berlin aus Anlaß des bevorstehenden 40. Jahrestages des gescheiterten Aufstandes gegen Hitler am 20. Juli 1944 veranstaltete Historiker-Tagung machte aber deutlich, daß die Geschichte des deutschen Widerstandes in ihren vielfältigen Formen noch keineswegs voll ausgebreitet vor uns liegt. Der Widerstand, so wurde klargestellt, entwickelte sich in Etappen. Zu Beginn der Hitlerzeit habe man noch versucht, im Rahmen der Legalität Widerstand zu leisten. Ein Beispiel ist der sozialdemokratische Pressespiegel „Blick in die Zeit“, der bis 1935 erschien. Neuerdings wird auch die Haltung von Jugendverbänden untersucht. Vor allem in Kreisen der Bündnisse Jugend und des Wandervogels glaubt man eine oppositionelle Haltung der neuen Machthaber gegenüber feststellen zu können. Die nationalsozialistischen Sicherheitsorgane wetteten daher auch angesichts der illegalen Weiterexistenz händischer Gruppen oder spontanen Neubildungen von Widerstandsgruppen wie beispielsweise der „Körner“, „Edelweißpiraten“ gegen „händische Umtriebe“ in der deutschen Jugend.

Weitgehend unerforscht ist auch die Organisation der Opposition gegen Hitler auf regionaler Ebene. Sie setzte nach 1935 ein, als die überregionalen Widerstandsgruppen im wesentlichen zerschlagen waren. Die Sozialdemokraten bildeten als Sport-, Skat- und Gesangsvereine getarnte Gruppen, die allerdings auf spektaku-

läre Widerstandsaktionen weitgehend verzichteten und sich vornehmlich darum bemühten, den Zusammenhang unter den Genossen aufrechtzuerhalten. In Hamburg, Berlin, Thüringen und Sachsen entstanden kommunistische Widerstandsgruppen.

Die regionale Opposition des katholischen Lagers gegen Hitler formierte sich insbesondere in Bayern, Oberschlesien und in Südbaden. In der evangelischen Kirche ist es, wie der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann während der Tagung bemerkte, vor allem in ländlich-protestantischen Regionen zu Verhaltensformen einer gewissen „Resistenz“ gekommen.

Vor einer Unklarheit schaffenden Auswertung des Begriffs „Widerstand“ auf jegliche Form von Opposition gegen Hitler wurde auf dem Berliner Historikerkongreß gewarnt. Die Verwendung des unveränderten „Resistenz“-Begriffs erschwere die saubere Scheidung zwischen aktivem Widerstand mit politischem Ziel, passivem Widerstand und bloßer Verweigerungshaltung.

Angesichts der Tatsache, daß große Teile der kritisch eingestellten Kräfte sich zwischen Anpassung und Kooperation auf der einen, Verweigerung und Teilwiderstand auf der anderen Seite bewegten, dürfte begriffliche Differenziertheit in der Tat geboten sein.

Der Bochumer Historiker Hans Mommsen wies darauf hin, daß das „Unternehmen Walküre“ der Bewegung des 20. Juli der einzige Umsturzversuch gewesen sei. Der Berliner Politikwissenschaftler Richard Löwenthal betonte die Zusammenfassung des 20.-Juli-Kreises aus Sozialdemokraten, Liberalen, Zentrumsleuten und Konservativen habe die erste Grundlage für die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland gelegt, die als Wiederaufnahme Deutschlands in die Völkergemeinschaft erleichtert.

Grüne: Auch Rau muß auf unsere Position eingehen

p.p. Bonn

Einem bundesweiten rot-grünen Bündnis mit der SPD, wie es von dem durch „Rotation“ ausscheidenden grünen Bundestagsabgeordneten Otto Schily gefordert worden ist, stehen die grünen Spitzenfunktionäre offenbar mehrheitlich noch ablehnend gegenüber. Als Vorbedingung nannte Parteivorstands-Mitglied Rainer Trampert in der ZDF-Sendung „Böner Perspektiven“ gestern Abend die Bereitschaft der SPD zum „Abwracken“ der zivilen und militärischen Atomtechnologie. Aus „Grundsatzfragen“ sieht auch Fraktionssprecherin Antje Vollmer hundertprozentige Probleme, schließt aber weitere, über Hessen hinausgehende Zusammenarbeit in den Ländern nicht aus. So werde sich nach Holger Börner auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau nach der Landtagswahl im kommenden Jahr „auf einlassen müssen, auf unsere Grundpositionen einzugehen“. Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Roland Vogt, der im Zuge der „Rotation“ demnächst unter Protest ebenfalls sein Mandat abgeben soll, sieht wegen dieser Wechsel „weitere Kräfte und Brüche“ auf seine Partei zukommen. In den „Böner Perspektiven“ forderte er gestern Abend deshalb eine „Urahstimmung“ aller Mitglieder darüber.

Parteiinterne Kritik an Politik der SPD

p.p. Bonn

Im Gewerkschaftsflügel der SPD regt sich Unmut darüber, daß sich die Parteiführung in einigen Fragen „grüner als die Grünen“ gibt. Im Mitteilungsblatt der IG Bergbau hat Horst Niggemeyer, Vorsitzender eines der größten SPD-Unterbezirke (Recklinghausen), die Entscheidung über den vorläufigen Betriebsstopp für das Kraftwerk Buschhaus zum Anlaß genommen, die SPD-Führung, aber auch die beiden anderen etablierten Parteien CDU/CSU und FDP, daran zu erinnern, daß sie alle zusammen bei der letzten Wahl 94 Prozent aller Wahlstimmen erhalten hätten: Dies könne doch nur bedeuten, daß ihnen „vom Wähler ebenso ökonomische wie ökologische Kompetenz“ zugestanden wurde. „Erzief selbst Partei den Satz des wegen der Zusammenarbeit mit den Grünen zurückgetretenen hessischen Finanzministers Heribert Reiter ins Gedächtnis: ‚Mir läuft es eiskalt den Rücken runter, wenn ich daran denke, wie die Grünen unsere Wirtschaftskraft beschneiden wollen.‘“ Der Beschluß gegen Buschhaus müsse „wie ein Keulenschlag gegen alle jene wirken, die nicht nur für den Umweltschutz eintreten, sondern auch jeden weiteren Arbeitsplatzabbau für verhängnisvoll halten“. Mit dem von den Grünen in Gang gesetzten „Anti-Buschhaus-Zug“ sei „weder der Umwelt geholfen, noch Arbeit gesichert“ worden. Durch diesen „Schuldigungsstreich“ hätten jetzt die Bergleute in Helmstedt ihre Erfahrungen damit machen müssen, „ob die mit ihrem Arbeitsplatz zusammenhängenden Fragen zukünftig im Parlament noch sachgerecht behandelt“ würden. Hier habe es auch auf Seiten der SPD „statt des Schulterzuckens mit den Arbeitnehmern einen klassischen Schulterswurf gegen sie“ gegeben.

Streik schlecht für Lehrstellensituation

p.p. Bonn

Das Handwerk – in der Bundesrepublik Deutschland der Wirtschaftsbereich, der weitaus die meisten Jugendlichen ausbildet – sieht in dem Tarifabschluß der Metallindustrie die Gefahr, daß „der jungen Generation“ mit der falschen Zielsetzung „weniger Arbeit – mehr verdienen“ nicht verantwortungsbewußt genug entsprochen worden sei. Darüber hinaus habe der Streik gerade in den Monaten, in denen beim Handwerk die Lehrverträge abgeschlossen werden, die Ausbildungsmöglichkeiten der Betriebe beeinträchtigt. Bereits jetzt zeigten sich „negative Auswirkungen auf die Lehrstellensituation“. Während noch niemand das Rezept dafür kennt, wie die bis zu 735 000 Lehrstellen-Bewerber in diesem Jahr untergebracht werden sollen, können nach Ansicht des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, die nunmehr auf die Wirtschaft zukommenden Kostenbelastungen zu einer weiteren Verschärfung der Lage führen. Auf jeden Fall seien die Tarifmaßnahmen für die Metallindustrie „auf keinen Fall auf das Handwerk übertragbar“ – vor allem wegen der völlig anderen Betriebsstrukturen. Andernfalls „würden nicht nur die erfolgreichen Ausbildungsbemühungen nachhaltig gefährdet, sondern auch Arbeitsplätze, und die Schwarzarbeit erhöhe einen zusätzlichen Auftrieb“.

Von Zeit zu Zeit geistert schon Stophs designierter Nachfolger im Ministerrat durch die West-Presse: Günter Mittag. Vor dem nächsten SED-Parteitag 1985 ist mit einem Wechsel jedoch kaum zu rechnen.

Es fehlt an „grenzenloser Hingabe für die Sache des Kommunismus“

Sorge in Moskau wegen passiver Parteijugend und aktiver Wirtschaftskriminalität

FRIEDRICH NEUMANN, Moskau

Am Wochenende rief die Moskauer Parteiführung wieder einmal dazu auf, die „kommunistische Erziehung“ der Jugend zu verstärken. Der Nachwuchs verhalte sich teilweise undiscipliniert und individualistisch, er neige zu „Passivität“ gegenüber der Gesellschaft und bei der Arbeit. Die Partei werde ihren Einfluß auf den Jugendverband Konsomol verstärken, der mit 42 Millionen Mitgliedern fast alle Sowjetmenschen zwischen 14 und 28 Jahren erfaßt. Ihr Regime könne unterböhrt werden, fürchtet sie, wenn die Jugend nicht mehr zu „grenzenloser Ergebenheit für die Sache des Kommunismus und Unerschrockenheit gegenüber der bürgerlichen Ideologie“ bereit ist. Davon hänge letztlich die Zukunft unserer sozialistischen Heimat ab, hatte Partei- und Staatschef Tschernenko mehrfach gesagt.

Das Eingeständnis, daß der Konsomol dabei auf der ganzen Linie versagt und trotz seiner Allgegenwart die jungen Menschen nicht erreicht, zieht sich wie ein roter Faden durch die Formelsprache der Epistel. Die Partei ist weder mit seinen Funktionären noch mit seiner Organisation und seinen Methoden zufrieden. Sie pocht auf ihren eigenen Führungsanspruch, ohne den „Veränderungen bei der Jugend“ anders begegnen zu können als mit der Forderung nach mehr „ideologischer und moralischer Erziehung“.

Auch unter dem Ideologen Tschernenko verläßt sich die Partei aber nicht nur auf Worte, wenn sie sich durch gesellschaftliche Fehlentwicklungen herausgefordert sieht. Man möge sich nicht der Illusion hingeben, hatte der Mann an der Spitze wiederholt gewarnt, daß die Disziplinierungskampagne seines Vorgängers Andropow eine vorübergehende Erscheinung gewesen sein könnte.

Wie ernst das gemeint war, zeigte sich Ende Juni in Usbekistan, dem Land mit der drittgrößten Nationalität der Sowjetunion (nach Russen und Ukrainern). Nach dem rhetorischen Rundumschlag von Parteichef Usmanochschajew vor dem Zentralkomitee der asiatischen Sowjetrepublik wurden mindestens sieben Funktionäre gemäßigt, darunter der Innen- und Finanzminister. Die scharfe Kritik traf ohne Unterschied staatliche Behörden und Wirtschaftsverwaltungen, die „Rechtsschutzorgane“ und selbst die Partei in der Hauptstadt Taschkent, in Samarkand und anderen Städten. Die „Leiter“ wurden beschuldigt, Betrügereien großen Stils in der Wirtschaft, überall Bestechung und Unterschlagungen hingenommen oder höchst unzulänglich bekämpft zu haben. Nicht wenige waren offenbar selbst daran beteiligt.

Den Ausweg sieht die Führung in einer Kombination von Repression und „ideologischer Arbeit“, die für den innenpolitischen Stil Tschernenkos kennzeichnend ist. Der Kremldschef hat nicht im geringsten

den unter Andropow ausgebauten Sicherheitsapparat beeinträchtigt. Im Gegenteil: Durch die Ernennung des bisherigen Justizministers Terebilkow zum Chef des Obersten Gerichtes hat er ihn noch verstärkt. Die Usbekistan-Affäre, die sich durch personelle Veränderungen in Partei und Regierung der Republik schon im vorigen Jahr ankündigte und durch den Tod des langjährigen Parteichefs Raschidow im Herbst beschleunigt wurde, ist unter Oberaufsicht des „Ordnungsspezialisten“ im Politbüro, Aljew, von Moskau „zuständigen Organen“ operativ bewältigt worden. Die politische Sanierung ist Aufgabe der Partei.

Unter dem Einfluß des Gesellschaftspolitikers Tschernenko, dem es stets um Glauwürdigkeit und Autorität des Regimes geht, wird nicht nur in Usbekistan die moralische Sauberkeit und fachliche Eignung der Funktionäre zur Norm gemacht. Ständig berichtet die Parteipresse über Disziplinungsverfahren gegen Genossen, die sich durch die ihre Amtstellung ungebührliche Vorteile verschafft haben. Um keine falsche Gneignung darüber aufkommen zu lassen, daß es nun den Oberen aus Leder gehe, hat die Partei das Stichwort „soziale Gerechtigkeit“ entdeckt. Öffentliche Erörterungen über einen „angemessenen Konsum“ und eine „richtige“ Einkommensverteilung sind beunruhigende Verbote einer weitergehenden Kontrolle.

Den Ausweg sieht die Führung in einer Kombination von Repression und „ideologischer Arbeit“, die für den innenpolitischen Stil Tschernenkos kennzeichnend ist. Der Kremldschef hat nicht im geringsten

Wladimir: Ein Name wird zur Belastung

„Städtepartnerschaft wäre für Erlangen ein Mißgriff“

PETER SCHMALZ, München

Der Plan der bayerischen Universitätsstadt Erlangen, mit der sowjetischen Gebietshauptstadt Wladimir eine Städtepartnerschaft zu schließen, stößt auf entschiedenen Widerstand. Professor Michael Voslensky, der in München das „Forschungsinstitut für sowjetische Gegenwart“ leitet, bezeichnet die Absicht einer deutschen Stadt, eine derartige Verbindung mit einer Gemeinde in der Sowjetunion anzubahnen, zwar grundsätzlich als erfreulich, spricht aber von einem erschreckenden Mißgriff der Verantwortlichen in Erlangen. Professor Voslensky über Wladimir: „Sie wissen offensichtlich nicht, daß in dieser Stadt eines der wichtigsten Gefängnisse steht, in dem zahlreiche politische Gefangene unter erbärmlichen Verhältnissen leben.“

Nach Berichten von ehemaligen Häftlingen, die in den Westen kommen konnten, herrschen in Wladimir Schrecken und Hungerfieber. Die Essensrationen sind zum Leben zu wenig“, erzählt der 44jährige Journalist, der wegen kritischer Gedichte 15 Jahre in Haft, Verbannung und psychiatrischer Internierung verbrachte. „Deshalb leiden über 90 Prozent der Gefangenen an schweren Krankheiten wie TBC und Magenbeschwerden.“

Den westlichen Touristen, die seit einigen Jahren in die fast 900 Jahre alte Stadt, die als ein historisches Schmuckkästchen gilt, gelassen werden, bleibt das Gefängnis verborgen. Auch die Abordnung des Erlanger Stadtrats, die Wladimir zur Vorbereitung der Partnerschaft besuchte, erfuhr nichts über die Haftanstalt, vermutet Professor Voslensky. Im Westen existiert von der Anstalt nur ein einziges Foto. Es zeigt einen Trakt, in dem keine Gefangenen, sondern Personal untergebracht ist.

Als Below Anfang der siebziger Jahre in Wladimir einsaß, lebten dort etwa 70 politische Gefangene unter tausend kriminellen Mithäftlingen.

Viele der politischen Gefangenen mußten in den 40 Isolationszellen verbleiben, die der Geologe Georgij Dawydow, der vier Jahre in Wladimir verbrachte, als einen Betonspalt von ein mal zwei Meter Fläche bezeichnet. Den Isolierten wurde die warme Kleidung abgenommen, ihre Essensration wurde nochmals reduziert, und sie mußten auf einem blanken Holzbett schlafen.

Das Gefängnis von Wladimir war zu Stalins Zeiten allein politischen Gefangenen vorbehalten, später wurden auch Kriminelle eingewiesen. In Wladimir saß der amerikanische U-2-Pilot Gary Powers. Hier traf der Astrophysiker Grigorij Lubsarsky auf einen Mann mit einer besonders tragischen Geschichte: Georgij Menschagin, ein ehemaliger Bürgermeister, war Zeuge, als deutsche Soldaten im Februar 1943 in Massengräbern bei Katyn die Leichen von mehr als 4000 politischen Offizieren fanden, die in sowjetischer Kriegsgefangenschaft ermordet worden waren. Menschagin wurde nach Kriegsende verhaftet und immer wieder über die Gräber verhört. Durch einen Zufall erfuhr er, daß er bei den Nürnberger Prozessen, wo die Sowjets den Massenmord der deutschen Seite zuschieben wollten, als Zeuge dafür benannt war. Er wurde jedoch nie zu einer Aussage gezwungen. Menschagin verbrachte 25 Jahre in Gefängnissen, davon 18 Jahre in Einzelhaft.

1978 wurden die politischen Gefangenen aus Wladimir in das neue Gefängnis nach Tschistopol verlegt. Dennoch, so versichern ehemalige Häftlinge, sind in Wladimir weiterhin „Politische“ inhaftiert. Professor Voslensky rät angesichts dieser Belastung des Namens Wladimir dem Stadtrat von Erlangen, sich einen anderen Partner in der UdSSR zu suchen. „Für Erlangen müßte es doch möglich sein, eine Universitätsstadt und damit einen zumindest auf diesem Sektor ebenbürtigen Partner zu finden“, meint der Sowjet-Experte.

Fortschritte bei Gesprächen Vatikan-CSSR?

F. MEICHNER, Rom

Als „freimütig und konstruktiv“ wurden in einem vatikanischen Kommuniqué Gespräche charakterisiert, die in der vergangenen Woche mit einer tschechoslowakischen Regierungsdelegation im Vatikan geführt worden sind. Man sei übereingekommen, den Meinungsaustausch „in nächster Zukunft“ fortzusetzen. Das Kommuniqué spezifiziert wieder die Art der behandelten Themen, noch nennt es einen Termin für die nächste Gesprächsrunde.

Informierte vatikanische Stellen weisen darauf hin, daß zu den ungelösten Fragen besonders die Vakanz auf zehn der 13 Bischofsstühle des Landes, die vatikanische Ablehnung der regimetreuen Priestervereine „Faccin in terra“ sowie die Weigerung Prags gehören, die Eröffnung neuer Seminare zu erlauben. Diese Fragen standen offensichtlich schon im Mittelpunkt von Besprechungen, die der päpstliche Sonderuntersucher für Osteuropa, Luigi Poggi im März dieses Jahres in Prag geführt hatte. Die Diskussion wurde jetzt zwischen einer tschechoslowakischen Delegation unter Führung des Sekretariatsdirektors für Kirchenfragen, Janku, und Poggi fortgesetzt. Die Delegation ist auch vom vatikanischen „Außenminister“, Erzbischof Silvestrini, und von Kardinalstaatssekretär Casaroli empfangen worden.

Bei Verhandlungen mit Ostblockländern steht das Adjektiv „freimütig“ im allgemeinen für Kontroversen, „konstruktiv“ wird dann verwendet, wenn gewisse Fortschritte erzielt worden sind. Vatikanbeobachter weisen darauf hin, daß die Parteizeitung „Rude Prava“ am Wochenende ausdrücklich die Meldung der katholischen österreichischen Nachrichtenagentur „Kathpress“ demontiert habe, der zufolge die tschechoslowakische KP auf die Katholiken des Landes Druck mit dem Ziel ausübe, eine von Rom losgelöste tschechoslowakische Nationalkirche zu gründen.

Nüchterner Sachwalter des Regimes

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Er spricht weder das fistele Sächsisch eines Mentors Walter Ulbricht noch strahlt er die pfälzisch-saarländische Bonhomie von Erich Honecker aus: Willi Stoph, als Ministerrat-Chef formal zweiter Mann nach dem Staatsratsvorsitzenden, wird heute 70 Jahre. Zwei Ereignisse steigerten den Bekanntheitsgrad des immer ein wenig grämlich dreinschauenden, im märkisch-berlinischen Tonfall sprechenden Stoph: Seine beiden „Gipfeltreffen“ mit Willy Brandt in Erfurt und Kasel (sie leiteten zum Grundvertrag über) und die Flucht seiner am Ende für eine halbe Million guter D-Mark ausgelösten Nichte Ingrid Berg in die Prager Botschaft Bonn.

Wenn der weißhaarige Ex-Stabschef der Wehrmacht den knapp zwei Jahre älteren Erich Honecker beispielsweise bei den Visiten an West-Ständen auf der Leipziger Messe begleitet, belächelt er pflichtgemäß die schlagfertigen Sentenzen von Honecker, dessen Auffassungen er sonst offenkundig keineswegs immer teilt.

Bei derartigen Gelegenheiten wirkt er verschlossen, aber hellwach – Ende der sechziger Jahre ein Machtrivale des Aufsteigers Honecker. In der „DDR“-Bevölkerung seinerzeit auch wegen seines „deutschen“ Erscheinungsbildes als Anti-Typ zu dem unsäglichen Widerstandsgruppen ohne Sympathie, verkörpert Stoph den altgedienten Funktionär der KP-Schule. Seine Machtfülle – seit 31 Jahren im SED-Politbüro, 20 Jahre mit einer dreijährigen Unterbrechung Ministerrats-Vorsitzender – wurzelt im Staatsapparat. Die jungen Manager der Zentralverwaltung, die eher ideologiefreie technokratische „DDR“-Elite, sieht in ihm, neben Günter Mittag, offenbar „ihren“ Mann.

Wer ihm zu seiner atemberaubenden Karriere in der damaligen Sowjetzone in den Sattel half, bleibt selbst heute im Dunkeln. Vermutlich arbeitete Stoph, der nach einem Fernstudium zum Bautechniker aufstieg, für den militärischen Geheimdienst des Moskauer Generalstabs (GRU). Offizielle „DDR“-Nachschlagewerke sind, was Stophs Lebenslauf in den braunen Jahren angeht, ungewöhnlich unergiebig. Im „Handbuch der Volkskammer“ heißt es beispielsweise lediglich: „1933-45 nahm er am illegalen antifasch. Widerstandskampf teil.“

Wie sehr sich Stoph als Exekutiv von Parteibefehlen versteht, erwies sich nach dem Mauerbau. Ein ehemaliger SED-Spitzenfunktionär schilderte nach seiner Flucht, wie Stoph am 31. August 1961 in einer Sitzung in Ost-Berlin die Ratsvorsitzenden sämtlicher „DDR“-Grenzkreise auf die bedrückte Aktion „Wohnungswechsel“ einstimme. In der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1961 mußten Tausende von Familien, die als „unzuverlässig“ galten, ihre Heimat an der Grenze aufgeben und wurden ins „DDR“-Innere deportiert.

Von Zeit zu Zeit geistert schon Stophs designierter Nachfolger im Ministerrat durch die West-Presse: Günter Mittag. Vor dem nächsten SED-Parteitag 1985 ist mit einem Wechsel jedoch kaum zu rechnen.

Für die Asean ist Hanoi am Zug

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Der kambodscha-Konflikt ist auch in diesem Jahr zentrales Thema der heute beginnenden Asean-Außenministerkonferenz in der indonesischen Hauptstadt Jakarta. Indonesien als Gastgeber dieser Konferenz ist speziell darum bemüht, einen Weg zu finden, auf dem sich Vietnam und die Länder der Asean (Indonesien, Philippinen, Malaysia, Thailand, Singapur, Brunei) zur Versöhnung treffen können.

Anfang dieses Jahres war der Oberbefehlshaber der indonesischen Streitkräfte, General Benny Murdani, eigens nach Hanoi geflogen, wo er die vietnamesische Verhandlungsbereitschaft über Kambodscha erkundete. Er winkte mit dem Lorbeerzweig, indem er betonte, Vietnam sei „keine Gefahr für Südostasien“. Um so entschäufte waren die Indonesier, als vietnamesische Truppen Anfang April eine massive Offensive gegen Lager des kambodschanischen Widerstandes eröffneten und dabei mehrere Kilometer tief auf thailändisches Territorium vordrangen.

Wir haben alles versucht, Hanoi an den Verhandlungstisch zu bringen“, meint der thailändische Außenminister, Siddhi Sawatsila. „Der Ball

liegt bei Hanoi.“ Trotz des Versuchs einer neuen von Indonesien initiierten Strategie wird Asean an den UNO-Resolutionen über den vollständigen Abzug aller vietnamesischen Truppen aus Kambodscha festhalten und sich weigern, den Tatbestand der vietnamesischen Aggression in Kambodscha anzuerkennen. Hanoi hält bis heute etwa 180 000 Mann reguläre Truppen in seinem westlichen Nachbarland.

Eine Woche vor dem Treffen der Asean-Außenminister haben die drei Außenminister Vietnams, Laos und Kambodscha zu „sofortigen Gesprächen“ mit der Asean aufgefordert, um die Spannungen in Südostasien zu entschärfen. In Asean-Kreisen fragt man sich allerdings, worüber Hanoi verhandeln will, da das Kommuniqué der drei Minister ausdrücklich erwähnt, daß die Situation in Kambodscha „unwiderstehlich“ ist.

In Asean-Kreisen weiß man, daß auch der jüngste Rückzug von etwa 10 000 vietnamesischen Soldaten nichts anderes als eine Rotation war, in der demoralisierte, verbrauchte und kranke Truppen nach Hause zurückgeholt wurden.

Wichtig aber ist der Truppenrückzug für Hanoi Propaganda gegenüber dem eigenen Volk, das des kambodschanischen Kampfes müde ist und heute dieselbe Frage stellt wie einst die Amerikaner in Vietnam: Was haben wir hier zu suchen? Der Truppenrückzug, so sagen Hanoi Propagandisten, beweise die zunehmende Stabilität und die sich verbessernde Lage in Kambodscha. Den vietnamesischen „Freiwilligen“, die Hanoi seine Streitkräfte in Kambodscha nennt, sei es gelungen, alle Lager der vietnamesischen Widerstandsrebellanten an der Grenze zu Thailand zu zerschlagen. Daß das ganz und gar nicht der Fall ist, wissen die Vietnam-Rückkehrer ebenso gut wie neutrale Beobachter, vor allem die Asean-Länder.

Der thailändische Außenminister bezeichnet die letzte vietnamesische Trockenzeitoffensive als einen „völligen Fehlschlag“. Die Widerstandskräfte seien heute stärker als je zuvor. Beobachter schätzen, daß die drei Widerstandsgruppen (Son Sam, Prinz Sihanouk und die Roten Khmer) zusammen etwa 60 000 Kämpfer haben. Obendrein hat sich deren politische Koalition zu einer Widerstandsregierung erstaunlich gefestigt.

Wider alle Umstände setzt Mitterrand auf Sozialismus

Frankreichs Präsident mobilisiert die Linke und wirbt für seine Sanierungspolitik

Von A. GRAF KAGENECK

François Mitterrand liebt es, sich in der Politik als einen „Pilger“ zu bezeichnen. Als er, während seiner langen Wüstendurchquerung in den letzten Jahren der vierten und des ersten 22 Jahren der fünften Republik, wieder einmal vor einem Scherbenhaufen seiner Pläne stand, sagte er, er werde seinen Wanderstab nehmen und weiter nach seinem Gral suchen. Dieser Gral war, das muß man diesem vielschichtigen, schwer durchschaubaren Mann zugeben, immer ein gewisser „Sozialismus à la Française“, also mit Augenmaß und Kompromiß.

Der Pilger ist wieder auf einer Talsohle gelandet, sein Weg verläuft im Schatten. Außenpolitischen und diplomatischen Erfolgen wie in Washington, Bonn, Moskau oder Fontainebleau stehen Ketten von Niederlagen an der Heimafront gegenüber. Nach den Europawahlen des 17. Juni ist seine Regierungsmehrheit aus Sozialisten und Kommunisten auf ein Drittel des Stimmenerwartungskommens geschrumpft. Der kommunistische Koalitionspartner hat in dem Schruppfungsprozess die Hälfte seiner Stimmen von 1978 verloren. Er steckt in einer tiefen Identitätskrise und ist nur noch totter Ballast im Rumpf des Koalitionsschiffs. Die Arbeiter, die um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, die Arbeitslosen, die ihn schon verloren haben, die Kurzarbeiter, die kleinen Unternehmer, die unter der erdrückenden Last von Steuern und Sozialabgaben ihre Betriebe schließen mußten, die Handwerker und die Bauern, deren Preise seit 14 Monaten streng kontrolliert werden, alle die Fußfanteristen des schnell wachsenden Heeres der „Enttäuschten des Sozialismus“ fühlen sich bei Sozialisten und Kommunisten nicht mehr gut aufgehoben, haben innerlich längst das Lager gewechselt, warten

auf Rache bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1986.

Mitterrand bekam es zu spüren und zu hören, als er jetzt zwei Tage durch die Provinz Auvergne reiste, das Land des Reifenriesen Michelin, vieler Klein- und Mittelbetriebe, die um ihr Überleben kämpfen, vieler kleiner Gebirgsbauern, die nicht wissen, wo sie ihre Milch und ihren Schafkäse unterbringen sollen. Noch nirgendwo war ihm so viel Feindschaft entgegen geschlagen wie hier bei den Nachfahren der Gallier mit ihren Dickschädeln und ihrer hemmungslosen Sprache. Es war nachgerade peinlich zu hören, was er alles einstecken mußte, und wie verlegen er oft auf die Vorwürfe der Michelin-Arbeiter, man gebe alles den Patrons und nichts den Arbeitern, antwortete.

Der Staatspräsident muß die Wand im Rücken gespürt haben. Denn er spannte die Muskeln und wurde hart. Ein neuer Mitterrand war in Clermont-Ferrand, in Mont-Lucien und Moulins zu hören. Seit dem 17. Juni hatte er geschwiegen. Geschwiegen zu dem miserablen Wahlergebnis der Linken, geschwiegen zu den zwei Millionen Demonstrationen, die am 24. Juni durch Paris marschiert waren, um für die freie Schule zu kämpfen, geschwiegen zu den Gerüchten, er werde seinen Premierminister entlassen, geschwiegen zur Forderung der Opposition, die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen. Hier wurde er inne, daß kein Spielraum zum Finanzieren mehr ist, daß die augustäische Rolle des Erhabenen über alle Parteien ausgespielt war, daß er nun in die Arena hinunter mußte, um die verwirrte Anhängerenschaft in der Partei wieder davon zu überzeugen, daß sie geführt werden, auch wenn dies im Widerspruch steht zu seiner Wunschvorstellung, Präsident aller Franzosen zu sein.

So stand da also militant Mitterrand vor den staunenden Zuhörern. Er werde sich durch nichts einschüchtern lassen, weder durch Beschimpfungen noch durch Obstruktions-Methoden der Opposition in der Kammer. Er sei seit sieben Jahren gewählt und erst auf halbem Wege durch sein Mandat. Dieser Weg aber habe unverändert das Ziel, den Sozialismus in Frankreich zu verwirklichen. Niemand solle sich da einer Täuschung hingeben. Soweit für die Anhänger.

Der Sozialismus aber sei vereinbar mit Freiheit. Niemand, auch die Anhänger der religiösen Schulen nicht, könnten sich bedroht fühlen. Wer das Gegenteil behaupte, sei ein Agitator. Er werde nicht die Pferde im Strom wechseln. Sein Premierminister, ein loyaler Mann, der die ganze Last einer unpopulären Politik (der Sanierung) zu tragen habe, verdiene die Hochachtung der Nation und sei seiner Sympathie gewiß. Die Politik der Härte und Strenge sei die einzig mögliche, um dem Franc und damit Frankreich internationale Achtung zu erhalten. Die Inflation aber sei nichts anderes als eine Zuspätkommen der Reichen für die Armen. Er, Mitterrand, werde sie niemals dulden. Eines Tages, so Mitterrand lyrisch, würden den Franzosen die Augen aufgehen, würden sie erkennen, daß dieser Weg der richtige war, würden sie ihm wieder Vertrauen schenken.

Das ist Härte und Buhlen zugleich, enthält nicht tragischer Größe. Das ist setzen auf Dauer, warten auf den Umschwung, impliziert aber schon das Scheitern, ist schon halbes Eingeständnis der Niederlage. Werden sich ihm, und nicht den Franzosen, die Augen öffnen, schon im Herbst, wenn den Durchgänger der Schul- und Pressegesetze die Quittung auf der Straße übergeben wird?

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Streik: Milliarden Schaden

Heute scheint es so, als ob der Druckerstreik seinen Höhepunkt überschritten hat. In den vergangenen Wochen bin ich an keinem Tag ohne die zuverlässige WELT geblieben. Hierfür möchte ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern meinen Dank sagen. Trotz aller Parolen sind doch noch überall zuverlässige, mutige und ihrem Betrieb treue Mitarbeiter zu finden, die gegen verantwortungslose und aufhetzerische Gewerkschaftsfunktionäre den richtigen Weg zeigen.

H. Döring, Butzbach

Als Leserin der WELT möchte ich mich bei allen Mitarbeitern und Helfern herzlich für den Einsatz bedanken, den sie in der Zeit des Streiks geleistet haben! Der Service hat hervorragend geklappt.

E. Schmilinsky, Hamburg 13

Die Gewerkschaften haben mit ihrer überzogenen Forderung zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich unserer Volkswirtschaft einen Milliarden Schaden zugefügt. Dies geschah unter der Verbrämung: Solidarität für die Arbeitslosen. Dies wurde schon von kompetentester Seite als Täuschung aufgedeckt. Hierzu sollte aber doch beachtet werden, daß die Gewerkschaften Arbeitskämpfe geführt haben, um die Arbeitszeit im Laufe der Jahre von 48 Wochenstunden auf 40 zu ermäßigen. Dies ist ihnen voll gelungen. Wären die Gewerkschaften aber weitsichtiger gewesen und nicht auf ständige Umverteilung bedacht, hätten sie sich auch wenigstens mit 44 Stunden begnügen können. Die 8 Stunden Arbeitszeitverkürzung hat dann dazu geführt, daß 4,5 Millionen ausländische Arbeitskräfte in die Bundesrepublik kommen mußten. Bei 4 Stunden Arbeitszeitverkürzung wären wir mit 2,25 Millionen ausgekommen. Das wären die 2,25 Millionen Arbeitslosen, die heute nicht zu sein brauchen, um es ganz grob auszudrücken.

„Rache“

„Abt's im Ban-Bach-Stil vorgesprochen - Spandauer Gefährten nach Hof Tod“ - WELT vom 26. Juni

Was für perverse Hirne mögen das sein, die da Pläne bis in letzte Details über die Liquidierung und Vernichtung der sterblichen Überreste des noch lebenden Rudolf Heß ausgebreitet haben? Da hatte Bernat Conrad also doch nicht unrecht, als er in der WELT vom 26. April - den Staatsminister im Auswärtigen Amt Alois Mertes zitiierend - von Rudolf Heß als einem lebenden Denkmahl der Rache und des Hasses sprach! War nicht in einem gewissen Nürnberger Prozeß vor nunmehr bald 39 Jahren die Rede von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“? Wer waren denn dazumal die Verteidiger des hohen Gutes der Menschlichkeit? Allein die Achtung vor dem Menschen und seiner Würde verbietet es, den Verantwortlichen für solche Pläne ein Gleiches zu wünschen, wie sie es in zügelloser Menschenverachtung dem 90jährigen Greis von Spandau zugebracht haben.

H.L. Becker, Mönchengladbach

Wort des Tages

„Lebensklugheit bedeutet: alle Dinge möglichst wichtig, aber keines völlig ernst nehmen.“

Arthur Schnitzler; österr. Autor (1862-1931)

Personalien

GEBURTSTAGE

Wilfried Guth, der „Außenminister“ der Deutschen Bank, feierte am Sonntag seinen 65. Geburtstag. Neben Hermann Josef Abs, dem Inbegriff des deutschen Nachkriegsbankiers, ist der Sprecher des führenden deutschen Kreditinstituts in der internationalen Finanzwelt der wohl bekannteste deutsche Bankmanager. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre in Bonn, Genf, Heidelberg und London begann er seine Laufbahn bei der Bank deutscher Länder, dem Vorläufer der Bundesbank. Nach fünf Jahren (1958) avancierte er in diesem Institut zum Leiter der Hauptabteilung Volkswirtschaft und Statistik. Nach sechsjähriger Tätigkeit als Vorstandsmitglied bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau trat Guth 1963 in den Vorstand der Deutschen Bank AG ein und war dort für das Auslandsgeschäft verantwortlich. Seit Mai 1976 ist er mit Wilhelma Christians Sprecher der größten deutschen Bank.

Dr. Wilhelm Pötter feierte in Münster seinen 80. Geburtstag. Im deutschen Katholizismus der 60er Jahre hat er eine wichtige Rolle gespielt. Er war Präsident der Katholischen Deutschen Akademikergesellschaft und eine der führenden Persönlichkeiten im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken. In Würzburg hat er die Vollversammlung der gemeinsamen Synode der deutschen Bistümer häufig moderiert.

Joachim von Beust, der Nestor der Deutschen Presse-Ausschmittbüros, feierte in Stuttgart seinen 75. Geburtstag. Der Senior des Argus-Pressesbüros in Stuttgart gründete bereits im Jahre 1946 die „Pressechau“ und 1947 den „PresseDienst“. Angesichts eines Informationsmangels in dieser Zeit entschloß er sich, die Presse regelmäßig beobachten und auswerten zu lassen, wozu ab 1951 Presselektoren beauftragt wurden.

Der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg, Hans-Heinrich Harms, feierte sei-

nen 70. Geburtstag. Der im niedersächsischen Scharnebeck geborene Harms steht seit 1967 an der Spitze der Oldenburgischen Kirche, zu der 250 Pastoren und etwa 540 000 Mitglieder gehören. Über seinen regionalen Wirkungskreis hinaus gilt Harms als international geschätzter Experte für Fragen der Ökumene und als einer der Wegbereiter des Dialogs zwischen der katholischen Kirche und der evangelischen Kirche.

Der Physiker Professor Walter Reif feierte seinen 75. Geburtstag. Der in Bayreuth geborene Wissenschaftler habilitierte sich 1939 nach Studien in München und Göttingen 1950 übernahm er kommissarisch die Leitung des Instituts für Elektromechanik und Elektronentechnik an der Münchner Universität. Sechs Jahre lang leitete der Physiker die Universitäts-Sternwarte und das Observatorium Wendstein. Von 1977 bis 1979 war er Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und Vorsitzender der Konferenz der Akademien der Wissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Seine Arbeiten über Gasentladungen gehören zur Grundlagenforschung der Plasma-Physik.

Der Heidelberger Oratorien- und Konzertsänger und Professor für Stimmbildung und Liedgesang an der Universität zu Frankfurt am Main, Dr. Hans-Olaf Hudemann, ist im Alter von 68 Jahren verstorben. Der in Leipzig geborene war mit zehn Jahren Mitglied des Leipziger Thomachors geworden, studierte Musikwissenschaft in Freiburg im Breisgau und in Kiel und Gesang in Berlin. Ab 1943 trat er als freier Konzert- und Oratorien-Sänger (Baß-Bariton) auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg holte ihn der Thomaskantor Günther Ramon nach Leipzig. Er unternahm große Konzertreisen mit dem Thomachor. Von 1957 bis 1962 war er Leiter der Meisterklasse Gesang an der Akademie für Tonkunst in Darmstadt und seit 1972 hatte er eine Professur an der Universität zu Frankfurt.

Erste Hoffnungsschimmer in Mexiko

Bundeskanzler Kohl reist in ein Land der krassen sozialen Gegensätze

WERNER THOMAS, Mexico City
Der Präsident gleicht einem Erweckungsprediger. Er versucht, seine zusehends aufkeimende moralische Aufregung aufzulösen. Niemand dürfe verzagen, die schwersten Zeiten seien überstanden, es gehe aufwärts, wenn auch langsam. Jede Rede von Miguel de la Madrid reflektiert Hoffnung und Zuversicht.

Mexiko, die zweite und letzte Station des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl in Lateinamerika, befindet sich in einer der schwierigsten Phasen seiner Geschichte. Die herben wirtschaftlichen Rückschläge der letzten zwei Jahre haben das Selbstbewußtsein der stolzen Nation geknickt. Die Hauptstadt, ein Mammutlobo von 16 bis 17 Millionen Menschen, wahrscheinlich die größte Metropole der Welt, zeigt die Spuren der Misere. Die Stadt ist überfüllt von Bettlern, bettelnden Kindern und Bauchladenhändlern. Das Problem der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung schmerzt die de la Madrid-Regierung am meisten. Die Hälfte der Mexikaner ist davon betroffen. In den letzten drei Jahren verloren etwa zwei Millionen Personen ihren Job. Zudem konnte die Regierung keine neuen Arbeitsplätze für die nachdrängende Jugend schaffen. Eine Million junge Mexikaner erreichen jedes Jahr das arbeitsfähige Alter. Aber auch regelmäßig beschäftigte Mexikaner stöhnen: 1982 und 1983 sank das Realeinkommen um 50 Prozent.

Die Ärmsten reduzierten ihre Ernährung auf Tortillas und Bohnen. Reis, Eier oder Milch gelten als Luxus. Manche kinderreichen Familien leben von umgerechnet zehn Mark am Tag. Familienväter durchwühlen Müllhalden! Nezahualcoyotl, eine gigantische Slum-Siedlung im östlichen Teil der Hauptstadt mit drei bis vier Millionen Einwohnern, die Kanzler Kohl morgen auf dem Weg in die Volkswagen-Metropole Puebla per Hubschrauber überfliegen wird, wuchert ständig weiter. Die Landflucht hält an. Auf dem Land geht es den Leuten noch schlechter.

In den besseren Wohngegenden Mexiko Citys dominiert das Verbrechensproblem die Gespräche. Die Hauptstadt war noch nie so gefährlich wie heute. Um die Häuser entstanden Gitter und Stacheldrahtzäune. In den Gärten und auf den Dächern lauern bissige Hunde. Privatpolizisten blockieren ganze Straßenzüge für den Durchgangsverkehr.

Somit spürt diese Bevölkerungsgruppe jedoch wenig von der Krise. Sie weiß ihr Geld in den Vereinigten Staaten sicher angelegt. Luxusrestaurants sind jeden Abend bis zum letzten Tisch besetzt. Die Jugend der oberen Mittelklasse läßt modische Diskotheken florieren.

Beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und in internationalen Bankierskreisen hat sich de la Madrids Mexiko den Ruf des Muster-schillers erworben. Wenn sich die eigenwilligen Argentinier bockig zeigen, wird ihnen das Beispiel Mexikos vor Augen geführt. Mexiko, mit 90 Milliarden Dollar Schulden belastet, kürzte das Haushaltsdefizit, schränkte die Einfuhren ein, hielt die Lohnoberbungen in Grenzen und beendete Preissubventionen. De la Madrids Wirtschaftsstrategen sprachen von ei-

ner „Schocktherapie“, die meisten Mexikaner stimmen überein.

Nicht ganz zwei Jahre nach jenen aufregenden Tagen, als das Land vor leeren Kassen stand, signalisieren die Statistiken Hoffnungsschimmer. Zum ersten Mal seit 1981 erwartet die Regierung ein Wachstum der Wirtschaft, etwa ein Prozent, im nächsten Jahr kalkuliert sie mit drei bis vier Prozent. Die Inflation, 1983 zwischen 80 und 100 Prozent, sollte in diesem Jahr auf 50 bis 60 Prozent fallen. Die Devisenkasse füllt sich wieder. Die meisten Unternehmer registrieren eine Besserung der Lage, wie eine Umfrage der staatlichen Banamex-Bank ergab. Das Volk will dagegen keinen Aufschwung vernehmen. Und solange sich diese Einschätzung nicht ändert, erntet de la Madrid Kritik.

Miguel de la Madrid, 49, seit Dezember 1982 Präsident der 77 Millionen Mexikaner, regiert nüchtern und mag keinen Personenkult. Ein krasser Kontrast zum Vorgänger Lopez Portillo. Schon gilt der Präsident als farblos, schon unterstellt man ihm Führungsschwäche. Neutrale Beobachter jedoch meinen: „Mexiko braucht keinen Sonnenkönig. De la Madrid hat den einzig möglichen Weg für Mexiko eingeschlagen.“

Lorenzo Meyer, ein Politologe des „Colegio de Mexico“, warnt, daß noch mindestens zwei bis drei schwere Jahre bevorstehen. „Das Volk muß sich weiterhin gedulden.“ Die Frage sei nur, ob die Leute den engen Gürtel solange noch so willig wie bisher ertragen würden. De la Madrid selbst ist optimistisch. Letzte Woche verkündete der Präsident: „Mexiko ist größer als die Krise.“ (SAD)

verblümt zu erkennen gegeben, daß die nigerianische Regierung ganz offensichtlich in diesen Coup mit eingeweiht sein mußte. Die Kiste mit Dikko und seinen Entführern war im übrigen an das nigerianische Außenministerium in Lagos adressiert. Nach Information der „Sunday Times“ soll einer der Entführer ein Mitglied des nigerianischen Geheimdienstes gewesen sein.

Umaru Dikko selbst befindet sich unter Polizeischutz in einem Krankenhaus. Er ist nicht mehr in Lebensgefahr, konnte aber bisher noch nicht verhört werden. Dikko wird von Freunden und Feinden als eine höchst schillernde Figur dargestellt. Er arbeitete in den sechziger Jahren für den Afrikadienst der BBC in London, war in dieser Zeit Führer der nigerianischen Studenten in England und kehrte 1967 in die nigerianische Politik zurück. Er wurde zu einem Mitglied der „Kaduna“-Mafia im Norden Nigerias und war bald ein enger Berater des späteren nigerianischen Präsidenten Shagari, mit dem er verschwägert ist. Er galt als arrogant, korrupt und rücksichtslos. Nach dem Sturz Shagaris im letzten Dezember floh er im katholischen Priestergewand aus Nigeria.

London spielt Fall Dikko herunter

Scotland Yard jedoch deutet auf Komplizenschaft der nigerianischen Regierung hin

FRITZ WIRTH, London

Die Affäre um den mißglückten Entführungsversuch des ehemaligen nigerianischen Ministers Umaru Dikko, die das britisch-nigerianische Verhältnis schwer belastet hat, hat sich in den letzten 24 Stunden leicht entspannt. Die Briten gaben am Samstag Starterlaubnis für die nigerianische Frachtmachine, in der Dikko, betäubt und in einer Holzkiste verpackt ursprünglich nach Lagos geflogen werden sollte, und die nigerianische Regierung gab wenige Stunden später die britische Passagiermaschine frei, die sie seit Freitag in Lagos festgehalten hatte. Die Passagiere dieser Maschine klagten bei ihrer Ankunft in London am Sonntagmorgen über die schlechte Behandlung, die ihnen durch die nigerianischen Behörden zuteil geworden war.

Scotland Yard hat am Wochenende 13 der insgesamt 17 Personen, die im Zusammenhang mit der Entführung Dikkos verhaftet worden waren, wieder freigelassen. Unter den vier verbliebenen Verhafteten befinden sich die drei Entführer Dikkos, die zusammen mit Dikko in zwei Kisten nach Lagos ausgeflogen werden sollten, kurz zuvor jedoch von einem Zollbeamten entdeckt wurden. Zwei der

Verhafteten sollen angeheuere Soldaten mit israelischem Paß, die anderen Staatsbürger Nigerias sein.

Die britische Regierung ist über die Affäre und den offensichtlichen Mißbrauch der „Wiener Konvention“ entsetzt. Dikko wurde nur deshalb in letzter Minute entdeckt, weil die beiden fraglichen Kisten, in denen er und seine Entführer nach Nigeria gebracht werden sollten, unzureichend als Diplomatengepäck signiert waren. Dennoch hält sich die britische Regierung zurück und hat bisher weder die Regierung in Lagos noch die nigerianische Botschaft in London beschuldigt, direkt in diese Affäre verwickelt zu sein. Um so ernster jedoch wertet man deshalb in London die Tatsache, daß Lagos auf das vorübergehende Festhalten einer Frachtmachine, die offenbar zu einem kriminellen Akt benutzt werden sollte, mit dem 36stündigen Arrest einer Passagiermaschine und über 100 britischen Staatsbürgern reagierte.

Scotland Yard allerdings ist keineswegs so zurückhaltend wie die britische Regierung, die offenbar nicht die für sie sehr lukrativen Handelsbeziehungen zu Nigeria gefährden möchte. Einige Polizeibeamte haben der britischen Presse gegenüber un-

terstützt zu erkennen gegeben, daß die nigerianische Regierung ganz offensichtlich in diesen Coup mit eingeweiht sein mußte. Die Kiste mit Dikko und seinen Entführern war im übrigen an das nigerianische Außenministerium in Lagos adressiert. Nach Information der „Sunday Times“ soll einer der Entführer ein Mitglied des nigerianischen Geheimdienstes gewesen sein.

Umaru Dikko selbst befindet sich unter Polizeischutz in einem Krankenhaus. Er ist nicht mehr in Lebensgefahr, konnte aber bisher noch nicht verhört werden. Dikko wird von Freunden und Feinden als eine höchst schillernde Figur dargestellt. Er arbeitete in den sechziger Jahren für den Afrikadienst der BBC in London, war in dieser Zeit Führer der nigerianischen Studenten in England und kehrte 1967 in die nigerianische Politik zurück. Er wurde zu einem Mitglied der „Kaduna“-Mafia im Norden Nigerias und war bald ein enger Berater des späteren nigerianischen Präsidenten Shagari, mit dem er verschwägert ist. Er galt als arrogant, korrupt und rücksichtslos. Nach dem Sturz Shagaris im letzten Dezember floh er im katholischen Priestergewand aus Nigeria.

Die Bundesregierung informiert:

WIR SENKEN DIE STEUERN UND ENTLASTEN DIE FAMILIE. SO GEHT'S WEITER.

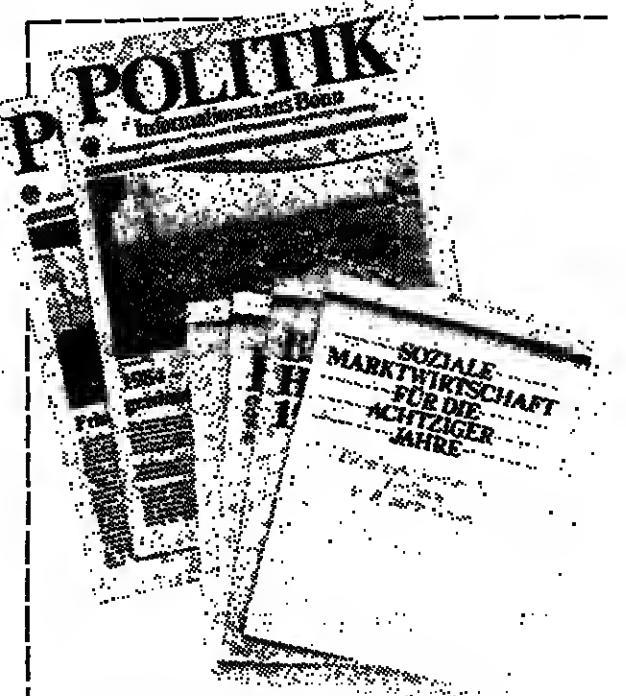
Die Bundesregierung hat am 3. Juli 1984 den Entwurf des Bundeshaushaltes für 1985 verabschiedet. Er dient der Gesundung der Staatsfinanzen, der Bekämpfung der Inflation und fördert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

- Durch äußerste Ausgabendisziplin werden die Bundesausgaben um nur 1,2% ansteigen.
- Die Neuverschuldung des Bundes wird deutlich gesenkt und der Staatsanteil weiter zurückgedrängt.

So wird neuer Gestaltungsspielraum gewonnen:

- Die Lohn- und Einkommensteuer wird in zwei Schritten um mehr als 20 Mrd. DM gesenkt. Ohne neue schmerzliche Sparmaßnahmen. Ohne Steuererhöhungen.
- Diese größte Steuerentlastung seit Bestehen der Bundesrepublik kommt allen zugute:
- Ab 1986 werden vor allem Familien mit Kindern durch eine Erhöhung der Kinderfreibeträge auf 2.400,- DM entlastet.
- Ab 1988 werden weitere Millionen von Steuerzahlern mehr von ihrem Einkommen übrig behalten, damit sich Leistung wieder lohnt.
- Für die Familien gibt es weitere Entlastungen:
- Das Mutterschaftsurlaubsgeld für berufstätige Frauen wird zum Erziehungsgeld für alle Mütter: bis zu 600,- DM monatlich ab 1986 für 10 Monate, ab 1988 für 12 Monate.
- Das Kindergeld für arbeitslose Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr wird ab 1985 wieder eingeführt.
- Bürger, die keine steuerlichen Freibeträge nutzen können, erhalten einen Zuschlag zum Kindergeld bis zu 44,- DM pro Kind und Monat.

Mehr Gerechtigkeit für Leistung und mehr Entlastung für Familien – das bringt die Politik der Erneuerung.



☐ Schicken Sie mir weiteres Informationsmaterial.

Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen und einsenden an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Postfach 1300, 5300 Bonn 1

Vorname: _____

Name: _____

Str./Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

88. Deutscher Katholikentag in München: Bereitschaft zum Dialog ist gewachsen

Blüm und Geißler mußten sich kritische Fragen gefallen lassen

PETER SCHMALZ, München

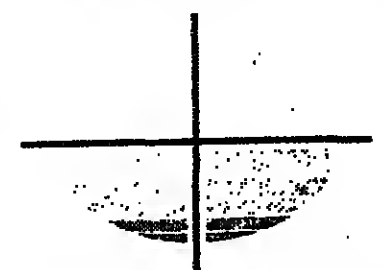
Christlich nennen sich beide Parteien, was zu dem Trugschluß führen könnte, CDU und CSU stünden auf einem Katholikentag im religiösen Schulterschuß brüderlich vereint. Wer so denkt, unterschätzt Edmund Stoiber, der sich auch auf dem Forum eines Kirchentreffens Engagement und deutliche Aussprache nicht versagt und der großen Schwesterpartei auch dort die Leiten liest.

Norbert Blüm, der CDU-Sozialminister, auf dem Podium zum Thema „Gerechtigkeit üben“ nur eine Armlänge von Straußens Staatssekretär entfernt, mußte sich der Bayern Unzufriedenheit über Bonner Haushaltgebühren anhören. Die CSU, sagte Stoiber, akzeptierte keinen Bundeshaushalt, der die schwere Einschnitte im sozialen Bereich bringe, wenn dann bei Kassenlegung entdeckt werde, daß die Einnahmen um drei Milliarden Mark höher und die Ausgaben um sechs Milliarden Mark geringer als veranschlagt sind und der Finanzminister somit neun Milliarden Mark mehr in der Kasse habe, während im Sozialen bis hin zum Blindengeld gekürzt werde. „Ich bin für die Konsolidierung des Haushaltes“, fuhr Stoiber fort, „aber das muß nicht so schnell gehen, daß dabei die Grundprinzipien unseres Sozialstaates in Gefahr geraten.“

Der zuständige Bundesminister, der aus Stoibers Worten sehr wohl die Kritik herauslesen konnte, er habe sich in der Vergangenheit gegen den Sparwillen des Finanzministers nicht energisch genug gewehrt, kontierte mit der Versicherung, beim Haushalt '85, der nach der Sommerpause in die Parlamentsberatung geht, werde im Sozialbereich „keine milde Mark mehr gespart“. Blüm: „Der Sozialbereich hat seine Hausaufgaben ge-

macht, jetzt kommen mal die anderen dran.

Und noch einer aus der CDU-Riege wurde Zielscheibe der Stoiber-Kritik. Es ging um die Familienpolitik, der Stoiber eine Bedeutung beimißt, die bei weniger öffentlicher Aufmerksamkeit aber doch zumindest so groß sei wie die des Umweltschutzes. Der Staatssekretär: „Das soziale Problem der nächsten Jahre ist die Förderung der jungen Familie. Wenn wir keine



jungen Familien mehr haben, dann brauchen wir uns über unser Thema gar nicht mehr zu unterhalten.“

Bundesfamilienminister Geißler selbst hörte Stoibers Worte nicht. Er hatte Stunden zuvor auf dem Stuhl gesessen, den auch Stoiber benutzte. Das Thema des Vormittags berührte vielfältig das des Nachmittags: „Eine Gesellschaftspolitik für die Familie“. Auch er mußte sich auf dem Podium sagen lassen, nach der Wende nicht entschieden genug für seinen Bereich gekämpft zu haben.

Nun aber soll sich das Blatt wenden. Geißler konnte eine lange Liste familienpolitischer Vorhaben aufzählen, vom geplanten Steuerfreibetrag (der zwar nach Simons Berechnungen nur 25 Mark Monatsentlastung pro Kind bringt), über das Erziehungsgehalt bis hin zur Rente für Erziehungszeiten.

Selbst die SPD-Bundestagsabge-

ordnete Renate Schmidt mußte angesichts des familienpolitischen Versagens der früheren SPD-Regierungen signalisieren. Differenzen blieben marginal. Und das Publikum demonstrierte mit Applaus, wie sehr es sich die Wende zugunsten der Familie herbeisucht. Erkennbare Tendenz: Wer sich heute zur Kinderlosigkeit entschließt und damit aus dem Generationenvertrag des Rentensystems aussteigt, der soll entweder bereits heute vorweg für seine künftige Altersicherung mehr bezahlen oder sich später mit weniger begnügen.

Der Katholikentag, der keine Resolutionen und Beschlüsse faßt und somit seine Mehrheitsmeinung nur in Akklamationen zu erkennen geben konnte, hat – gemessen an der Lautstärke des Beifalls – ein Thema hervorgehoben, das weit abseits religiöser Überlegungen liegt. Nachdem das Forum mit Blüm und Stoiber auch über das Problem der Arbeitszeitverkürzung gesprochen hatte (und beide Politiker einer malvollen Reduzierung der Arbeitszeit zur Sicherung von Arbeitsplätzen nicht widerprochen hatten), da stellte das Publikum an Irmgard Blättel, DGB-Vorstandsmitglied, die Frage, wieviele Arbeitsplätze hätten geschaffen werden können mit dem Geld, das für den Streik ausgegeben wurde. Ein Sturm brach los, minutenlang wurde geklärt. Nur einmal noch hatte dieser 88. Katholikentag einen vergleichbaren Überschwang der Zuhörer erlebt – und das zum selben Thema. Das war bei der Friedensdiskussion, als Georg Leber als der Mann vorgestellt wurde, der als Streikschlichter auch eine Form des Friedensschaffens bewiesen habe. Der Applaus von München muß den Gewerkschaften zu denken geben.



Der Andrang zu den Gottesdiensten war so groß, daß die Hostien nicht ausreichten. FOTO: AP

Bewahrung der Freiheit als Bewährungsprobe

WERNER KAHL, München

Mit den Sitzstreikern auf Straßen im schwäbischen Murlangen und anderswo werde bei jeder Räumungsaktion vielleicht auch ein Stück Demokratie weggetragen. Diese Befürchtung äußerte der SPD-Bundestagsabgeordnete Heinz Rapp in einer kritischen Bilanz sogenannter gewaltfreier Aktionen. An dem Forum „Die Freiheit bewahren – Bewährungsprobe der Demokratie“ nahm auch der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, teil.

Junge Bereitschaftspolizisten aus dem Kreis Göppingen, so Rapp, klagten über die ständigen Einsätze, sie hätten wohl auch ein Recht darauf, nach acht oder zehn Stunden Wegschleppens von Straßenblockierern „aus den Stiefeln“ zu kommen. „Ich habe Sorge, das hält die Demokratie auf Dauer nicht aus“, sagte Rapp. Man werde auch nicht für das Leben, „indem man sich tothunet“, meinte der Bundestagsabgeordnete zu inflationären Folgen innenpolitischer Proteste. Bei der Diskussion kritischer Punkte des geistigen Kampfes für die Freiheit als Dienst am Frieden wurde die Sorge vorgetragen, daß sich bei Demonstrationen der kommenden Monate „Kreise einschleichen“, die „gern Blut fließen sehen möchten“.

Über die Gründe für vermehrte Fragen nach plebiszitären Entscheidungsmöglichkeiten meinte der Hamburger Professor Ernst Josef Nagel, an die Stelle des Wissens sei in den vergangenen Jahren häufig Betroffenheit getreten. Die Notwendigkeit von Fachleuten werde negiert, „der Fachmann zum Fachidioten“ deklarieren. „Ich habe Achtung vor Politikern, die sicher ihre Meinung vertreten und sich aufspielen lassen, auch wenn es da Gruppen gibt, die dem Redner höhnisch nachrufen

„Haben Sie schon mal was von der Bergpredigt gehört?“

Dem vorwiegend jugendlichen Publikum in Halle 9 hielt Nagel den Begriff der Freiheit vor: „Was heißt Freiheit? Die 18jährigen gehen davon aus, jetzt seien sie frei, das Gesetz gebe ihnen die Freiheit, zu Hause auszuweichen, zu wählen, eine Familie zu gründen.“ Für die Gesellschaft sei jedoch von entscheidender Bedeutung, daß ihre Mitglieder verantwortlich sichtlich handeln.

Alfred Dregger setzte sich für das Subsidiaritätsprinzip ein. „Die kleine Einheit in der Gesellschaft geht voran“, sagte Dregger. Was eine Familie leiste, brauche nicht die Gemeinde zu leisten und so weiter. Die kleine Einheit könne die Dinge besser regeln als wenn sie von oben administrativ werden. „Laßt uns von der Vitalisierung der Demokratie reden“, rief Dregger.

Auf Fragen, „warum leben wir so gut, Herr Dregger, leben wir so gut auf Kosten der Dritten Welt?“, antwortete der Politiker, das sei das Verdienst der Väter und Großväter. „Sie hatten ein Land übernommen, das nicht von Milch und Honig überfließt.“

Auf dem Forum „Fehlen unserer Jugend die Erzieher – wer erzieht wen?“ erhielt die Berliner Schulsensatorin Hanna-Renate Laurien stürmischen Zuspruch, als sie betonte: „Die Jugend braucht Erzieher, die frei von Fanatismus sein müssen.“ Kinder wüssten nach ihrer Erfahrung Erziehung, sie suchten sie und bräuchten sie. Für die Erziehung sei künftig viel gewonnen, wenn „wir lernen, über Kontroversen ohne Feindbild zu sprechen und in einer säkularen Welt auch einmal das Wort Gott in den Mund zu nehmen“, sagte Frau Laurien. Von diesem Kirchentag nehme sie die Zuversicht mit, daß Konfliktfähigkeit mit der Bereitschaft zum Konsens verbunden wird.

Engagement für Probleme der Ausländer

HENK OHNESORGE, München

Die Halle 11 auf dem Münchner Messegelände ist den Ausländern gewidmet. Die rumänische katholische Mission in der Bundesrepublik und Vietnam, Korea und Polen sind mit Ständen vertreten. Liebevoll wird die jeweilige religiöse Tradition der katholischen Länder dargestellt, bei den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang – etwa am litauischen Stand, an dem Frauen in hundert Nationaltrachten stehen – auch die derzeitige Verfolgung. Insgesamt sind über 40 Nationen vertreten.

Dies ist die eine Seite, gedacht zur Information und auch für das Auge. Die andere, die weitaus schwerer wiegende Seite zeigt sich in den Diskussionen kleiner oder größerer Gruppen in Kojen, in den vielen Vorträgen und Referaten zum Thema „Ausländer in unserem Land“. Dabei fallen, im Gegensatz zu den Darstellungen an den Ständen, zwei Dinge demjenigen auf, der die längere Zeit zuhört: Zum einen reduziert sich, besonders in der Darstellung junger engagierter Sozialhelfer, beruflicher ebenso wie ehrenamtlicher, die Frage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend auf die Probleme der Türken. Zum anderen werden hier Stimmen laut, die man sonst in dieser Deutlichkeit nicht hört, unmißverständlich, aber auch einseitig im Engagement, etwa wenn eine junge Frau erklärt: „Das Türkenproblem ist ein gemachtes Problem.“

Fakten und Fiktionen, leidenschaftlich vorgetragen von jungen Deutschen und betroffenen Ausländern, folgen einander in hartem Wechsel. Die zum Teil rüde Behandlung bei Behörden wird ebenso beklagt wie manche schamlose Ausbeutung durch Vermieter von Wohnraum, aber ebenso laut wird auch kritisiert, daß Ausländer in der Bundesrepublik nicht alle Rechte genießen. Es steigert sich zu Sätzen wie: „Es kann nicht angehen, daß wir 'eindeutschen'. Integration darf nicht Anpassung sein.“

In einer solchen aufgeheizten Atmosphäre wirkt es tröstlich, hört man aus dem Mund von Oberhirten anderer Länder, daß es auch dort Probleme gibt. So berichtet etwa Urs Köppl, verantwortlich für die Ausländerseelsorge in der Schweiz, wie sich dort starke Kräfte gegen einen weiteren Zuzug von ausländischen Arbeitskräften und Flüchtlingen regen, eine Tendenz, gegen welche die Kirche sich stellt. Der früher in Hamburg tätige katholische Bischof von Stockholm, Hubertus Brandenburg, zeichnet das Bild seiner Kirche, die im lutherischen Schweden eine „Ausländerkirche“ ist. Nachdenklich stimmt, wenn der spanische Weihbischof José Sanchez-Gonzalez nüchtern Motive, Vorteile und Nachteile und das aufweist, was – ohne Pathos, ohne Illusionen – die Kirche zu tun hat. Er hat einen Traum: Bei einer vernünftigen Integration „erhält die Kirche in Europa Modellcharakter und kann richtungweisend für ein geeintes Europa sein.“

Spaltung der Kirche als fundamentales Ärgernis

HENK OHNESORGE, München

Zu gleicher Zeit, wenn auch an verschiedenen Orten, leiteten am Samstag der bayerische lutherische Landesbischof Johannes Hanselmann, der römisch-katholische Bischof Franz Kamphaus (Limburg) und der evangelikale protestantische Pfarrer Ulrich Parzany (Essen) Bibelarbeiten über die Frage aus dem Markus-Evangelium: „Was muß ich tun, um das ewige Leben zu gewinnen?“. An einem Jugendvespergottesdienst in der evangelischen Matthäus-Kirche waren als Liturgen ein römischer Weihbischof und ein altkatholischer Geistlicher, ein lutherischer und ein freikirchlicher Geistlicher sowie ein griechisch-orthodoxer Erzpriester beteiligt.

Ökumene hat auf Kirchentagen wie auf Katholikentagen Tradition, und der 88. Katholikentag in München bildete hier keine Ausnahme. Dies zeigt sich auch bei der Auswahl der zahlreichen Referenten, zu denen beispielsweise der frühere Kirchentagspräsident Kurt Sontheimer und der in Bonn lehrende protestantische Theologe und Sozialethiker Martin Honecker ebenso gehören wie der in den USA lebende jüdische Philosoph Hans Jonas.

Der Wille auch zu kirchlicher Gemeinschaft ist in München deutlich spürbar, zumindest bei den Besuchern. Als der Baseler Bischof Otto Wüst vor etwa 3500 Zuhörern im Forum „Lebensprinzip Kirche“ die Spaltung der Kirche ein fundamentales Ärgernis und im Hinblick auf Jesu Gebot, daß „alle eins seien“, einen

Skandal nannte, bekam er Beifall. Beifall hatte auch der evangelische Oberkirchenrat Jürgen Schroer aus Düsseldorf, als er auf dem Ökumene-Forum „Gemeinsam das Leben verantworten“ erklärte: „Uns beherrscht die Angst vor dem Sterben unserer Kirchen so sehr, daß wir Gefahr laufen, die Chance zu verpassen, zu einer ökumenischen Kirche wiedergeboren zu werden.“

Manches ist für Insider vertraut, für viele aber doch neu, etwa wenn der katholische Theologe Heinrich Fries und der Protestant Harding Meyer, fast schon Veteranen im langen Gespräch zwischen Rom und Wittenberg, sich vor einem großen Auditorium für die Formel aussprechen: „Kirchen sollen Kirchen bleiben und eine Kirche werden.“ Fries forderte, Konfessionen, die sich bisher als Gegenkonfessionen verstanden, sollten Mithkonfessionen werden.

Den jungen Teilnehmern, so aufmerksamt sie auch zuhören, scheint all dies fast nebensächlich. Bei ihnen ist ein eigenartiges, sehr schlechtes ökumenisches Verständnis spürbar. Deshalb schien es nicht unangebracht, wenn ein Bischof die „Wanderer zwischen Kirchentag und Katholikentag“ mit Schmetterlingen verglich, die von einer Blume zur anderen fliegen. Hatten die vielen violetten Friedendestchen des Evangelischen Kirchentags 1983 in Hannover dieses Bild zuerst optisch bestätigt, so wurde das später relativiert: Die Tücher von Hannover werden jetzt auch am Rande des Münchner Katholikentags verhört.

Die Jugend auf der Suche nach Halt und Hoffnung

GRAFFLETTENBERG, München

Die Sankt Johann Baptist Kirche im Stadtteil der Jugend, abends um halb zehn. Der Hochaltar ist verstellt mit einer riesigen Leinwand. Aufnahmen von U-Booten, Panzern und Flugzeugen wechseln mit den Bildern unterernährter Kinder.

Die Kurzinformation über Rüstungsfragen ist zwar nicht kurz, aber dafür um so einseitiger. Es folgt die Frage: „Was tun die anderen, was kann ich tun?“ Ein Vertreter der Kampagne gegen Rüstungsexport entwirft mit militärischer Präzision den Plan: 1. Gruppen bilden, 2. Informieren, 3. Druck ausüben. Trommelwirbel wie fernes Artilleriefeuer und Gitarrenklänge begleiten den Fürbittegesang. Nach diesem Muster werden dann bei diesem „Politischen Nachtgebet der Jugend“ mit gleicher Einseitigkeit „fast pharisaischer Arroganz“, so eine entsetzte Ordensschwester, die Fragen Umwelt, Arbeitslosigkeit und Ausländer abgehandelt. Die Veranstalter, die örtliche Diözesanleitung des Bundes der katholischen Jugend (BDKJ), müssen jedoch mit ansehen, wie sich die anfangs überfüllte große Kirche zunehmend leert. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Die einen sind über die Einseitigkeit enttäuscht, andere langweilen sich einfach. Wieder andere

stellen sich fest: „Die haben ja recht, aber dafür sind wir nicht nach München gekommen.“ Das kennt man ja schon alles. „Eine vielerorts zu beobachtende Tendenz zeigt, daß die ‚Funktionärsjugend‘ von ihrer vielbeschworenen Basis verlassen wird.“

Doch wofür sind sie hergekommen, die Heerscharen von Jugendlichen, die fast überall das Bild des Katholikentags prägen? Hierauf läßt sich sicherlich keine eindeutige Antwort geben. Immer wieder betonen die Veranstalter, daß jeder „seinen eigenen Katholikentag“ habe. Dies gilt sicher in besonderer Weise für die Jugendlichen. Viele sind gekommen, „um die Atmosphäre zu genießen“. Viele wurden auch vom Veranstaltungsort München angezogen. Wenigstens nur dagegen sind zum Katholikentag als Ort einer politischen Willenskundgebung gekommen.

Es geht den Jugendlichen um einen großen Teil um mehr. Sie suchen den Glauben. Sie suchen Halt und Hoffnung in der Kirche. Dies zeigt sich auf dem Katholikentag an den verschiedenen Stellen, so am Freitagabend, als es zu wählen galt zwischen einer Prozession mit anschließender Marienfeier und dem Stadtfest in Haidhausen, im Stadtteil der Jugend. Das Stadtfest fand nur punktuell

Wie läßt sich Wirtschaft sozialer gestalten?

HENK OHNESORGE, München

Direkt am Eingang der Halle auf dem Münchner Messegelände, welche dem Thema „Arbeitswelt“ gewidmet war, liefen eine Mediensäule auf mehreren Bildschirmen ein Videofilm. Er zeigte verschiedene Reaktionen von Jugendlichen auf ihre Arbeitslosigkeit: Der eine stiehlt aus materieller Not, einer wird zum Süßer, einer greift zur Heroinspritze.

Dies war sicher sehr kraß dargestellt, bis hin zu dem Hilfschrei, der am Ende des Films erklingt und den man immer wieder hört, weil der Film ohne Pause wiederholt wird. Wenn nicht kraß, so doch deutlich waren aber auch Worte, die auf diesem 88. Deutschen Katholikentag im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit gefallen sind.

Arbeit sei „ein dienendes Miteinander und Füreinander“, sagte am Samstag im Rahmen einer Eucharistiefeier mit Mitgliedern der Katholischen Arbeitnehmerbewegung der Kölner Erzbischof, Kardinal Joseph Höffner. Daraus folge, „daß der Mensch den Produktionsmitteln nicht gegengeschaltet werden darf“.

Der Kardinal verwies auf Papst Johannes Paul II., der in diesem Zusammenhang nicht nur gerechten Lohn, sondern auch Mitbestimmung, Gewinnbeteiligung und Mitbestimmung nenne. Die Arbeitslosigkeit sei ein Signal, daß der Wohlfahrtsstaat an seine Grenzen gestoßen sei und zum verschuldeten „Steuerstaat“ werde. Die Kirche müsse dafür eintreten, daß Arbeitslosen nicht der „Stempel der

Leistungsunwilligkeit“ aufgedrückt werde.

Nicht, daß alles nur Theorie gewesen wäre, was unter dem großen Obertitel „Arbeitswelt“ – von dem Arbeitslosigkeit nur ein Teilspekt ist – gesagt wurde. Der Titel „Marktwirtschaft in sozialer Partnerschaft“ für den Vortrag des Jesuitenpaters und Wirtschaftswissenschaftlers Anton Rauscher schreie zwar eher ab. Aber dann kamen im Zusammenhang mit Arbeitsbeschaffung durch die vom DGB geforderte Einführung der 35-Stunden-Woche Sätze wie: „Nur wenn Arbeitsstunden mit den dazugehörigen Lohnanteilen an die Arbeitslosen abgegeben würden, könnte von Solidarität, von sozialer Partnerschaft gesprochen werden.“

Woran lag es, daß nur 25 Katholikentags-Besucher zum Gesprächskreis „Draußen vor der Tür“ über die Situation der Frau auf dem Arbeitsmarkt kamen, obgleich sich für dieses Forum so sachkundige Frauen wie die stellvertretende DGB-Vorsitzende Irmgard Blättel, Wilma Berlinger von der Katholischen Arbeitnehmerbewegung und andere Expertinnen bereit hielten?

Hätte die Kirche mehr für Juden tun können?

GEORG BAUER, München

Die Kernfrage bleibt – auch nach diesem Katholikentag: Hätte die katholische Kirche unter Führung des Breslauer Kardinals Adolf Johannes Bertram zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft ihre Stimme vernünftlicher für die verfolgten Juden im Dritten Reich erheben sollen? Oder war der Weg, den der Breslauer Kirchenführer, gestützt auf das Konkordat, ging, richtig? Hätte Hitler wirklich, wie Bertram glaubte, die Kirche als Institution zerschlagen und ihr die letzten Freiheiten im seelsorgerischen Bereich genommen, wenn das Episkopat als Wegweiser der katholischen Bevölkerung vehement für die Achtung der Menschenrechte eingetreten wäre? Historisch wird die Frage wohl ungeklärt bleiben oder verschieden beantwortet werden – einmal aus der Sicht des Katholiken, einmal aus der des Juden.

Dieses Dilemma spürten auch die Zuhörer der Podiumsdiskussion „Katholische Kirche und Judentum zur Zeit des Nationalsozialismus“. In den nüchternen Worten des Historikers versuchte Professor Rudolf Lill aus Passau den Hintergrund aufzuzeigen, vor dem der Nationalsozialismus mit seiner menschenverachtenden Weltanschauung hatte entstehen können. Lill, der dem deutschen, aber auch den europäischen Katholizismus vorwarf, durch den Antijudaismus den Boden für den Antisemitismus des Hitler-Regimes teilweise bereitet zu haben, erklärte, der Breslauer Kardi-

nal habe den offenen Konflikt mit den Nationalsozialisten vermeiden wollen, da sich die katholische Kirche selbst in einem Abwehrkampf befunden habe. Die Bischöfe hätten sich vor allem dort stark gemacht, wo sie auf eine „aktive Legitimation“, auf eine amtliche Zuständigkeit, berufen konnten.

Eine Antwort, zumindest aus der Sicht des eher moralisch denn historisch Urteilenden, lieferte in der Diskussion Ernst Ludwig Ehrlich, gebürtiger Berliner jüdischen Glaubens. Ehrlich, der der Verfolgung dank der Hilfe von Freunden entgangen war, wies auf das Beispiel des von den Nationalsozialisten ermordeten Berliner Dompropstes Bernhard Lichtenberg. Er habe, als Anfang November 1938 die Synagogen in Flammen aufgingen, seine Stimme erhoben und in Predigten erklärt: „Draußen brennt der Tempel. Das ist auch ein Gotteshaus.“

Außerdem erinnerte Ehrlich an das Wort des Jesuitenpaters und Historikers Ludwig Volk, der bedauert hatte, daß den Juden kein zweiter Bischof von Galen erwachsen sei. Der Bischof des Erzbistums Münster, einer der entschiedensten Befürworter einer schärferen Gangart gegenüber dem Hitler-Regime, hatte durch seine öffentlichen Auftritte gegen die Euthanasie das Vorgehen der Nationalsozialisten teilweise gestoppt. Nach Meinung Ehrlichs hätte ein ebenso entschiedenes Eintreten für die verfolgten Juden eine ähnliche Reaktion bei den Machthabern ausgelöst.

Gemeinsames Bekenntnis zur Demokratie

geo. München

Das Barometer stand, wie es fast überall in München spürbar war, auf Gemeinsamkeit. Es war daher nicht ungewöhnlich, als der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, den größten Beifall einheimste, als er in einer Podiumsdiskussion zum Thema „Die Freiheit bewahren – Bewährungsprobe der Demokratie“ erklärte: Die SPD ist ein unentbehrlicher Partner im demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland. In seinem Bekenntnis zur Demokratie fuhr Dregger fort, daß es wichtig sei, in der politischen Auseinandersetzung auch das Gemeinsame herauszustellen.

Ähnlich äußerte sich Heinz Rapp, Vorstandsmitglied der SPD-Bundestagsfraktion. Rapp betonte, daß es keinen „permanenten geistigen Bürgerkrieg“ geben dürfe und das Ringen politischer Parteien ein Gegenüber einander im Miteinander sei. Ungleich härtere Töne schlug hingegen die BDKJ-Bundesvorsitzende Gertrud Casel an, als sie den Politikern vorwarf, unfähig zur Revision einmal: getroffener Entscheidungen zu sein.

Immer wieder muß gesagt werden, daß das Bild, daß die Jugend auf dem Katholikentag hiet, vielfältig ist. Es ist keine andere Jugend als auf den anderen Katholikentagen, doch zeigen sich neue Tendenzen. So auch in einer Veranstaltung im „Friedenscamp“ des BDKJ. Unter dem Motto „Politiker fragen, Jugendliche antworten“ diskutierte man in der Turnhalle auf dem Boden sitzend mit dem Bundesverteidigungsminister Wörner.

Unter dem Applaus nahezu aller Anwesenden konnte der Minister feststellen, daß die Gefahr nicht von den Waffen, sondern von den Men-

Bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit hat die amerikanische Wirtschaft die größten Erfolge erzielt

Bei den Japanern noch keine Probleme mit der Mikroelektronik

Von FRED de LA TROBE

Während in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1970 und 1983 rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze verloren gingen, wurden in Japan nach Angaben des Arbeitsministeriums in Tokio 6,4 Millionen neu geschaffen. Die Gesamtzahl der Erwerbspersonen stieg von 50,9 Millionen 1970 auf 57,4 Millionen im vergangenen Jahr. In dieser Zeitspanne wuchs die Bevölkerung um 12,1 Millionen auf 119,5 Millionen.

Wegen der niedrigeren wirtschaftlichen Wachstumsraten nach der ersten Ölkrise 1973 war die jährliche Zunahme der Beschäftigungszahl allerdings in den letzten zehn Jahren geringer als in den sechziger Jahren und Anfang der siebziger Jahre. Mit Ausnahme von 1974, als die Erwerbsbevölkerung im Vergleich zu 1973 um 320 000 Personen sank, stieg die Zahl der Arbeitsplätze aber kontinuierlich.

Innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche zeichneten sich in den letzten 14 Jahren beträchtliche Verschiebungen ab. Waren 1970 noch 18,4 Prozent aller Beschäftigten in der Primärwirtschaft tätig, so stellten sie 1983 nur noch 9,6 Prozent. In der Sekundärwirtschaft war in dieser Periode ein Rückgang von 35,9 Prozent auf 34,6 Prozent nur geringfügig. Dafür war die Zunahme in der Tertiärwirtschaft von 45,7 Prozent auf 55,8 Prozent erheblich.

Die Aufgliederung der japanischen Erwerbsbevölkerung nach Beschäftigungsstatus unterscheidet sich noch merklich von der in den meisten westlichen Industriestaaten. Von den 57,4 Millionen Erwerbspersonen 1983 waren immerhin nur 73 Prozent abhängig beschäftigt, aber noch 16 Prozent Selbstständige, 11 Prozent mithelfende Familienangehörige, unter denen der Anteil der Frauen besonders hoch lag.

In den letzten Jahren ist in Japan die Zahl der temporären Arbeiter, die nur befristete Verträge bekommen, und der Teilzeitarbeitenden beträchtlich gestiegen. 1983 waren es fast zehn Prozent aller Erwerbstätigen. Die geringe Flexibilität durch das in den Großunternehmen übliche lebenslange Beschäftigungssystem lässt sich durch den Bedarf an

schmutzigen, schwierigen und gefährlichen Arbeiten übernehmen.

Beträchtliche Probleme bringt das in Japan relativ frühe Pensionierungsalter mit sich. Anfang 1983 praktizierten 32 Prozent aller Unternehmen eine betriebliche Altersgrenze von 55 Jahren. 49 Prozent hatten das Ausscheiden auf das 60. Lebensjahr oder etwas später angesetzt. Da die Altersrente erst mit 60 Jahren einsetzt, entstehen oft Härten. Viele Arbeitnehmer suchen sich daher nach Erreichen des Ruhestandsalters eine neue Beschäftigung – oft als Teilzeitkräfte mit niedrigem Verdienst. Die Erwerbslosenrate ist bei älteren Personen über 55 Jahren deutlich höher als bei den Jüngeren.

Trotz des für das Stammpersonal großer und vieler mittlerer Unternehmen üblichen Kündigungsschutzes und der lebenslangen Beschäftigung hat die japanische Industrie doch Mittel und Wege, die Zahl der Arbeitskräfte bei abnehmendem Bedarf zu verringern. Neben der Versetzung von Arbeitnehmern in andere Fertigungsabteilungen oder Abteilungen und geringeren Neueinstellungen können Überstundenzeiten verringert sowie temporäre und Teilzeitarbeitnehmer abgebaut werden.

Für Stammpersonal kann dazu die vorzeitige Pensionierung mit gegenseitigem Einverständnis kommen. Diese Methode wurde vor allem 1974 nach der ersten Ölkrise und in anderen Jahren schlechter Konjunktur erfolgreich angewandt. Die Unternehmen zahlten den zum Ausscheiden bereiteten Arbeitnehmern erhöhte Abfindungsgelder und boten teilweise auch Kredite für eine selbstständige Tätigkeit nach der Pensionierung an.

In den letzten 15 Jahren fanden Anpassungen an schwächere Nachfrage nach Arbeitskräften vor allem in der Periode von 1974-78 und 1982 statt. Während die meisten Großunternehmen in der verarbeitenden Industrie in diesen Jahren im Zuge von Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen versuchten, ihr Personal abzubauen, stellten Klein- und Mittelbetriebe bis Ende der siebziger Jahre noch vermehrt Arbeitskräfte ein.

Die großen Firmen decken ihren Bedarf an Arbeitskräften vor allem mit Schul- und Universitätsabgängern und außerdem mit arbeitswilligen Personen, die nicht erwerbstätig sind. Diese Unternehmen haben in der Regel feste Abkommen mit bestimmten Ober- und Hochschulen, aus deren Kreis von Abgängern sie jährlich ihren Bedarf an neuem Personal decken. Je renommierter das Unternehmen ist, umso angesehener wird auch das Lehrangebot sein, die für das Angebot an Arbeitskräften in Frage kommt.

Eine zentrale staatliche Einflussnahme auf das Arbeitsangebot gibt es kaum. Indirekt erfolgt eine Einwirkung auf die Schulen und Universitäten über die Bildungspolitik. In der Regierung ist für Beschäftigungsfragen ausschließlich das Arbeitsministerium zuständig. Das Arbeitsministerium ist gesetzlich festgelegt. Das Arbeitsministerium ist dafür verantwortlich, die Wohlfahrt der Arbeitnehmer zu verbessern und ihren Zugang zu einträglichen Beschäftigungen zu gewährleisten.

Zur Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Problemgruppen vergrößer das Ministerium Einstellungsprämien. Sie werden an Unternehmen vergeben, die körperbehinderte, ältere Personen oder solche Arbeitskräfte einstellen, die in strukturschwachen Branchen und Regionen erwerbslos wurden. Die Beträge sind allerdings gering und können nur als schwacher Anreiz gelten. Aus dem Beschäftigungs-Stabilisierungsfonds der Unternehmen dürfen auch Lohnsubventionen gezahlt werden, wenn Firmen Arbeitnehmer aus Problemregionen beschäftigen. Unterstützungsgelder für Kurzarbeiter gibt es dagegen nicht.

Unter dem Gesetz über Beschäftigungsmaßnahmen kann das Arbeitsministerium auch bestimmen, wieviel Prozent der Arbeitsplätze in einzelnen Betrieben mit körperbehinderten und älteren Personen besetzt werden müssen. Das Gesetz über Notmaßnahmen gegen Erwerbslosigkeit schreibt die Einstellung von registrierten Arbeitslosen in öffentlichen Investitionsprojekten vor.

Die meisten offiziellen und privaten Voraussagen über die zukünftige Beschäftigungslage in Japan sind nicht allzu optimistisch. Engpässe werden durch das steigende Angebot weiblicher Arbeitskräfte sowie die Zurückhaltung der Unternehmer bei Neueinstellungen infolge von Rationalisierung und Automatisierung erwartet. Eine höhere wirtschaftliche Wachstumsrate in den kommenden Jahren würde das Angebot an Arbeitsplätzen vergrößern. Da die Regierung aber diese Priorität nicht gesetzt hat und den Vorrang dem Abbau der hohen Staatsverschuldung und der Steuerreform gibt, sind die Aussichten auf energiegelante Konjunkturstützungen und ein kräftig erhöhtes Wachstum nicht allzu günstig.

(SAD)

Allein in der Bundesrepublik sind in der Zeit von 1973 bis 1983 rund 1,7 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen. Auch in den anderen europäischen Ländern gab es empfindliche Beschäftigungseinbußen. Während in Europa aber keine Trendwende am Arbeitsmarkt in Sicht ist, wird

die Zahl der Erwerbslosen in den USA nach Schätzung der OECD bis 1985 um über zwei Millionen sinken. Auch Japan und die Schweiz schneiden besser als die anderen Industrieländer ab. WELT-Korrespondenten schildern, wie diese Länder ihre Beschäftigungsprobleme lösen.

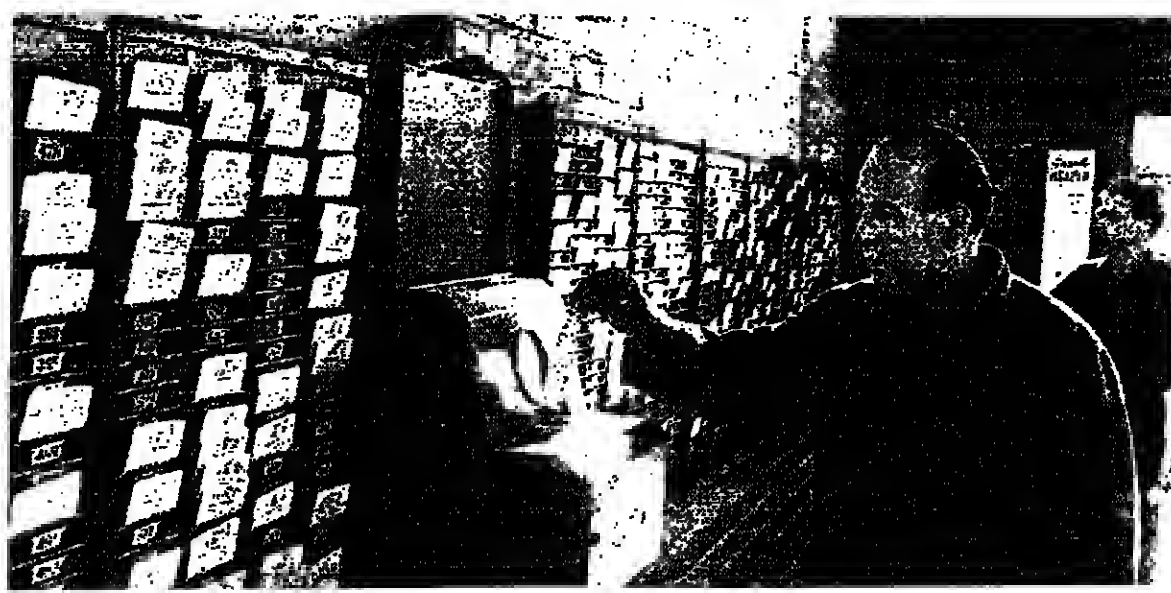


FOTO: JUPP DARCHINGER

Neue Produkte schufen das Beschäftigungswunder in USA

Von HORST-A. SIEBERT

Was in den USA geschehen ist und geschieht, ist in der Tat beeindruckend, wenn nicht gar revolutionär. Trotz der beiden Ölpreisschocks in den Jahren 1973/74, dreier Rezessionen und schwerer Rückschläge in Altindustrien wie der Stahl- und Automobilbranche hat Amerika ein Beschäftigungswunder vollbracht. Während in Europa rund drei Millionen Jobs verloren gingen, sind in Amerika von 1969 bis Mai 1984 mehr als 21,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden. Angesichts dieses Tempos verlässt sogar die japanische

Beleg wird das Wunder mit einer Fülle unterschiedlicher Zahlen und Basisjahre. Verlässlich sind jedoch nur die vom Bureau of Labor Statistics in Washington erfassten Daten und Vergleichszeiträume. Danach erhöhte sich die zivile Beschäftigung in den USA seit 1969 von 82,4 auf 103,7 Millionen oder um 25,8 Prozent. Das heißt, sie wuchs schneller als die amerikanische Bevölkerung, die in der gleichen Zeitspanne um 16,3 Prozent von 203 auf 236 Millionen zunahm.

Ungewöhnlich rasch hat der US-Arbeitsmarkt auch die im November 1982 zu Ende gegangene letzte Rezession, die 17 Monate dauerte, abgeschüttelt. Obwohl das verarbeitende Gewerbe noch immer hinterherhinkt, sind die konjunkturellen Jobverluste mehr als wettgemacht. Seit dem absoluten Tief fanden etwa sechs Millionen Amerikaner einen Arbeitsplatz, die zeitweise von 7,5 auf 10,7 Prozent erhöhte Arbeitslosenrate war schon im Mai 1984 auf das alte Niveau zurückgefallen.

Gemessen an der Arbeitslosenrate liegen die USA und die Bundesrepublik Deutschland ziemlich gleichauf, denn nach Berechnungen der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York müssen von der Nürnberger Quote ein bis 1,5 Prozent abgezogen werden, um sie vergleichbar zu machen. In den Vereinigten Staaten wird der Beschäftigungsstand durch monatliches Befragungen von 60 000 Haushalten ermittelt. Die Fehlerquote ist also viel größer. Ohne Job waren in den USA noch im Mai 6,5 Prozent der Männer, 6,8 Prozent der Frauen und 19 Prozent der Teenager. Unter den Weißen betrug die Arbeitslosenrate 6,4, unter den Schwarzen 15,8 und unter den Amerikanern spanischer Herkunft 10,5 Prozent.

Heilmittel ist ein „Super-Keynesianismus“

Diese numerische Bestandsaufnahme bestätigt den sich vorerst fortsetzenden Trend eines unauffälligen wirtschaftlichen Wandels ebenso wie verbleibende strukturelle Beschäftigungsprobleme, die beiderseits des Atlantiks Sorgen bereiten. Am leichtesten zu erklären sind die ansehnlichen Jobgewinne seit der letzten Rezession. Der derzeitige konjunkturelle Boom ist das Ergebnis eines seit 1979 aufgestauten gewaltigen Nachholbedarfs der amerikanischen Verbraucher. Über alle Erfahrungen hinaus ist es dann durch die riesigen US-Haushaltsdefizite, die Kürzung der Einkommensteuern um 25 Prozent seit 1981, die günstigeren Abschreibungsrichtlinien, die Ausweitung der Verteidigungsausgaben und den Abbau der staatlichen Regulierungen verstärkt worden.

Nicht umsonst spricht man heute von einem in Amerika praktizierten „Super-Keynesianismus“. Hinzu kommt, daß ausländisches Geld, angelockt durch Dollaranlagen mit hoher Rendite, die Expansion zu einem guten Teil mitfinanziert. Die USA starteten also den nun 19 Monate alten Aufschwung unter günstigeren Voraussetzungen als die Europäer. Aber das amerikanische Beschäftigungswunder hat tiefere, weit zurückreichende Facetten. Es begann schon Anfang der 50er Jahre nach Abschluß der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft. Damals war es nicht so sehr der technische Fortschritt, der Arbeitsplätze schuf. Vielmehr drängten in großem Umfang Frauen und jüngere Leute in neu entstehende Dienstleistungsberufe. Der Prozeß beschleunigte sich; Nationalökonominnen fanden die Formel „Labor creates its own work“, und zwar zu niedrigeren Löhnen. Die USA tauchten, wie auch Europa, in eine lange Wachstumsphase. Die erste durch den arabischen Ökobykott im Oktober 1973 und die Verflüchtigung der Rohölpreise beendet wurde.

Es war die Zeit, in der sich Amerikas wirtschaftliche Landschaft immer schneller veränderte: In neuen Fabriken wurden neue Produkte hergestellt, als Standort bevorzugt wurde die jetzt der Südwesten und der pazifische Westen, vor allem aber das stets sonnige Kalifornien. Damals setzten die noch nicht abgeschlossenen regionalen Verschiebungen ein. Mehrere Millionen Amerikaner verließen den Nordosten und das Gebiet der Mittleren Atlantikstaaten. Diese „innere Immigration“ schaffte ebenfalls Arbeitsplätze; denn ohne Infrastruktur und Dienstleistungen können weder Fabriken noch Städte existieren.

Glücklich mit den Zukunfts-Technologien

Die USA sind zudem ein glückliches Land. Mit dem Niedergang der Altindustrien in den 70er Jahren, die sich durch hohe Löhne selbst aus dem Wettbewerb katapultierten, begann der breite Aufstieg neuer Technologien wie Computer-, Laser-, Informations- oder Biotechnik. In diesen Industrien sind die Arbeitskosten um die Hälfte oder sogar mehr niedriger als in der Auto- und Stahlindustrie, in der sie durchschnittlich mit 23 bis 26 Dollar je Stunde zu Buch schlagen. Höhere Erträge erlauben den Firmen die Hinnahe größerer Risiken, was auch für die Beschäftigung gilt.

Was in den USA geschehen ist und geschieht, ist in der Tat beeindruckend, wenn nicht gar revolutionär. Trotz der beiden Ölpreisschocks in den Jahren 1973/74, dreier Rezessionen und schwerer Rückschläge in Altindustrien wie der Stahl- und Automobilbranche hat Amerika ein Beschäftigungswunder vollbracht. Während in Europa rund drei Millionen Jobs verloren gingen, sind in Amerika von 1969 bis Mai 1984 mehr als 21,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden. Angesichts dieses Tempos verlässt sogar die japanische

Beleg wird das Wunder mit einer Fülle unterschiedlicher Zahlen und Basisjahre. Verlässlich sind jedoch nur die vom Bureau of Labor Statistics in Washington erfassten Daten und Vergleichszeiträume. Danach erhöhte sich die zivile Beschäftigung in den USA seit 1969 von 82,4 auf 103,7 Millionen oder um 25,8 Prozent. Das heißt, sie wuchs schneller als die amerikanische Bevölkerung, die in der gleichen Zeitspanne um 16,3 Prozent von 203 auf 236 Millionen zunahm.

Ungewöhnlich rasch hat der US-Arbeitsmarkt auch die im November 1982 zu Ende gegangene letzte Rezession, die 17 Monate dauerte, abgeschüttelt. Obwohl das verarbeitende Gewerbe noch immer hinterherhinkt, sind die konjunkturellen Jobverluste mehr als wettgemacht. Seit dem absoluten Tief fanden etwa sechs Millionen Amerikaner einen Arbeitsplatz, die zeitweise von 7,5 auf 10,7 Prozent erhöhte Arbeitslosenrate war schon im Mai 1984 auf das alte Niveau zurückgefallen.

Gemessen an der Arbeitslosenrate liegen die USA und die Bundesrepublik Deutschland ziemlich gleichauf, denn nach Berechnungen der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York müssen von der Nürnberger Quote ein bis 1,5 Prozent abgezogen werden, um sie vergleichbar zu machen. In den Vereinigten Staaten wird der Beschäftigungsstand durch monatliches Befragungen von 60 000 Haushalten ermittelt. Die Fehlerquote ist also viel größer. Ohne Job waren in den USA noch im Mai 6,5 Prozent der Männer, 6,8 Prozent der Frauen und 19 Prozent der Teenager. Unter den Weißen betrug die Arbeitslosenrate 6,4, unter den Schwarzen 15,8 und unter den Amerikanern spanischer Herkunft 10,5 Prozent.

Heilmittel ist ein „Super-Keynesianismus“

Diese numerische Bestandsaufnahme bestätigt den sich vorerst fortsetzenden Trend eines unauffälligen wirtschaftlichen Wandels ebenso wie verbleibende strukturelle Beschäftigungsprobleme, die beiderseits des Atlantiks Sorgen bereiten. Am leichtesten zu erklären sind die ansehnlichen Jobgewinne seit der letzten Rezession. Der derzeitige konjunkturelle Boom ist das Ergebnis eines seit 1979 aufgestauten gewaltigen Nachholbedarfs der amerikanischen Verbraucher. Über alle Erfahrungen hinaus ist es dann durch die riesigen US-Haushaltsdefizite, die Kürzung der Einkommensteuern um 25 Prozent seit 1981, die günstigeren Abschreibungsrichtlinien, die Ausweitung der Verteidigungsausgaben und den Abbau der staatlichen Regulierungen verstärkt worden.

Nicht umsonst spricht man heute von einem in Amerika praktizierten „Super-Keynesianismus“. Hinzu kommt, daß ausländisches Geld, angelockt durch Dollaranlagen mit hoher Rendite, die Expansion zu einem guten Teil mitfinanziert. Die USA starteten also den nun 19 Monate alten Aufschwung unter günstigeren Voraussetzungen als die Europäer. Aber das amerikanische Beschäftigungswunder hat tiefere, weit zurückreichende Facetten. Es begann schon Anfang der 50er Jahre nach Abschluß der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft. Damals war es nicht so sehr der technische Fortschritt, der Arbeitsplätze schuf. Vielmehr drängten in großem Umfang Frauen und jüngere Leute in neu entstehende Dienstleistungsberufe. Der Prozeß beschleunigte sich; Nationalökonominnen fanden die Formel „Labor creates its own work“, und zwar zu niedrigeren Löhnen. Die USA tauchten, wie auch Europa, in eine lange Wachstumsphase. Die erste durch den arabischen Ökobykott im Oktober 1973 und die Verflüchtigung der Rohölpreise beendet wurde.

Es war die Zeit, in der sich Amerikas wirtschaftliche Landschaft immer schneller veränderte: In neuen Fabriken wurden neue Produkte hergestellt, als Standort bevorzugt wurde die jetzt der Südwesten und der pazifische Westen, vor allem aber das stets sonnige Kalifornien. Damals setzten die noch nicht abgeschlossenen regionalen Verschiebungen ein. Mehrere Millionen Amerikaner verließen den Nordosten und das Gebiet der Mittleren Atlantikstaaten. Diese „innere Immigration“ schaffte ebenfalls Arbeitsplätze; denn ohne Infrastruktur und Dienstleistungen können weder Fabriken noch Städte existieren.

Glücklich mit den Zukunfts-Technologien

Die USA sind zudem ein glückliches Land. Mit dem Niedergang der Altindustrien in den 70er Jahren, die sich durch hohe Löhne selbst aus dem Wettbewerb katapultierten, begann der breite Aufstieg neuer Technologien wie Computer-, Laser-, Informations- oder Biotechnik. In diesen Industrien sind die Arbeitskosten um die Hälfte oder sogar mehr niedriger als in der Auto- und Stahlindustrie, in der sie durchschnittlich mit 23 bis 26 Dollar je Stunde zu Buch schlagen. Höhere Erträge erlauben den Firmen die Hinnahe größerer Risiken, was auch für die Beschäftigung gilt.

Was in den USA geschehen ist und geschieht, ist in der Tat beeindruckend, wenn nicht gar revolutionär. Trotz der beiden Ölpreisschocks in den Jahren 1973/74, dreier Rezessionen und schwerer Rückschläge in Altindustrien wie der Stahl- und Automobilbranche hat Amerika ein Beschäftigungswunder vollbracht. Während in Europa rund drei Millionen Jobs verloren gingen, sind in Amerika von 1969 bis Mai 1984 mehr als 21,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden. Angesichts dieses Tempos verlässt sogar die japanische

Beleg wird das Wunder mit einer Fülle unterschiedlicher Zahlen und Basisjahre. Verlässlich sind jedoch nur die vom Bureau of Labor Statistics in Washington erfassten Daten und Vergleichszeiträume. Danach erhöhte sich die zivile Beschäftigung in den USA seit 1969 von 82,4 auf 103,7 Millionen oder um 25,8 Prozent. Das heißt, sie wuchs schneller als die amerikanische Bevölkerung, die in der gleichen Zeitspanne um 16,3 Prozent von 203 auf 236 Millionen zunahm.

Ungewöhnlich rasch hat der US-Arbeitsmarkt auch die im November 1982 zu Ende gegangene letzte Rezession, die 17 Monate dauerte, abgeschüttelt. Obwohl das verarbeitende Gewerbe noch immer hinterherhinkt, sind die konjunkturellen Jobverluste mehr als wettgemacht. Seit dem absoluten Tief fanden etwa sechs Millionen Amerikaner einen Arbeitsplatz, die zeitweise von 7,5 auf 10,7 Prozent erhöhte Arbeitslosenrate war schon im Mai 1984 auf das alte Niveau zurückgefallen.

Gemessen an der Arbeitslosenrate liegen die USA und die Bundesrepublik Deutschland ziemlich gleichauf, denn nach Berechnungen der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York müssen von der Nürnberger Quote ein bis 1,5 Prozent abgezogen werden, um sie vergleichbar zu machen. In den Vereinigten Staaten wird der Beschäftigungsstand durch monatliches Befragungen von 60 000 Haushalten ermittelt. Die Fehlerquote ist also viel größer. Ohne Job waren in den USA noch im Mai 6,5 Prozent der Männer, 6,8 Prozent der Frauen und 19 Prozent der Teenager. Unter den Weißen betrug die Arbeitslosenrate 6,4, unter den Schwarzen 15,8 und unter den Amerikanern spanischer Herkunft 10,5 Prozent.

Heilmittel ist ein „Super-Keynesianismus“

Diese numerische Bestandsaufnahme bestätigt den sich vorerst fortsetzenden Trend eines unauffälligen wirtschaftlichen Wandels ebenso wie verbleibende strukturelle Beschäftigungsprobleme, die beiderseits des Atlantiks Sorgen bereiten. Am leichtesten zu erklären sind die ansehnlichen Jobgewinne seit der letzten Rezession. Der derzeitige konjunkturelle Boom ist das Ergebnis eines seit 1979 aufgestauten gewaltigen Nachholbedarfs der amerikanischen Verbraucher. Über alle Erfahrungen hinaus ist es dann durch die riesigen US-Haushaltsdefizite, die Kürzung der Einkommensteuern um 25 Prozent seit 1981, die günstigeren Abschreibungsrichtlinien, die Ausweitung der Verteidigungsausgaben und den Abbau der staatlichen Regulierungen verstärkt worden.

Nicht umsonst spricht man heute von einem in Amerika praktizierten „Super-Keynesianismus“. Hinzu kommt, daß ausländisches Geld, angelockt durch Dollaranlagen mit hoher Rendite, die Expansion zu einem guten Teil mitfinanziert. Die USA starteten also den nun 19 Monate alten Aufschwung unter günstigeren Voraussetzungen als die Europäer. Aber das amerikanische Beschäftigungswunder hat tiefere, weit zurückreichende Facetten. Es begann schon Anfang der 50er Jahre nach Abschluß der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft. Damals war es nicht so sehr der technische Fortschritt, der Arbeitsplätze schuf. Vielmehr drängten in großem Umfang Frauen und jüngere Leute in neu entstehende Dienstleistungsberufe. Der Prozeß beschleunigte sich; Nationalökonominnen fanden die Formel „Labor creates its own work“, und zwar zu niedrigeren Löhnen. Die USA tauchten, wie auch Europa, in eine lange Wachstumsphase. Die erste durch den arabischen Ökobykott im Oktober 1973 und die Verflüchtigung der Rohölpreise beendet wurde.

Es war die Zeit, in der sich Amerikas wirtschaftliche Landschaft immer schneller veränderte: In neuen Fabriken wurden neue Produkte hergestellt, als Standort bevorzugt wurde die jetzt der Südwesten und der pazifische Westen, vor allem aber das stets sonnige Kalifornien. Damals setzten die noch nicht abgeschlossenen regionalen Verschiebungen ein. Mehrere Millionen Amerikaner verließen den Nordosten und das Gebiet der Mittleren Atlantikstaaten. Diese „innere Immigration“ schaffte ebenfalls Arbeitsplätze; denn ohne Infrastruktur und Dienstleistungen können weder Fabriken noch Städte existieren.

Glücklich mit den Zukunfts-Technologien

Die USA sind zudem ein glückliches Land. Mit dem Niedergang der Altindustrien in den 70er Jahren, die sich durch hohe Löhne selbst aus dem Wettbewerb katapultierten, begann der breite Aufstieg neuer Technologien wie Computer-, Laser-, Informations- oder Biotechnik. In diesen Industrien sind die Arbeitskosten um die Hälfte oder sogar mehr niedriger als in der Auto- und Stahlindustrie, in der sie durchschnittlich mit 23 bis 26 Dollar je Stunde zu Buch schlagen. Höhere Erträge erlauben den Firmen die Hinnahe größerer Risiken, was auch für die Beschäftigung gilt.

Schweizer Zauberformel heißt Ausrichtung an Marktwirtschaft

Von IRENE ZÜCKER

Die Schweizer Zauberformel der Beschäftigungspolitik liegt in der recht konsequenten Einhaltung marktwirtschaftlicher Prinzipien, die auf die Dauer Arbeitsplatz erhaltend wirkt. Für den Erfolg der Eidgenossen gibt es keine einzelne Ursache. Die Erklärung liegt bei einer Reihe von Faktoren, wobei die Sicherung von Arbeitsplätzen erklärtes vorrangiges Ziel ist.

Mit einer Arbeitslosenquote von 1,2 Prozent hat die Schweiz ihr Beschäftigungsproblem im Griff, denn im internationalen Vergleich gelten drei bis vier Prozent noch als Vollbeschäftigung. Mit großem Abstand weist die Schweiz die geringste Arbeitslosenrate aller OECD-Länder auf, wo durchschnittlich fast elf Prozent der aktiven Bevölkerung ohne Arbeit sind. Praktisch Vollbeschäftigung, eine Inflationsrate von drei Prozent, hohe Einkommen, moderne Industrien – im internationalen Vergleich eine Traumkonstellation.

Freilich liegt die durchschnittliche Arbeitszeit der Schweizer Industrie bei 43 Stunden pro Woche – das ist die längste im OECD-Vergleich. Doch Gewerbe, Verkaufspersonal, Bausektor, Gesundheitswesen und Gastgewerbe arbeiten erheblich länger.

Ein Hauptgrund für die vergleichsweise erstaunlich gute Beschäftigungslage ist die Ausländerpolitik. Als EFTA-Land kann sich die Schweiz über die EG-Freizügigkeit für Arbeitskräfte hinwegsetzen: Zwischen 1975 und 1983 haben 240 000 Ausländer den Kleinstaat verlassen. Damit sind acht Prozent der Beschäftigten verschwunden, die nie in der Arbeitslosenstatistik erschienen sind. Doch obwohl Saisonarbeiter und teils auch Arbeitskräfte, die sich nur ein Jahr im Land aufhalten dürfen, als wirtschaftspolitische Konjunkturpuffer wirken, kann auch in saisonabhängigen Branchen wie im Gastgewerbe und im Bausektor kaum von „heuern und feuern“ gesprochen werden. Zudem: In Grenzstädten wie Genf und Basel arbeiten viele Betriebe, wie etwa die Basler Chemie, mit einer recht stabilen Zahl von Grenzgängern. Zur Zeit sind 14,4 Prozent der hiesigen Wohnbevölkerung Ausländer, die 25 Prozent der Arbeitenden stellen.

Durch eine vorsichtige Politik nach Keyneschem Muster wurden jedoch auch Arbeitsplätze gesichert, indem zwischen 1975 und 1978 von Staat, Kantonen und Gemeinden 4,8 Milliarden Mark Beschäftigungsprogramme ausgelöst worden sind, was etwa vier Jahre lang 30 000 Menschen (ein Prozent der Beschäftigten) in der Arbeit gehalten hat. Seit Frühjahr 1983 läuft ein zweites Beschäftigungsprogramm. Dabei ist die Keynesianische Politik in der Schweiz, im Gegensatz zu anderen Ländern, reversibel, d. h. in Notzeiten werden Budgetdefizite produziert, die in besseren Jahren wieder abgebaut werden.

Ins Gewicht fällt auch, daß wegen fehlender eigenständiger Subventionen, eine Reihe von Industrien bereits vor verschiedenen anderen Ländern ihre Struktur verbessern mußten. So wurde 1972 etwa die Schuh- und Bekleidungssektoren umstrukturiert, 1973 die Druckereien, 1975 der Bausektor. Doch in der Uhrenindustrie (Umstrukturierung seit 1974) sowie in der Maschinenbranche (erst seit 1980), muß sich das Land vorweisen lassen, nicht schnell und effizient genug reagiert zu haben.

Glücklicherweise besitzt die Schweiz keine geballten Schwerpunktsindustrien wie die deutschen Werten, Bergbau oder die Stahlwirtschaft – mit Ausnahme der Uhrenindustrie, wo die Krise voll eingeschlagen hat. Auch produziert die Schweiz keine Massenkonsumgüter, die einer Sättigung unterliegen – nochmals mit Ausnahme der Uhrenindustrie, wo die schmerzhafteste Umstrukturierung immer noch im Gange ist. Erfolgreich ist das Land bei der Produktion „intelligenter“ Erzeugnisse mit hoher Wertschöpfung, die eine hochqualifizierte Arbeiterschaft erfordern.

Durch die starke Expansion des tertiären Sektors (heute 55 Prozent) war es bis vor einem Jahr möglich, die freigesetzten Kräfte von Industrie und Bauwirtschaft (36,7 Prozent), zahlenmäßig voll vom dritten Sektor zu absorbieren. Der Dienstleistungsbereich, insbesondere Banken und Versicherungen, florieren.

Im Unterschied etwa zu Frankreich, England und auch der Bundesrepublik finden sich in der Schweiz verhältnismäßig wenig Dauerarbeitslose. Ein Grund dafür ist, daß es die meisten Eidgenossen als Schande empfinden, stempeln zu gehen. Sehr viele suchen sich ohne Hilfe des Arbeitsamtes eine neue Stelle, ohne je Arbeitslosenunterstützung zu beanspruchen. Zudem: Das Arbeitslosengesetz ist nicht ungünstig, doch wer Arbeitslosenunterstützung bezieht, muß nachweisen, daß er genügend eigene Bemühungen um einen Arbeitsplatz unternommen hat.

Fehlende Beschäftigung ist kein gesamtschweizerisches Phänomen, sondern ein regionales. Die höchsten

Arbeitslosenquoten liegen in den Kantonen Basel-Stadt, Neuenburg, Jura und Tessin (durchschnittlich 2,6 Prozent), während 17 Kantone Raten von weniger als 1,2 Prozent aufweisen.

Interessant ist, daß die Schweiz zu wenig nur in Ansätzen eine staatliche Beschäftigungspolitik praktiziert. Die Rolle des Staates gegenüber der Wirtschaft ist wirtschaftsfreundlich, jedoch gewollt zurückhaltend. Strukturbereinigungen muß die Industrie selbst durchsetzen. Auch wurden in der Eidgenossenschaft, im Unterschied etwa zu Deutschland und Frankreich, keine Arbeitslosen über den Umweg der Beschäftigung im öffentlichen Dienst abgebaut.

Zu den nicht quantifizierbaren Gründen für die relativ gute Beschäftigungslage gehören als Trumpf Nummer eins die politische und soziale Stabilität des Landes. Die weitgehend konstruktiven Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben auch mit den Gewerkschaften zu tun, die sich eher als integrierendes Element verstehen, während sie in der Bundesrepublik wie in Frankreich viel parteipolitisch engagiert sind. Zudem existiert seit 1937, ausgehend von der Metall- und Maschinenindustrie, das berühmte Friedensabkommen. Damit verpflichten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber, sich bei Meinungsverschiedenheiten einem Schiedsgericht zu unterwerfen, womit die allermeisten Konflikte auf dem Verhandlungsweg – ohne Streik – gelöst werden.

Die Innovationskraft der Unternehmen zeigen die Jahre zwischen 1978 und 1981. In dieser Zeit sind nicht weniger als 100 000 bis 200 000 Arbeitsplätze in wachstums- und ertragsstarken Branchen neu geschaffen worden. Die Bereitschaft der Aktionäre, den Unternehmen Gewinne zur Reinvestierung zu überlassen, ist hoch und ermöglicht eine langfristige Planung. Dank einer höheren Selbstfinanzierungsquote und besserer Kapitalausstattung als etwa in der Bundesrepublik, wurden der Produktionsapparat (bei günstigen Zinssätzen und mit leichter erhältlichen Risikokapital) in vielen Branchen auf den modernsten Stand gebracht, wovon



mit der Wettbewerbsfähigkeit und damit die Arbeitsplatzsicherung in den flexiblen Mittel- und Kleinunternehmen (95 Prozent aller Betriebe) erhalten werden konnte.

Trotz des hohen Lohnniveaus ist die Schweiz im Vergleich zu traditionellen Wettbewerbern wie der Bundesrepublik in letzter Zeit konkurrenzfähig geworden. Mit ein Grund sind die Lohnnebenkosten, die im europäischen Vergleich für die Eidgenossenschaft extrem niedrig sind (Schweiz mit Urlaub und 13 Monatslohn 40 Prozent, Bundesrepublik 80 Prozent). Auch die Unternehmensbesteuerung ist viel niedriger als in Deutschland. Da das hiesige soziale Netz weniger ausgebautes ist, zahlt auch ein Schweizer Arbeitnehmer nur 18 Prozent seines Lohns für Sozialkosten, während für seinen deutschen Kollegen diese Angaben schon die 30-Prozent-Grenze überschreiten.

Interessant ist auch, daß Tarifverträge dezentralisiert, oft auf Unternehmensebene ausgehandelt werden, was den Gewerkschaften Einblick in die wahre Situation eines Betriebes gibt. Dabei ist die Ertragslage der Firma die entscheidende Größe. In ertragsstarken Unternehmen, etwa der Uhren-, Maschinen- und Textilindustrie oder im Bausektor, haben die Arbeitnehmer schon mehrfach ganz oder teilweise auf den Teuerungsausgleich und Lohnaufbesserungen verzichtet, um dem Betrieb das Überleben zu ermöglichen.

Pro Arbeitsstunde schafft ein Schweizer Arbeitnehmer einen Wert von 18,67 Mark, in der Bundesrepublik sind es 18,50 und in Japan 11,68 Mark. Trotzdem wurde beim Abschluß des Gesamtarbeitsvertrages in der Metall- und Maschinenindustrie (zehn Prozent der Arbeitnehmer) im Sommer 1983, der die stufenweise Einführung der 40-Stunden-Woche bis 1988 vorsieht, vereinbart, daß die aus der Arbeitszeitverkürzung resultierenden Kosten zur Hälfte von den Arbeitnehmern getragen werden, was nur den halben Lohnausgleich ergibt.

WIMBLEDON / Einseitiges Finale bei den Herren. In 80 Minuten und nach einem 6:1, 6:1, 6:2 war bereits alles vorbei

McEnroes Temperament explodierte nur am Ball Connors ohne Chance

CLAUS GEISSMAR, London
Nach 80 Minuten war alles vorbei. Wimbledon erlebte eines der kürzesten Endspiele seiner Geschichte. John McEnroe (25) wurde in jeder Phase eines einseitigen Spiels seiner hohen Favoritenrolle gerecht. Er besiegte seinen amerikanischen Landsmann Jimmy Connors 6:1, 6:1, 6:2. Ähnlich kurz waren bisher lediglich Endspiele, an denen deutsche Spieler beteiligt waren. 1936 unterlag Gottfried von Cramm dem Engländer Fred Perry 1:6, 1:6, 0:6, 1967 verlor Wilhelm Bungert gegen John Newcombe 3:6, 1:6, 1:6.

McEnroe, der das Turnier zum dritten Mal nach 1981 und 1983 gewann und dafür 135 000 Mark kassierte, sagte nach dem Spiel: „Es war klar, daß das Spiel am Netz entschieden würde. Und da war es eine riesige

des Netzes. Er mußte jedesmal auch sich selbst besiegen. Es waren die kleinen Gesten, das kurze Zögern, die die Wandlung verriet. Bisher war auf den empörten Blick nach seinem „Aus“-Ruf eines Linienrichters immer die verbale Explosion gefolgt. Wenn Blicke töten könnten, dann hätte McEnroe auch in diesem Jahr mehrere Schieds- und Linienrichter „hingerichtet“. Aber über seine Lippen kam kein einziges Wort.

Der schweigsame Titelverteidiger wußte: Jeder Wimbledon-Schiedsrichter, der eine Schimpfkanonade über Beleidigungen mit einer Disqualifikation beantwortet hätte, wäre vom Publikum stürmisch gefeiert worden. Wimbledon hatte die jahrelangen lautstarken Tiraden des Amerikaners ganz einfach satt. Mit 25 ist ein Mensch alt genug, um sich gerade dann als Erwachsener zu benehmen, wenn es um sportliche Höchstleistungen und zugleich um das große Bargeld geht.

Wie ist Wimbledon diese Zähmung gelungen? Die Antwort ist einfach. Im All England Lawn Tennis and Croquet Club weht ein frischer Wind. Der Club hat zwei Schritte in unterschiedlicher Richtung getan. Zum einen sind die Spieler besser behandelt worden (es gab Theater- und Kinokarten für jeden einzelnen Spieler und sogar ein Auto mit Chauffeur für die Fahrt ins Kino). Zum anderen griffen die Schiedsrichter mit absoluter Autorität und Strenge durch.

Den größten Anteil an der neuen Atmosphäre von Wimbledon hat der neue Clubvorsitzende Reginald Edward Hawke Haddingham, den auch die Spieler nur „Buzzer“ nennen. In seinem ersten Turnierjahr ist „Buzzer“ ein erstaunlicher Stimmungswandel gelungen. Früher benahmten sich die Wimbledon-Vorsitzenden wie unerreichbare Tennis-Papste. „Buzzer“ Haddingham tauchte dagegen sogar zu einem Schwätzchen in der Garderobe auf. Dabei schien er sich wohl zu fühlen, als stundenlang neben der Prinzessin von Wales sitzen zu müssen.

McEnroe und seinem Vater hatte „Buzzer“ vor Turnierbeginn sogar hinfällig versichert, daß in Wimbledon jeder Spieler mit absoluter Fairness auf dem Platz rechnen konnte. Und als die Londoner Boulevardpresse sich nur noch für das Privatleben der Spieler interessierte, kündigte Haddingham eine Überprüfung der Presse-Akreditierungen an. Der „Daily Star“ hatte es sogar fertiggebracht, McEnroe mit Bettina Bunge zu „verloben“. Die völlig erfundene Meldung hatte zur Folge, daß McEnroe keine Fernsehinterviews mehr geben wollte. Er stellte sich nur noch den Pflichtinterviews, die für die Tennis-Weltpresse nach jedem Match in einem Kellerraum des Centre Courts veranstaltet werden. Fragen nach seinem Privatleben übergab er dabei.

Wer Augenzeugen aller Spiele von John McEnroe war, konnte deutlich beobachten: Diese Wandlung seines Charakters ist ihm nicht leicht gefallen. Bei allen seinen Wimbledon-Auftritten kämpfte er nicht nur mit seinem Gegner auf der anderen Seite



Der Jubelsprung am Netz und der Kuß auf die Siegerschale – für Martina Navratilova ist das alles fast schon Routine. Sie bleibt die beste der Welt, auch eine in Hochform spielende Chris Evert-Lloyd (unten rechts) mußte das einmal mehr anerkennen.



FOTOS: AP(2), UPI

Nach ihrem fünften Sieg leistete sich Martina eine dicke Portion Ente mit Klößen und Sauerkraut

CLAUS GEISSMAR, London
Wer es immer noch nicht weiß, der ahnt es spätestens dann, wenn Martina Navratilova vor ihm steht, daß sie längst zu den Tennis-Millionären zählt. Sie liebt Goldschmuck über alles, und sie kann ihn sich leisten. Am rechten kleinen Finger trägt sie einen rechten Goldring. Am Arm eine mit Diamanten besetzte goldene Uhr. Dazu ein goldenes Halskettchen und in jedem Ohr einen in Gold gefaßten Diamanten. Der nächste Kauf eines neuen Schmuckstücks steht kurz bevor, denn die Wimbledon-Siegerin Einzel und im Doppel mit Pam Shriver haben die Amerikanerin um 408 000 Mark reicher gemacht.

Sportlich, so hat es den Anschein, gibt es offenbar keine Gegnerin mehr für sie. Im Finale schaffte es selbst eine Chris Evert-Lloyd nicht, derzeit in glänzender Verfassung und wohl die zweitbeste Spielerin der Welt. Martina Navratilova vom Thron zu stoßen. Im 100. Wimbledonjahr der Damen holte sich die 27 Jahre alte Amerikanerin nach 1976, 1979, 1982 und 1983 mit einem 7:6, 6:2-Erfolg, der eigentlich zählensmäßig nicht ausdrücken kann, wie hart der Sieg umkämpft war, den fünften Titel im Damen-Einzel.

Die rund 15 000 Besucher des Cen-

tre Courts machten während des gesamten Spiels deutlich, wie die Sympathien gehörten: Anerkennend der Beifall für Martina Navratilova, Begeisterung aber, wenn Chris Evert-Lloyd ein guter Schlag gelang. 15 Minuten sah es sogar so aus, als wenn die 29 Jahre alte Chris Evert-Lloyd für eine Sensation sorgen könnte. Sie nahm der Favoritin zweimal nacheinander den Aufschlag ab. Ohne sichtbare Regung mußte Martina Navratilova die Returns und präzisen Passierschläge hinnehmen.

Der Tie-Break des ersten Satzes war symptomatisch für den gesamten Spielverlauf, denn bis zum Ende war der Erfolg von Martina Navratilova in Gefahr. Erst als es darauf ankam, überzeugte sie mit einem Aufschlag. Als Martina Navratilova: „Chris hat mich stark unter Druck gesetzt, aber das macht mir nichts aus. Zu Beginn war ich nicht nervös, aber vielleicht habe ich zuviel riskiert.“ Die unterlegene Chris Evert-Lloyd gab zu: „Ich habe meine Chance gehabt. Aber Martina schlug im richtigen Moment hervorragend auf. Das ist eine ihrer Stärken.“ Und lässig lächelnd fügte sie hinzu: „Ich glaube, die Frage nach meinem Rücktritt wird heute wohl nicht gestellt werden.“

Nach dem Spiel sprach DIE WELT mit der Siegerin.

WELT: Martina, was halten Sie von der Kritik, daß Sie zu männlich spielen?

Navratilova: Ich, zu männlich? Es gibt viel kräftigere Spielerinnen als mich. Ich wiege bei einer Körpergröße von 1,69 Meter nur 130 Pfund und habe Kleidergröße 36.

WELT: Und mit diesen Maßen sollen Sie jetzt auch im Wachsfigurenkabinett von Madame Tussaud zu bewundern sein?

Navratilova: Ja, die haben nicht nur meine Nase gemessen, sondern auch nach meiner BH-Größe und der BH-Marke gefragt.

WELT: Wird der Neid der anderen Spielerinnen immer größer?

Navratilova: Denen steht es doch frei, das zu tun wie ich. Sie dürfen sich eben nicht auf Tennisspieler beschränken, sondern müssen auch Gewichte heben und sich mit anderen Sportarten wie Basketball oder Laufen schnell und fit machen. Die richtige Ernährung gehört auch dazu.

WELT: Gibt es auch nach dem Sieg nur Diätkost?

Navratilova: Nein, heute leiste ich mir eine dicke Portion meines Lieblingsgerichts: Ente, Klöße und Sauerkraut.

WELT: Die Londoner Zeitung „Times“ hat schon einen Chromosomentest vorgeschlagen, um im Tennis die Herren von den Damen zu trennen.

Navratilova: Ich habe dieselben Chromosomen wie alle anderen Mädchen. Denen wird nichts anderes übrig bleiben, als mehr zu trainieren, wenn sie mich schlagen wollen.

WELT: Was hat das Endspiel sportlich entschieden?

Navratilova: Ich habe besser aufgeschlagen.

WELT: Gegen Chris Evert-Lloyd haben Sie jetzt 60 Mal gespielt. Jeder hat 30 Mal gewonnen. Wird das nächste Match entscheiden, wer die bessere Spielerin ist?

Navratilova: Chris und ich sind befreundet. Ich wünsche, es könnte beim Unentschieden bleiben. Keiner von uns soll später einmal sagen können, sie sei die bessere Spielerin gewesen. Trotzdem will ich im nächsten Jahr wieder in Wimbledon gewinnen.

Die Preisgelder von Wimbledon hatten bei einer Steigerung um 49 Prozent auf die Summe von 2 172 839 Dollar schon für einen Rekord gesorgt. Der Zuschauerrekord des Vorjahres mit 360 442 Besuchern war bereits am Samstag gefallen.

TENNIS / Absagen für den Federationcup – auch Steffi Graf spielt nicht

Deutsches Fräuleinwunder erstickt in viel Ärger, Trubel und Querelen

H. J. POHMANN, Bonn
Die letzte Hinhofschaft bekam der Sportdirektor des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), Günter Sanders, erst mit Verspätung. Als die 15jährige Steffi Graf im aktuellen Sportstudio am Samstagabend Harry Valerius nüchtern mitteilte: „Ich spiele nicht im Federationcup für den DTB, ich bin zu müde“, nahm Sanders an einem Bankett im Deutschen Tennis-Verein in Hannover teil, das zu Ehren des 75jährigen Geburtstages des unvergessenen Gottfried von Cramm gegeben wurde.

Die Absage der 15jährigen war nur das letzte Glied in der Kette des wochenlangen „Ärgers und Trubels“ (Sanders), mit dem sich der Sportdirektor beschäftigen muß. An Querelen und Absagen ist die Öffentlichkeit ohnehin schon seit Jahren gewöhnt, wenn es um den Federationcup geht. Jahr für Jahr gab es eifersüchtige Damen im deutschen Team, die nicht bereit und willig waren, sich unterzuordnen. Mal boykottierte Claudia Kohde, dann wieder war es Sylvia Hanika, die keine Lust hatte, für Deutschland zu spielen. Dennoch reichte es in den vergangenen zwei Jahren jeweils zum Titel eines Vize-Weltmeisters und die internationale Tennis-Welt sprach sogar vom deutschen Fräuleinwunder.

Damit dürfte es in diesem Jahr wohl vorbei sein. Denn die Mannschaft, die morgen um 22.00 Uhr mit der Luftwaffe in Richtung Sao Paulo fliegt, gleicht eher einer zusammengekauften zweitklassigen Gruppe. Doch betrachtet man die Hintergründe der Damen-Szene, dann erscheint der DTB, in letzter Zeit zu recht häufig angegriffen, diesmal schuldig zu sein. Eva Pfaff meldete sich krank. Noch immer hat sie mit dem operativen linken Knie Probleme, nach ihrer Wimbledon-Niederlage mußte es er-

neut punktiert werden. Wenig später telefonierte Sanders mit der Deutsch-Amerikanerin Bettina Bunge in Miami. Zwar schwärzten schon in Wimbledon Gerüchte umher, die von einer Verletzung sprachen, Augenzeugen konnten jedoch bei ihren Spielen nichts erkennen. Aber auf Anraten eines amerikanischen Arztes mußte sie ihre Schulter schonen – der zweite Ausfall.

Daraufhin versuchte Sanders Steffi Graf zu einem Start zu überreden („Du spielst auf jeden Fall“). 24 Stunden Bedenkzeit erbat sich Vater Peter Graf, der zu diesem Zeitpunkt schon Terminkonflikte erkannte. Denn Steffi war fest für das olympische Demonstrationsturnier in Los Angeles nominiert. Letztendlich entschied sich Steffi selbst gegen eine Teilnahme am Federationcup. Ihr war die Jet-Setzjagd Frankfurt-Sao Paulo-Frankfurt-Los Angeles-Frankfurt einfach zu viel. Eine Entscheidung, die auch Sanders respektierte. „Der DTB wird sich niemals nachsagen lassen, daß wir Steffi verheißt haben.“

Auslösender der ganzen Unruhe aber war diesmal Claudia Kohde oder besser gesagt, ihr Stiefvater Jürgen Kilsch. Insider erkannten schon in Berlin (dort wurde Claudia internationale deutsche Meisterin), daß Probleme im Anmarsch sind. Laut Präsidiumsbeschluss wurden die Prämien für den Federationcup gekürzt. Erhielten die Damen in den Vorjahren neben einem Startgeld zusätzlich die ausgeschriebenen Preisgelder vom DTB und des Sponsors, so stellte der Verband diesmal lediglich eine Prämie in Aussicht. Neben einem Startgeld von 10 000 Mark konnten sich die Damen für das jeweils wirtschaftlich bessere Angebot entscheiden. Bis zum Erreichen des Viertelfinales war das DTB-Angebot mit 30 000 Mark für die Mannschaft günstiger,

ab dem Halbfinale spendierte der Sponsor etwa 50 000 Mark und für das Erreichen des Finales 90 000 Mark für das Team. Doch vergessen waren die guten Vorsätze der Vergangenheit, als Kilsch einmal sagte: „Meine Tochter spielt den Federationcup auch umsonst.“

Gar nicht behandelt wurde dabei die Streitfrage über das Material. „Da sind wir nicht mehr gekommen. Und dieses Problem hätten wir mit Sicherheit auch lösen können“, mit diesen Worten kommentierte DTB-Vizepräsident Stauder das Schlägerproblem von Claudia Kohde. Sie spielt ein Produkt, das nicht dem DTB-Pool angehört und dadurch von einer Spielerin in einem offiziellen Cup-Wettbewerb nicht benutzt werden darf.

Was übrig bleibt, ist erneut die Enttäuschung über die deutschen Tennis-Damen, die immer wieder vergessen, daß sie gerade beim Federationcup in der Vergangenheit große Popularität erlangten. Enttäuscht ist auch der diesjährige Coach Jürgen Fassbender. „Was soll ich machen, ich werde mir das alles erst einmal anschauen“, der zum ersten Mal ein DTB-Team betreut. Er muß nun mit Sylvia Hanika, Petra Keppeler und Myrjam Schropp die undankbare Reise nach Brasilien antreten. Lediglich der Kassierer des Verbandes, Heinz Gass, wird zufrieden sein, denn er muß bis auf Sylvia Hanika, den Nachwuchsspielerinnen, die alle einen Ausbildungsvertrag mit dem DTB haben, weder Startgeld noch Prämien auszahlen. Bestätigt sehen wird sich auch der ehemalige Damen-Bundestrainer Klaus Hofstätter, der von den ständigen Querelen nervt. Anfang dieses Jahres zurücktrat: „Die Damen sind wirklich alle krank – aber im Kopf.“

LEICHTATHLETIK / Marokkaner lief eine Superzeit über 1500 Meter

Said Aouitas Olympia-Aufgalopp mit lockeren Sprüchen über Rekorde

F. VERMEEREN, Hengelo

Weltrekorde ist er noch nicht geworden, doch schon umgibt den jungen, schmächtigen Mann aus Marokko die Aura des Außergewöhnlichen. Die heißen Tage im Juli – das könnte der Sommer des Said Aouita werden. In Hengelo (Holland) gewann der Weltmeisterschafts-Dritte den 1500-m-Lauf in 3:31,54 Minuten, und das war ein Olympia-Aufgalopp nach Maß. Zur besseren Einordnung dieser Leistung: Aouita absolvierte in Holland das drittschnellste 1500-m-Rennen der Leichtathletikgeschichte und verfehlte den Weltrekord des englischen Olympiasiegers Steve Ovett (3:30,77 Min.) nur knapp. Rund vier Wochen zuvor hatte der gelernte Mittelstreckenläufer Aouita bereits mit einem erstaunlichen Ergebnis auf der Langstrecke überrascht. Am 13. Juni schaffte er in Florenz die 5000-m-Distanz in 13:04,78 Minuten. Schneller als er war bisher nur der englische Weltrekordler David Moorcroft (13:00,42 Min.).

Wie hoch an der internationalen Leichtathletik-Börse die Aktie Said Aouita bereits gehandelt wird, zeigte das Rennen in Hengelo. Da gewann er als Tempomacher für die ersten 1100 Meter immerhin den Holländer Rob Druppers, seines Zeichens Vize-Weltmeister über 800 m und Goldmedaillen-Kandidat für Los Angeles. Doch es schien, als wolle der Marokkaner den Weltrekord am Ende (noch) gar nicht, als wolle er vor den Olympischen Spielen lediglich die Konkurrenz verunsichern.

Schließlich, so befand er nach dem Rennen, sei er nur zu siebzig Prozent in Form gewesen. „Ganz klar, denn normalerweise müßte ich die 1500-m-Strecke ganz deutlich unter 3:30 Minuten und die 5000-m-Distanz unter 13 Minuten laufen.“ Dem oh sol-

cher Aussage verblüfften Gesprächspartner warf er schnell noch eine Zahl zum Nachdenken vor: „Also, ich finde Mamedes 10 000-m-Weltrekord von 27:13,61 Minuten gar nicht so besonders aufregend. Wenn ich wollte, könnte ich die 10 Kilometer doch zu jeder Zeit ganz bequem unter 27:20 Minuten laufen, ohne spezielles Training. Aber eine Vorbereitung für diese Strecke läßt sich nicht mit meinem Trainingskonzept vereinbaren. Ich arbeite derzeit so, daß ich die 400-m-Strecke unter 46 Sekunden zurücklegen kann.“ Zum Vergleich: Mit 46,27 Sekunden konnte Erwin Skamradt, ein 400-m-Spezialist, vor vierzehn Tagen deutscher Meister werden.

Schnelle Rennen und große Sprüche: Said Aouita hat es sich zur Gewohnheit gemacht, nur selten etwas zu sagen. Was er bisher von sich gegeben hat, verblüffte zwar, doch es stand stets in der richtigen Relation zu seinen läuferischen Resultaten. Morgen Abend in Lausanne will er erneut einen „lockeren Auslauf über 5000 Meter“ wagen, was bei seinen Fähigkeiten allemal bedeutet, daß der Weltrekord in Gefahr ist. Aber wenn man seine Worte auf die Goldwaage legt, so will er in den Wochen vor Los Angeles nur mit den Rekordmenschen spielen. Er sagt: „Erst hole ich mir die Goldmedaille, danach laufe ich bei den internationalen Sportfesten Weltrekorde.“ Auf welcher Strecke er in Los Angeles gewinnen will, behält er für sich – die Konkurrenz wird es spätestens dann merken, wenn er ihr die Hacken zeigt.

Said Aouita: 34 Jahre alt, 1,75 m groß, 60 Kilogramm schwer, geboren in Fes, bei 1976 Fußballspieler, Libero. Bei einem Konditionstest über 3000 m zeigte Libero Aouita seine außergewöhnliche Begabung für das

Absolvieren mittlerer und längerer Strecken. Was danach folgte, war eine schlichte Feststellung: Selbst als Mitglied der marokkanischen Fußball-Nationalmannschaft wäre ihm wenig internationaler Ruhm beschieden. Er entschied sich also für die Lauferei, siedelte nach Frankreich über, studierte Sport. Seit zwei Jahren lebt er nun in Sienna (Italien). Das sei schon wegen der muslimischen Gebrauche dahel in Marokko notwendig gewesen. Denn in Nordafrika könne der Fastenmonat Ramadan eine große geistige Leichtigkeit-Karriere behindern, wenn nicht sogar zerstören. Daheim, sagt er, müsse er, eingebunden in die Großfamilie, diese Gebote befolgen. In Sienna aber ist alles anders, und nach Marokko fährt er nur noch, um Meister zu werden. So auch Mitte Juli, wenn es dort um die afrikanischen Titel geht.

Hinter Said Aouita verblüßt das, was sonst noch an diesem Wochenende in der Leichtathletik geschah. In Hengelo aber gab es auch eine neue Weltjahresbestzeit über 3000-m-Hindernis durch den Polen Boguslaw Maminski (6:15,68 Min.). In Moskau stellte der Sowjetrusse Sergei Rodine mit 8,37 Meter einen neuen UdSSR-Rekord im Weitsprung auf. Rodine verbesserte die 17 Jahre alte Bestmarke des jetzigen sowjetischen Cheftrainers Igor Ter-Owanesian. Rodine wird aber nicht unter jenen sowjetischen Athleten sein, denen der Verband erlaubt hat, zum ersten Mal für ihre Darbietungen offiziell westliche Devisen anzunehmen. Am Freitag, beim internationalen Sportfest in London, treten die drei Weltrekordler Tamara Bykowa (Hochsprung), Sergei Bubka (Stabhoch) und Jurij Sedych (Hammerwerfen) für Preisgeld in englischer Währung an.

NACHRICHTEN

Erfolg für Außenseiter

Köln (kgf) – Der Außenseiter Burattino mit Jockey Werner Knieße gewann auf der Galopprennbahn in Köln die Zweijährigen-Prüfung um das Stierstörpf-Rennen (41 000 Mark, 24 000 Mark dem Sieger, 1200 m) überlegen vor Rasanto und Mana. Burattino wird auf der Rennbahn in Hannover von Karl-Heinz Knieße trainiert.

Reiten: Zwei Sieger

Legelschurst (sid) – Der Österreicher Hugo Simon auf Gräfin und Wilibert Mehkopf (Aachen) auf Wabbs teilten sich den Sieg beim Mächtigkeitsspringen des internationalen Reitturniers in Legelschurst. Als einzige von sechs Reitern bezwangen beide im Stechen die 2,18 Meter hohe Mauer.

Grohs fuhr Vogt davon

Nürburgring (dpa) – Harald Grohs (Essen) gewann auf einem BMW 635 CSI den achten Lauf um die deutsche Produktionswagen-Meisterschaft auf dem Nürburgring vor Winnie Vogt (Waldshut) und Manfred Trint (Moers). In der Gesamtwertung führt Volker Strycek mit 121 Punkten vor Vogt (105) und Grohs (94).

Chalana zu Bordeaux

Lissabon (sid) – Der portugiesische Fußball-Nationalspieler Fernando Chalana wechselt von Benfica Lissabon zum französischen Erstligaklub Girondins Bordeaux. Die Ablöse für Chalana, der bei der Europameisterschaft in Frankreich einer der besten Spieler war, beträgt umgerechnet vier Millionen Mark.

Neapel verpflichtet Bagni

Neapel (sid) – Nur eine Woche nach dem 22 Millionen Mark teuren Wechsel von Diego Maradona vom FC Barcelona zum AC Neapel gaben die Italiener noch einmal 6,5 Millionen Mark für Salvatore Bagni von Inter Mailand aus. Mit der Verpflichtung von Domenico Penzo von Juventus Turin, der 1,2 Millionen Mark kostete, hat der AC Neapel in dieser Saison fast 30 Millionen Mark für neue Spieler ausgegeben. Die Klubs der ersten italienischen Liga haben zusammen bisher etwa 300 Millionen Mark für Neupflichtungen bezahlt.

Düsseldorf holt Schweden

Düsseldorf (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub Fortuna Düsseldorf hat für 350 000 Mark den Schweden Hans Holmquist von Hammarby IF für zwei Jahre verpflichtet. Aufsteiger Karlsruher SC hat den 23 Jahre alten Jugoslawen Borislav Mitrovic von Roter Stern Belgrad ebenfalls für zwei Jahre unter Vertrag genommen.

Wanner bleibt Präsident

Dortmund (dpa) – Der Füssener Bürgermeister Otto Wanner wurde auf dem Verbandstag des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB) in Dortmund nach zwanzigjähriger Amtszeit für weitere zwei Jahre als Präsident wiedergewählt. Das Amt des zweiten Vorsitzenden Günter Sabetzki (Düsseldorf) übernahm der Mannheimer Ernst Eichler. Auf dem Verbandstag wurde auch beschlossen, daß der ERC Essen für den ERC Freiburg, der sich wegen finanzieller Schwierigkeiten zurückgezogen hatte, als zehnter Verein in der nächsten Saison in der Bundesliga spielen wird.

Einheitsbobb beschlossen

Calgary (sid) – Der Internationale Bob-Verband (FIBT) hat auf seinem Weltkongreß in Calgary die Einführung des Einheitsbobs von der Wintersaison 1985/86 an beschlossen.

Rallye-Sieg für Demuth

Esslingen (sid) – Der Münchner Harald Demuth und sein belgischer Beifahrer Willi Lux gewannen auf Audi Quattro die Rallye Esslingen, den sechsten von zehn Läufen zur Deutschen Meisterschaft. Mit einem Rückstand von 5:46 Minuten belegten die Schweizer Balmer/Indermühle den zweiten Rang.

Schnelle Charlotte Teske

Obergerlafingen (sid) – Mit dem Sieg von Charlotte Teske aus Darmstadt (1:27:53,77 Stunden) bei den Frauen und dem zweiten Platz von Ralf Salzmann (Frankfurt/1:16:20,91) bei den Männern endete der Fünfländerkampf der Leichtathleten über 75 Kilometer in Obergerlafingen (Schweiz). In der Mannschaftswertung belegten die deutschen Teams jeweils den zweiten Platz hinter Italien.

Jurco Gesamtsieger

Trier (sid) – Der Tschechoslowake Milan Jurco wurde Gesamtsieger der Rheinland-Pfalz-Rundfahrt für Radamateure. Nach sieben Etappen hatte er 32 Sekunden Vorsprung vor dem Kölner Werner Stauff.

Sieg für Lurabo

Gelsenkirchen (kgf) – Mit einer halben Länge Vorsprung siegte der 15:10-Favorit Lurabo mit Michel Marcel Gougeon im Sulky im Rittrennen (150 000 Mark, 70 000 Mark dem Sieger) auf der Trabrennbahn in Gelsenkirchen. Die Plätze belegten Vorjahressieger Lutin d'Isigny und Pay me Quick. Die Siegerzeit: 1:44,8 Minuten.

KANU

Sechs Starts, vier Titel - Ulli Eicke bleibt der Star

Sechs Endläufe fuhr Ulli Eicke, vier Mal siegte er. Damit konnte der 33-Jährige Kanu-Spezialist bei den deutschen Meisterschaften den Erfolg des Vorjahres (sechs Rennen - sechs Titel) wiederholen, doch der Gold-Favorit für Los Angeles im Einer über 1000 Meter drückte der Veranstaltung durch sein Mann- und Programm durch den Titelgewinn Nummer 32 bis 35 auch im Olympia-Sommer den Stempel auf.

Der Ruf des erfolgreichsten Athleten mußte sich der zweifache Vizemeister allerdings nicht dem Hamburger Kajak-Fahrer Oliver Seak (22) teilen, der auf der Wedau ebenfalls vier Meisterschaften gewinnen konnte. Eicke setzte sich in einer ausgezeichneten Trainingsleistung für die Spiele (Eicke als Sieger der beiden Einer (500 und 1000 m) und mit seiner jüngeren Partnerin Hermann Glaser im Zweier (500 m) durch, nachdem er bereits am letzten Mittwoch das Langstreckenfinale (10 000 m) für sich entschieden hatte.

Erstmals erprobte der angehende Referendar im Wettkampf ein sportliches Kunststück: Paddel (Kohlefaser), mit dem er auch in Los Angeles starten wird. „Es ist wesentlich leichter als der herkömmliche Holzpaddel, aber dennoch härter“, erzählt Eicke, der diese einzige vorolympische Neuheit im ansonsten streng genormten Kanu-Bereich einem Polen zwei Wochen zuvor bei der Internationalen Duisburger Regatta für 300 Mark abgekauft hatte.

Daß es trotz neuem Paddel für Eicke am Samstag keine Titel im Dreiviertel-Stunden-Takt gab, veränderte die Canadian-Crew der KSG Wuppertal. Den ersten Strich durch

die Rechnung machten ihn im zweiten Canadian-Finale die Olympia-Starter Wolfgang Faust und Ralf Wianand, die Eicke/Glaser im 500-m-Zweier ernsthaft forderten und nur 21 Hundertsstel zurück Platz zwei belegten. Eicke: „Für diesen Sieg mußten wir uns voll ausgeben. Wenn das bei meinem Programm in einem Rennen notwendig ist, dann ist einfach der Ofen aus.“ Bechthold/Ebbhardt führen anschließend vor Eicke/Glaser im 1000-m-Zweier zum 150. Sieg bei deutschen Meisterschaften für die traditionsreiche KSG Wuppertal, und auch im nicht-olympischen Achter lag das Eicke-Boot von Rheintreu Duisdorf nur auf Rang zwei hinter den Rivalen.

Die Wettkämpfe im Kajak-Bereich litten unter der Abwesenheit des grippengeschwächten Reiner Scholl (Rheide), dem Olympia-Starter über 500 m. Die Krone des Kajak-Sportlers ging damit an Oliver Seak, der außerdem mit seinem Zwillingsbruder Matthias durch souveräne Siege in den Zweier (500 und 1000 m) bewies, daß das Schicksal in den Zwischenläufen der Internationalen Duisburger Regatta wohl doch auf zu viel Training zurückzuführen war. Im 1000-m-Einer dominierte der Berliner Bernd Hessel nach Zielfoto-Entscheid von Matthias Seak.

Bei den Damen dreht sich weiterhin alles um Barbara Schüttelpel. Die 27-Jährige alte Rekordmeisterin (33 Titel) sicherte sich die Meisterschaft im Kajak-Einer, in dem sie in Los Angeles um Gold führt und zudem mit Wanderfalle Essen im Vierer. Probleme mit den Unterarmen verhinderten einen Start im Zweier, der ebenfalls auf ihrem ehrgeliebten Olympia-Programm steht. Bei extrem starken Belastungen verhärtet sich die Muskulatur. Das Risiko wäre einfach zu groß gewesen, begründete Barbara Schüttelpel ihren Verzicht.

Fazit der Titelkämpfe: 30 Tage vor dem ersten Startkommando bei der olympischen Regatta präsentierten sich die Los-Angeles-Fahrer in Form. Durch den Olympia-Verzicht des Ostblocks sind Medaillen möglich.

MOTORRAD / Zündapp vor erstem WM-Titel

Engländer Wretton liegt nach Sturz im Koma

dpa/Sid/DW. Spa. Großer Motorrad-Preis von Belgien auf dem Ardennenkurs von Spa-Francorchamps: Nach dem vierten Saison Sieg des Schweizer Stefan Dörflinger auf Zündapp in der 80-cm-Klasse steht das Münchner Werk bereits in seinem ersten Jahr im Grand-Prix-Sport vor dem Titelgewinn. Dörflinger genügt beim Saisonfinale am 2. September in Mugello (Italien) der sechste Platz, um seine dritte Weltmeisterschaft und die erste für Zündapp zu gewinnen. Dörflingers Teamkollege Hubert Abold (Dillingen) wurde trotz angebrochener linker Hand Sechster vor dem Schorndorfer Gerhard Walbel auf Seel-Real.

Noch können die Gespann-Weltmeister von 1982, Werner Schwärzel (Meissenheim) und Andreas Huber (Oberkirch), auch in diesem Jahr Weltmeister werden. Mit einem zweiten Platz wahren sie ihre Chancen. Das deutsche Gespann, das lediglich den Franzosen Alain Michel/Jean-Marc Fresc den Vortritt lassen mußte, profitierte von den Ausfällen der in der WM-Wertung führenden Holländer Streu/Schneider sowie der Schweizer Titelverteidiger Biland/Waltispurg. Vor den beiden letzten WM-Läufen liegen Schwärzel/Huber zwei Punkte hinter den Holländer Streu/Schneider.

Während seine Kollegen um Weltmeisterschaftspunkte führen, kämpfte im Krankenhaus von Verviers der Engländer Kevin Wretton um sein Leben. Wretton, 28 Jahre, Vater einer Tochter, war beim Training der 500-cm-Klasse auf seiner Suzuki in einer schnellen Kurve des 9,9 Kilometer langen Kurses schwer gestürzt. Das Motorrad wurde dabei in drei Teile zerissen, der Helm flog dem Engländer vom Kopf. Mit lebensgefährlichen Kopfverletzungen mehrerer Knochenbrüche und einem Wirbelsäulenbruch wurde Wretton ins Krankenhaus eingeliefert. Nach Angaben der Rennärzte von Spa-Francorchamps liegt er seit Samstagnachmittag im Koma. Sollte Wretton überleben, so wird er querschnittsgelähmt bleiben.

Kevin Wretton, ein ehemaliger Geländefahrer, war schon 1978 bei der Tourist Trophy auf der Insel of Man schwer gestürzt. Auch damals hatte er sich Kopfverletzungen zugezogen und einige Zeit mit dem Motorrad sport ausgesetzt. In Spa-Francorchamps war er vor seinem schlimmen Sturz Drittplatzierter im Training, für das Rennen am Sonntag hatte er sich noch nicht qualifiziert. Wretton aber wollte um jeden Preis bei seinem ersten Grand Prix zu jenen gehören, die starten dürfen.

Erst vor einem Monat war Kevin Wretton bei einem Autounfall in letzter Sekunde aus seinem brennenden Campingbus befreit und vor dem Ersticken gerettet worden. Sollten ihn die Ärzte in Verviers nach seinem Sturz in Spa-Francorchamps nicht mehr retten können, wäre Wretton in diesem Jahr der fünfte Fahrer, der bei einer Motorrad-Sportveranstaltung sein Leben lassen mußte.

Wretton war nicht der einzige, der diesmal zu Fall kam. Beim Training erwischte es in der Klasse bis 250 cm auch den Münchner Martin Wimmer. Zweimal blockierte seine Yamaha, und beide Male absolvierte er bei einer Geschwindigkeit von 200 Kilometern in der Stunde einen Sturz. Lediglich seine finnische Spezial-Leaderkombi verhinderte Schlimmeres.

Ein angebrochenes linkes Handgelenk mußte bei Europameister Hubert Abold aus Dillingen nach dem Training behandelt werden. Die Verletzung zog er sich bei einem Sturz in der 80-cm-Klasse zu, als das Hinterrad blockiert hatte.

lenbruch wurde Wretton ins Krankenhaus eingeliefert. Nach Angaben der Rennärzte von Spa-Francorchamps liegt er seit Samstagnachmittag im Koma. Sollte Wretton überleben, so wird er querschnittsgelähmt bleiben.

Kevin Wretton, ein ehemaliger Geländefahrer, war schon 1978 bei der Tourist Trophy auf der Insel of Man schwer gestürzt. Auch damals hatte er sich Kopfverletzungen zugezogen und einige Zeit mit dem Motorrad sport ausgesetzt. In Spa-Francorchamps war er vor seinem schlimmen Sturz Drittplatzierter im Training, für das Rennen am Sonntag hatte er sich noch nicht qualifiziert. Wretton aber wollte um jeden Preis bei seinem ersten Grand Prix zu jenen gehören, die starten dürfen.

Erst vor einem Monat war Kevin Wretton bei einem Autounfall in letzter Sekunde aus seinem brennenden Campingbus befreit und vor dem Ersticken gerettet worden. Sollten ihn die Ärzte in Verviers nach seinem Sturz in Spa-Francorchamps nicht mehr retten können, wäre Wretton in diesem Jahr der fünfte Fahrer, der bei einer Motorrad-Sportveranstaltung sein Leben lassen mußte.

Wretton war nicht der einzige, der diesmal zu Fall kam. Beim Training erwischte es in der Klasse bis 250 cm auch den Münchner Martin Wimmer. Zweimal blockierte seine Yamaha, und beide Male absolvierte er bei einer Geschwindigkeit von 200 Kilometern in der Stunde einen Sturz. Lediglich seine finnische Spezial-Leaderkombi verhinderte Schlimmeres.

Ein angebrochenes linkes Handgelenk mußte bei Europameister Hubert Abold aus Dillingen nach dem Training behandelt werden. Die Verletzung zog er sich bei einem Sturz in der 80-cm-Klasse zu, als das Hinterrad blockiert hatte.

TURNEN / Verblüffender Notenrekord für die deutsche Damen-Riege beim Vergleich mit Rumänien

Um Mitternacht ein fröhliches Prost auf Olympia-Chancen



Klasse am Schwebebalken. Elke Heine erhielt für ihre Kür 9,95 Punkte.

dpa, Stadthallen/derf. „Prost Arnen! Prost auf die Olympischen Spiele! Mir ist nicht mehr bange!“ Freitags um Mitternacht stieß Cheftrainer Vladimir Prorok mit seiner Frau auf den bevorstehenden Höhepunkt seiner und ihrer Trainerkarriere in der Bundesrepublik an. Um die beiden herum gab es nur strahlende Gesichter, weil alle sieben Los Angeles-Fahrerinnen Grund zur Freude hatten: Im direkten Vergleich mit Rumänien steigerte sich die deutsche Riege auf 389,60 Punkte - ein noch nie erreichtes Ergebnis. Die neue Höchstnote setzt sich zusammen aus 194,60 Punkten in der Pflicht und 195,00 Punkten (Schnitt 9,75) in der Kür.

Ich bin kein Wundermann, sondern nur ein ehrgeiziger, verbissener Arbeiter“, versuchte der Cheftrainer seine Erfolge aus den letzten drei Jahren herunterzuspielen. Sicher ist dies: Prorok hat alle

Kraft und Nerven aufgeboten, um die feindlich eingestellten Funktionäre und Heimtrainer zu überzeugen. Er hat eine Mannschaft geschmiedet, die mit Medaillenchancen nach Los Angeles fliegt. Vor diesem Hintergrund sah Prorok Fortschritte selbst bei Pannen: „Wenn sich eine Turnerin nach einem Fehler beim nächsten Gerät wieder voll konzentrieren kann, hat sie sich selbst besiegt. Dann ist innerhalb von Minuten aus dem Minus ein Plus geworden.“ So geschehen bei Heike Schwarm, die die einfache freie Feige bei ihrer Barren-Kür überdrehte, um Gerät fiel und lächelnd noch den Abgang verpatzte. Nach den 9,20 Punkten für diesen Fehlversuch turnte die 16-jährige zehn Minuten später 9,70 am Balken.

Überhaupt war der Barren das Zittergerät der deutschen Mädchen. 9,05 für Anja Wilhelm in der Pflicht, 9,20 für Heike Schwarm und 9,25 für

Brigitta Lehmann waren die Ursache für die Anknüpfung einer Strafarbeit, die Prorok anschließend verordnete. Trotz der allgemeinen guten Leistung - Traumnoten (10,0) gab es nur für Anja Wilhelm am Balken und für Astrid Beckers gebückten und gehockten Doppelsalto.

Sie standen dennoch im Schatten einer 17-jährigen Rumänin: Ecaterina Szabo, Nachfolgerin von Nadia Comaneci, entzückte das Publikum und begeisterte die Kampfrichter. Sechsmal (zweimal in der Pflicht und viermal in der Kür; Sprung, Barren, Balken, Boden) erhielt sie für sensationell anmutende Übungen die Höchstnote. Technisch perfekt, stabil und lächelnd distanzierte sie die Konkurrenz. Der Olympiasieg in Los Angeles, das steht fest, führt nur über dieses zierliche Persönchen von 1,45 m Größe und 39 Kilogramm Gewicht.

TOUR DE FRANCE

Hinault ist gerüstet

dpa/DW. Bordeaux

Es wird ernst bei der Tour de France. Ab heute beginnen die schweren Berg-Blappen. Zuerst Pyrenäen, dann Zentral-Massiv und schließlich die Alpen. Die Favoriten haben für die Entscheidung in den Bergen bereits ihre Ausgangspositionen bezogen. Auf der längsten Etappe der diesjährigen Tour, auf den 338 Kilometern von Nantes nach Bordeaux, die der holländische Ex-Weltmeister Jan Raas gewann, machte Bernard Hinault 28 Sekunden auf Vorjahrsieger Laurent Fignon gut. Hinault, der schon viermal die Tour de France gewonnen hat, tat es auf eine für ihn ungewöhnliche Weise. Bei den acht Sprints unterwegs, um die sich der Breitone sonst nie scherte, sammelte er fleißig Zeitguthaben.

Im Gelben Trikot des in der Gesamtwertung Führenden blieb auch nach der schweren Etappe von Nantes nach Bordeaux Vincent Barteau, ein 23-jähriger Tour-Neuling aus der Normandie, der zur Mannschaft von Laurent Fignon gehört. Der Trierer Reimund Dietzen, einziger deutscher Fahrer im diesjährigen Tour-Feld, platzierte sich erneut im Mittelfeld. Dietzen wird nun versuchen, seine Chancen in den Bergen wahrzunehmen, denn darauf wartet auch sein spanisches Teila-Team. Schließlich sollte Dietzen, der Dritte der diesjährigen Spanien-Rundfahrt, für Auftrieb in der Mannschaft sorgen, weil dessen kolumbianische Mannschaftskollegen Corridor und Jimenez - ganz im Gegensatz zum Vorjahr - in dieser Saison noch nicht in Schwung gekommen sind. Das würde zum einen die Moral der Dietzen-Truppe heben, zum anderen etwas die bisher fast leere Mannschaftskasse füllen. Denn für einen Etappensieg bei der Tour de France gibt es 3400 Mark und freilich sind auch Prämien für die besten Bergfahrer gewonnen.

Dietzen weiß aber auch: „Es gibt hier sicher Fahrer, die gehen mit 700 oder 800 Mark Prämien für gut drei Wochen Arbeit nach Hause. Aber dazu haben sie ja noch ihre Firmenverträge.“

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Hengelo/Holland: Männer: 800 m: 1. Assmann (Deutschland) 1:47,17 Min., 2. Labbi (Marokko) 1:47,26, 3. Ferner (Deutschland) 1:47,32 - 1500 m: 1. Anouts (Marokko) 3:51,54 (Jahresbestzeit), 2. Gerber (Deutschland) 3:57,42 - 400 m Hürden: 1. Tomov (Bulgarien) 49,58 Sek., 2. Amike (Nigeria) 48,98 - 3000 m Hindernis: 1. Maminski (Polen) 8:15,58 Min. (Jahresbestzeit), 2. Gerber (USA) 8:24,42, 3. Koelmann (Holland) 8:24,67 - Hochsprung: 1. Thirshard (Deutschland) 2,27 m, 2. Wozola (Polen) 2,27, 3. Staboch (USA) 2,10 m, 2. Kozniwicz (Polen) 5,55, 3. Frauen: 1500 m: 1. van Huls (Holland) 4:05,44 Min., 100 m Hürden (0,62 m Rückenwind): 1. Siska (Ungarn) 13,00 Sek., 2. Denk (Deutschland) 13,23, 3. Fianische Weltmeisterin Jan Raas gewann, machte Bernard Hinault 28 Sekunden auf Vorjahrsieger Laurent Fignon gut. Hinault, der schon viermal die Tour de France gewonnen hat, tat es auf eine für ihn ungewöhnliche Weise. Bei den acht Sprints unterwegs, um die sich der Breitone sonst nie scherte, sammelte er fleißig Zeitguthaben.

Handball

Handball: 1. Seack/Seack 3:34,42, 2. Flunker/Knitter 3:38,18, 3. Kegel/Schmidt (Berlin) 3:38,45 - Vierer (500 m): 1. Rheide 1:32,26, 2. Sandhofen, 3. Rheide, Vierer (1000 m): 1. Berlin (B. Hessel/Kegel/Schmidt/H. Hessel) 3:10,02, 2. Sandhofen 3:14,18, 3. Rheide, 4. Canadischer-Einer (500 m): 1. Eicke (Düsseldorf) 2:02,38, 2. Manthey (Berlin) 2:04,40, 3. Faust (Wuppertal) 2:05,68, 4. Einer (100 m): 1. Eicke 4:22,23, 2. Manthey 4:25,72, 3. Faust 4:30,15 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69m, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (1000 m): 1. Bechtold/Ebbhardt (Wuppertal) 3:58,73, 2. Eicke/Glaser 4:07,87, 3. Faust/Wienand 4:08,58 - Achter (1000 m): 1. Wuppertal 38,20 Punkte, 2. Düsseldorf 38,99, 3. Ungarn 37,75 - Einzelwertung: 1. Seack 3:44,61 - Frauen (alle Rennen 500 m): Kajak-Einer: 1. Schüttelpel (Essen) 2:03,46, 2. Idem (Herringen) 2:06,57, 3. Kuhlmann (Essen) 2:08,25 - Zweier: 1. Kuhlmann/Schönlank (Essen) 1:56,58, 2. Martin/Eisenlobs (Cassel) 1:58,50, 3. Rösing/Hogrebe (Krefeld) 1:58,84 - Vierer: 1. Essen 1:48,41, 2. Oberhausen 1:50,71.

Handball

Handball: 1. Seack/Seack 3:34,42, 2. Flunker/Knitter 3:38,18, 3. Kegel/Schmidt (Berlin) 3:38,45 - Vierer (500 m): 1. Rheide 1:32,26, 2. Sandhofen, 3. Rheide, Vierer (1000 m): 1. Berlin (B. Hessel/Kegel/Schmidt/H. Hessel) 3:10,02, 2. Sandhofen 3:14,18, 3. Rheide, 4. Canadischer-Einer (500 m): 1. Eicke (Düsseldorf) 2:02,38, 2. Manthey (Berlin) 2:04,40, 3. Faust (Wuppertal) 2:05,68, 4. Einer (100 m): 1. Eicke 4:22,23, 2. Manthey 4:25,72, 3. Faust 4:30,15 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69m, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (1000 m): 1. Bechtold/Ebbhardt (Wuppertal) 3:58,73, 2. Eicke/Glaser 4:07,87, 3. Faust/Wienand 4:08,58 - Achter (1000 m): 1. Wuppertal 38,20 Punkte, 2. Düsseldorf 38,99, 3. Ungarn 37,75 - Einzelwertung: 1. Seack 3:44,61 - Frauen (alle Rennen 500 m): Kajak-Einer: 1. Schüttelpel (Essen) 2:03,46, 2. Idem (Herringen) 2:06,57, 3. Kuhlmann (Essen) 2:08,25 - Zweier: 1. Kuhlmann/Schönlank (Essen) 1:56,58, 2. Martin/Eisenlobs (Cassel) 1:58,50, 3. Rösing/Hogrebe (Krefeld) 1:58,84 - Vierer: 1. Essen 1:48,41, 2. Oberhausen 1:50,71.

Handball

Handball: 1. Seack/Seack 3:34,42, 2. Flunker/Knitter 3:38,18, 3. Kegel/Schmidt (Berlin) 3:38,45 - Vierer (500 m): 1. Rheide 1:32,26, 2. Sandhofen, 3. Rheide, Vierer (1000 m): 1. Berlin (B. Hessel/Kegel/Schmidt/H. Hessel) 3:10,02, 2. Sandhofen 3:14,18, 3. Rheide, 4. Canadischer-Einer (500 m): 1. Eicke (Düsseldorf) 2:02,38, 2. Manthey (Berlin) 2:04,40, 3. Faust (Wuppertal) 2:05,68, 4. Einer (100 m): 1. Eicke 4:22,23, 2. Manthey 4:25,72, 3. Faust 4:30,15 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69m, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (1000 m): 1. Bechtold/Ebbhardt (Wuppertal) 3:58,73, 2. Eicke/Glaser 4:07,87, 3. Faust/Wienand 4:08,58 - Achter (1000 m): 1. Wuppertal 38,20 Punkte, 2. Düsseldorf 38,99, 3. Ungarn 37,75 - Einzelwertung: 1. Seack 3:44,61 - Frauen (alle Rennen 500 m): Kajak-Einer: 1. Schüttelpel (Essen) 2:03,46, 2. Idem (Herringen) 2:06,57, 3. Kuhlmann (Essen) 2:08,25 - Zweier: 1. Kuhlmann/Schönlank (Essen) 1:56,58, 2. Martin/Eisenlobs (Cassel) 1:58,50, 3. Rösing/Hogrebe (Krefeld) 1:58,84 - Vierer: 1. Essen 1:48,41, 2. Oberhausen 1:50,71.

Handball

Handball: 1. Seack/Seack 3:34,42, 2. Flunker/Knitter 3:38,18, 3. Kegel/Schmidt (Berlin) 3:38,45 - Vierer (500 m): 1. Rheide 1:32,26, 2. Sandhofen, 3. Rheide, Vierer (1000 m): 1. Berlin (B. Hessel/Kegel/Schmidt/H. Hessel) 3:10,02, 2. Sandhofen 3:14,18, 3. Rheide, 4. Canadischer-Einer (500 m): 1. Eicke (Düsseldorf) 2:02,38, 2. Manthey (Berlin) 2:04,40, 3. Faust (Wuppertal) 2:05,68, 4. Einer (100 m): 1. Eicke 4:22,23, 2. Manthey 4:25,72, 3. Faust 4:30,15 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69m, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (1000 m): 1. Bechtold/Ebbhardt (Wuppertal) 3:58,73, 2. Eicke/Glaser 4:07,87, 3. Faust/Wienand 4:08,58 - Achter (1000 m): 1. Wuppertal 38,20 Punkte, 2. Düsseldorf 38,99, 3. Ungarn 37,75 - Einzelwertung: 1. Seack 3:44,61 - Frauen (alle Rennen 500 m): Kajak-Einer: 1. Schüttelpel (Essen) 2:03,46, 2. Idem (Herringen) 2:06,57, 3. Kuhlmann (Essen) 2:08,25 - Zweier: 1. Kuhlmann/Schönlank (Essen) 1:56,58, 2. Martin/Eisenlobs (Cassel) 1:58,50, 3. Rösing/Hogrebe (Krefeld) 1:58,84 - Vierer: 1. Essen 1:48,41, 2. Oberhausen 1:50,71.

Handball

Handball: 1. Seack/Seack 3:34,42, 2. Flunker/Knitter 3:38,18, 3. Kegel/Schmidt (Berlin) 3:38,45 - Vierer (500 m): 1. Rheide 1:32,26, 2. Sandhofen, 3. Rheide, Vierer (1000 m): 1. Berlin (B. Hessel/Kegel/Schmidt/H. Hessel) 3:10,02, 2. Sandhofen 3:14,18, 3. Rheide, 4. Canadischer-Einer (500 m): 1. Eicke (Düsseldorf) 2:02,38, 2. Manthey (Berlin) 2:04,40, 3. Faust (Wuppertal) 2:05,68, 4. Einer (100 m): 1. Eicke 4:22,23, 2. Manthey 4:25,72, 3. Faust 4:30,15 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69m, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (1000 m): 1. Bechtold/Ebbhardt (Wuppertal) 3:58,73, 2. Eicke/Glaser 4:07,87, 3. Faust/Wienand 4:08,58 - Achter (1000 m): 1. Wuppertal 38,20 Punkte, 2. Düsseldorf 38,99, 3. Ungarn 37,75 - Einzelwertung: 1. Seack 3:44,61 - Frauen (alle Rennen 500 m): Kajak-Einer: 1. Schüttelpel (Essen) 2:03,46, 2. Idem (Herringen) 2:06,57, 3. Kuhlmann (Essen) 2:08,25 - Zweier: 1. Kuhlmann/Schönlank (Essen) 1:56,58, 2. Martin/Eisenlobs (Cassel) 1:58,50, 3. Rösing/Hogrebe (Krefeld) 1:58,84 - Vierer: 1. Essen 1:48,41, 2. Oberhausen 1:50,71.

Handball

Handball: 1. Seack/Seack 3:34,42, 2. Flunker/Knitter 3:38,18, 3. Kegel/Schmidt (Berlin) 3:38,45 - Vierer (500 m): 1. Rheide 1:32,26, 2. Sandhofen, 3. Rheide, Vierer (1000 m): 1. Berlin (B. Hessel/Kegel/Schmidt/H. Hessel) 3:10,02, 2. Sandhofen 3:14,18, 3. Rheide, 4. Canadischer-Einer (500 m): 1. Eicke (Düsseldorf) 2:02,38, 2. Manthey (Berlin) 2:04,40, 3. Faust (Wuppertal) 2:05,68, 4. Einer (100 m): 1. Eicke 4:22,23, 2. Manthey 4:25,72, 3. Faust 4:30,15 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69m, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (1000 m): 1. Bechtold/Ebbhardt (Wuppertal) 3:58,73, 2. Eicke/Glaser 4:07,87, 3. Faust/Wienand 4:08,58 - Achter (1000 m): 1. Wuppertal 38,20 Punkte, 2. Düsseldorf 38,99, 3. Ungarn 37,75 - Einzelwertung: 1. Seack 3:44,61 - Frauen (alle Rennen 500 m): Kajak-Einer: 1. Schüttelpel (Essen) 2:03,46, 2. Idem (Herringen) 2:06,57, 3. Kuhlmann (Essen) 2:08,25 - Zweier: 1. Kuhlmann/Schönlank (Essen) 1:56,58, 2. Martin/Eisenlobs (Cassel) 1:58,50, 3. Rösing/Hogrebe (Krefeld) 1:58,84 - Vierer: 1. Essen 1:48,41, 2. Oberhausen 1:50,71.

Handball

Handball: 1. Seack/Seack 3:34,42, 2. Flunker/Knitter 3:38,18, 3. Kegel/Schmidt (Berlin) 3:38,45 - Vierer (500 m): 1. Rheide 1:32,26, 2. Sandhofen, 3. Rheide, Vierer (1000 m): 1. Berlin (B. Hessel/Kegel/Schmidt/H. Hessel) 3:10,02, 2. Sandhofen 3:14,18, 3. Rheide, 4. Canadischer-Einer (500 m): 1. Eicke (Düsseldorf) 2:02,38, 2. Manthey (Berlin) 2:04,40, 3. Faust (Wuppertal) 2:05,68, 4. Einer (100 m): 1. Eicke 4:22,23, 2. Manthey 4:25,72, 3. Faust 4:30,15 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69m, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (1000 m): 1. Bechtold/Ebbhardt (Wuppertal) 3:58,73, 2. Eicke/Glaser 4:07,87, 3. Faust/Wienand 4:08,58 - Achter (1000 m): 1. Wuppertal 38,20 Punkte, 2. Düsseldorf 38,99, 3. Ungarn 37,75 - Einzelwertung: 1. Seack 3:44,61 - Frauen (alle Rennen 500 m): Kajak-Einer: 1. Schüttelpel (Essen) 2:03,46, 2. Idem (Herringen) 2:06,57, 3. Kuhlmann (Essen) 2:08,25 - Zweier: 1. Kuhlmann/Schönlank (Essen) 1:56,58, 2. Martin/Eisenlobs (Cassel) 1:58,50, 3. Rösing/Hogrebe (Krefeld) 1:58,84 - Vierer: 1. Essen 1:48,41, 2. Oberhausen 1:50,71.

Handball

Handball: 1. Seack/Seack 3:34,42, 2. Flunker/Knitter 3:38,18, 3. Kegel/Schmidt (Berlin) 3:38,45 - Vierer (500 m): 1. Rheide 1:32,26, 2. Sandhofen, 3. Rheide, Vierer (1000 m): 1. Berlin (B. Hessel/Kegel/Schmidt/H. Hessel) 3:10,02, 2. Sandhofen 3:14,18, 3. Rheide, 4. Canadischer-Einer (500 m): 1. Eicke (Düsseldorf) 2:02,38, 2. Manthey (Berlin) 2:04,40, 3. Faust (Wuppertal) 2:05,68, 4. Einer (100 m): 1. Eicke 4:22,23, 2. Manthey 4:25,72, 3. Faust 4:30,15 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69m, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (1000 m): 1. Bechtold/Ebbhardt (Wuppertal) 3:58,73, 2. Eicke/Glaser 4:07,87, 3. Faust/Wienand 4:08,58 - Achter (1000 m): 1. Wuppertal 38,20 Punkte, 2. Düsseldorf 38,99, 3. Ungarn 37,75 - Einzelwertung: 1. Seack 3:44,61 - Frauen (alle Rennen 500 m): Kajak-Einer: 1. Schüttelpel (Essen) 2:03,46, 2. Idem (Herringen) 2:06,57, 3. Kuhlmann (Essen) 2:08,25 - Zweier: 1. Kuhlmann/Schönlank (Essen) 1:56,58, 2. Martin/Eisenlobs (Cassel) 1:58,50, 3. Rösing/Hogrebe (Krefeld) 1:58,84 - Vierer: 1. Essen 1:48,41, 2. Oberhausen 1:50,71.

Handball

Handball: 1. Seack/Seack 3:34,42, 2. Flunker/Knitter 3:38,18, 3. Kegel/Schmidt (Berlin) 3:38,45 - Vierer (500 m): 1. Rheide 1:32,26, 2. Sandhofen, 3. Rheide, Vierer (1000 m): 1. Berlin (B. Hessel/Kegel/Schmidt/H. Hessel) 3:10,02, 2. Sandhofen 3:14,18, 3. Rheide, 4. Canadischer-Einer (500 m): 1. Eicke (Düsseldorf) 2:02,38, 2. Manthey (Berlin) 2:04,40, 3. Faust (Wuppertal) 2:05,68, 4. Einer (100 m): 1. Eicke 4:22,23, 2. Manthey 4:25,72, 3. Faust 4:30,15 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (500 m): 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:52,69m, 2. Faust/Wienand 1:52,90, 3. Schönbach/Tscherniewski (alle Wuppertal) 1:59,05 - Zweier (1000 m): 1. Bechtold/Ebbhardt (Wuppertal) 3:58,73, 2. Eicke/Glaser 4:07,87, 3. Faust/Wienand 4:08,58 - Achter (1000 m): 1. Wuppertal 38,20 Punkte, 2. Düsseldorf 38,99, 3. Ungarn 37,75 - Einzelwertung: 1. Seack 3:44,61 - Frauen (alle Rennen 500 m): Kajak-Einer: 1. Schüttelpel (Essen) 2:03,46, 2. Idem (Herringen) 2:0

Zweifel an Arbeitsmarkt-Prognose

Fortsetzung von Seite 1

man sehen, daß bei der hocharbeits- teiligen Wirtschaft, die wir heute ha- ben, ein Streik in einem Teilbereich unabsehbare Folgen hat. Von daher gesehen müßte man überlegen, wie man sicherstellen kann, daß ein Streik das wirklich letzte Mittel ist. Wenn man wirklich nicht mehr an- ders weiterkommt, dann muß eben gestreikt werden. Aber man muß se- hen, daß das dann auch mit dem brei- ten Willen aller Betroffenen ge- schieht.

WELT: Was heißt „breiter Wille“?

Bangemann: Das heißt auf alle Fälle, daß innerhalb einer Gewerkschaft eine Willensbildung auf möglichst brei- ter Basis stattfindet. Ich weiß, daß eine Arbeitsgruppe der FDP alle Möglichkeiten prüft. Aus den ersten Teilergebnissen wissen wir, daß wohl

WELT: Sie benutzen nicht den Be- griff von der „Konzertierten Ak- tion“?

Bangemann: Das habe ich deswegen nicht getan, weil es so sein wird, daß diese Art des Miteinandersprechens wohl nicht wieder belebt werden kann. Jedenfalls nicht in der exakten Form, die die Konzertierte Aktion am Ende hatte. Sie hatte auch Nachteile: Sie war ein hüben zu umständlich und etwas zu öffentlich geworden. Der Kommuniquézwang und die gro- ße Zahl der Teilnehmer waren am Ende ein Hindernis für produktive Ergebnisse. Ich könnte mir vorstellen, daß beide Tarifpartner nicht wie- der diese Form der Konzertierten Ak- tion wünschen. Wir sollten eine effek- tive Form suchen.

WELT: Zurück zu den Arbeits- kämpfen. Müssen für zukünftige Auseinandersetzungen „neue Re- geln“ geschaffen werden?

Bangemann: Das wird sicher auch Gegenstand unserer Gespräche sein. Da gibt es ja erhebliche Unterschiede in den Satzungen der Gewerkschaf- ten. Es gibt Satzungen, die eine breite Beteiligung mindestens der organi- sierten Arbeitnehmer vorsehen. Es gibt Satzungen, die andere Formen anbieten, die nach meiner Meinung bei der Natur, die ein Streik heute hat, auch von den Gewerkschaften überdacht werden müssen. Ich bin ein absoluter Anhänger des Streik- rechts. Es hat Verfassungsrang im Rahmen des Organisationsrechts der Gewerkschaften. Andererseits muß

man sehen, daß bei der hocharbeits- teiligen Wirtschaft, die wir heute ha- ben, ein Streik in einem Teilbereich unabsehbare Folgen hat. Von daher gesehen müßte man überlegen, wie man sicherstellen kann, daß ein Streik das wirklich letzte Mittel ist. Wenn man wirklich nicht mehr an- ders weiterkommt, dann muß eben gestreikt werden. Aber man muß se- hen, daß das dann auch mit dem brei- ten Willen aller Betroffenen ge- schieht.

WELT: Was heißt „breiter Wille“?

Bangemann: Das heißt auf alle Fälle, daß innerhalb einer Gewerkschaft eine Willensbildung auf möglichst brei- ter Basis stattfindet. Ich weiß, daß eine Arbeitsgruppe der FDP alle Möglichkeiten prüft. Aus den ersten Teilergebnissen wissen wir, daß wohl

WELT: Sie benutzen nicht den Be- griff von der „Konzertierten Ak- tion“?

Bangemann: Das habe ich deswegen nicht getan, weil es so sein wird, daß diese Art des Miteinandersprechens wohl nicht wieder belebt werden kann. Jedenfalls nicht in der exakten Form, die die Konzertierte Aktion am Ende hatte. Sie hatte auch Nachteile: Sie war ein hüben zu umständlich und etwas zu öffentlich geworden. Der Kommuniquézwang und die gro- ße Zahl der Teilnehmer waren am Ende ein Hindernis für produktive Ergebnisse. Ich könnte mir vorstellen, daß beide Tarifpartner nicht wie- der diese Form der Konzertierten Ak- tion wünschen. Wir sollten eine effek- tive Form suchen.

WELT: Zurück zu den Arbeits- kämpfen. Müssen für zukünftige Auseinandersetzungen „neue Re- geln“ geschaffen werden?

Bangemann: Das wird sicher auch Gegenstand unserer Gespräche sein. Da gibt es ja erhebliche Unterschiede in den Satzungen der Gewerkschaf- ten. Es gibt Satzungen, die eine breite Beteiligung mindestens der organi- sierten Arbeitnehmer vorsehen. Es gibt Satzungen, die andere Formen anbieten, die nach meiner Meinung bei der Natur, die ein Streik heute hat, auch von den Gewerkschaften überdacht werden müssen. Ich bin ein absoluter Anhänger des Streik- rechts. Es hat Verfassungsrang im Rahmen des Organisationsrechts der Gewerkschaften. Andererseits muß

die Idee, daß die nichtorganisierten Arbeitnehmer ebenfalls befragt wer- den sollten, verfassungsrechtlichen Bedenken begegnet.

WELT: Rechnen Sie mit positiven Arbeitsmarkteffekten durch die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat gesagt, in den nächsten Jahren könnten bis zu 90 000 neue Arbeitsplätze entstehen?

Bangemann: Also, das würde ich mir wünschen. Aber ich glaube nicht, daß man das heute schon in dieser Weise quantifizieren kann. Ich habe auch gewisse Bedenken, ob man diesen Ef- fekt tatsächlich verzeichnen wird. Aber ich will dem jetzt nicht ein De- menti entgegenstellen.

WELT: Macht es Ihnen Sorgen, daß wir technologisch in der Bundesre- publik Deutschland so weit zu- rückgefallen sind?

Bangemann: Wir werden in dieser Woche eine Studie veröffentlichen, die im Bundeswirtschaftsministe- rium über die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft angefertigt wor- den ist. Die Ergebnisse sind nicht ent- mutigend. Es ist ohne Zweifel so, daß wir in bestimmten Sektoren zurück- gefallen sind, aber die Kapazität, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, ist im Kern noch unangetastet. Wir können das, was verlorengegangen ist, aufholen. Aber wir können es nicht, wenn wir Gefahren der neuen Technologie überbetonen.

WELT: Unternehmern erklären, Konsequenz dieser Arbeitskämpfe seien eine noch stärkere Rationali- sierung und der Stopp geplanter Neueinstellungen.

WELT: Herr Minister, mit welcher Entwicklung auf dem Arbeits- markt rechnen Sie, die bisherigen Zahlen deuten ja eher nach oben?

Bangemann: Wir haben eine unge- wöhnliche Situation, die noch in den nächsten fünf Jahren andauern wird. Wir haben eine große Zahl von Neu- zugängen aufgrund der demographi- schen Entwicklung. Das müssen wir durch die verstärkte Bereitstellung von Ausbildungsplätzen auffangen. Auf der anderen Seite haben wir durch Ruhestandsregelungen ver- sucht, auf der Seite der älteren Ar- beiter eine gewisse Erleichterung für den Arbeitsmarkt zu errei- chen. Also beides zusammen müßte in den nächsten Jahren zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit füh- ren.

WELT: Die Idee, daß die nichtorganisierten Arbeitnehmer ebenfalls befragt wer- den sollten, verfassungsrechtlichen Bedenken begegnet.

WELT: Rechnen Sie mit positiven Arbeitsmarkteffekten durch die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat gesagt, in den nächsten Jahren könnten bis zu 90 000 neue Arbeitsplätze entstehen?

Bangemann: Also, das würde ich mir wünschen. Aber ich glaube nicht, daß man das heute schon in dieser Weise quantifizieren kann. Ich habe auch gewisse Bedenken, ob man diesen Ef- fekt tatsächlich verzeichnen wird. Aber ich will dem jetzt nicht ein De- menti entgegenstellen.

WELT: Unternehmern erklären, Konsequenz dieser Arbeitskämpfe seien eine noch stärkere Rationali- sierung und der Stopp geplanter Neueinstellungen.

WELT: Herr Minister, mit welcher Entwicklung auf dem Arbeits- markt rechnen Sie, die bisherigen Zahlen deuten ja eher nach oben?

Bangemann: Wir haben eine unge- wöhnliche Situation, die noch in den nächsten fünf Jahren andauern wird. Wir haben eine große Zahl von Neu- zugängen aufgrund der demographi- schen Entwicklung. Das müssen wir durch die verstärkte Bereitstellung von Ausbildungsplätzen auffangen. Auf der anderen Seite haben wir durch Ruhestandsregelungen ver- sucht, auf der Seite der älteren Ar- beiter eine gewisse Erleichterung für den Arbeitsmarkt zu errei- chen. Also beides zusammen müßte in den nächsten Jahren zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit füh- ren.

WELT: Die Idee, daß die nichtorganisierten Arbeitnehmer ebenfalls befragt wer- den sollten, verfassungsrechtlichen Bedenken begegnet.

WELT: Rechnen Sie mit positiven Arbeitsmarkteffekten durch die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat gesagt, in den nächsten Jahren könnten bis zu 90 000 neue Arbeitsplätze entstehen?

Bangemann: Also, das würde ich mir wünschen. Aber ich glaube nicht, daß man das heute schon in dieser Weise quantifizieren kann. Ich habe auch gewisse Bedenken, ob man diesen Ef- fekt tatsächlich verzeichnen wird. Aber ich will dem jetzt nicht ein De- menti entgegenstellen.

WELT: Zurück zu den Arbeits- kämpfen. Müssen für zukünftige Auseinandersetzungen „neue Re- geln“ geschaffen werden?

Bangemann: Das wird sicher auch Gegenstand unserer Gespräche sein. Da gibt es ja erhebliche Unterschiede in den Satzungen der Gewerkschaf- ten. Es gibt Satzungen, die eine breite Beteiligung mindestens der organi- sierten Arbeitnehmer vorsehen. Es gibt Satzungen, die andere Formen anbieten, die nach meiner Meinung bei der Natur, die ein Streik heute hat, auch von den Gewerkschaften überdacht werden müssen. Ich bin ein absoluter Anhänger des Streik- rechts. Es hat Verfassungsrang im Rahmen des Organisationsrechts der Gewerkschaften. Andererseits muß

die Idee, daß die nichtorganisierten Arbeitnehmer ebenfalls befragt wer- den sollten, verfassungsrechtlichen Bedenken begegnet.

WELT: Rechnen Sie mit positiven Arbeitsmarkteffekten durch die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat gesagt, in den nächsten Jahren könnten bis zu 90 000 neue Arbeitsplätze entstehen?

Bangemann: Also, das würde ich mir wünschen. Aber ich glaube nicht, daß man das heute schon in dieser Weise quantifizieren kann. Ich habe auch gewisse Bedenken, ob man diesen Ef- fekt tatsächlich verzeichnen wird. Aber ich will dem jetzt nicht ein De- menti entgegenstellen.

WELT: Zurück zu den Arbeits- kämpfen. Müssen für zukünftige Auseinandersetzungen „neue Re- geln“ geschaffen werden?

Bangemann: Das wird sicher auch Gegenstand unserer Gespräche sein. Da gibt es ja erhebliche Unterschiede in den Satzungen der Gewerkschaf- ten. Es gibt Satzungen, die eine breite Beteiligung mindestens der organi- sierten Arbeitnehmer vorsehen. Es gibt Satzungen, die andere Formen anbieten, die nach meiner Meinung bei der Natur, die ein Streik heute hat, auch von den Gewerkschaften überdacht werden müssen. Ich bin ein absoluter Anhänger des Streik- rechts. Es hat Verfassungsrang im Rahmen des Organisationsrechts der Gewerkschaften. Andererseits muß

die Idee, daß die nichtorganisierten Arbeitnehmer ebenfalls befragt wer- den sollten, verfassungsrechtlichen Bedenken begegnet.

WELT: Rechnen Sie mit positiven Arbeitsmarkteffekten durch die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat gesagt, in den nächsten Jahren könnten bis zu 90 000 neue Arbeitsplätze entstehen?

Bangemann: Also, das würde ich mir wünschen. Aber ich glaube nicht, daß man das heute schon in dieser Weise quantifizieren kann. Ich habe auch gewisse Bedenken, ob man diesen Ef- fekt tatsächlich verzeichnen wird. Aber ich will dem jetzt nicht ein De- menti entgegenstellen.

WELT: Zurück zu den Arbeits- kämpfen. Müssen für zukünftige Auseinandersetzungen „neue Re- geln“ geschaffen werden?

WELT: Rechnen Sie mit positiven Arbeitsmarkteffekten durch die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat gesagt, in den nächsten Jahren könnten bis zu 90 000 neue Arbeitsplätze entstehen?

Bangemann: Also, das würde ich mir wünschen. Aber ich glaube nicht, daß man das heute schon in dieser Weise quantifizieren kann. Ich habe auch gewisse Bedenken, ob man diesen Ef- fekt tatsächlich verzeichnen wird. Aber ich will dem jetzt nicht ein De- menti entgegenstellen.

Biedenkopf: Rationalisierung wird beschleunigt

DW/dos. München/Wolfsburg

Der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf, dessen Vermittlungsvorschlag während des Druckerstreiks von Ar- beitegeberseite abgelehnt worden war, ist der Auffassung, daß die Bundesre- publik Deutschland in nächster Zu- kunft einen Technologie- und Ratio- nalisierungsschub erleben wird. Wie der westfälische CDU-Vorsitzende auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tübingen über die „Kri- se unseres Beschäftigungssystems“ sagte, gebe es in der Industrie einen „Rationalisierungsschub“. Die Ent- wicklung werde jetzt von den Un- ternehmen nach den Streikerfahrun- gen noch beschleunigt werden. In diesem Sinne hatte sich bereits der BMW-Vorstandsvorsitzende Eber- hard von Kuenheim am Donnerstag auf der Hauptversammlung seines Unternehmens geäußert. Nach Mei- nung Biedenkopfs bleibt es eine poli- tische Entscheidung, wie das verrin- gerte Arbeitsvolumen verteilt wird.

Die Volkswagen AG wird mög- licherweise schon nach den Werksfe- rien Neueinstellungen vornehmen. Karl-Heinz Briam, im VW-Vorstand zuständig für Personal- und Sozial- wesen, erklärte auf der Betriebsver- sammlung im Wolfsburg Stamm- werk, entsprechende Beratungen mit dem Betriebsrat seien bereits ein- geleitet worden. Um den in den vergan- genen Wochen entstandenen Produk- tionsausfall aufzuholen, würden ge- genwärtig Überlegungen angestellt, die Fertigung während des Werksur- laubs auf freiwilliger Basis aufrecht- zuerhalten. Vor allem die in Wolf- burg produzierten Modelle Golf und Jetta, für die es bereits vor Beginn des Arbeitskampfes Lieferfristen ge- geben habe, hätten dabei Priorität. Briam wies darauf hin, daß durch den Arbeitskampf das System bei Volkswagen nicht verän- dert wurde.

Der Vorsitzende des VW-Gesamt- betriebsrats, Siegfried Ehlers, erklä- te, bei Volkswagen sei es gelungen, negative Auswirkungen des Arbeits- kampfes weitgehend fernzuhalten.

Drei Abkommen „DDR“-Italien

Craxi nach Ost-Berlin / Rechtsvertrag mit Bonn „vorgeklärt“ / Staatsbürgerrecht nicht betroffen

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Als erster italienischer Regierungs- chef wird Ministerpräsident Bettino Craxi heute und morgen die „DDR“ offiziell besuchen. Nach dem Kana- dier Trudeau und dem Griechen Papandreu ist er der dritte Minister- präsident eines NATO-Landes, der nach Ost-Berlin reist. Von italieni- scher Regierungseite wird darauf hingewiesen, daß auch der französi- sche Premierminister Mauroy für den kommenden September eine Einla- dung zu einem offiziellen „DDR“- Besuch angenommen habe.

Die Initiative für den Besuch Cra- xis, der von Außenminister Andreotti begleitet werden wird, ging von Erich Honecker aus. Der „DDR“-Staatsrats- vorsitzende und SED-Chef hatte die entsprechende Einladung unmittel- bar nach der Frühjahrskonferenz der Ostblockstaaten in Budapest ausge- sprochen.

In italienischen Regierungskreisen sieht man das Treffen Honecker/ Cra- xi im Zusammenhang mit der kürz- lichen Reise Craxis nach Budapest. Man hat hier den Eindruck ge- wonnen, daß Honecker ebenso wie dem ungarischen Staats- und Partei- chef Kadar daran gelegen ist, in der gegenwärtigen Krise der Ost/West- Beziehungen die Kontakte zwischen den beiden Weltlagern nicht abreißen zu lassen. Das sei auch ein Anliegen Roms. Wie von unterrichteter italie- nischer Seite verlautet, ist Craxi wäh- rend seines Ungarn-Besuchs von Ka- dar ausdrücklich ermutigt worden, Honeckers Einladung anzunehmen. Bonn, so wird versichert, habe dage- gen keine Bedenken geltend ge- macht.

Während des Craxi-Besuchs sol- len drei Abkommen unterzeichnet werden: ein allgemeines Kulturab- kommen, eine Vereinbarung über die

Errichtung eines italienischen Kul- turzentrums in Ost-Berlin und eines „DDR“-Kulturzentrums in Rom so- wie ein Rechtshilfeabkommen. Die- ses Rechtshilfeabkommen wird nach italienischer Darstellung rein zivil- rechtlichen Charakter haben. Ein Sprecher der Bonner Botschaft in Rom hat diese Darstellung bestätigt und hinzugefügt, das Strafrecht blei- be davon ebenso ausgeschlossen wie das Staatsbürgerrecht. Alle mit dem Abkommen zusammenhängenden Punkte seien in Gesprächen zwi- schen den zuständigen Stellen Ita- liens und der Bundesrepublik Deutschland vorgeklärt worden. In Bonn könne man zwar den definiti- ven Abkommenstext noch nicht, man sei aber überzeugt, daß er sich auf der Linie bereits bestehender ähnlicher Abkommen der „DDR“ mit Frank- reich und Belgien bewegen werde.

Honecker rechnet mit seinem Besuch

Interview für „Il Messaggero“: Mit Kohl will der SED-Chef auch über Raketen sprechen

DW/Rom

Erich Honecker geht jetzt offenbar davon aus, daß sein für den Herbst geplanter Besuch in der Bundesrepu- blik zustande kommt. Gegenüber der italienischen Zeitung „Il Messagge- ro“ sagte der „DDR“-Staatsratsvor- sitzende und Parteichef: „Mein Be- such in der Bundesrepublik Deutsch- land wird Aufschluß darüber geben, was die dort verantwortlichen Poli- tiker tun, damit auch die Bundesre- publik ihren Beitrag leistet, daß von ihrem Boden nicht wieder ein Krieg ausgeht.“ Honecker gab das In- terview anlässlich des heute begin- nenden offiziellen „DDR“-Besuchs des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi.

Sein Treffen mit Bundeskanzler Helmut Kohl sei in die Initiativen der „DDR“ einzuordnen, „zwischen Ost und West zu einer gewissen Sicher- heitpartnerschaft zu gelangen“, meinte Honecker. „Selbstverständ- lich werden wir auch alle Fragen, wel- che die Beziehungen zwischen der

DDR und der BRD betreffen, im of- fenen Gespräch behandeln.“

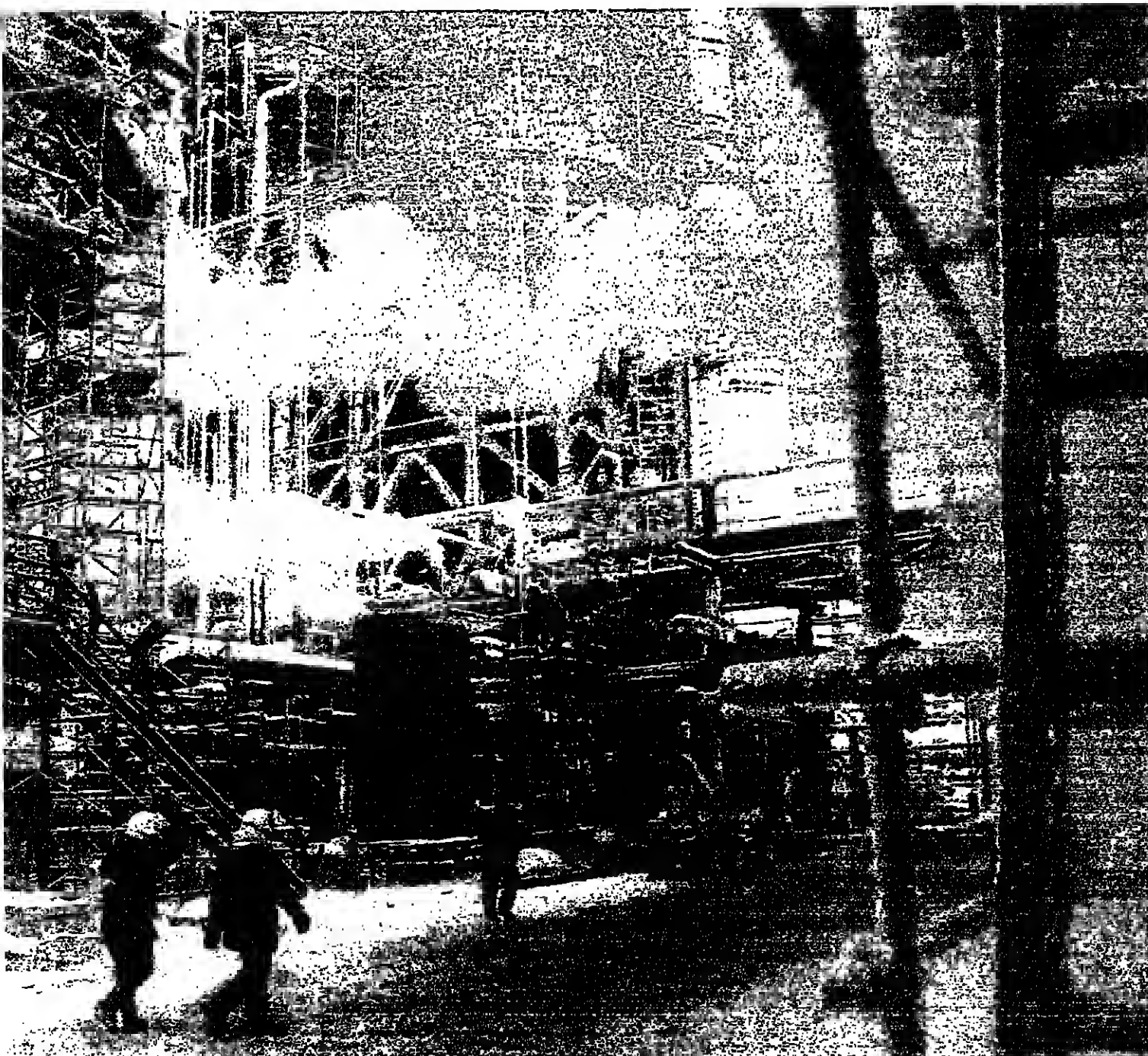
Noch vor einer Woche hatte sich Honecker deutlich zurückhaltender zu seinem möglichen Besuch in der Bundesrepublik geäußert und darauf verwiesen, daß er von der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwi- schen beiden Staaten abhängt. Zu diesem Zeitpunkt war das Problem der 55 „DDR“-Bewohner, die in der Ständigen Vertretung der Bundesre- publik in Ost-Berlin ihre Ausreise er- zwingen wollten, noch nicht gelöst. Inzwischen sind die ersten dieser Gruppe im Westen eingetroffen, nachdem sie die Vertretung verlassen hatten.

Auf die Frage, warum es „alle diese Schwierigkeiten“ für Ausreisewillige gebe, erwiderte Honecker, daß einer „nicht unbeträchtlichen Anzahl von Personen“ die Ausreise genehmigt worden sei. In der „DDR“ gelten für Ausreisen klar fixierte Bestimmun- gen, die dem Völkerrecht entspre- chen. Zusätzliche Rechtsvorschriften

seien als Ergebnis des Madrider KSZE-Treffens geschaffen worden. Die Anwendung des Rechts sei und bleibe die souveräne Angelegenheit jedes Staates, und die „DDR“ mache da keine Ausnahme.

Zur Frage, ob es realistisch sei, an die Möglichkeit der Wiedervereinigung zu denken, sagte Honecker: „Sozialismus und Kapitalismus kann man nicht vereinen.“ Wer dennoch einem Offenhalten der sogenannten deutschen Frage das Wort rede, wolle den territorialen Status quo in Euro- pa revidieren, was „ein äußerst ge- fährliches Unterfangen“ sei.

Mit Kohl werde die Frage zu erör- tern sein, was beide Seiten dazu be- tragen könnten, „daß die Stationie- rung der Pershing 2 eingestellt und ihr Abbau eingeleitet wird“, sagte Ho- necker. Die „DDR“ würde dann die gleichen Schritte unternehmen, „da- mit auch die bei uns als Gegenmaß- nahme aufgestellten operativ- taktischen Raketen größerer Reich- weite wieder abgezogen werden“.



Kanadas Ölsände: An die größten Ölreserven der Welt kommt man nur mit ausgekochter Technik heran.

Die größten Ölreserven der Welt liegen nicht unter dem Sand Arabiens, sondern im Sand Kanadas. Trotzdem ist nicht etwa die ferne Nordsee, sondern noch immer der Nahe Osten Welt-Öllieferant Nr. 1.

Der Grund ist ein leicht zu beschreibendes, aber schwer zu lösendes Problem: Im Gegen- satz zu dem normal förderbaren Öl unter den Wüsten handelt es sich bei den großen Vor- kommen von Athabasca in Kanada um sogean- nante Ölsande, ein Gemisch aus Sand, Ton, Wasser und schwerem, zähflüssigem Öl. Dieses Öl sprudelt weder von allein, noch läßt es sich pumpen – es muß regelrecht aus dem Sand

herausgekocht werden. Eine äußerst kosten- intensive Methode, deren Anwendung auf breiter Front erst in der Zukunft lohnend sein dürfte.

Trotzdem hat die weltweite EXXON Orga- nisation gemeinsam mit ihren Partnern bereits in den 70er Jahren mit der großtechnischen Anwendung begonnen: Gigantische Bagger räumen täglich 250.000 Tonnen Ölsand ab. Endlose Förderbänder bringen ihn in die riesi- gen Extraktionsanlagen, in denen aus je 15 Tonnen Sand eine Tonne Öl gewonnen wird – immerhin 17.000 Tonnen pro Tag.

Dieses sichere Öl aus einer politisch stabilen

Region mag heute noch das teuerste der Welt sein, doch innovative Techniken und die allge- meine Preisentwicklung können dazu führen, daß die Ölsande im Laufe der Zeit zu einer Energiequelle werden, bei der wir nicht auf Sand gebaut haben.

Es gibt viel zu tun. Packen wir's an.



Ein Mitglied der weltweiten EXXON Organisation

Wörner mahnt US-Senat

„So kann man nicht mit einer Bündnisnation umgehen“

AP, Boon

Während seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten will Bundes- verteidigungsminister Manfred Wör- ner (CDU) in der kommenden Woche deutliche Worte an die US-Senatoren richten. In einem Interview mit dem „Straßburger Tagblatt“ erklärte der Minister auf die Frage, ob der Senat in Washington schon in den nächsten Jahren den Abzug amerikanischer Soldaten aus Europa beschließen könnte, falls die NATO-Partner ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen: „Ausschließen kann ich das nicht. Ich hoffe nicht. Denn ich habe bei den Amerikanern keinen Zweifel gelassen und werde auch in der nächsten Woche im amerikani- schen Senat ... deutlich machen, daß man so nicht mit einer souverä- nen Bündnisnation umgehen kann.“

Wörner fuhr fort: „Der deutsche Bundestag denkt auch nicht daran, den Amerikanern Vorschriften zu machen. Es geht daher nicht, daß der amerikanische Senat den Bündnis- partnern in Europa vorschreibt, was sie zu tun hätten, noch dazu mit der Drohung verbunden: Andernfalls wird abgezogen. Schließlich sind die amerikanischen Truppen auch zur Verteidigung Amerikas in Europa und nicht nur zur Verteidigung der Europäer hier. Das muß man mit dieser Deutlichkeit sagen.“

Zum Problem des gegenseitigen

Waffengeschäfts sagte der Bundes- verteidigungsminister: „Wir kaufen gerne amerikanische Waffen, aber auf die Dauer nur dann, wenn sie (die Amerikaner, Die Red.) umgekehrt eu- ropäische kaufen. Da muß man ganz handfest werden, und das tue ich auch, und jetzt kommt die Phase der neuen konventionellen Waffen. Da haben sich die Europäer zusammen- geschlossen, und wir haben gemein- sam auf die amerikanische Initiative geantwortet und gemeinsam auch eine Liste europäischer Waffen aufgestellt, und wir werden uns jetzt Punkt für Punkt und System für System ein- gehen müssen, wer was wie produziert.“

dpa, Regensburg

Junge Wehrpflichtige sollen in den kommenden Jahren weniger leicht vom Wehrdienst befreit werden kön- nen. Angesichts der bevorstehenden personellen Engpässe bei der Bun- deswehr wegen der geburtschwachen Jahrgänge sollten auch die Maß- stäbe zur Beurteilung der Wehr- diensttauglichkeit verändert werden, sagte Verteidigungsminister Wörner bei einem Pressegespräch in Regens- burg.

Kabinettsberatungen über die per- sonellen Fragen der Bundeswehr stünden im Herbst bevor. Im Rüs- tungsbereich gehe es um die Moder- nisierung der Waffensysteme.

Neues Kabinett Zeyer?

Scherer als saarländischer Innenminister im Gespräch

G.DETHLOFF, Saarbrücken

Im Saarland verdichten sich die Anzeichen dafür, daß Ministerprä- sident Werner Zeyer (CDU) noch in dieser Woche sein Kabinett umbildet. Nach Informationen aus Parteikrei- sen betrifft das Revirement allerdings nur die Ministerien, die von CDU- Politikern geleitet werden. Die bei- den von der FDP gehaltenen Ressorts – Wirtschaft und Gesundheit – blei- ben nach den Worten des scheidenden FDP-Vorsitzenden Werner Klumpp davon unberührt.

Nach den in Saarbrücken umlau- fenden Spekulationen plant Zeyer, den früheren Kultusminister und jet- zigen Vorsitzenden der CDU-Land- tagsfraktion, Werner Scherer, an die Spitze des Innenministeriums zu be- rufen und den Abgeordneten Dr. Berthold Budell, der seit mehr als 20 Jahren für den Umweltschutz im Saarland kämpft, zum Umweltmini- ster zu ernennen. Dafür müßte der jetzige Umweltminister und Landes- vorsitzende der Sozialausschüsse, Günther Schacht, das Finanzministe- rium übernehmen, wo er wesentliche Aufgaben für die Arbeitnehmer bei Saarberg und Arbed Saarstahl zu er- füllen hätte.

Finanzminister Professor Gerhard Zeitel, der sich nicht nur einen Na- men als Finanz- und Wirtschafts- wissenschafter, sondern auch als Rektor der Universität Mannheim erworben hat, könnte dann das Kultusministe- rium übernehmen, während der Ver- fassungsrechtler Professor Wolfgang Knie, jetzt Kultusminister des Saar- landes, die Posten des Justizmini- sters und des Bundesratsministers in Personalunion bekleiden könnte.

Ausscheiden würden – falls die Spekulationen zutreffen – der jetzige Innenminister Rainer Wickmayr und der derzeitige Rechtsplegeminister Professor Franz Becker. Offen ist dem Vernehmen nach die Nachfolge Werner Scherers an der Spitze der Landtagsfraktion. Nach dem Termin- plan des Landtages könnte das Re- virement am Mittwoch dieser Woche stattfinden. Dann tritt nämlich das Parlament zu einer Sitzung zusam- men. Bei dieser Gelegenheit könnte Ministerpräsident Zeyer den Landtag um Zustimmung zur Ernennung neu- er Minister ersuchen.

Die Aktivitäten Zeyers stehen of- fensichtlich in einem Zusammen- hang mit den Bemühungen, mit ei- nem attraktiveren Kabinett in den 1985 bevorstehenden Landtagswahl- kampfs zu ziehen. Bei der Kommunal- wahl am 17. Juni hatte die SPD unter Oskar Lafontaine erhebliche Stim- mengewinne erzielen können.

Seite 2: Vorwärts-Verteidigung

Beiträge der Versicherten steigen weiter

PETER JENTSCH, Bonn

Ausgelöst durch einen neuen Ko- stenschub im Medizinbetrieb, kom- men auf die Krankenkassen Belastun- gen in Milliardenhöhe zu. Folge: Die Beiträge der Versicherten wer- den wieder steigen.

Nach der WELT vorliegenden Zah- len aus dem Bundesarbeitsministe- rium sind die Ausgaben für das Ge- sundheitswesen im ersten Quartal 1984 insgesamt um 6,3 Prozent gesie- gen. Das ist die höchste Steigerungs- rate seit 1980 (9,3 Prozent). Zum Ver- gleich: 1983 stiegen die Aufwendun- gen gegenüber 1982 nur um 3,3 Pro- zent.

Spitzenreiter dieser Entwicklung sind die Ausgaben für Heil- und Hilfs- mittel (11,6 Prozent) sowie Zahner- satz (10,4 Prozent). Mit einem Ab- stand folgen die Kosten für die Kran- kenhausbehandlung (5,8 Prozent), ärztliche Behandlung (5,7 Prozent), Arzneimittel (5,3 Prozent) und zahn- ärztliche Behandlung (4,5 Prozent). Diese Steigerungsraten liegen weit über der von der Konzertierten Ak- tion im Gesundheitswesen empfohle- nen Marge der Grundlohnsammen- entwicklung von 3,7 Prozent.

In einem scharf gehaltenen Schrei- ben an die Spitzenverbände von Krankenkassen, Ärzten und Zahnärz- ten hat Bundesarbeitsminister Nor- bert Blum (CDU) sofortige Maßnah- men gefordert, um die Beitragstabi- lität in der gesetzlichen Krankenver- sicherung zu gewährleisten. Gleich- zeitig hat Blum Ärzte und Kassen für morgen nach Bonn eingeladen, um Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Arzneimittel- versorgung zu sondieren.

Auch Blum sieht durch die jüngste Entwicklung das Bemühen der Bun- desregierung gefährdet, die Belas- tung von Arbeitnehmern und Ar- beitegebern durch Sozialabgaben möglichst gering zu halten. Der Ar- beitsminister in seinem Schreiben: „Bei diesem Ausgabenausmaß (muß) davon ausgegangen werden, daß die Ausgaben im Jahre 1984 bei gleich- bleibender Entwicklung erheblich stärker als die Grundlöhne steigen werden ... Das Ziel der Beitragstabi- lität ist bei Fortdauer dieser Ent- wicklung für das Jahr 1985 nicht mehr gewährleistet.“

Daß der Arbeitsminister fröhlich Ärzte, Zahnärzte und Pharmaindu- strie besonders hart an die Kordeln nehmen will, das hat einen weiteren triftigen Grund. Die längst überfälli- ge Reform der Krankenkassenzu- schüsse droht am Widerstand der Län- der zu scheitern. Folge: Die Ausgaben für die stationäre Behandlung sind nicht in den Griff zu bekommen. Mehrbelastung für die Kassen: jäh- rlich etwa 3,5 Milliarden Mark. Hinzu kommt, daß in Kürze auch der Tarif- vertrag im öffentlichen Dienst aus- läuft. Tarifverträge nach dem Muster der Metall- und Druckindustrie wer- den im Krankenhausbereich zu ek- stanten Kostensteigerungen führen.

Montag, 9. Juli 1984
Nr. 158, DIE WELT

WELTBANK-ENTWICKLUNGSBERICHT / Ein solides Wachstumsplus bis 1995

LOME III

Ärgerliche Praxis

Nein, er sei nicht ärgerlich, meinte Alfred Herrhausen, weil er von vornherein mit den Stimmungen gerechnet habe. Seine Reaktion auf den Diskussionsbeitrag eines nichtberuflichen Opponenten indes ließ Zweifel aufkommen an dessen Genußlosigkeit. Gut sechs Stunden lang hatte Herrhausen die Hauptversammlung der Continental Gummi-Werke AG in der hantwischen Stadthalle souverän geleitet und die seitens bekannten Darstellungen der professionellen Aktionärspraxis hingegenommen. Der eher zaghafte Auftritt des älteren Herrn aber, er werde Widerspruch zu Protokoll geben, weil seine Hausbank, die Deutsche Bank, unzulässig gehandelt habe, hinterließ Wirkung.

Der Aktionär nahm Anstoß an der Standardformulierung seiner Bank, sie plädierte für die Vorschläge der Verwaltung und werde mit den von ihr vertretenen Stimmen in diesem Sinne votieren. Der Contingent-Verlust des Aufsichtsratsvorsitzenden ob dieses Angriffs auf eine ebenso gängige wie ärgerliche Praxis der Depotbanken war bemerkenswert. Er läßt sich nur erklären in Verbindung mit der über Erwartung starker Opposition: Fast ein Viertel des vertretenen Aktienkapitals stimmte gegen den Vorschlag der Verwaltung, das Stimmrecht auf 5 Prozent zu begrenzen.

Wetterfolgen

hat. Die schwachen Silberstreifen am Konjunkturhorizont, die der Textileinzelhandel 1983 noch zu erkennen glaubte und die ihm dann auch ein kleines reales Umsatzplus bescherten, haben sich offensichtlich wieder verflüchtigt. So berichtet einer der größten Einkaufsverbände der Branche, die Katag AG, daß bis einschließlich April 1984 eine reale Umsatzminderung von einem Prozent erzielt wurde. Der Abwärtstrend habe sich in den Folgeperioden noch verstärkt. Hier werden unmittelbare Zusammenhänge mit der Streiksituation gesehen. Aber neben dem politischen Klima wirkte sich auch das Wetter selbst negativ aus. Der verregnete Frühling und Frühsommer hat der modischen Trends zu abhängigen Branche manche Umsatzchance verweigert. Auch wenn sich die Tiefen verziehen sollten, die politischen und die meteorologischen, ihre Langzeitwirkung wird noch anhalten.

Gigantenstreit

Von WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Seit Wochen sorgt Herbert Salcher, der österreichische Finanzminister, für Gesprächsstoff. Doch wer meint, daß wirtschaftspolitische Weichenstellungen der Anlaß für Diskussionen sind, wird herb enttäuscht. Seit Monaten werden vielmehr in Wien Sachdiskussionen durch Personaldispute ersetzt.

Wochenlang hat Salcher im Mai zunächst die Gazetten rätseln lassen, ob die Andeutungen über seinen Rücktritt nun ernst gemeint oder nur als Antwort für Regierungschef Fred Sinowatz gedacht wären, der eine von seinem Finanzminister anvisierte, wenn auch in Einzelheiten noch gar nicht feststehende große Steuerreform ohne Absprache in aller Öffentlichkeit verbal zusammenstrich.

Anfang Juni dann als bereits die potentiellen Nachfolger, sogar aus Kreisen der eigenen Partei konkret genannt wurden, war die Rechnung des früheren Gesundheitsministers aufgegangen. Letztlich dürfte wohl der nach einer Nierenerkrankung in Deutschland nach Wien geflüchtete Altkanzler Bruno Kreisky, der politische Mentor Salchers, den Ausschlag gegeben haben. Jedenfalls hatte sich dann der Parteivorstand der Sozialisten eindeutig für ein weiteres Verbleiben des umstrittenen Finanzministers in der Regierung ausgesprochen.

Dennoch blieb Salcher weiterhin im Gespräch. Dann allerdings im Zusammenhang mit seinem Amtsvorgänger Hannes Androsch, oder besser: dessen Steuerakt. Denn Salcher hatte vor einiger Zeit eine neuerliche Untersuchung der schon einmal geprüften Steuererklärung von Androsch, heute Generaldirektor der größten Bank des Landes, in Zusammenhang mit dem Ankauf einer Villa angedeutet. Die Überprüfung von Abgabenpflichtigen wäre an sich nichts Besonderes. Im gegenständlichen Fall allerdings wird der Steuerakt praktisch öffentlich abgehandelt. Und in Wien hat niemand Zweifel, daß die illegalen Informationen über den Stand der Untersuchungen just aus dem Finanzministerium selber stammen.

Zwischen früherem und heutigem Finanzminister war das Verhältnis seit dem Revirement im Januar 1981 mehr als gespannt. Salcher hat es bisher nicht verstanden, sich als kompetenter Wirtschaftspolitiker zu profilieren.

Androsch läßt nach wie vor kaum eine Gelegenheit aus, auch zu Sachfragen Stellung zu nehmen, die über sein eigentliches Bankgeschäft hinausgehen. Wer sollte ihm das auch verbieten? Woran die Öffentlichkeit in Österreich seit Wochen teilhat, hat mit Sachfragen aber nichts mehr zu tun. Hier geht es um einen offenen Machtkampf innerhalb der Sozialistischen Partei, der inzwischen das Ausmaß eines Vernichtungsfeldzugs angenommen hat. Bruno Kreisky, der Androsch einst zum Rücktritt gezwungen hatte, als Initiator, Herbert Salcher als ausführende Organe.

Die Position als Aufsichtsbehörde und Eigeninteressen gegenüber dem Bankchef konnte Salcher bislang nicht zu seinem Vorteil nutzen. Jetzt ist er als Behörde zur Jagd auf den Privatmann Hannes Androsch angetreten, was es scheint.

Der Ruf des politischen Systems und die Glaubwürdigkeit der dort handelnden Personen haben durch den nun schon Jahre andauernden Gigantenstreit in der SPÖ sicher nicht gewonnen.

Der Glaube in eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik des Landes ist aber auf jeden Fall erschüttert. Vergangenen Herbst hat die Regierung ein Maßnahmenpaket geschickt, das dem Bürger mit 30 Milliarden Schilling schwer auf der Schulter lastet. Jetzt hat der über jegliche Zweifel erhabene Wirtschafts- und Sozialrat eine Untersuchung veröffentlicht, wonach trotz dieser Belastungen die Budgetkonsolidierung nicht erreicht wird. Im Gegenteil: Defizit und Staatsschulden steigen auch in den nächsten Jahren weiterhin rasant an.

Für den Staatshaushalt fehlt vorerst ebenso ein Sanierungskonzept wie für die Sozialversicherungen, die verstaatlichte Industrie oder die Bundesbahnen. Der Vorsitzende des Staatsschuldenausschusses klagt, daß das Budget nunmehr praktisch keine aktive Konjunkturpolitik wie in den siebziger Jahren mehr erlaube.

Doch in Wien werden anstelle von Sanierungskonzepten geheimhaltende Steuerakte diskutiert. Kein Wunder, daß die Regierung seit Amtsantritt im Frühjahr 1983 bei allen regionalen Wahlen mehr oder weniger schwere Verluste erlitten hat.

Voraussetzung: Industrienationen müssen Haushaltsdefizite abbauen

Nach der längsten Rezession in 50 Jahren stehen auch der Dritten Welt wieder bessere Zeiten ins Haus. In ihrem siebten Entwicklungsbericht hält die Weltbank von 1983 bis 1985 ein jährliches Wachstum der Bruttoinlandsprodukte, also ohne Außenhandel, um mehr als fünf Prozent für möglich. Voraussetzung sei jedoch, daß eine Serie kritischer Aktionen ergriffen wird. Gestoppt werden müsse außerdem die Bevölkerungsexplosion.

Im einzelnen nennt die multinationale Organisation (144 Mitglieds-Länder) diese Maßnahmen:

Die Industrienationen, allen voran die USA, müssen ihre Haushaltsdefizite abbauen, um die Zinsen zu drücken. Dies wäre der wirksamste Wachstumsfaktor mit globaler Wirkung. Um Wettbewerbskräfte freizusetzen, müssen die industrialisierten Staaten strukturelle Änderungen vornehmen. Die Skala reicht von der Rückführung der Subventionen für unwirtschaftliche Industrien bis zu einem Verzicht auf staatliche Interventionen am Arbeitsmarkt.

Mit größerem Ernst betrieben werden muß die Liberalisierung des Welthandels durch ein Zurückschrauben des Protektionismus. Zu vermeiden sind in den Entwicklungsländern überbewertete Wechselkurse, während gleichzeitig eine flexible Ausgabenpolitik betrieben werden muß.

Durch bessere Nutzung können die multilateralen Finanzinstitute einen größeren Beitrag für eine effiziente wirtschaftliche Entwicklung leisten. Mehr private Bankkredite müssen Ländern in der Dritten Welt gewährt werden, die große Anstrengungen zur Überwindung ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten unternehmen.

Im günstigsten Fall sagt die Weltbank für die kommenden zehn Jahre folgende durchschnittlichen Zuwächse (1980 bis 1985 in Klammern) voraus:

Industriestaaten: Bruttoinlandsprodukt 4,3 (1,9), Inflation 4,3 (2,3), Realzinsen 2,5 (3,2), Nominalzinsen 6,0 (11,6) Prozent.

Entwicklungsländer: Bruttoinlandsprodukt 5,5 (2,8), ärmste Länder in Asien 5,3 (5,8) und in Afrika 3,2 (1,7), Ölimportstaaten mit mittlerem Einkommen, die in größerem Umfang weiterverarbeitete Erzeugnisse exportieren 6,3 (1,6), andere 4,3 (1,9), Ölexportländer mit mittlerem Einkommen 5,4 (2,4) Prozent.

Die jährliche Ausfuhrwachstumsveranschlagt die Weltbank auf 6,4 (5,5) Prozent. Bei Fertigwaren sind es 9,7 (8,1) und bei Rohstoffen 9,4 (4,0) Prozent. Die Importe nehmen im Schnitt um 7,2 (3,2) Prozent zu. Unterstellt hat die Weltbank bei diesem Szenario, daß die jährliche Teuerungsrate in den USA 3,5 Prozent betrage und sich der Dollar von 1985 bis

1990 um 13 Prozent abwertet.

Für den Fall, daß die Regierungen nicht alle Empfehlungen in die Tat umsetzen, hält die Weltbank einen bescheidenen Datenkranz parat. Danach würden die industrialisierten Volkswirtschaften in der nächsten Dekade jährlich nur um 2,5 Prozent wachsen, und zwar bei einer Inflationsrate von 6,8 sowie Real- und Nominalzinsen von 3,5 und 9,5 Prozent.

Dieses geringere Tempo würde sofort voll auf die Dritte Welt (Wachstumsrate nur 4,7 Prozent) sowie auf die globalen Exporte (4,7) und Importe (5,1 Prozent) durchschlagen. Vermeide läßt sich dies praktisch nur, wenn wieder das in den 50er und 60er Jahren übliche Produktivitätswachstum mit hoher Beschäftigung erreicht wird. Als Negativpunkt nennt die Weltbank andererseits die niedrigere globale Sparrate und die noch immer nicht verfallenden inflationären Erwartungen. Weniger Wachstum bedeutet im Klartext auch eine Verlangsamung der Schuldenskrise.

Der Entwicklungsbericht ist diesmal ein Lehrbuch von hoher Qualität, weil die Gründe der jüngsten Rezessionen, der Arbeitslosigkeit und der Verschuldung genau ausgeleuchtet werden. Aber man ist immer klüger, wenn man vom Amt kommt. Die Weltbank hätte schon früher warnen und die Konsequenzen aufzeigen müssen. Weitsichtig sind hingegen die Studien über die Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt.

EG-KOMMISSION

Südkorea droht für Brüssel „zweites Japan“ zu werden

WILHELM HADLER, Brüssel

Südkorea scheint bereit zu sein, seinen Markt stärker für europäische Waren zu öffnen. Ob die in Aussicht gestellte Liberalisierung allerdings ausreichen wird, Befürchtungen über ein wachsendes strukturelles Ungleichgewicht im Handel zu zerstreuen, bleibt ungewiß. In mehrtägigen bilateralen Konsultationen hat die EG-Kommission den koreanischen Außenminister Wong Kyung Lee in dieser Woche auf die Gefahr hingewiesen, daß sein Land für die Gemeinschaft zu einem „zweiten Japan“ werden könnte. Zwar ist das Handelsdefizit der EG mit jährlich 2,5 bis 2,7 Milliarden Mark zur Zeit noch nicht besorgniserregend, doch könnte das Ungleichgewicht (wie im Falle Japans) schon in wenigen Jahren ein gefährliches Ausmaß annehmen.

Die EG drängt auf Zollsenkungen

und den Abbau quantitativer Importbeschränkungen, die von Seoul vorwiegend mit Devisenmangel begründet werden. Selbst in den Sektoren, in denen die Koreaner zweifellos wettbewerbsfähig sind (wie bei Textilien und Schuhen), erhebt die Regierung nach wie vor Einfuhrzölle von 30 bis 60 Prozent.

Die EG-Importe aus Korea sind seit 1971 von rund 180 Millionen DM auf rund 5,8 Milliarden DM (11 Monate 1983) gestiegen. Neben Textilien und Bekleidung sowie Schuhen (50 Millionen Paar jährlich) bezieht die Gemeinschaft vor allem Reise- und Elektroartikel. Die Einfuhren von Textilien sind durch ein bilaterales Selbstbeschränkungsabkommen begrenzt, das allerdings gelegentlich durch die Umleitung von Lieferungen über andere Länder unterlaufen worden ist.

US-AKTIENMÄRKTE

Es wächst die Furcht vor einer Überhitzung

H.A. SIEBERT, Washington

Das Kaufklima an den US-Aktienmärkten hat sich weiter verschlechtert, weil sich die Hoffnung auf eine rasche Abkühlung des Wirtschaftswachstums nicht zu erfüllen scheint. Das bedeutet noch höhere Zinsen und letztlich noch höhere Inflation, wenn die freien Ressourcen erschöpft sind. In Amerika dauert es nach Ansicht der Wall Street nur noch wenige Monate, bis sich die ersten Flaschenhälse zeigen.

Am Arbeitsmarkt wird bei Fachkräften schon eher mit Engpässen gerechnet. Immerhin sank die US-Arbeitslosenrate im Juni von 7,5 auf 7,1 Prozent - die niedrigste seit vier Jahren. Die Zahl der Arbeitslosen nahm um 385 000 auf 8,1 Millionen ab, die der Beschäftigten um 480 000 auf 105,7 Millionen zu. Seit dem Resonanzende im November 1982 waren damit 6,7 Millionen Jobs geschaffen worden.

Wegen des ungewöhnlich großen Sprungs schließt das Arbeitsministerium in Washington allerdings saisonale Verzerrungen nicht aus.

Dennoch hat Präsident Reagans Chefökonom, Martin Feldstein, schon angekündigt, daß die jüngste Blitzprognose über die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal 1984 - real 5,7 Prozent, verglichen mit 9,7 Prozent in der Januar-März-Periode - nach oben revidiert werden muß. Dies belegen auch die hohen Umsätze der Warenhäuser, das starke Auftragsplus und die um neun Prozent gestiegenen Autoverkäufe.

Im Wochenverlauf fiel der Dow Jones-Industrie-Index um 9,83 (Freitag: minus 1,99) auf 1122,57, der breitere NYSE-Index um 0,48 (0,27) auf 87,90 Punkte. Über den Zinsskurs entscheidet die US-Notenbank jetzt am 18./17. Juli, das Ergebnis verkündet Paul Volcker am 25. Juli.

Während selbst amerikanische Großfirmen wie Times im Billigcomputer-Bereich nach Riesenverlusten das Handtuch warfen oder wie die Atari an die Wand gedrückt wurden, hielt Tramiel die Commodore dank der Erfolgscomputer vom Typ Vic 20 und Commodore 64 immer in der Gewinnzone.

Die Frage ist allerdings, ob Tramiel seinen Commodore-Erfolg auch bei Atari wiederholen kann. Denn jetzt tritt er nicht nur gegen seine ehemaligen Firma an, sondern auch gegen Giganten wie IBM, AT-T, TTT, Xerox, Apple und Tandy sowie die großen japanischen und europäischen Computerhersteller. Sicher wird es aber bei Computern in der Preisklasse unter 1000 Dollar einen noch härteren Wettbewerb geben.

Vor hohen finanziellen Erwartungen gewarnt

HEINZ HECK, Bonn

Jeder für die Dritte Welt Engagierter stimmt heute zu, daß Qualität und Wirksamkeit auch der europäischen Entwicklungshilfe verbessert werden können und müssen. Not und Elend von 800 Millionen Menschen, die in der Dritten Welt in absoluter Armut leben und die damit verbundenen Gefahren für den internationalen Frieden lassen keine andere Alternative mehr zu. Das schreibt der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Entwicklungsministerium, Volkmann Köhler (CDU), in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Außenpolitik“ zu den Verhandlungen über Lomé III.

Im Frühjahr 1985 soll die zweite Verlängerung des Abkommens von Lomé in Kraft treten, das die europäische Entwicklungshilfe mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) bis 1990 regelt.

Köhler warnt in seinem Beitrag vor hochgespannten finanziellen Erwartungen und setzt sich kritisch mit Vorstellungen der evangelischen Kirche über das Verhältnis zwischen Geber- und Nehmerländern auseinander.

Die für Lomé II bereitgestellten Mittel müßten um nahezu 50 Prozent auf rund sieben Milliarden ECU oder etwa 15 bis 16 Milliarden Mark erhöht werden, um die reale Kaufkraft für das ausstehende Folgeabkommen auch nur zu erhalten. Von weiteren Steigerungswünschen ganz abgesehen, sei schon der Erhalt der realen Kaufkraft für die angespannten Haushalte der EG-Mitglieder „kaum finanzierbar“, meint Köhler und befürchtet: „Hier scheitern Enttäuschungen geradezu vorprogrammiert.“

Kritik an der Politik der AKP-Staaten äußert Köhler, wenn er schreibt, daß ihre Regierungen „nicht immer den größtmöglichen Nutzen aus den Entwicklungshilfegeldern für die Menschen ihrer Länder gezogen haben“. Damit ist er beim politischen Kern von Lomé III, dem Konzept des Politikdialoges. Dieser soll als Instrument der besseren und direkteren Verständigung zwischen Gebern und Nehmern dazu beitragen, die politischen Grundlagen für eine höhere Wirksamkeit der EG-Entwicklungshilfe zu schaffen.

Köhler weist mit Nachdruck die dazu von der Kammer der EKD für kirchlichen Entwicklungsdienst genutzten „Leitgedanken“ zurück. Da nach solle der Politikdialog auf ein „gegenseitiges Befragen“ auf gleicher Ebene und in völliger Offenheit zwischen Geber- und Nehmerländern begrenzt werden. Köhler plädiert für ein „klares Nein“ zu Prestigeprojekten. Heiße Eisen wie falsche Preispolitik in der Dritten Welt, politischer Schleichhandel und Mißmanagement müßten von den Geberländern auch dann offen angesprochen werden, wenn dies Befürchtungen der Empfängerländer um die Unantastbarkeit ihrer Souveränität auslösen sollte.

„Mit einem so ängstlich definierten Souveränitätsbegriff“ gehe man der vollen Verantwortung der Entwicklungspolitik „eher aus dem Wege“.

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen sollte so geändert werden, daß der Staat zwar Güter am Markt anbieten könne, private Wettbewerber dadurch aber weder benachteiligt noch gar ausgeschlossen werden dürften. Außerordentliche Monopole wie Bahn, Post oder die Mehrzahl kommunaler Versorgungsbetriebe seien deshalb entstanden, weil bei staatlicher Wirtschaftstätigkeit regelmäßig der Konkurrenzmechanismus ausgeschaltet worden sei.

Rationalisierungsschub?

Tutzig (VVD) - Professor Kurt Biedenkopf ist der Auffassung, daß die Bundesrepublik in nächster Zukunft einen Technologie- und Rationalisierungsschub erleben werde. Wie der westfälische CDU-Vorsitzende auf einer Tagung der evangelischen Akademie in Tutzig sagte, gebe es in der Industrie einen „Rationalisierungsschub“. Die Entwicklung werde jetzt von den Unternehmen nach den Streik Erfahrungen noch beschleunigt werden. Die Schere zwischen Produktivitätswachstum und Wirtschaftswachstum werde sich weiter öffnen. Die Produktivität werde schneller wachsen als das Sozialprodukt.

Weniger Arbeit am Bau

Bonn (HR) - Der Zentralverband des Deutschen Bauwesens sieht sich in seinen Befürchtungen über ein Nachlassen in der Baukonjunktur durch die jüngsten statistischen Daten (April) „eindrucksvoll bestätigt“. Die Baugenehmigungen für Wohngebäude seien gegenüber dem Vorjahresmonat um 28,8, für Nichtwohngebäude sogar um 44,4 Prozent zurückgegangen. Der Rückgang für die Baufträge insgesamt wird real auf 15,9 Prozent beziffert. Zwar sei die Bautätigkeit „noch einigermaßen intakt“ geblieben, doch verschlechterten sich die Aussichten zusehends. So seien die geleisteten Arbeitsstunden um 5,6 Prozent zurückgegangen.

Kritik an Bundesbank

Frankfurt (cd) - Die Sparkassen sind verärgert über die Kritik der Bundesbank-Vizepräsidenten Helmut Schlesinger an den seiner Auffassung nach zu niedrigen Sparzinsen. Der Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes, Bruno Merk, weist diese Kritik aus Frankfurt als unsachlich zurück und lehnt die Anforderung Schlesingers, die Diskonterhöhung zum Anlaß für eine Anhebung der Sparzinsen zu nehmen, ab. Die Bundesbank habe selbst erklärt, die Diskonterhöhung solle keine Zinssteigerung initiieren, sondern nur als technische Maßnahme verstanden werden. Eine Sparzinserhöhung würde dem nicht nur entgegenstehen, sondern auch Auswirkungen haben.

Weg der Kurse

	6.7.84	29.6.84
Boeing	45	43,625
Chrysler	25,125	24,875
Citicorp	29,375	30,625
Coca-Cola	57,50	57,75
Exxon	40,75	40,25
Ford Motors	36,375	35,75
IBM	105,75	106,25
PanAm	4,75	5
US Steel	22,675	24,625
Woolworth	33,50	35,625

MBB-Auftrag

Stockholm (gtm) - Die schwedischen Streitkräfte haben bei Messerschmitt-Bölkow-Blom (MBB) 20 Panzerabwehr-Hubschrauber vom Typ BO 105 bestellt, sie sollen 1987 geliefert werden. Ein Preis wurde offiziell nicht bekanntgegeben, das Parlament hatte jedoch für diese Beschaffung ungeachtet rund 82,5 Mill. DM bewilligt.

Private benachteiligt

Bonn (HR) - Außerhalb der Haushaltsverwaltung der Polizei, Justiz oder Verteidigung sollten staatliche Monopole für unzulässig erklärt werden. Das hat der Bundesvorsitzende der Wirtschaftsjunioren Deutschland, Karl-Heinz Schumacher, gefordert.

(dpa/VWD)

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Keine Veränderungen bei Opec-Konferenz erwartet

Wien (dpa/VWD) - Keinerlei Änderungen des Ölpreises und der Fördermengen erwarten Experten von einer heute beginnenden zweitägigen Konferenz der Organisation erdöl-exportierender Länder (Opec) in Wien. Die Fachleute begründen ihre Prognose mit einer mehr als ausreichenden Versorgung des Marktes. Die Überschussproduktion von Erdöl liegt derzeit bei 800 000 Barrel (je 159 Liter) pro Tag. Erdöl der Qualität „Arabian Light“ werde auf dem „Spotmarkt“ Rotterdam unter 25 Dollar, also einen Dollar unter dem Opec-Richtpreis, gehandelt.

US-Reallohn niedriger

Washington (Sbt) - Nominal, also zu laufenden Preisen, sind in den USA die Durchschnittslöhne von 1975 bis 1983 zwar um 77 Prozent gestiegen. Nach Ausschaltung der Inflation lagen die Reallohn im vergangenen Dezember aber um 2,5 Prozent unter dem Niveau von 1975. Damit habe die US-Arbeiterschaft ihre damalige Kaufkraft noch nicht wieder erreicht. Eine Ausnahme machen nur die Amerikaner, die im Kommunikations- und Transportgewerbe sowie bei den öffentlichen Versorgungsgesellschaften beschäftigt sind. Ihre Löhne stiegen stärker.

Tauschgeschäft

Tel Aviv (AFP) - Israel und Kolumbien haben einen Tauschhandelsvertrag abgeschlossen, wonach der südamerikanische Staat Steinkohle im Wert von 200 Mill. Dollar liefert, die Israel mit der Lieferung von Industriegütern beglichen wird. Das teilte Energieminister Jitzhak Mordechai gestern in Tel Aviv bei der Rückkehr von einem offiziellen Besuch in Bogotá mit. Bei der gleichen Reise unterzeichnete der Minister in Washington einen Vertrag für israelisch-amerikanische Zusammenarbeit bei der Gewinnung von Erdöl aus Tonschiefer. In der Negev-Wüste besitzt Israel Ölschieferlager, die den Energiebedarf des Landes für mehr als drei Jahrzehnte decken könnten.

Weg der Kurse

	6.7.84	29.6.84
Kupfer(£/t)	981,5	990,5
Blei(£/t)	356,5	364,5
Zink(£/t)	326	342,5
Zinn(£/t)	941,5	923,0
Gold(\$/Unze)	341,5	373,5
Silber(\$/Unze)	573,90	620,50
Kafo(\$/t)	1765,5	1814,0
Kaffee(\$/t)	2262	2217,5
Zucker(£/t)	98,75	100
Kautschuk(p/kg)	61	60,50
Wolle(p/kg)	480	474
Baumwolle(cts/lb)	61,30	62,50

Londoner Kassapreise

	6.7.84	29.6.84
Kupfer(£/t)	981,5	990,5
Blei(£/t)	356,5	364,5
Zink(£/t)	326	342,5
Zinn(£/t)	941,5	923,0
Gold(\$/Unze)	341,5	373,5
Silber(\$/Unze)	573,90	620,50
Kafo(\$/t)	1765,5	1814,0
Kaffee(\$/t)	2262	2217,5
Zucker(£/t)	98,75	100
Kautschuk(p/kg)	61	60,50
Wolle(p/kg)	480	474
Baumwolle(cts/lb)	61,30	62,50

Abbildung September; Abbladung September; A-Index-Preis Liverpool

GROSSBRITANNIEN

Banken heben Basis-Zinsen auf zehn Prozent an

WILHELM FÜRLER, London

Die britischen Großbanken haben heute ihre Basis-Ausleihzinsen von 9,25 auf zehn Prozent an. Sie reagieren damit auf den unvermindert starken Druck auf das Pfund Sterling, insbesondere durch den amerikanischen Dollar. Der Schritt der vier großen Clearingbanken Barclays, National Westminster, Midland und Lloyds Bank kommt der Regierung Thatcher im gegenwärtigen Stadium der konjunkturellen Erholung alles andere als gelegen.

Erst vor kurzem hatten Regierungssprecher betont, es bestehe keine Notwendigkeit für eine Zinsanhebung. Allerdings wurde eingeräumt, daß die auf hohen US-Zinsen basierende Dollar-Stärke dann zu höheren Zinsen in Großbritannien führen könnte, wenn sich das Pfund auch gegenüber europäischen Währungen

abschwächt. Diese Tendenz hatte sich zuletzt merklich verstärkt.

So fiel die Pfund-Dollar-Parität am Freitag auf das Rekord-Tief von 1,31 Dollar. Doch auch gegenüber der D-Mark gab die britische Währung merklich auf nur knapp über 3,70 DM nach - ein Wert, von dem Devisenhändler behaupten, er gelte für die Regierung in London als informelles Limit. Nach Bekanntgabe der Zinsanhebung erhöhte sich das Pfund etwas und schloß bei 3,75 DM.

Als direkte Folge der Dollar-Stärke fiel der Goldpreis in London am Freitag um 25 auf 345,10 Dollar je Unze, das niedrigste Nachmittags-Fixing seit August 1982. In London wird nicht ausgeschlossen, daß trotz aller gegenteiligen Beteuerungen der Regierung und der Bank von England schon bald eine weitere Zinsanhebung notwendig werden könnte.

COMPUTER / Noch härterer Wettbewerb für Billig-Produkte zu erwarten

Neuer Besitzer will Atari sanieren

PETER BAUER, New York

„Jack Tramiel hat Atari erst mit seinen Commodore-Computern fertig gemacht und jetzt versucht, die Firma wieder aufzumöbeln.“ So kommentiert ein Micro-Computer-Spezialist in New York, Fred Chapman, den Verkauf der Atari durch die Warner Communications Inc. an eine neue Firma unter Leitung von Tramiel. Er war bis Januar 1984 unumschränkter Boss der Commodore International Ltd. und verließ mit einem halben Dutzend seiner Vizepräsidenten überraschend den von ihm aufgebauten erfolgreichen Billigcomputer-Konzern.

Nach Ansicht der Computer-Gurus im Silicon Valley hat Tramiel zwei Möglichkeiten, die von Riesenverhuts geplagte und deshalb von Warner Communications billig abgestoßene Atari zu sanieren. Er kann entweder in einen direkten Wettbewerb mit Commodore treten oder er kann

versuchen, Apple und IBM mit leistungsstärkeren Modellen im Heimcomputer-Markt Konkurrenz zu machen.

Commodore fertigt derzeit 200 000 Heim-Computer für den Hausgebrauch pro Monat und verkauft damit mehr Microcomputer als Apple und IBM zusammen. Wahrscheinlich wird Tramiel versuchen, mit Kimple Macintosh vergleichbare hochwertige Computer für 500 bis 1000 Dollar zu bauen. „Ein Computer, der all das kann, wozu die besten Heim-Computer heute in der Lage sind und den sich ein Normalverbraucher leisten kann, ist das Produkt der Zukunft. Wenn es einer schafft, dann ist es Jack Tramiel“, meint Chapman.

Der ehemalige Schreibmaschinen-Mechaniker Tramiel übernahm vor acht Jahren den Kalkulator-Hersteller Commodore mit weniger als einer Million Dollar Umsatz und verwandelte ihn in den erfolgreichsten Billig-

computer-Produzenten der Welt mit einem Geschäftsvolumen von über einer Milliarde Dollar.

Während selbst amerikanische Großfirmen wie Times im Billigcomputer-Bereich nach Riesenverlusten das Handtuch warfen oder wie die Atari an die Wand gedrückt wurden, hielt Tramiel die Commodore dank der Erfolgscomputer vom Typ Vic 20 und Commodore 64 immer in der Gewinnzone.

Die Frage ist allerdings, ob Tramiel seinen Commodore-Erfolg auch bei Atari wiederholen kann. Denn jetzt tritt er nicht nur gegen seine ehemaligen Firma an, sondern auch gegen Giganten wie IBM, AT-T, TTT, Xerox, Apple und Tandy sowie die großen japanischen und europäischen Computerhersteller. Sicher wird es aber bei Computern in der Preisklasse unter 1000 Dollar einen noch härteren Wettbewerb geben.

SEL-HV

Arbeitskampf wirkt sich aus

MANFRED FUCHS, Fellbach

Negative Auswirkungen des jüngsten Arbeitskampfes in der Metallindustrie auf Umsatz und Ergebnis der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, werden im Geschäftsjahr 1984 mit Bestimmtheit nicht vollständig zu vermeiden sein, erklärte SEL-Vorstandsvorsitzender Helmut Lohr am Freitag auf der Hauptversammlung in Fellbach bei Stuttgart. Zumindest für das erste Halbjahr werde eine gravierende Verschlechterung zu erwarten sein, obwohl Lohr wegen der Folgen des Arbeitskampfes noch keine Zahlen vorlegen konnte. Umsatz und Ergebnis auch des Gesamtjahres 1984 seien nur äußerst schwer einzuschätzen.

Noch im Mai 1984 hatte Lohr für das Gesamtjahr eine Umsatzsteigerung in der SEL-Gruppe um etwa 7 Prozent vorhergesagt, nach einem Zuwachs um 3,4 Prozent auf 4,239 Mrd. DM im Geschäftsjahr 1983. Im ersten Quartal 1984 hatte sich der Gruppenumsatz um 5,4 Prozent auf 314 Mill. DM und der Auftragseingang sogar um 63,8 Prozent auf 1,443 Mrd. DM erhöht.

Die Dividendengarantie von 10,50 DM für die freien Aktionäre, die rund 14 Prozent des Aktienkapitals von rund 384 Mill. DM halten, läuft 1985 aus. Bei einer Präsens von 94,3 Prozent des Aktienkapitals genehmigte die Hauptversammlung die Tagesordnung. Mehrheitsaktionär ist mit rund 86 Prozent der IIT-Konzern.

MEDIEN

Kauf-Angebot für den „Mirror“

fu, London

Der britische Zeitungsverleger Robert Maxwell hat durch seinen Verlag Pergamon Press ein Angebot zur Übernahme der Mirror-Zeitungsgruppe in Höhe von 80 Mill. Pfund (gut 300 Mill. DM) gemacht. Auf einer Pressekonferenz erklärte Maxwell, er wäre bereit, sein Angebot an die Gruppe Reed International auf bis zu 100 Mill. Pfund anzuheben.

Reed International ist ein Medienkonzern, dem neben der Mirror-Zeitungsgruppe (Daily Mirror, Sunday Mirror, Sunday People und andere) mit ihrem unbedeutenden Anteil am Nachrichtendienst Reuters vor allem Unternehmen der Papier- und Verpackungsindustrie, Druckereien sowie Bau- und Innenausstattungs-Firmen angehören. In London geht man davon aus, daß der Konzern das Übernahmeangebot von Pergamon Press ablehnt.

Seit langem beabsichtigt Reed International, seine Mirror-Gruppe über die Börse abzustufen. Ursprünglich war erwartet worden, daß dies mehr als 100 Mill. Pfund bringen würde. Heute gehen die Schätzungen von nur noch rund 65 Millionen Pfund aus, nachdem der Mirror-Unternehmensgewinn im letzten Jahr von acht auf fünf Millionen Pfund geschrumpft ist. In den letzten Wochen ist es wiederholt zu Kontroversen in der Gruppe wegen umstrittener Entscheidungen des neuen Geschäftsführers Clive Thornton gekommen.

NAMEN

Bergassessor a. D. Helmut Kranz, bis 1975 Vorsitzender des Grubenvorstandes der Gewerkschaft Sophia-Jacoba in Hückelhoven war, vollendete am 8. Juli das 75. Lebensjahr.

Wolfgang Geerken, bisher Vorstandsvorsitzender der Eternit AG, Berlin, wurde zum Vorstandsvorsitzenden der Berthold AG, Berlin als Nachfolger von Heinrich Metz berufen, der auf eigenen Wunsch ausgeschieden ist.

Dr. Armin Kelwe, Vorstandsmitglied der Deutschen BP AG, Hamburg, legt aus persönlichen Gründen sein Amt zum 31. August 1984 nieder. Wilhelm Johannes Silberhohl,

Gründer und Hauptaktionär der Agplan Aktiengesellschaft für Industrieproduktion, Mülheim/Ruhr, ist am 12. Juni im Alter von 72 Jahren gestorben.

Dr. Karl Peter Kress, Geschäftsführer der Edeka Fruchtkontore GmbH, Hamburg, verläßt zum Jahresende die Handelsgruppe und wird neue Aufgaben bei der Metro International übernehmen.

Karl Heinz Eickenberg, Mitglied des Vorstandes der Dierig Holding AG und Geschäftsführer der Christian Dierig GmbH, Augsburg, wurde in die Beiräte der Martini Textil GmbH und Prinz Textildruck GmbH, Augsburg berufen.

KOLUMBIEN / Das Land sucht zwei Milliarden Dollar von privaten Anlegern

Vom Schuldenproblem kaum betroffen

G. FRIEDLÄNDER, Bogotá

Nach dem Treffen von Cartagena ist Bogotá nun Schauplatz einer anderen Tagung geworden, die für Kolumbien von großer Bedeutung ist: 130 private Anleger aus aller Welt nahmen eine Einladung der Regierung an, 257 Projekte des Entwicklungsministeriums kennenzulernen, für die Partner gesucht werden.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß Cartagena vor 15 Jahren bei der Gründung der Andenmarktgemeinschaft Schauplatz einer Zusammenkunft war, bei der die Andenländer dem ausländischen Privatkapital Spielregeln für seine Mitwirkung an ihrem wirtschaftlichen Aufbau vorschrieben, die Perus sozialistische Militärdiktatur zur Bedingung ihrer Teilnahme gemacht hatte. Man verkannte die Bedeutung der privaten Anleger bei der Entwicklung Südamerikas. Die privaten Anleger verloren prompt ihr Interesse an den Andenländern. Chile trat aus der Gemeinschaft aus, um die Bewegungsfreiheit für seine Anlagepolitik zurückzugewinnen. Perus Generäle mußten ihr Land den Zivilisten über-

geben. Kolumbien konnte 1974 im ersten Halbjahr nur 73,1 Mill. Dollar Privatkapital aus dem Ausland anziehen. Jetzt versucht Betancurs Regierung, das Interesse der privaten Anleger neu zu wecken.

Für die 257 Projekte werden zwei Mrd. Dollar gesucht. Die beiden größten erfordern eine Summe von je 550 Mill. Dollar. Ein hoher kolumbianischer Beamter erklärte vor kurzem bei einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland, daß Kolumbien jedem Anleger gute Verdienstmöglichkeiten bietet. Man habe sich deshalb zu einer neuerlichen Werbung unter privaten Anlegern im Ausland entschlossen, um sie mit Ministern, staatlichen Organisationen, privaten Fachverbänden und ihren eventuellen kolumbianischen Partnern zusammenzubringen. Es ist der erste Schritt auf dem Weg der neuen Entwicklungspolitik, durch Wirtschaftswachstum das Schuldenproblem Herr zu werden.

Kolumbien gilt mit Recht als das vom Schuldenberg am wenigsten betroffene Land. Das heißt nicht, daß alles rosig aussieht. Vor wenigen Ta-

gen überschritt der Dollarkurs (1970 noch 16 Pesos) die magische Grenze von 100 Pesos. Der Fall ist nicht so dramatisch wie der Zusammenbruch der Währungen Argentiniens, Brasiliens, Uruguays oder Perus. Dazu trug auch bei, daß seit der Regierung Restrepo (1968-1970) der Peso jeden Tag eine minimale Abwertung erlitt. Viele kolumbianische Wirtschaftsfachleute sind für diese Politik, meinen aber, die Abwertungen seien zu gering gewesen.

Die täglichen Mini-Abwertungen haben die Pro-Kopf-Auslandsverschuldung der Kolumbianer unangemessen anwachsen lassen. Jeder Kolumbianer schuldet dem Ausland Ende 1983 21.000 Pesos (236,56 Dollar) gegenüber 7100 Pesos (165 Dollar) vor nur 5 Jahren.

Bellerio Betancur ist Wirtschaftsfachmann und war lange Zeit Vorsitzender der Vereinigung kolumbianischer Finanzinstitute. Der Export des qualitativ geschätzten kolumbianischen Kaffees sorgt für ein beständiges Deviseneinkommen, das in Jahren brasilianischer Frostschäden hoch ansteigen kann. (SAD)

EG / Exporterfolge lassen nach

Einfuhren kräftig erhöht

WILHELM HADLER, Brüssel

Die ausgeprägten Exporterfolge auf Drittlandsmärkten, die zu Beginn des Jahres die Konjunktur in der Europäischen Gemeinschaft bestimmt haben, scheinen sich seither nicht mehr im vollen Umfang fortgesetzt zu haben. So deuten die für März und April vorliegenden Angaben nach Mitteilung des Statistischen Amtes der EG auf eine Stabilisierung, wenn nicht sogar auf eine Verlangsamung des Ausfuhrschubes hin.

Immerhin erhöhten sich die EG-Exporte in den ersten drei Monaten dieses Jahres (ohne Berücksichtigung der Benelux-Länder) um rund 19 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Die besten Ergebnisse zeigten im ersten Quartal Irland mit 39 Prozent und Großbritannien mit 30 Prozent.

Die Einfuhren der Gemeinschaft aus Drittländern stiegen in den ersten drei Monaten um 14 Prozent, besonders kräftig in Großbritannien (24

Prozent). Nachdem lange Zeit nur Rückgänge zu verzeichnen waren, nahmen die Importe von Mineralölprodukten erstmals wieder zu, wenn auch weniger stark (acht Prozent) als die übrigen Erzeugnisse.

Die Bezüge aus Ländern innerhalb der EG kletterten im ersten Quartal wieder (ohne Benelux) um 16 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. An der Spitze bei der Zunahme der Lieferungen in andere Länder standen Griechenland (49 Prozent) und Irland (30 Prozent). Das Schlußstück im Gemeinschaftshandel bildete Dänemark mit nur fünf Prozent.

Trotz der verbesserten Handelsbilanz weisen die jüngsten Schätzungen für die EG insgesamt eine defizitäre Entwicklung der Bilanz der laufenden Posten aus. Positiv ist die Leistungsbilanz nur in der Bundesrepublik, den Niederlanden und Großbritannien. Frankreich, Dänemark, Griechenland, Italien und Irland stecken mit Sicherheit im Minus.

BEK strebt stabilen Beitragssatz an

Py, Düsseldorf

Die in diesem Jahr mit jetzt rund 4,5 Millionen Mitgliedern und 6,4 Mill. Versicherten 100 Jahre bestehende Barmer Ersatzkasse (BEK) strebt eine Stabilität des Beitragssatzes von 11,6 Prozent an, wenngleich die Kosten in den meisten Leistungsbereichen der größten deutschen gesetzlichen Krankenversicherung bereits wieder deutlich (plus 5 Prozent) steigen. Der Jahresbericht schließt bei Gesamteinnahmen von rund 12,81 (11,73) und Gesamtausgaben von 12,27 (11,09) Mrd. DM mit einem Überschuss von 547 (486) Mill. DM. 500 Mill. DM davon kostet bereits die Beitragsersparnis als Folge der Beitragsabsenkung zu Jahresbeginn 1984.

Im letzten Jahr nahmen die Leistungsausgaben je Mitglied um 2,5 (1982: minus 2) Prozent zu. Inzwischen haben sich die Ausgaben besonders massiv bei der Krankenhausbehandlung verteuert. Die Einnahmesteigerung blieb dagegen aufgrund der nur wenig günstigen Grundlohnentwicklung zurück.

CONTI-HV / Achtungserfolg der Opposition

Stimmbegrenzung gebilligt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Der größte deutsche Reifenhersteller, die Continental Gummi-Werke AG in Hannover, gehört jetzt zu den börsennotierten Unternehmen mit Stimmrechtsbeschränkung. Trotz heftiger Kritik der Aktionäre stimmte die Hauptversammlung dem Vorschlag der Verwaltung zu, das Stimmrecht pro Aktionär auf 5 Prozent des Grundkapitals zu begrenzen. Die Gegner dieses Vorschlags erzielten allerdings einen Achtungserfolg: Bei fast 848 000 Nein-Stimmen und über 101 000 Enthaltungen votierten „nur“ 75,3 Prozent der vertretenen Stimmen (Präsens: 60,5 Prozent) dafür. Entsprechend der Satzung, so Conti-Aufsichtsratsvorsitzender Alfred Herrhausen, wäre die einfache Mehrheit ausreichend gewesen.

Für Conti-Verhältnisse ungewöhnlich viele Gegenstimmen zeigten auch die Abstimmungsergebnisse zu den anderen Tagesordnungspunkten. Dies gilt für die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat (rund 5 Prozent Nein-Stimmen und Enthaltungen) und für die Satzungsänderung, mit der eine Neudefinition des Sonn-

abend verbunden war (knapp 10 Prozent Nein-Stimmen und Enthaltungen). Lediglich der Verwendung des Jahresüberschusses mit der Wiederaufnahme der Dividendenzahlung von 6 Prozent stimmte die Hauptversammlung nahezu einmütig zu. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Günther Sabmannshausen (Preussag) und Friedrich Schiefer (Allianz).

Herrhausen und Conti-Vorstandschef Helmut Werner wiesen im Verlauf der Hauptversammlung mehrfach darauf hin, daß der Einstieg eines Großaktionärs durch das begrenzte Stimmrecht nicht ausgeschlossen werde. Die Verwaltung könne sich durchaus eine solche Beteiligung, die allerdings kontrolliert erfolgen müßte und die eigene Unternehmensstrategie nicht gefährden dürfe, vorstellen. Werner bestätigte, daß Conti-Gummi von Goodyear sofort unterrichtet wurde, als diesem Unternehmen Conti-Aktien angeboten wurden. Es habe sich dabei um zwei Pakete von je 10 Prozent gehandelt. Aus der Präsenzliste indes ließ sich eine solche Paketbildung nicht erkennen.

RENTENMARKT / Diskonterhöhung verunsichert

Zinsen leicht gestiegen

Das Rentengeschäft schleppt sich nur sehr zähflüssig dahin. Die erhoffte Belebung der Nachfrage zum Halbjahres-Kupontermin, zu dem umfangreiche Mittel zur Wiederranlage freierwerden, ist ausgeblieben. Die Diskonterhöhung in der letzten Juniwoche hat nicht gerade dazu beigetragen, die Erwartungen der Anleger zu stärken, daß die Zinsen in der Bun-

desrepublik möglicherweise sinken könnten. Auch wenn diese Maßnahme der Bundesbank nicht als Zinssteigerungssignal aufgefaßt wurde, so hat sie doch in Anlegerkreisen etwas verunsichert. Die Aktivitäten haben sich in der letzten Woche in erster Linie auf die Unterbringung der neuen Bundesanleihe konzentriert, die noch nicht abgeschlossen ist. (cd.)

Emissionen	6.7.84	29.6.84	29.12.83	30.12.83	30.12.81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,61	7,57	7,66	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,70	7,68	7,72	7,04	10,55
Sonderanleihen	7,68	7,68	7,63	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,76	7,80	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,67	7,67	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,40	7,38	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,19	8,18	8,30	7,94	8,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,67	7,67	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	8,07	8,06	8,06	8,45	10,22

Bilanz 1983:

Die Ansprüche stiegen, BMW wuchs.

Das Jahr 1983 brachte für BMW nach einer langen Kette guter Jahre einen neuen Höhepunkt. Die wirtschaftlichen Daten wie auch die allgemeinen Marktdaten wurden wiederum erheblich übertroffen. Damit stieg der Umsatz wie schon seit Jahren in zweistelliger Größenordnung: Im Berichtsjahr nahm er wie im Vorjahr um rund 20% zu. Weltweit wurden 422.000 Automobile verkauft, 12% mehr als im Vorjahr. In der Bundesrepublik verzeichnete BMW mit einem Zuwachs von 22% bislang nicht erreichte Zulassungswerte. 264.000 Automobile wurden exportiert, 7% mehr als 1982, was den

international wiederum gewachsenen Erfolg dokumentiert. Auch beim Motorrad konnte beistag-nierendem Gesamtmarkt die BMW Position leicht verbessert werden: rund 28.000 Motorräder wurden gefertigt und verkauft. BMW verdankt diese günstige Entwicklung der Herstellung qualitativ hochwertiger Produkte und dem konsequenten Einsatz fortschrittlicher Technologien, die BMW Automobile und Motorräder besonders chancenreich machen. Und - wie man sieht - besonders erfolgreich, weil eine ständig wachsende Zahl anspruchsvoller Fahrer dieses Bemühen um mehr Qualität honoriert.

Zusammengefaßter Jahresabschluß der BMW AG

Bilanz zum 31.12. (in Mio. DM)	1983	1982		1983	1982
Aktiva			Passiva		
Sachanlagen	2.217	2.152	Eigenkapital	1.593	1.451
Finanzanlagen	270	271	Sonderposten mit Rücklagenanteil	178	136
Vorräte	791	738	Namens-Gewinn-Scheine	36	29
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	131	129	Pensionsverpflichtungen	580	519
Flüssige Mittel (einschl. Wertpapiere)	798	519	Andere Rückstellungen	1.489	1.112
Übrige Forderungen und Posten der Rechnungsabgrenzung	1.026	813	Langfristige Verbindlichkeiten	248	522
			Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	144	110
			Übrige Verbindlichkeiten und Posten der Rechnungsabgrenzung	625	518
				201	222
Bilanzsumme	5.194	4.619	Bilanzgewinn	144	110
			Bilanzsumme	5.194	4.619
Gewinn- und Verlustrechnung (in Mio. DM)				1.680	1.962
Umsatzerlöse	11.481	9.372			
Bestandserhöhung und aktivierte Eigenleistungen	74	95			
Gesamtleistung	11.555	9.467			
Materialeinsetzungen	6.221	5.046			
Personaleinsetzungen	2.472	2.244			
Abstrechungen	717	616			
Übrige Aufwendungen und Erträge (akkumuliert)	1.237	985			
Steuern	620	376			
Jahresüberschuß	288	270			

BMW auf einen Blick

Umsatz Konzern (Welt) Mio. DM	14.025,7	+20,7%
Umsatz BMW AG Mio. DM	11.480,9	+22,5%
Umsatz Automobile Einheiten	422.491	+11,5%
Umsatz Motorräder Einheiten	28.291	+6,3%
Mitarbeiter Konzern (Welt)	50.158	+5,7%
Mitarbeiter BMW AG	43.109	+6,0%
Investitionen in Sachanlagen BMW AG Mio. DM	800,6	+6,4%
Jahresüberschuß BMW AG Mio. DM	288,0	+44,0%

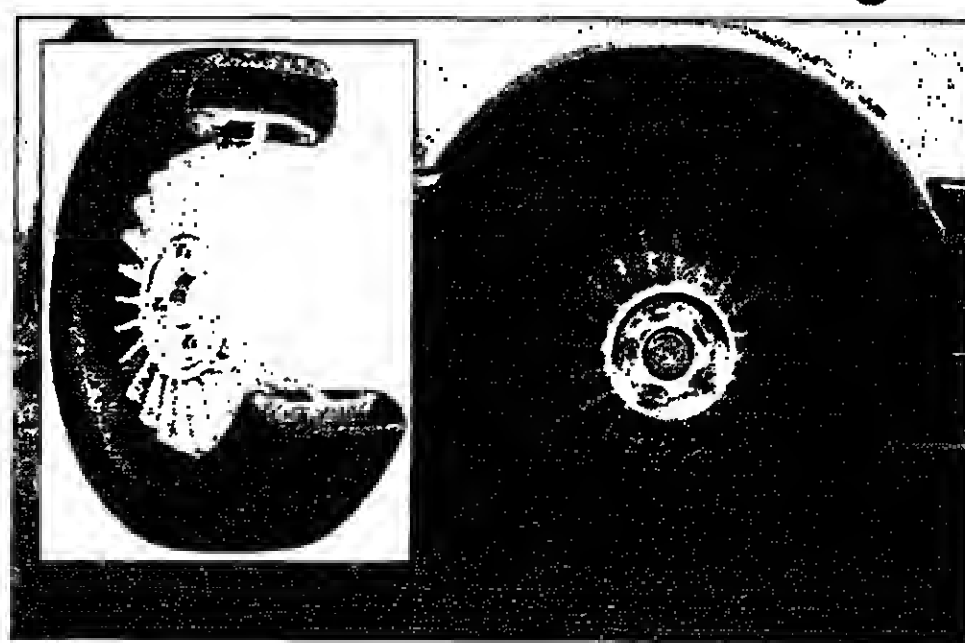
Die vollständigen Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 1983 der Bayerische Motoren Werke AG und der BMW Konzerns gemäß § 328 AktG sind mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des

Abschlußprüfers versehen und werden im Bundesanzeiger veröffentlicht. Die Auswertung der in der Hauptversammlung vom 5. Juli 1984 für das Geschäftsjahr 1983 beschlossenen Dividende von 11 DM und eines Bonus von 1 DM je Aktie zu 50 DM auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 600 Mio. DM erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 34 nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer ab sofort bei den in der vollständigen Dividendenbekanntmachung im Bundesanzeiger vom 06.07.1984 genannten Zeitstellen. Aufsichtsratsvorsitzender: Hans Graf von der Goltz, Vorsitzende: Eberhard v. Kuenheim, Vorsitzender: Volker Doppelgänger, Dr. Hans Hagen, stellv.: Hans Koch, Franz Köhne, stellv.: Dr. Eberhard von Koerber, stellv.: Dr. Helmut Schiefer. München, den 06.07.1984 DER VORSTAND

Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft München

BMW AG

Conti 83: Innovation für morgen



Conti ReifenSystem
Die Anforderungen unserer Kunden an unsere technologische Kreativität wächst laufend. Das Conti-ReifenSystem ist ein völlig neues Konzept. Es macht die Weiterfahrt im Pannennfall möglich, ist komfortabler, sicherer, langlebiger und wirtschaftlicher. Eine Innovation für morgen.

Konzern-Jahresabschluß 1983 (Kurzfassung) in Mio. DM

Bilanz zum 31. Dezember	1983	1982	Gewinn- und Verlustrechnung	1983	1982
Aktiva			Aktiva		
Sachanlagen	691,2	713,8	Außenumsatzsteuere	3.367,2	3.248,8
Finanzanlagen	38,8	41,2	Bestandserhöhung	- 14,9	- 5,0
Ausgleichsposten a. Konsolidierung	52,0	60,6	Aktivierte Eigenleistungen	22,7	28,1
Vorräte	541,1	548,3	Gesamtleistung	3.402,0	3.271,9
Übrige Umlaufvermögen	562,4	621,6	Materialeinsetzungen	1.420,0	1.361,8
	1.887,4	1.918,7	Personaleinsetzungen	1.298,9	1.278,1
			Abstrechungen	150,1	125,2
			Zinsaufwand (skumuliert)	69,4	102,7
Passiva			Steuern	85,6	65,8
Grundkapital	270,0	270,0	Mehraufwand a. übrigen Positionen	348,8	316,0
Konzernrücklagen	193,8	151,0	Jahresüberschuß	41,3	29,0
Rückstellungen	386,4	374,4	Gewinnvortrag	4,0	5,6
Langfristige Verbindlichkeiten	456,6	483,3	Veränderung der Konzernrücklagen u.ä.	- 29,1	- 17,2
Andere Verbindlichkeiten	622,4	621,6	Konzernbilanzgewinn	+ 16,2	+ 6,4
Konzerngewinn	16,2	8,4			
	1.887,4	1.918,7			

Der vollständige Konzernabschluß und der Jahresabschluß der Continental Gummi-Werke AG enthalten den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers und werden im Monat Juli im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Dank an unsere Kunden

1983 wurde das zentrale Unternehmensziel - Dividendenfähigkeit - erreicht. Ein neues Reifenprogramm, viele technologisch anspruchsvolle Neuentwicklungen bei technischen Produkten und eine gute Konjunktur waren die Basis. Continental und Uniroyal-Reifen gewinnen Marktanteile in Europa. Ein Dank an unsere Kunden.

Dank an unsere Aktionäre

Die Lage in der Kautschukindustrie war und ist äußerst schwierig. Contil hat schon viele Probleme beseitigt. Daß unsere Aktionäre in der Vergangenheit Verständnis gezeigt haben, verpflichtet uns zu Dank.

Dank an unsere Mitarbeiter

Die erstmalig positive Entwicklung unseres Unternehmens wäre 1983 nicht ohne den Leistungswillen der Menschen im Konzern möglich gewesen. Ihnen und allen Belegschaftsvertretern ein Dankeschön.

Dividendenbekanntmachung

Die Auszahlung der in der Hauptversammlung vom 6. Juli 1984 für das Geschäftsjahr 1983 beschlossenen Dividende von 11 DM je Aktie im Nennbetrag von DM 50,- erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 28 nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer ab sofort bei den in der vollständigen Dividendenbekanntmachung im Bundesanzeiger vom 7. Juli 1984 genannten Zeitstellen. Unbeschränkt steuerpflichtigen Aktionären wird bei Vorlage einer „Nichtveranlegungs-Bescheinigung“ ihres Wohnsitzfinanzamtes die Dividende ohne Abzug der Kapitalertragsteuer und zuzüglich der anrechenbaren Körperschaftsteuer in Höhe von 9/16 der Dividende ausbezahlt.

Continental Gummi-Werke Aktiengesellschaft, Hannover

Programm-Karriere

Es geht um ein EDV-Programm-Paket, das folgende Bereiche umfaßt: Materialwirtschaft, Zeitwirtschaft, Bestellwesen, Lohn und Gehalt, Finanzbuchhaltung, Kostenrechnung, Kalkulation, Kundenaufträge und Betriebsdaten. Eine Gesellschaft, die dieses Paket vertreibt, sucht zu guten Konditionen einen leitenden Programmierer. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 14. Juli, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

VIELE REDEN VOM FRIEDEN.

WIR ARBEITEN FÜR IHN.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Straße 2
3500 Kassel
Postcheckkonto
Hannover 1033 60-301

Continental

Montag, 3. Juli 1984 - Nr. 158 - DIE WELT

SCHLOEMANN-SIEMAG / Wende in Sicht

Belebung bei Hüttenwerken

J. GEILHOFF, Düsseldorf

Auf halbem Wege ihres zu Anfang 1984 wegen Auftragsmangels recht spektakulär angekündigten Personalabbaus um fast ein Fünftel oder rund 600 Leute macht die SMS Schloemann-Siemag AG, Düsseldorf und Hilttenbach/Siege, jetzt "zunächst" einmal halt. Vorstandsvorsitzender Heinrich Wäysä erklärt das mit ersten Anzeichen einer Belebung im Hüttenwerksgeschäft. Auch die gerade beendete Disziplinierung der METEC '84 habe diesen Trend bestätigt. SMS jedoch, werde für eine Fortsetzung dieser noch jungen Hüttenwerksgeschäfts (dann wohl als METEC '89) stehen, wenn das Messerpräsidium am 12. Juli darüber beschließt.

Beim SMS-Stammhaus, wo die Hüttenwerke (Walzwerke und Stranggießereien) konzentriert ist, spürte man die Wende bereits im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) mit einer Erhöhung des Auftragsbestandes vom vorjährigen Tiefstand auf 630.330 Mill. DM; bei 520 (500) Mill. DM Umsatz verbesserte sich auch der Auftragsbestand auf 2,9 (2,8) Mrd. DM. Beim SMS-Verbund, zu dem vor allem die große und derzeit im Boom liegende Kunststoffverarbeitungsmaschinenfabrik Battenfeld gehört, erhöhte sich 1983/84 der Umsatz auf 1,31 (1,22) Mrd. und der Auftragsbestand auf 1,16 (1,1) Mrd. DM.

Das "Zunächst" beim Stopp des Personalabbaus terminiert der SMS-Chef auf Frühjahr 1985. Bis dahin

werde entschieden sein, ob man gegen harte japanische Konkurrenz (die diesen stornierten Auftrag schon einmal in den Büchern hatte) beim wiederbelebten Ausbau des Hüttenwerkes Baoshan/China (Warmbreitbandwerk und Stranggießereien) mit mehr als 1 Mrd. DM Konsortialauftragswert zum Zuge komme.

Wenn nicht, dann wird sich das SMS-Stammhaus wohl doch noch auch beim Personal darauf einstellen, daß die Hüttenwerke auf Jahre hinaus ein "Detailgeschäft" der Lieferungen für Ersatz und Modernisierungsinvestitionen bleiben wird. Denn Neubauten großer Hüttenwerke sind in der Welt-Stahlindustrie, die auch mit ihrer 1984er Produktionssteigerung auf etwa 700 Mill. t Rohstahl noch um gut ein Viertel hinter ihren vollen zum Teil noch stillgelegten Kapazität bleiben werde, weiterhin die große Ausnahme. Was da an Aufträgen fließt, machen auch die Investitionen der derzeit prächtig laufenden Aluminiumindustrie nicht weh.

Modernisierung und Rationalisierung in der Stahlindustrie bieten jedoch gerade auch durch Entwicklung neuer Anlagen nach der Einschätzung von Wissenschaftlern Chancen. Während der Vorschau dieses Technik-Einsatzes weitergeht, kommen die ersten Aufträge, kaum zehn Jahre alte Anlagen durch modernere mit Heiß-Einsatz des Materials im Walzwerk zu ersetzen.

JETAIR LUFTVERKEHRS AG / Emissionsangebot von Kapital & Wert zu einem abenteuerlichen Phantasiepreis

Wenn Geldscheine durch die Luft wirbeln

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das ist nur 'was für Dumme oder für Leute, denen es nichts ausmacht, wenn ihre Geldscheine durch die Luft wirbeln und auf Nimmerwiedersehen verschwinden. Das ist der Kommentar eines alten Börsenhasen zum Zeichnungsangebot der Jetair Luftverkehrs AG, München, die mit dem Verkauf von 100.000 stimmrechtslosen Vorzugsaktien, eingeteilt in 10.000 Stück à 10 mal 50 DM, rund 18 Millionen DM in die Kasse bekommen will. Immerhin verlangt "Bayerns nette Airline", wie sie sich in einer buntebildeiten Reklamschrift nennt, den stolzen Preis von 195 DM für eine Aktie, also 390 Prozent.

Für die Aktie einer Chartergesellschaft, die bislang noch nicht einen einzigen Touristen befördert hat, so ein Börsianer, sei das ein abenteuerlicher Phantasiepreis, wenn man diesen Kurs mit dem der Lufthansa-Aktie vergleicht, die an der Börse zuletzt zu Kursen von 145 DM zu haben war. Immerhin ist die Lufthansa ein weltweit etabliertes Unternehmen, das Gewinne einflegt und seinen Aktionären für das letzte Ge-

schäftsjahr eine Dividende von 3,50 DM je Aktie zahlt, während Dividendenversprechungen der Jetair lediglich auf dem geduldeten Papier des Emissionsangebots stehen.

Um so erstaunlicher ist es, daß nach Angaben der Gesellschaft immerhin schon 65 Prozent der Fünft-Millionen-Emission platziert sind. Selbst wenn alle Zeichner die Papiere zu dem von der Kapital & Wert e. G. angebotenen Vorzugskurs von 185 DM erworben hätten, wären das rund 12 Millionen, die da für ein Unternehmen lockergemacht wurden, das seine wirtschaftliche Existenzfähigkeit erst einmal unter Beweis stellen muß, und das in einer Branche, die voller Risiken steckt. Der seit einiger Zeit herrschende Aktienemissionsboom, der auch manche rasch welkende Blüte hervorgebracht hat, macht eben auch einiges eigentlich Unvorstellbare möglich.

Diesen Erfolg kann sich zweifellos die bislang vorwiegend im Vertrieb von Abschreibungsaktiven aktive Kapital & Wert e. G. als Verdienst anrechnen, die als Emissionshaus für die Jetair-Aktien fungiert. Unter ihren nach eigenen Angaben rund

10.000 Anlagegegnossen hat die Mainzer Anlagegenossenschaft ein offensichtlich genügend großes Potential an unkritischen Kunden gefunden, die ihr Geld vielleicht nicht einmal in blindem Vertrauen Bayerns noch unbekannter netter Airline anvertraut haben. Denn in dem Emissionsangebot wird mehrfach die Bayerische Hypothek- und Wechselbank erwähnt. Wenn eine so renommierte Bank mit von der Partie ist, so mag mancher denken, muß die Jetair-Emission wohl eine ordentliche Sache sein, die dem prüfenden Blick kritischer Bankiers standhält. Und bei einer neuen Aktienemission, die von einer seriösen Bank gemangelt wird, kann man erwarten, daß der Ausgabekurs so ausgewogen gewählt ist, daß er sowohl den Interessen des Unternehmens als auch dem der Anleger gerecht wird, also auch das mögliche Risiko einer Aktie angemessen berücksichtigt.

Was aber vermutlich nur die wenigsten Leser des Gedruckten bemerkt haben: Die Hypothek übernimmt nicht die geringste Verpflichtung oder Verantwortung für die Emission. Sie fungiert, wie im Emissions-

angebot nachzulesen, lediglich als Verwahr-, Zahl-, Hinterlegungs- und Kuponentloshungsstelle. Das sind rein technische Funktionen, mit denen sich die Hypothek jedoch nicht ins Obligo für die Richtigkeit der Angaben im Emissionsangebot begibt, das wunderschöne Projektionen für den künftigen Höhenflug des Charter-Newcomers aus München enthält, für die übrigens auch die Jetair selbst ausdrücklich eine Haftung ausschließt.

Die Jetair beabsichtigt, ihre Aktien zum frühestmöglichen Termin an der Börse einzuführen. Weil die Voraussetzungen dafür noch gar nicht gegeben sind, kann es sich vorläufig nur um die Aufnahme des Papiers in den Telefonhandel handeln. Allerdings hat die Hypothek entgegen dem Eindruck, den Jetair-Vorstandsmitglied Wolfgang Jünger in einem Pressegespräch suggerierte, keinerlei Hilfe bei der Schaffung eines Marktes für Jetair-Aktien zugesagt. Über dieses Thema sei nicht einmal gesprochen worden, erklärte die Hypothek auf Anfrage. Im Klartext: Die Hypothek hat mit der Jetair-Emission nichts zu tun.

SECURITAS

Ertragskraft weiter gestärkt

W. WESSENDORF, Bremen

Die Securitas-Gilde Versicherungsgruppe hat im Geschäftsjahr 1983 ihre Bestände weiter konsolidiert und ihre Ertragskraft gestärkt. Die erklärte mittelfristige Unternehmenspolitik lautet denn auch "Stärkung der Reserven". "Für 1988 peilen wir einen technischen Gewinn an", sagte Vorstandsmittglied Horst Busch zum Geschäftsbericht 1983.

Während die Beitragseinnahmen der Gruppe sich 1983 unverändert auf 505 Mill. DM beliefen, stiegen die Vermögensanlagen von 999 Mill. DM auf

Anzeige

Abonnieren Sie Informationsfülle

Es gibt dickere Zeitungen als die WELT. Kaum ein Blatt aber bietet eine größere Vielfalt an Meldungen und Berichten: komprimiert, konzentriert, übersichtlich geordnet. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich schnell und umfassend informiert.

DIE WELT

Herausgeber: VERLAG DER WELT, Postfach 30 56 30, 2000 Hamburg 36
Vertrieb: Postfach 30 56 30, 2000 Hamburg 36
An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 56 30, 2000 Hamburg 36

Bestellchein
Bitte liefern Sie mit dem nachstehenden Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,- (inkl. 5% MwSt., Luftpostzuschlag auf Anfrage, anliegendes Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen).

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____ Datum: _____
Unterschrift: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abschluß-Datum gerechnet) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 56 30, 2000 Hamburg 36

Unter-schrift:

1,127 Mrd. DM. Die konsolidierte Erfolgsrechnung weist einen Jahresüberschuss von 5,1 Mill. DM nach 2,3 Mill. DM aus. Zur Verbesserung der Ergebnisse haben alle Gesellschaften beigetragen, die Securitas Bremer Allgemeine Versicherungs-AG, die Securitas-Gilde Lebensversicherung AG, die Victoria-Gilde Krankenversicherung, beide Düsseldorf und die Deutsche Versicherungs-Gesellschaft in Bremen AG. Ende 1983 beschäftigte die Gruppe 878 (894) Mitarbeiter.

Bei der Securitas Bremer Allgemeine Versicherungs-AG ließen die Beitragseinnahmen wegen der Sanierung verlustreicher Bestände um 3,8 Prozent auf 224,4 Mill. DM nach. Busch: "Der Schadenverlauf war wesentlich besser als im Vorjahr", der Brutto-Schadenaufwand habe mit 173,3 Mill. DM um 1,1 Prozent unter dem Vorjahr gelegen, so daß sich die Brutto-Schadenquote von 90,7 auf 76,9 Prozent verbessert habe.

Der Schwankungsrückstellung wurden 4,2 (2,7) Mill. DM zugeführt, der technische Verlust betrug 9,3 (5,9) Mill., davon entfielen 3,7 (3,5) Mill. auf das direkte und 5,6 (2,4) Mill. auf das indirekte Geschäft. Insgesamt wurden die Sicherheitsmittel des technischen Bereichs trotz geringerer Beitragseinnahmen um 15,1 Mill. DM gesteigert.

Das nichttechnische Ergebnis von 10,3 Mill. DM reichte aus dem technischen Verlust von 9,3 Mill. DM zu decken und einen Jahresüberschuss von knapp 1 Mill. DM auszuweisen. Er vermindert den Verlustvortrag aus dem Vorjahr (2,4 Mill. DM) auf noch 1,4 Mill. DM. Busch: "Es ist unser Ziel, für dieses Geschäftsjahr diesen Verlust wegzubringen."

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Erlös-Gratisaktien

München (sz) - Die gute Wohnungsbau-Konjunktur 1983 hat dem größten deutschen Tonziegel-Hersteller, Erlös-Baugewerke AG in Neufahrn, eine kräftige Umsatzsteigerung von 12,7 Prozent auf 76,1 Mill. DM gebracht. Der Jahresüberschuss erhöhte sich um 25,0 Prozent auf 1,75 Mill. DM. Nach Einstellung von fast 0,9 (0,7) Mill. DM in die freien Rücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von 0,9 (0,7) Mill. DM. Der HV am 31. Juli wird vorgeschlagen, daraus eine auf 12,50 (10) DM erhöhte Dividende auszuschütten. Ferner soll das Grundkapital aus Gesellschaftsmitteln um 0,875 Mill. auf 4,375 Mill. DM aufgestockt werden.

SEL-Großauftrag

Stuttgart (VWD) - Die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, hat eine internationale Ausschreibung zum Aufbau eines landesweiten Richtfunknetzes für die Übertragung von Ferngesprächen in Malaysia gewonnen. Das Großprojekt im Wert von rund 600 Mill. DM umfaßt nach Unternehmensangaben die Einrichtung von 250 Richtfunkstationen mit rund 2500 Sendern/Empfängern, ein Glasfaser-Kabelsystem, Stromversorgungen und Infrastrukturmaßnahmen wie den Bau von Zufahrtswegen und Gebäuden.

Engagement aufgestockt

Frankfurt (VWD) - Die überwiegend im Besitz einer Schweizer Bankiersgruppe stehende Union-Beteiligungen AG, Heidelberg, hat jetzt ihr Engagement bei der französischen Zuber-Rieder S. A., Mühlhausen, von

bisher 12 auf 20 Prozent aufgestockt. Einschließlich der von nahestehenden Aktionären gehaltenen Anteile verfügt die Union AG, die 1983 ihre 13-Prozent-Beteiligung bei dem französischen Mineralwasserproduzenten Vittel an das Bankhaus Merck, Finck verkauft hat, bei Zuber-Rieder nach eigenen Angaben mit 37,5 Prozent jetzt über die einfache Hauptversammlungsmehrheit. Die Aktie wird an der Börse in Nancy amtlich notiert. Zuber-Rieder weist einen Jahresumsatz von rund 200 Mill. F aus, stellt Schul- und Büroartikel her und betreibt außerdem eine Papierfabrik.

Wechsel im Vorstand

Berlin (VWD) - An der Spitze der Berthold AG, Berlin, vollzieht sich in diesen Tagen ein Wechsel. Zum neuen Vorstandsvorsitzenden wurde Wolfgang Geerken, Vorstandsmittglied der Eternit AG, Berlin, berufen. Geerken scheidet zum 7. Juli 1984 bei Eternit aus und wird heute sein neues Amt übernehmen. Wie Geerken bestätigte, ist der bisherige Berthold-Vorstandsvorsitzende Heinrich Metz zum 30. Juni ausgeschieden. Berthold ist der führende deutsche Hersteller von Fotosetzgeräten und -maschinen.

Wieder 12 Prozent

Frankfurt (VWD) - Die Verteilung von wieder 12 Prozent Dividende für das Geschäftsjahr 1983 wird der HV der A. Steigenberger Hotelgesellschaft KGaA am 22. August vorgeschlagen. Vom dividendenberechtigten Grundkapital von 6 Mill. DM werden lediglich 3 Prozent von freien Aktionären gehalten.

Aus für Berliner Glasfaserfabrik

sz, Stockholm

Endgültig zu den Akten gelegt haben die fünf deutschen Firmen Siemens, AEG, Philips, Kabelmetal und SEL ihre Pläne, in Berlin ein Werk zur Herstellung von 100.000 Kilometer Glasfaserkabel pro Jahr zu errichten. Wie Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, Berlin/München, vor der Presse in Stockholm mitteilte, werden sich die Firmen nicht um eine Ministerlaubnis bemühen, nachdem das Projekt vom Bundeskartellamt untersagt worden ist. Kaske begründete dies damit, daß es keine neuen Argumente gebe, um vor der Monopolkommission sich neue Chancen zu eröffnen. Man müsse, so bedauerlich es sei, den Kartellspruch akzeptieren.

Für Siemens ergebe sich daraus jetzt die Notwendigkeit, so Kaske, schnell ein neues Konzept zu erarbeiten. Ohne auf nähere Einzelheiten einzugehen, bestätigte er, daß Siemens vorerst nur die eigene Miniatur-Pilotanlage auf 30.000 Kilometer Glasfaserkabel im Jahr ausbauen werde.

H & R im Ausland immer stärker

dos, Holzminden

Die Bayer-Tochter Haarmann & Reimer GmbH (H & R), Holzminden, weltweit einer der führenden Hersteller von Geruch- und Geschmackstoffen, befindet sich weiter auf Wachstumskurs. Nach Angaben eines Firmensprechers hat das Unternehmen im Geschäftsjahr 1983 den Gruppenumsatz um fast zehn Prozent auf 493 (450) Mill. DM gesteigert. Wesentlichen Anteil daran hat das Auslandsgeschäft, auf das mittlerweile 67,5 (61,5) Prozent des Umsatzes entfallen. Günstig beurteilt wird die Entwicklung im laufenden Jahr. Teilweise könne die Nachfrage nicht immer befriedigt werden. Zur Ertragsentwicklung will H & R keine näheren Angaben machen. Der im Bundesanzeiger ausgewiesene Jahresüberschuss von 17,58 Mill. DM für die GmbH (Umsatz 317 Mill. DM) dürfte sich aber zumindest parallel zum Umsatz verbessert haben. In der Bilanz werden die Ertragssteuern mit 17,4 Mill. DM ausgewiesen. Das Stammkapital beträgt 16,5 Mill. DM. Mit 11 Mill. DM lagen die Abschreibungen über den Investitionen vom 9,5 Mill. DM.

DEUTSCHE IMMOBILIEN FONDS / Ausschüttung auf neun Mark erhöht

Aufschwung bei Gewerbeobjekten

JAN BRECH, Hamburg

Der Marktbereich gewerbliche Immobilien mit überwiegend Einzelhandels- und Dienstleistungsnutzung, in den in den vergangenen Jahren bevorzugt offene Immobilienfonds investiert haben, entwickelt sich nach wie vor positiv. Demgegenüber gah es auf dem Einfamilienhausmarkt als Reaktion auf die euphorischen Wertanhebungen zurückliegender Jahre empfindliche Preisrückgänge.

Kennzeichnend für Objekte des Dienstleistungs- und Einzelhandelsbereichs in guter Lage, so schreibt die Verwaltung der Deutschen Immobilien Fonds AG (Difa), Hamburg, in ihrem Rechenschaftsbericht, sei ihre Wertstabilität. Spitzenobjekte würden auch in Flautezeiten selten angeboten und blieben von Preisrückgängen weitgehend verschont. In den besten Geschäftslagen der deutschen Wirtschaftszentren werden nach Angaben der Difa für kleinere Läden Mieten zwischen 120 und 200 DM je qm gezahlt, in Mittelstädten lägen die

Preisansätze zwischen 50 und 100 DM, bei größeren Ladenflächen entsprechend darunter.

Zum Büromarkt heißt es, daß er weitgehend ausgeglichen sei. Allerdings habe die Bevorzugung zentraler Lagen zu Lasten der Zweitlagen zugenommen. In den deutschen Dienstleistungszentren liege das Mietenniveau zwischen 25 und 35 DM je qm, wobei Frankfurt an der Spitze der Preisskala zu finden sei, Hamburg und Stuttgart mit Abstand dahinter. In München und Düsseldorf stehe der Markt zurzeit unter dem Eindruck noch nicht fertiggestellter Flächen.

Für die offenen Immobilien-Fonds habe vor allem Hamburg in letzter Zeit hohe Anziehungskraft ausgeübt, heißt es. Acht Fonds seien heute mit insgesamt 35 Objekten und einer Nutzfläche von 209.000 qm vertreten. Als Grund nennt die Difa die wieder wachsende Bedeutung des Stadtstaats für die norddeutsche Region und die noch nicht so extrem ausgeprägten Preise.

Die Entwicklung des von der Difa aufgelegten Fonds im Berichtsjahr 1983/84 wird als die bislang erfolgreichste bezeichnet. Die Ausschüttung je Anteil wird von 7 auf 9 DM erhöht. Die Erträge aus Liegenschaften stiegen um 6 Prozent auf 40 Mill. DM, die Zinserträge verdoppelten sich auf 25 Mill. DM. Die Mieterträge stiegen um 92 (86) Prozent aus gewerblicher Nutzfläche und nur noch um 8 (12) Prozent aus Wohnfläche. Der Vermietungsgrad erreichte unverändert 99 Prozent.

Netto sind dem Fonds rund 225 Mill. DM neu zugeflossen. Das Grundvermögen umfaßt nach 8 Zukäufen und einer Veräußerung 82 Grundstücke im Wert von 610 Mill. DM. Das Liquiditätsvermögen erhöhte sich um 87 Prozent auf 384 Mill. DM und wird überwiegend in Form lombardfähiger Wertpapiere unterhalten. Das gesamte Fondsvermögen überschritt Ende des Berichtsjahrs die Milliardenchwelle.

L'OREAL / Alle Produkte sollen schon bald aus eigener Herstellung stammen

Vertrauen in Kreativität und Innovation

WERNER NEITZEL, Karlsruhe

Mit Erzeugnissen der Haarkosmetik und Hautpflege sind, wenn man die richtigen Einfälle hat, in der Bundesrepublik gute Geschäfte zu machen. Dies demonstriert auch die L'Oréal Deutschland Haarkosmetik und Parfümerien GmbH, Karlsruhe, Tochter des gleichnamigen französischen Kosmetik-Riesen, die für das laufende Geschäftsjahr eine Umsatzsteigerung von 10 Prozent anvisiert und damit an die Marke von 300 Mill. DM Umsatz heranzukommen glaubt.

Geschäftsführer Bernhard Straub weist zwar darauf hin, daß das Konsumklima durch den Arbeitskampf negativ beeinflusst worden sei. Bei L'Oréal gebe man sich aber dennoch recht optimistisch und vertraue dabei auf die eigene Kraft in puncto Kreativität und Innovation. Als neue Produkte wurden in diesem Jahr die Hauptkategorie "Plénitude", die "Herzserie", "Cacharel pour l'homme" sowie "Colorelle" für Haar-Colorationen auf den Markt gebracht.

Gut vier Fünftel des Umsatzes tätigt die deutsche Tochter mit Produkten, die aus eigener (Karlsruher) Pro-

duktion stammen. Ziel sei - so Straub - diese Quote auf 100 Prozent hochzubringen. Dieser Zielsetzung dient ein großangelegtes Investitionsprogramm. Nach Investitionen des Berichtsjahrs 1983 von 10 (9,3) Mill. DM sind für 1984 Investitionen von über 22 Mill. DM vorgesehen. Neben dem Ausbau des Karlsruher Werks ist für den Herbst dieses Jahres die Inbetriebnahme einer neuen Versandzentrale in Karlsruhe-Hagsfeld vorgesehen, ein mit insgesamt 20 Mill. DM Aufwand veranschlagtes Projekt. Für das kommende Jahr werden Investitionen in der Größenordnung zwischen 10 und 12 Mill. DM geplant.

In 1983 hat das Karlsruher Unternehmen seinen Umsatz gemessen an der Branchenentwicklung überproportional um 10,1 Prozent auf 274 Mill. DM ausgeweitet. Auf Preisrückgängen entfielen davon etwa 3 Prozent-Punkte. Im Friseurbereich habe man seinen Marktanteil weiter gesteigert. Bei Verkaufsartikeln war der Umsatzzuwachs sogar zweistellig. Am Marktwachstum in der Sparte der Depotkosmetik sei man "beteiligt"

gewesen. Eine Aufschlüsselung der Umsatzanteile dieser Sparten mag Straub nicht geben.

Zurückhaltend ist er auch mit Angaben zur Ertragslage. Angestrebt werde eine Umsatzrendite (vor Steuern) von 8 bis 10 Prozent. In diesem "Korridor" bewege man sich. Das mit einem Stammkapital von 32,2 Mill. DM ausgestattete Unternehmen, das rund 1200 Mitarbeiter zählt, verfüge über eine Eigenkapitalquote von 43,9 (47,8) Prozent an der Bilanzsumme von 134,5 Mill. DM.

Der gesamte L'Oréal-Konzern hat seinen Umsatz in 1983 um 24,1 Prozent auf 13,5 Milliarden Franc gesteigert, wobei sich der außerfranzösische Anteil am Umsatz auf 57,1 (53,4) Prozent erhöhte. Erst kürzlich hat der expansionsfreudige Konzern in den USA die Warner Cosmetics (150 Mill. Dollar Umsatz) übernommen. Der Gewinn nach Steuern verbesserte sich um 20,8 Prozent auf 683 Mill. Franc, das bedeutet eine Umsatzrendite (nach Steuern) von 4,9 Prozent. Beschäftigt werden insgesamt 25.522 Mitarbeiter (plus 5,9 Prozent).

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin: Charlotteburg; Farber G.m.b.H. Holz- & Metallreinigung; MAP; Montagfertige Anlagen; Dr. Paulsch GmbH; Düren: Kapp Marketing ME GmbH; Essen: Klaus Gebhardt; Bauntern: H. Bauntern; Hamburg: Willi Emil Rau, Altimin; d. Fa. Emil Müller; Kaiserslautern: Kurt Fleget; Köln: Heinz Tuit, Kaufmann; Paderborn: Neumann; Wälsch-Meier;

Nidda: Unterstützungskasse der Firma C. Ringshausen GmbH e. V., Harb; Offenbach/Main: JWS audio System GmbH; Vergleich eröffnet: Celle: Celler Glas- u. Metallbau F. Grosse; K.G.; Vergleich beantragt: Hannover: Ferro-Omnia Kopierprodukte GmbH; Überlingen: Hugo Hettisch, Uhrenfabrik GmbH; Bodman-Ludwigshafen.



Mit uns fahren Sie

zum Preis eines Autos

um einige Klassen besser:

Mercedes 190 E DM 66,-* (+ 0,49/km)

Wenn Sie gerne Mercedes-Komfort genießen, aber nur den Preis für einen Golf bezahlen möchten, dann rufen Sie jetzt bitte an und reservieren Sie per Ortsgespräch: 0130-33 66.

Unsere Reservierungszentrale stellt Ihnen Ihren 190 E an allen Flughäfen und an allen Stadtbüros bereit. *Und zwar für nur DM 66,- (+ 0,49/km) oder DM 175,- (inkl. aller km) jeweils für

ganze 24 Stunden. Sie können übrigens auch über Ihr persönliches Reisebüro von diesem Angebot Gebrauch machen. Fragen Sie nach dem Tarif 190! (Credit Cards welcome!)

Sixt
Autovermietung

Sixt/Budget Autovermietung GmbH
Seitzstr. 9-11, 8000 München 22
Telefon 089/236 97-1

Budget
rent a car

An allen deutschen Flughäfen
und Wirtschaftszentren.
Weltweit 2.500 Stationen.

Gutschein

Nutzen Sie die Vorteile der Sixt-Budget Kreditkarte!
Je ich möchte zukünftig Nutzen bei der einzelnen Sixt/Budget
Tour von und zwischen mehreren Locations und unverbindlich meinen
persönlichen Kreditkartenantrag.

Name, Vorname: _____
Straße, Haus-Nr.: _____
PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Osterreichische Spielbanken

„Geld umschlungen, Millionen“, schreien die Musiker, als 1934 in Baden bei Wien ein Spielcasino eröffnet wurde. Genau ein halbes Jahrhundert rollt in Österreich die Elfenbeinkugel ums Glück. 50 Jahre, in denen sich Art und Inlage der Spielbanken erheblich geändert haben. Aus den oft anrüchlichen Spielstätten von einst entwickelten sich vor allem in den Umkreis der Osterreich Casinos, in denen mehr und mehr Touristen den Ton angeben. Wo Spielen Spaß macht, lautet das Motto der modernen Casino-Manager. Mit zehn Häusern – das alte wird demnächst eröffnet – blickt die „Osterreichische Spielbanken AG“ besonders auf die Urlaubers aus der Bundesrepublik. Sie sollen das Casino als zusätzliche Ferienattraktion genießen. „Spielen“, meinte der ehemalige Handelsminister Josef Starbacher, „in der Vergangenheit als etwas Verächtliches, nimmt heute als gesellschaftliches Ereignis, gerade in einem Touristenland wie Österreich, einen ganz anderen Stellenwert ein.“ Das Casino als neuer gesellschaftlicher Treffpunkt scheint den Urlaubern der Alpenrepublik zu behagen, denn immer mehr von ihnen fühlen sich angesprochen von dem Slogan: „Auf Urlaub nach Österreich und zur Abwechslung ins Casino“.

Der Hauch von Mafia ist verschwunden, die Reputation spielt immer mit

Spielbanken-Manager wollen Kunden die Schwellenangst nehmen – Emotionales Erlebnis auf akzeptablem Niveau

Der Mensch, meint Schiller, ist nicht mehr, was sie einmal waren. Kaum noch verliert ein züchtiger Gambler Hab und Gut, geschieht es aber doch einmal, dann wurde er fast immer in schummrigen Hinterzimmern geleitet. Die offiziellen Spielbanken legen keinen Wert auf finanzielle Hasardeure, die sich ums Geld und die Casinos um den gesellschaftlichen Ruf bringen.

Auf den aber achten die Hausbesitzer sehr. Die bayerischen Spielbanken etwa sind bis auf eine Ausnahme in Staatsbesitz („Dabei ist ja nichts Unkeusches“, sagt ein CSU-Abgeordneter), bei den österreichischen Casinos spielt sogar die Kirche mit: einer der Casino-Hauptaktionäre ist die alt-eingesessene Wiener Privatbank Schellhammer & Schattner, die wiederum mehrheitlich im Besitz der Erzdiozese Wien ist. Da spielt am Roulette-Tisch nicht nur Fortuna,

sondern auch die Reputation mit. Man will auf Distanz gehen zu gefährlicher Kundschaft, vor der man sich durch eine schwarze und eine graue Liste zu schützen versucht. 70 000 Namen sind darauf verzeichnet. Ein Österreicher etwa, der in den zehn heimischen Spielbanken durch gewagten Einsatz auffällt, wird beim dritten Besuch seine Einkommensverhältnisse offenbaren müssen. Österreichs Casino-Generaldirektor Leo Wallner: „Wir verzichten damit etwa auf ein Drittel unseres möglichen Umsatzes.“

Nicht der einsame große Spieler ist der Lieblingskunde der modernen Casino-Manager, sie setzen auf Masse: Viele Besucher mit kleinen Einsätzen bringen der Bank auch genügend Gewinn. Nur: Wie die Masse locken?

Eine brandneue Marketing-Unternehmung in Wien ergab, daß bei der Allgemeinheit „außerordentliche verfestigte Vorstellungen“ über den Begriff Casino bestehen. Der wird verbunden mit Merkmalen wie festlich, strahlend, glanzvoll elitär, teuer, aufregend. Daraus resultiert eine gewisse Schwellenangst: Der Unkundige meint, ein Casino-Besuch erfordere viel Geld und auch noch besondere soziale Fähigkeiten und Kenntnisse.

Überraschend sind dagegen die Aussagen der Befragten, die bereits einen oder mehrere Casino-Besuche hinter sich haben. „Sie erklären“, heißt es in der Studie, „daß ihre Erwartungen nach festlicher Atmosphäre, vornehm gekleidetem Publikum, glanzvollen Zusatz- und Unterhaltungsleistungen sehr enttäuscht worden sind: Publikum, Atmosphäre, Unterhaltungsmöglichkeiten – abgesehen vom Spiel selbst – waren denkbar normal.“ Hochgespannte, elitäre Erwartungen können also beim ersten Besuch durch die vorhandenen faktischen Verhältnisse leicht enttäuscht werden.

Spielbanken werden sich deshalb künftig weniger in einer zeremoniell-eleganten Welt präsentieren, sondern stärker in einem jungen Ambiente. Das Spiel als Abenteuer in einer Welt, die immer stärker von sozialen Zwängen und reicher Monotonie geprägt ist.

Hier kommt, so glauben die Wiener Marktforscher, das Glücksspiel „einem sehr tief verankerten menschlichen Bedürfnis nach Spannung, Sensation und Aufregung entgegen“. Das Casino als legalisierte Möglichkeit, ein hochgestiegenes, emotionales Erlebnis auf einem akzeptablen Niveau

zu haben. Das Abenteuer, wie es bei keiner anderen Ausgahmöglichkeit in dieser Art geboten wird, beschreiben die Casino-Besucher unter den Befragten als eine Spielsituation, die als höchst faszinierend empfunden wird: Die kurze Phase der Befehle („Faites vos jeux“, „Rien ne va plus“), das Rollen der Kugel, das Klickern in einer Zahl erzeugt eine „körperlich fühlbare Aufregung“, die man mit der umgebenden Spielergruppe gemeinsam empfindet.

Die künftige Strategie wird das Neugier- und Probiervverhalten ansprechen nach dem Motto: „Wir geben nicht, um zu spielen, sondern um uns zu amüsieren“. Bei bisherigen Untersuchungen haben sich dafür zwei Gruppen als besonders ansprechbar erwiesen: Frauen und Paare. Die Frauen, weil es ihnen ein Vergnügen bereitet, in eine als extrem männlich betrachtete Welt einzutreten; die Paare, weil sie mit dem Casino-Besuch die oftmals problematische Kommunikation bewältigen und sich zugleich ein gemeinsames Erlebnis schaffen.

Leo Wallner ist sogar überzeugt, daß die verantwortungsbewußt geführten Casinos inzwischen eine gesellschaftspolitische Rolle übernommen haben. PETER SCHMALZ



Hier wird gespielt. Dabei geht die Welt auch rund um die Casinos nicht zugrunde – Sport, Kunst und Fremdenverkehr profitieren

Der Zufall bleibt ein unantastbarer Souverän

Ein Missionar aus China brachte das Roulette

An der Wiege des Roulette standen zwei hochgeachtete Gelehrte: Blaise Pascal (1623 – 1662), der Mathematiker, und Gottfried Wilhelm Leibniz (1646 – 1716), der Philosoph. Beide sind als die Begründer der Wahrscheinlichkeitsrechnung bekannt, die bei dem Spiel mit der runden Kugel eine beachtliche Rolle spielt.

Pascal beschäftigte sich seit 1647 mit dem Problem der Wahrscheinlichkeit und veröffentlichte zwei Jahre später die beiden Werke „Die Geschichte des Roulette“ und „Abhandlungen über die Roulette und die Dimensionen aller Kurven des Roulette“. Angeregt hatte ihn die Frage, ob beim Würfelspiel die Intervalle der geworfenen Doppelnummern berechnet werden könnten.

Das Roulette, mit dem Pascal arbeitete, hat ihm vermutlich ein Missionar aus China mitgebracht. Pascal gab diesem chinesischen Spiel den Namen Roulette (Rädchen). Es war die Zeit, als im barocken Frankreich China in Mode war.

So wurde auch das Buch der Wandlungen des chinesischen Schriftstellers I Ging vielfach gelesen, in dem das uralte System der kosmischen Gesetzmäßigkeiten dargestellt wird, welche auf dem Prinzip des Kreises und der Polarität von Hell und Dunkel, Tag und Nacht, Gerade und Ungerade, Mann und Frau beruht. Diese Gesetzmäßigkeit kann man in der Konstruktion des Roulette wiedererkennen.

Das neue Spiel wurde bald überall bekannt, hatte es doch einige schätzenswerte Eigenschaften: Seine Ergebnisse sind eindeutig und der Ablauf ist präzise. Der Zufall schließlich,

von dem Glück und Gewinn abhängen, zeigt sich von einer unantastbaren Souveränität, die sich weder durch geschickte noch gemeine Manipulationen beeinflussen ließen.

Der besondere Reiz des Roulette wurde schnell erkannt. Der ständige Wechsel von Gewinn und Verlust, der schnelle Ablauf, die stete Spannung, der Reiz des Zusehens und vor allem der Umstand, daß die Zahl der Spieler nur durch den Spielraum begrenzt war, sicherten dem neuen Vergnügen den Charakter eines interessanten und unterhaltsamen Gesellschaftsspiels.

In den beiden damals großen und bedeutenden Vergnügungsorten von Paris, im „Palais Frascati“ und im „Palais Royal“, formte sich das Roulette zu dem, was man heute darunter versteht. Und hier entstanden auch jene Spielregeln und französischen Fachausdrücke, nach denen noch heute gespielt wird. Das „Rien ne va plus“ wurde erst sehr viel später bei uns durch die Übersetzung „Nichts geht mehr“ ersetzt.

1842 brachten die Franzosen Bénézet (Baden-Baden) und Blanc (Bad Homburg) das Roulette nach Deutschland. Erst 25 Jahre nach Gründung der Badener Spielbank wurde das berühmte Monte Carlo – ebenfalls von den Brüdern Blanc – eröffnet. Seitdem hat dieses Spiel seinen Siegeszug über die ganze Welt angetreten.

In Österreich wurde das erste Ganzjahres-Casino in Baden bei Wien 1934 eröffnet, der österreichische Spielbankbetrieb feiert in diesem Jahr sein 50jähriges Jubiläum.

BERT WEBER

Der große Blonde mit dem goldenen Arm



Fachliche Kompetenz und Seriosität brachten Erfolg: Leo Wallner, Generaldirektor der Osterreichischen Spielbanken AG

Die Casinos der Welt kennt er wie kaum ein Zweiter. Jetons in allen möglichen Währungen hatte er bereits prüfend in seiner Hand. Aber gekuckt hat es ihn noch nie, diese Hand auszustrecken und das Spielgeld auf eine rote und schwarze Zahlen des grünen Tableaus zu setzen. Leo Wallner, promovierter Wirtschaftswissenschaftler und Generaldirektor der Osterreichischen Spielbanken AG, hat noch nie in seinem Leben Fortuna im Glücksspiel herausgefordert.

Er ist mit der Glücksfee einen anderen Kontrakt eingegangen: Kühl und sachlich hat der „große Blonde mit dem goldenen Arm“ Sinn und Unsinn des Glücksspiels abgewogen, Chancen und Gefahren für Spieler wie für Spielbanken geprüft und ist damit zum erfolgreichsten Casino-Manager Europas aufgestiegen.

Das einzige Risikospiele seines Lebens wagte der heute 48jährige Casino-Chef vor seiner Spielbankzeit und hätte es beinahe verloren: Er verpfändete seine Karriere an die Politik und wurde als junger Hochschulabsolvent im Wiener Bundeskanzleramt Ghostwriter bei seinem älteren Cartell-Bruder, dem damaligen ÖVP-Bundeskanzler Josef Klaus. Er zögerte, als ihm die Leitung der Spielbanken angeboten wurde, sprang dann aber doch. Zum Glück für ihn,

denn nur zwei Jahre später verlor sein Mentor Klaus das Amt gegen den Sozialisten Kreisky.

Das Angebot mußte Wallner auf den ersten Blick wenig verlockend erscheinen: Österreichs Casinos hatten zu dieser Zeit – es war um das Jahr 1968 – einen Ruf wie aus dem Krimi. Die Konzessionäre verbargen sich hinter einer undurchsichtigen Holding in Kanada, die Croupiers spielten emsig in die eigene Tasche, der Spielbanken-Boss wurde von der Kripo gesucht und der Glücksspielkonzern schrieb rote Zahlen.

Dennoch: Der kühle Rechner Wallner, der sein Selbstbewußtsein erfolgreich hinter einer sympathischen Zurückhaltung verbirgt, sagte zu und setzte sich erst einmal von Europa ab.

Er heuerte als Croupier-Lehrling in Las Vegas an. Dabei entwickelte er seine eigene Casino-Philosophie, die bald die Branche rund um die Welt aufhorchen lassen sollte. Das Spiel müsse „entdämonisiert“ werden, war seine erste Regel, weg mit dem Ruch der Spielhölle, vor deren Tür hier und da ein verzweifelter Verlierer sich die letzte Kugel gibt. Spielen als amüsante Zeitvertrieb ist seither seine Devise. Wallner: „Der kleine Mann soll das Casino als eine Gaudi kennenlernen, wo er einmal 50 Mark verliert oder gewinnt.“ Er hielt es mit Emanuel Kant, der das Glücksspiel als eine

„nützliche Verstandesübung“ bezeichnete, das „in anständiger Gesellschaft gespielt eine Kultur der Moralität“ darstelle.

Systematisch baute Wallner die vorhandenen Spielsäle um oder suchte neue, attraktivere Standorte. In Salzburg zog das Casino auf den Berg ins berühmte Cafe Winkler, in Seefeld rollte die Glückskugel in einer Baumstube und in Velden am Wörthersee wird an schönen Sommertagen auch im Freien gespielt.

Die meisten der in diesem Jahr gewiß über 1,2 Millionen Besucher kommen nur gelegentlich, die Mehrzahl nutzt einen Ferienaufenthalt in der Nähe des Casinos zu einem Spiel mit dem Glück. Manchmal geht einer mit stattlichen Gewinnen davon – wie jener Münchner Kaufmann, der im Herbst 1976 im Casino Bregenz mit einem Startkapital von 70 000 erschienen ist und bei mehreren Besuchen bis zum darauffolgenden Januar knapp zwei Millionen gewonnen hat. Gerhard Skoff, Werbedirektor der Osterreichischen Casinos, lächelt dazu: „Eine gewiß teure, aber doch eine sehr gute Reklame.“ Im Schnitt muß der Besucher für das Vergnügen, Fortuna herauszufordern, 80 Mark zahlen. Soviel beträgt der durchschnittliche Spieler-Verlust. „Soviel wie ein besseres Abendessen“, kalkuliert Wallner. PETER SCHMALZ



Ihr Treffpunkt mit dem Glück.

Setzen Sie. Auf faszinierende Atmosphäre. Auf herrliche Entspannung. Auf eine neue Dimension der Unterhaltung. Und auf Ihr ganz persönliches Glück. Kurz – setzen Sie auf einen Abend in einem der typisch österreichischen Spiel-Casinos!



- Der Hauptpreis:** Ein reichlich Ihr Sommerurlaub 1984 schilling die Spielbank im Wert von 150 Schilling.
- Die Kleidung:** Bekleidung für die Herren – ist für ganz auch profitables im Casino auszubringen. Was es Ihr gefallt, das ist die Dame.
- Die Spielregeln:** International. Und ganz leicht zu verstehen.
- Das Spielangebot:** Roulette, Baccarat, Black Jack, Spielautomaten.
- Die Atmosphäre:** Voll Spannung. Voll Unterhaltung. Voll Disziplin.
- Und außerdem:** Zur Entspannung Bars und Restaurants. In jedem Casino.
- Herzlich willkommen:** Diners, Club, American Express, Visa.

casinos austria
Baden, Badgastein, Bregenz, Graz (ab Herbst 1984)
Kitzbühel, Kleinwalsertal, Linz, Salzburg,
Seefeld, Velden, Wien.

Ein Abend voller Charme und Chancen.

Senden Sie
mir Gratis-Information über
O Sonderpreisen
in Gold und Silber
O Spielregeln
Auscheiden und einenden an:
Osterreichische Spielbanken AG, Werbeabteilung
A-1015 Wien, Dr. Karl-Lueger-Ring 14

Name: _____ Adresse: _____

„Bei uns gewinnt der Gast schon beim Eintritt“

Spiel und Tourismus in idealer Kombination

Der Urlauber aus Dortmund blickt ungläubig auf das Türmchen aus Plastikgeld. 17 Mark hat er an der Kasse zum Casino im Kleinwalsertal gezahlt und dafür Jetons im Wert von 20 Mark erhalten. „Bei uns“, sagt der Croupier, „gewinnt der Gast schon beim Eintritt.“ In der Tat könnte der Tourist aus dem Ruhrgebiet die runden Chips sofort wieder umwechseln und drei Mark Gewinn kassieren. Aber das macht er an diesem Abend so wenig wie fast alle anderen der 60 000 Besucher, die im letzten Jahr das Alpencasino unterm Wilderstein betraten.

Nehmen wir an, der Mann aus Dortmund wäre genau der Kleinwalsertaler Durchschnittsspieler, dann würde er 360 Mark umtauschen, diesen Einsatz im Laufe des Abends vor allem beim Roulette siebenmal umsetzen und mit einem Minus von 47 Mark das Abendvergnügen bezahlen. Das ist fast die Hälfte weniger als der österreichische Spielbankenschnitt und zeigt, daß dieser Casino-betrieb ein typisches Urlauberetablissement ist: man spielt aus Spaß und mit geringem Risiko.

Feriengäste, die oftmals noch nie zuvor in einer Spielbank waren, wagen hier mal ein Spielchen, berichtet Werner Fink, der Verkehrsdirektor des Tals: „Unser Angebot ist dadurch attraktiver geworden. Der Erlebniswert, auf den der Gast heute besonders achtet, ist mit dem Casino gestiegen.“

Fink sieht den Spielbetrieb und den Tourismus in einer idealen Liaison. Nicht nur, daß aus der Spielbankabgabe jährlich bis zu einer Million Mark in die Gemeindekasse fließt und damit die finanzielle Kraft für den Ausbau der touristischen Infrastruktur gestärkt wird, das österreichische Tal, das nur vom deutschen Oberstdorf zugänglich ist, erlebt seit Beginn des Casinobetriebs vor zwölf Jahren einen über das normale Maß hinausgehenden Aufschwung.

Den Oberstdorfern drüben am Talende ist die Glückskugel droben ein Dorn im Auge, nicht ohne Stolz erzählt man im Kleinwalsertal, der deutsche Ferienort drüben sei über die Anziehungskraft der Spielbank

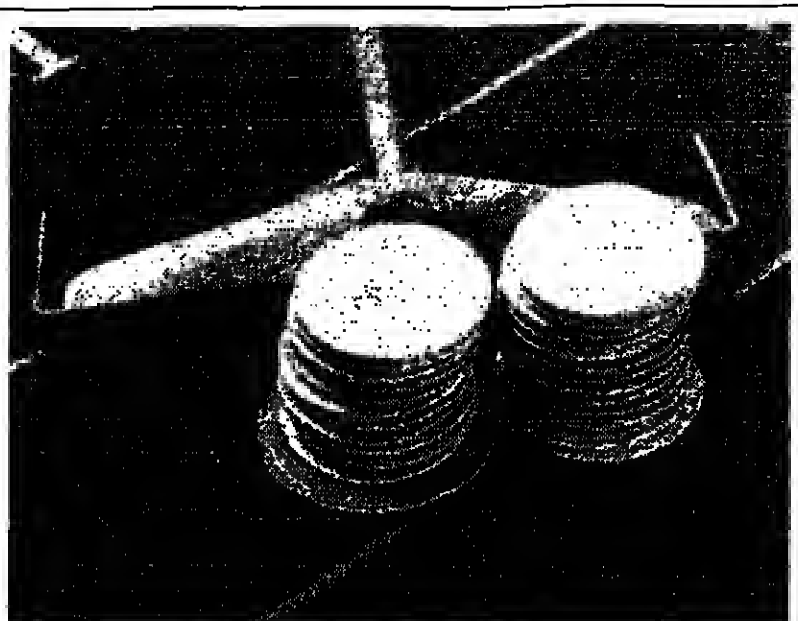
derart erobert, daß schon der Wunsch nach einem eigenen Casino laut wird. Dem österreichischen Glückskonzern sind solche Bestrebungen verständlich, auch in Österreich, wo die Zahl der Betriebe derzeit gesetzlich auf elf begrenzt ist (der 11. Betrieb wird im Herbst in Graz eröffnet), würden gerne noch einige dutzend Ferienorte die Elfenbeinkugel ums Glück rotieren lassen.

Die Gefahr für die Einheimischen, vom Spielteufel befallen zu werden, scheint gering, wie das Beispiel Kleinwalsertal zeigt: Nur drei Prozent der Spielbankbesucher stammen aus dem Ort, knapp ein Viertel sind Urlauber vom Tal, weitere 25 Prozent haben ihr Urlaubsquartier im nahen Deutschland und der Rest – also fast die Hälfte – kommt aus dem regionalen Einzugsgebiet, das bis nach Augsburg reicht.

Die Mischung aus Urlaubsstimmung und Casino-Kitzel ist die Spezial-Melange der Wiener Casino-Manager. „Die Bedeutung der Casinos für den österreichischen Fremdenverkehr ist heute unbestritten“, lobt Paul Schimka, Syndikus für Fremdenverkehr bei der Wiener Bundeskammer.

Aber Generaldirektor Leo Wallner reserviert sein Erfolgsrezept nicht allein für sein Heimatland. Über eine Schweizer Tochter, die „Österreichische Spielbankensatzung AG“, wird Know-how in alle Welt verkauft. Holland bekam drei Casinos komplett und sogar mit Croupierschule geliefert, Spanien, Belgien, die Türkei und Griechenland zählen zu den Kunden.

Und selbst die Kommunisten lieben sich von der Attraktivität des Glücksspiels überzeugen: Vor vier Jahren wurde im Hilton von Budapest ein Casino eröffnet, in dem mit D-Mark gespielt wird und dessen Anteil zu 51 Prozent beim ungarischen Staat und zu 49 Prozent bei der Österreichischen Spielbank AG liegen. Die westöstliche Glücksgemeinschaft war so erfolgreich, daß im September unter gleichen Bedingungen eine Spielbank in dem ungarischen Ferienort Hewis am Plattensee eröffnet wird. BRIGITTE WERNER



Jetons, fälschungssicherer als Banknoten

Caro liefert komplett

Den Spielbank-Besuchern rund um die Welt ist der Boulevard Voltaire in Paris keine Adresse, sie wissen nichts von dem ehrwürdigen alten Haus mit dem nobel-düsteren Büro im 1. Stock, in dem Patron Jean-Bernard Caro in gemütlicher Atmosphäre einen Familienbetrieb leitet, der das Spielchen erst möglich macht. 5000 Roulette-Kessel produzierte Monsieur Caro Firma in den vergangenen 25 Jahren, das ist die Hälfte der Weltproduktion.

Gunther Sachs ließ sich hier für Sankt Moritz einen Würfelstisch bauen, Österreichs Casinos bestellen bei Caro kompliziert verschweißte Spieljetons die fälschungssicher sind als Banknoten, und die grünen, roten und blauen Tücher für die Spieltische werden nach einem Caro-Patent gewebt und gefärbt, daß selbst eine brennende Zigarette darauf keine Spuren hinterläßt.

Die heutige Weltfirma begann 1816 unter dem Namen „Briote“ mit dem Verkauf von Billard-Tischen. Napoleon III., die spanischen und portugiesischen Königshäuser und der Kaiser von Japan zählten zur Kundschaft.

Monsieur Caros Großvater arbeitete schon in dieser Firma, sein Vater schließlich übernahm den Betrieb, gab ihm seinen Namen und eine neue Produktpalette: In deutscher Gefangenschaft während des Ersten Weltkriegs hatte ihm ein deutscher

Freund den Tip gegeben, Roulette-Tische zu bauen, da der Billard-Boom im Abklingen sei.

Wohl kann man auch heute am Boulevard Voltaire weiterhin Billard-Tische bestellen, die moderne Kundschaft aber wünscht in der Regel eine Ausrüstung für Casinos. Und Monsieur Caro liefert komplett; sein Angebot reicht vom Spieltisch über Würfel, Jetons und Roulette-Kugeln bis hin zum Rateaux und zur Lampe. Seine Roulette-Zylinder mit den Zahlen von Zero bis 36 gelten als die präzisen und manipulationssicheren der Welt. Das Lockern der Stege, damit die Elfenbeinkugel bestimmte Zahlen bevorzugt, wird durch verdeckte Schrauben unmöglich gemacht, sollte ein Unbefugter gar den Zylinder anheben, um an ihm Veränderungen vorzunehmen, wird das Laufwerk blockiert und kann nur durch Eingeweihte wieder in Gang gesetzt werden.

Monsieur Caro studiert die Kniffe und Tricks der Fälschspieler und versucht sie, durch veränderte Konstruktionen abzuwehren. Das einmalige Spezialwissen ließ ihn zu einem weltweit bei großen Casino-Prozessen geachteten Gutachter werden. Von seiner Aussage hing es schon mehrfach ab, ob ein des Fälschspiels Angeklagter verurteilt oder freigesprochen wurde.

MANFRED WERNER

Auf den Weltmeeren rollt die österreichische Kugel

Beliebt ist ein Spielchen zwischen Miami und Nassau

Die Kugel ist hier aus Elfenbein wie in den anderen Casinos auch, das grüne Tuch mit roten und schwarzen Zahlen besteht aus Filz wie überall, wo mit Roulette ein augenzwinkerndes Spielchen mit der Glücksgöttin gewagt wird. Aber die Gäste hier am Spieltisch der „Sea Goddess“ sind handverlesen wie selten in einer Spielbank.

Dem wer sich an diesem Tisch niederläßt, der hat schon zuvor tief in die Tasche gegriffen: Das erste in diesem Frühjahr in Dienst gestellte Schiff gilt als das teuerste, modernste und luxuriöseste Kreuzfahrtschiff der Welt. Für die Wochenroute sind knapp 10 000 Mark zu zahlen, dafür gibt es die Getränke gratis und den bereitliegenden Bademantel darf man mit nach Hause nehmen.

Das Casino auf dem Super-Cruiser ist im Schiff nur räumlich integriert, unternehmerisch hat es mit der Reederei nichts zu tun: Als Betreiber treten die Österreichischen Spielbanken AG auf. Die Alpenrepublik, die einstmals zu glorieusen Zeiten eine respektable Marine unterhielt, man denke nur an Juan d'Austria und Lepanto, kämpft neuerdings mit dem Jeton um die Mitsprache auf den Weltmeeren.

Der Einstieg erfolgte majestätisch: Vor drei Jahren wurde auf einer der letzten Königinnen des Meeres, der „SS Norway“ ein Casino eröffnet, zu dem Österreich das inzwischen weltweit hochgeschätzte Know-how vom Teppichboden bis zur Croupierschulung geliefert hat.

Seither rollte auf diesem größten Passagierschiff der Welt, das früher als „France“ das Flaggschiff der Franzosen war und das nun unter norwegischer Flagge durch die warme Karibik kreuzt, die Glückskugel auch bei Windstärken, bei denen auf anderen Schiffen die Passagiere mehr mit dem Magen als mit Fortuna ringen müssen.

Der Sprung aufs Wasser war perfekt vorbereitet und kam schon nach wenigen Monaten zu höchsten Ehren: Der „Cruise Passengers Club International“ prüfte 84 Kreuzfahrter und verlieh der „Norway“ den Preis für das beste Schiffs-Casino.

Der Reeder, die „Norwegian Caribbean Lines“ (NCL), fand schnell Gefallen an der Kombination Spielbank und Schiff. Die Buchungen stiegen, die Passagiere, zumeist amerikanische Ehepaare der oberen Mittelklasse, zeigten sich erfreut über die Chance, zwischen Miami und Nassau ein Spielchen zu wagen. In kurzen Abständen wurden vier weitere NCL-Kreuzfahrter mit Casinos ausgestattet: „Sunward II“, „Starward“, „Skyward“ und „Southward“.

1982 schloß die Spielbank-Gesellschaft mit der ebenfalls in Norwegen beheimateten Reederei „Royal Viking Line“ (RVL) einen Vertrag ab, der den Österreichern gestattete, erstmals auf dem Wasser die Spielbank in eigener Regie zu betreiben. Die Reederei erhält dafür eine vom Umsatz abhängige Gebühr. Seither heißt es auf der „Royal Viking Sky“ und der „Royal Viking Star“ „Faites vos jeux“.

Im vergangenen Jahr kamen die Wiener Glücks-Experten auch mit den Eignern der „SagaNord“ und der „VistaNord“ ins Geschäft, übernahmen die Bord-Casinos für sechs Monate und konnten in dieser relativ kurzen Zeit die Umsätze verdreifachen.

Der Erfolg macht Appetit. Nachdem in diesem Jahr der exklusive Luxusliner „Sea Goddess“ mit Roulette-Tischen aus Österreich ausgerüstet wurde, schloß Casino-Generaldirektor Leo Wallner mit der griechischen Reederei „Epitokiki Lines“ den quantitativ bisher größten Vertrag. Die Casino AG wird in eigener Regie auf sieben Schiffen die Elfenbeinkugel rollen lassen (Atlas, Jupiter, Jason, Neptune, World Renaissance, Hermes und Oceanus). Mit den Casinos hat die Attraktivität der Urlauberschiffe zugenommen.

Daß hier ein Trend geweckt wurde, der noch zunehmen wird, zeigen die zahlreichen Anfragen in Wien von Schiffseignern, die den Glücksboom auch auf ihren Planken nutzen wollen. Leo Wallner ist überzeugt, daß die Zahl der Schiffe, auf denen es „Glück Ahoi“ heißt, in den nächsten Jahren noch erheblich zunehmen wird. MANFRED WERNER

Nichts geht besser als das Geschäft mit Fortuna

Von Wirtschaftslaute oder einer Stagnation im Fremdenverkehr, die das Urlaubsland Österreich besonders empfindlich trifft, haben die Alpen-Casinos nichts verspürt.

Während sich die Touristikmanager den Kopf zerbrechen, wie sie die Urlaubströme wieder vermehrt ins Land lenken können, berichtet die Casino-Leitung in Wien von Traum-Ergebnissen. 1983 war für die Österreichische Spielbanken AG in jeder Hinsicht ein Rekordjahr mit den höchsten Steigerungsraten bei den Besucherzahlen wie bei Umsatz, Einnahmen und Steuerabgaben.

1970, als die neue AG den Casinobetrieb gerade zwei Jahre managte, wurden nicht mehr als 265 185 Gäste registriert, zehn Jahre später waren es bereits 895 202. Im abgelaufenen Geschäftsjahr kamen sogar 1,17 Millionen Besucher, 6,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Das Brutto-Einspielergebnis von 679 Millionen Schilling (97 Millionen Mark) lag sogar 15 Prozent über dem von 1982.

Freuen kann sich darüber vor allem der Wiener Finanzminister Herbert Salcher, denn der Fiskus konnte daraus dank der hohen Casino-Steuer 591 Millionen Schilling (knapp 85 Millionen Mark) kassieren, was ebenfalls einer 15prozentigen Steigerung entspricht. Auch über die Herkunft der Gäste ist genau Buch geführt: Die Zahl der Ausländer nahm um 4,3 Prozent zu, die der Spieler aus Österreich sogar um 7,5 Prozent.

Der Aufwärtstrend wird auch im Jubiläumjahr anhalten und womöglich noch verstärkt werden, denn im Herbst eröffnet in Graz das elfte Casino Österreichs. Der Konzern in Sachen Glück macht mit Fortuna ein solches glänzendes Geschäft, daß beim Durchblättern der Erfolgsbilanz ein Casino-Manager erfreut meint: „Rien na va mieux“. Auf deutsch: „Nichts geht besser.“

Einige Zahlen auf einen Blick: 1983 kamen 223 000 Besucher, 1978 waren es bereits 784 000 und im Jahre 1983 gar 1 166 000 Gäste. Sie spielten den Casinos 1983 rund 79 Millionen, 1978 mehr als 423 Millionen und im Jahre 1982 gut 593 Millionen Schilling ein. Der Fiskus gewann kräftig mit: 1983 rund 72 Millionen, 1978 schon 381 Millionen und 1982 rund 518 Millionen Schilling. lz

Kitzbühel

TIROL – AUSTRIA 800-2000 m
Fremdenverkehrsverband Kitzbühel
Hinterstadt 18, A-6370 Kitzbühel
Tel. 0 53 56 / 22 72, 21 55, Telex 5 118 413

Der KITZBÜHELER SOMMER ist da!

ALMWANDERN und BADEN, von Anfang JUNI bis Ende SEPTEMBER

Wer für sich und seine Familienangehörigen im Urlaub eine helle Natur und Landschaft in den Bergen sucht, mit klarer Luft, reinem Gebirgswasser, blumenübersäten Wiesen und duftenden Wäldern, sollte KITZBÜHEL buchen!

Wer für Gemütlichkeit und die gute österreichische Küche, für ein Glasler Wein ein Herz hat, sollte KITZBÜHEL buchen!

Wer faulenzern will oder sportlich aktiv sein will, beim ALMWANDERN, Tennisspielen, Schwimmen, Golfen, Reiten, Fischen usw., soll KITZBÜHEL buchen!

Wer nicht allzuweit von zu Hause fort sein will, sich tagelange, ermüdende Fahren ersparen will, soll KITZBÜHEL buchen! denn in Kitzbühel sind Natur und Gastlichkeit noch in Ordnung. Und die Preise, werden Sie fragen? SIE SIND VIEL ERSCHWINGLICHER ALS MAN DENKT!

Seefeld

Tirol

DIE Kombination für Spiel und Sport –
für Entspannung und Erholung

TENNIS – 16 Plätze, davon 4 in der Halle
GOLF – 18-Loch-Meisterschaftsplatz
SCHWIMMEN – 2 Badeseen, 30 Hallenbäder
REITEN – 2 Reithallen, Reitgelände, Ausritte
WANDERN – 200 km Wander- und Höhenwege
WOHNEN – 8500 Betten in allen Kategorien und Preislagen
SPIELEN – Casino im „Alpen-Look“ mit Roulette, Black Jack, Baccara, Automaten

Informationen: Verkehrsamt, A-6100 Seefeld,
Tel. 00 43 / 52 12 / 23 13, Telex 53 452

Informationen über
Sonderveröffentlichungen
und
Dokumentationen
erhalten Sie bei
DIE WELT
Anzeigenabteilung
Kaiser-Wilhelm-Str. 1
2000 Hamburg 36
Tel. 0 40 / 3 47 41 11

DAS Beste

Spiel-Casino Velden

Achtung! Setzen Sie in das Kleeblatt im Antwortkupon Ihre persönliche Glückszahl zwischen 0 und 36 ein. Wertvolle Preise (Silberjetons, Ferienaufenthalte usw.) sind zu gewinnen. Jeder eingesandte Antwortkupon nimmt am Gewinnspiel (Fernroulette) teil.

Nähere Informationen: Kurverwaltung - A-8220 Velden am Wörthersee - Pl. 91 - Tel. 00 43 / 42 74 / 21 05

AUS VELDEN AM WÖRTHERSEE

Senden Sie diesen Kupon an das Informationsbüro
A-8220 Velden, Villacher Straße 14
Tel. 0 42 74 / 21 03 / Aust. 00 43 / 42 74 / 21 03
Sie erhalten den neuen Velden-Katalog gratis!

Glückszahl hier eintragen!

Kleinwalsertal

SALZBURG-PAKET

Spezialarrangements der Stadt Salzburg 1984/85
Erhältlich ab Juli 1984
Salzburger Kulturtage – Advent in Salzburg – Weihnachts und Silvester in Salzburg – Mozartwoche Januar 1985 – Kurz-, Wochen- und Wochenendaufenthalte – diverse Hotelangebote u.v.m.
Buchungen in Ihrem Reisebüro!

Auskünfte und Prospekte:
Stadtverkehrsbüro
A-5024 Salzburg
Averspergstraße 7
Tel. 00 43 / 6 62 / 7 15 11, 7 38 66, 7 46 20
FS: 6 33 486



SALZBURG

Vorarlberg

Der Landesfremdenverkehrsverband gratuliert der Österreichischen Spielbanken AG zum 50. Geburtstag und freut sich insbesondere über den Erfolg der Casinos in Bregenz und im Kleinwalsertal!

Österreich VA

Dieses Bild



von Gustav Klimt und viele andere auserlesene Gemälde von
Klimt, Eder-Lenz, KOKOSCHKA, Rubín, Schiele, WAWRIL
etc. können Sie in der Neuen Galerie der Stadt Linz bewundern. Erleben Sie eine dynamische Großstadt und ihre Kultur. Linz hat Zeit für Sie. Als Souvenir nehmen Sie sich die bekannte Linzer Torte mit. Von Linz werden Sie noch oft erzählen! Verlangen Sie unsere preisgünstigen Pauschalarrangements!

Oben Österreich
LINZ
In Linz beginnt's



Wer Urlaub im Sinn hat - Salzburger Land

Gratis Info-Paket vom Landesverkehrsamt
A-5010 Salzburg
Mozartplatz 1/1
0043 662/41 561-26 05
Auch Ihr Reisebüro berät Sie gerne.

Pankraz, Mattenklott und das Epigontum

Einmalen, in den Schlüßfolgen, führt der Autor zu pauschalen Aussagen von Gert Mattenklott über das Epigontum. In der Tat: Pankraz im "Merkur" 408. Es geht um den Marburger Literaturwissenschaftler, um eine "wenigstens teilweise" Erkenntnis der literarischen und künstlerischen Epigonen. Zwar bekennt auch er die schweren, unauflösbaren Nachteile einer bloß imitatorischen, alten Formen slavisch nachahmenden Schaffensweise: die unwillkürliche Verkleinerung und Vervielfachung des vorgegebenen Kanons, seine Entseelung, die Reduzierung der Form zur Formel, aber er kehrt auch den typisch epigonalen Respekt vor dem Schönen gebührend heraus, den Widerstand gegen die Epigonen gegen die Vergewaltigung dieses Schönen, ihre Objektivität, ihr Beharren auf dem Wert von Tradition und überpersönlichem Ordnungsrahmen.

Vor allem signalisiert Mattenklott Shepiss angesichts der Alternative zum Epigontum, der Geniekult, der Originalitätssuche, der Avantgarde um jeden Preis. Er legt die ideologischen Grundlagen des Avantgardismus bloß, seine Fixierung auf Evolutionslehre und erkenntnistheoretischen Solipsismus. Muß sich denn wirklich, so fragt er, in der ästhetischen Produktion immer nur das private Individuum mit seinen Empfindungen und Reflexionen abspiegeln? Das wäre ein Terror der Privatheit, ein Behelligen des Publikums mit ganz und gar subjektiven, nur für den Künstler selbst interessanten Seelenzuständen. Wie wohlwollend würde dagegen die stillvolle Arbeit gepflegten Epigonten an der Vollendung überkommener Formen.

Das Unglück bei Mattenklott ist sein Denken in univariationalen Alternativen. Für ihn gibt es offenbar nur entweder Originalitätsschrei oder Nachahmerlei, entweder Neugleichheitsstimmung oder rückwärtsgewandte Epigonalität. Was zwischen den beiden Polen liegt, interessiert ihn nicht, und das ist sehr schade, denn genau in diesem Zwischen- und Niemandsland müssen die Kriterien einer normativen Ästhetik gesucht werden, will sagen: entschieden sich, ob es ein "guter Künstler" ist oder nicht. Weder die bloße "Neuheit" noch das bloße Befolgen eines vorgegebenen "Formelkanons" erfüllt die Norm, oberhalb derer es sich zu messen erst lohnt.

Wie das so ist, gibt es neugierig auch ein Phänomen, das Mattenklott, der sein Thema anhand von Beispielen aus dem neunzehnten Jahrhundert, immerzu und Platen, abhandelt, notwendigerweise entgehen mußte: das Epigontum der Avantgardisten. Das wilde Streben der Avantgarde nach immer Neuem und nach ungezügelter, formloser Subjektivität ist mittlerweile selber zum Kanon, zur vorgegebenen Form geworden. Mattenklott konstatiert zu Recht die enge Verbindung von Epigontum und Dilettantismus, aber wo tobt sich der Dilettantismus heute am heftigsten aus? Zweifellos in der Avantgarde, deren Aversion gegen Maßbare, vergleichbare Form die Dilettanten geradezu zum Mitmachen einlud. Wo es nur noch darauf ankommt, sich als wilder Mann auf

Pankraz

Vendig: Schumanns „Szenen aus Goethes Faust“

An das Kreuz gefesselt

Die "Fenice" in Venedig, die sich als einziges Opernhaus Italiens regelmäßig an vergessene oder fast unbekannte Werke wagt, versucht sich jetzt an der ersten szenischen Aufführung von Robert Schumanns "Szenen aus Goethes Faust", die seit ihrer Uraufführung 1882 in Köln, sechs Jahre nach dem Tod des Komponisten, nur selten und nur konzertant aufgeführt wurden. Bei dieser Weltpremiere spaltete sich die Kritik in zwei Lager. Die einen erklärten, man habe Schumann, der wohlweislich der Fantasie der Hörer überließ, sein tödliches Gewand für Goethes Dichtung mit Bildern zu erfüllen, Gewalt anzutun. Die anderen ließen sich von dem eindrucksvollen musikalischen Schauspiel gefangen nehmen und dankten dem Ensemble mit großem Applaus.

Die sieben "Szenen aus Goethes Faust" beziehen in der Fenice ihre Faszination weniger aus Schumanns von 1844 bis 1893 unter Zweifeln und Mühen komponiertem Werk, als von der barocken Maschinerie, die der Bühnenbildner Pasquale Grossi für den Regisseur Virginio Puecher erdacht hat. Da erlebt man rollende und kreisende, an Leonardos Erfindungen gemahnende geometrische Figuren, von oben herabsinkende gotische Bauelemente der Kathedrale, Zugbrücken und waltende Stoffbahnen. Wer deklarierte, sie drückten die Musik, überließ, wie streng sich Puechers Konzept an Goethes Anweisungen hält.

Waren der erste Teil, die Verführungsszene in Gretchens Garten und Gretchens Buße vor der Mater Dolorosa, und der zweite mit Fausts Tod noch in allgemein verständliche Bilder gehüllt, so setzt der dritte Teil mit Schumanns inspiriertester Musik die Kennzeichen der mystisch-kosmischen Dimensionen von Faust II voraus. Ohne sie bleibt es unverständlich, warum der Pater Ecstasius von einem Cellosolo begleitet, an ein Kreuz gefesselt herabschwebt, indes der Pater Profundus aus der Tiefe heraufsteigt. Nach Goethes Anweisung erscheint der Engel, schwebend in höheren Sphären, Fausts Unsterblichkeit tragend zwischen den auf und ab schwebenden seligen Knaben, den Büsserinnen und Anachoreten, dem Chorus mysticus des "Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis". Nur Gretchen steht fest und schmal, der Mater Gloriosa ihre Fürbitte vortragend, zwischen dem wahrhaft himmlischen Gewoge der Chöre und den weißen, fließenden Tüchern der Himmelsphären.

Die Chöre sind Schumann am schönsten gelungen. Sie werden hier meisterhaft vom Chor der Fenice, dem Zagreber Chor, Ivan Goran Kovacic und dem Knabenchor "Maitrise" von Radio France gesungen. Gabriele Ferro dirigierte mit großem Einfühlungsvermögen das Orchester der Fenice und die fast ausnahmslos exzellenten (auf deutsch singenden) Solisten. Darunter Margarita Zimmermann (Gretchen, Bülferin), Heinz Jürgen Demitz (Faust, Doctor Marius), Franz Nentwig (Mephisto, Böser Geist, Pater Seraphicus) und Volker Horn (Ariel, Pater Ecstasius).

MONIKA von ZITZEWITZ

Schritt um Schritt von der Moderne zu den Wurzeln: Die Sammlung Ménéil im Pariser Grand Palais

Im geknickten Sarg auf der Chaiselongue

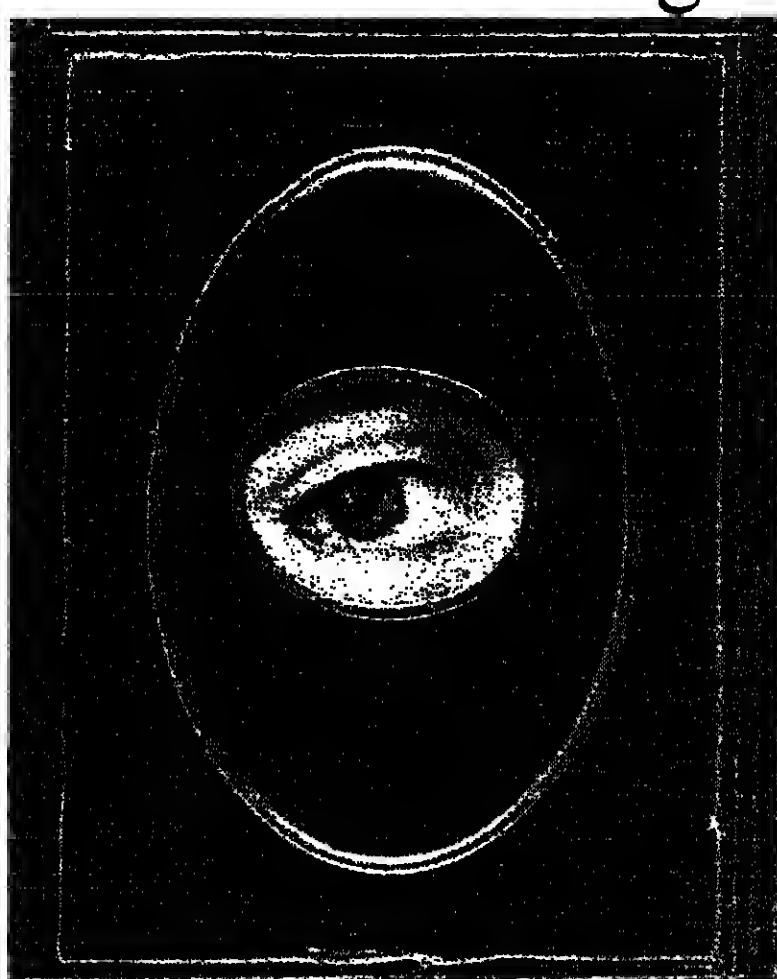
Sans rime ni raison – diese Wendung bedeutet im Deutschen soviel wie "ohne Sinn und Verstand". Mit diesem Idiom spielt der Titel einer Ausstellung, die derzeit im Pariser Grand Palais zu sehen ist: "La rime et la raison". Es geht um die erste umfassende öffentliche Präsentation der Sammlung de Ménéil, die im texanischen Houston beheimatet ist, wo im übernächsten Jahr ihre ständige Heimstatt, ein von dem Architekten Renzo Piano entworfenes Museum, vollendet sein wird.

Der Titel der Ausstellung ist anspruchsvoll gleich auf mehreren Ebenen. Kunstsammlungen texanischer Millionäre reimen sich gemeinhin auf zweitrangige Ware von erst-rangigen Namen, erstelgt zu überhöhten Preisen. Davon kann bei dieser Collection sicher nicht die Rede sein: Hier geht es um erst-rangige Stücke von einer Beschaffenheit, zu der dem Klischee-Textaner kaum das Wort kommt über die Lippen kommen würde: Avantgarde, Surrealismus, Völkerrunde bilden die Schwerpunkte der Ménéilschen Sammlung, die sich hier mit mehr als 600 Exponaten präsentiert.

"La rime et la raison" – von der Literatur her betrachtet, beinhalten die beiden Begriffe die beiden Pole menschlicher Äußerungsmöglichkeit: der Reim als Synonym für Poesie, Ästhetik, Schönheit, der Verstand hingegen für den Diskurs, die Geisteswissenschaft, die Wahrheit. Es ist eben dieses Spannungsfeld, in dem die Kunst, und die moderne Kunst, steht: dem sensuellen optischen Reiz, der das Kunstobjekt aus sich selbst heraus rechtfertigt, und jener vom Künstler gewollten Bedeutung, deren Erkenntnis durch bloßes Betrachten kaum gewonnen werden kann.

Zum dritten: Der nach traditionellen Kriterien vorgehende Kunsthistoriker kann sich wohl auf die Sammel-schwerpunkte der Ménéils kaum einen Reim machen. Stehen nicht Max Ernsts und Magrittes Surrealismus für die Flucht aus der Bild-Logik der ebenso leidenschaftlich gesammelten Moderne, und was verbindet die zeitgenössische Malerei wiederum mit der Ethnologie oder der vor-mittelalterlichen, europäischen Kunst, die in der Ménéilschen Sammlung ebenfalls ihre Enklave findet?

Gerade hier aber liegt in Wahrheit der Schlüssel zu dieser Sammlung, die eben sehr wohl Sinn und Verstand erkennen läßt, wenn man sich von den tradierten Betrachtungsweisen lösen kann. Es geht den Ménéils ganz offenbar um den Totem-Charakter von Kunst, um ihre Magie, um ihre



Bildnis mit vielen Unbekannten: Das „Auge einer (unbekannten) jungen Frau“ (1844) von dem nicht identifizierbaren Joseph Sacco. FOTO: KATALOG

Der Ausstellungsgang führt zielstrebig zu solcher Erkenntnis hin. Man betritt die Säle des Grand Palais durch eine Installation weißer Kacheln von Jean-Pierre Renaud, "Espace Zéro", auf Anhieb kaum als Kunstobjekt zu erkennen. Ein Neon-"Monument" Dan Flavins gesellt sich hinzu, ein kistenartiges Objekt von Donald Judd, Stoffiges von Claes Oldenburg und Robert Morris, die chromblitzenden Tischspielzeuge von Walter de Maria, Malereien von Stella, Twombly, Rauschenberg, Brice Marden und Jasper Johns hängen hier, gleichsam als Ausgangspunkt eines Erkundungsganges in die Vergangenheit. Jasper Johns' "By the Sea" hilft als Wegweiser. Von Seestück oder Strandbild kann natürlich keine Rede sein, im grauen Gewölbe macht man hingegen die Worte "red", "yellow" und "blue" aus, die Grundfarben also, aus denen sich alle Malerei zusammensetzt, auch eben jenes sich zu denkende Johnses Seestück. Oder umgekehrt: Jedes Gemälde ist in vordergründiger Wahr-

heit nicht mehr als eine Ansammlung von Rot, Gelb und Blau, jede Farblichkeit wiederum kann alles bedeuten. Entscheidend ist nicht das Sichtbare, sondern die hintergründige Idee.

Von dort aus werden die Wege der Malerei dieses Jahrhunderts ganz logisch, die in archaischen Stationen der abstrakten amerikanischen Expressionismus (mit großen Arbeiten von Barnett Newman, Clifford Still, Mark Rothko und Franz Kline) ebenso wie die Auflösung der Gegenständlichkeit in der klassischen Moderne (Picasso, Gris, Braque) oder eben die Surrealisten.

Fehlt nur die eine Antwort: Welche Totems sind es, die die zeitgenössische Kunst beschwört? Welche geheime Kraft, welches esoterische Wissen formuliert sich da? Aber diese Antwort darf man wohl getrost den Kunstgeschichtlern der nächsten Generationen überlassen, wenn man nicht ins Spekulieren verfallen will (bis 31. Juli, Katalog 150 FF).

REINHARD BEUTH

Der Dichter Routine: Die Jahrestagung des PEN-Zentrums Bundesrepublik Deutschland in Erlangen

Die Gabe des Worts ist ihnen nicht gegeben

Seine Zuneigung zu Erlangen bewies das PEN-Zentrum Bundesrepublik Deutschland indem es in der Stadt wiederum seine Jahresversammlung abhielt. Die Erlanger dankten es ihm, indem sie in beachtlicher Zahl zu einem Vortragsabend von vier Deutschen und zwei Franzosen in die Stadthalle kamen, deren kathedraleförmigen Saal sie freilich nicht von Ferne füllen konnten.

Die PEN-Mitglieder hatten sich zwar in großen Scharen angemeldet, aber bekommen waren sie nur in kleinen, denn in keinem der zahlreichen Wahlgänge wurden mehr als 80 Stimmen abgegeben. Man absolvierte geduldig die Routine der Tagesordnung mit einem Ergebnis, das zu dem Aufwand an Zeit und Reisewegen in keinem Verhältnis stand.

Der Präsident Manfred Gregor-Dellin, der Generalsekretär Hanns Werner Schwarze und der Schatzmeister Gerd E. Hoffmann wurden in ihren Ämtern bestätigt – denn für keinen dieser Posten gab es einen Gegenkandidaten. Kritik konnte sich

in einer gewissen Zahl von Neinstimmen und Enthaltungen äußern, die bei Gregor-Dellin am geringsten ausfielen. Von den beiden Vizepräsidenten wurde Ingeborg Dreitzwiedergewählt, die offenbar demütig Christine Brückner ersetzte die bisherige Beisitzerin Angelika Mechtel. Ein anderer Beisitzer, Walter Fabian, wurde durch ein einhelliges Votum zum Ehrenpräsidenten – neben Heinrich Böll und Walter Jens – hinkatapultiert. Von den übrigen blieb nur Johannes Poethen zurück. Mit Margarete Hannsmann, Yaak Karsunka, Urs Jaeggi, Ulla Hahn, Helmut Hirsch und Adalbert Podlech, in der Reihenfolge der auf sie entfallenen Stimmen, zogen sechs neue Leute in das erweiterte Präsidium ein.

Dieser Mannschaft fällt nun die schwere Aufgabe zu, in Hamburg im Sommer 1986 den Internationalen PEN-Club willkommen zu heißen und ihm ein Programm zu bieten, das die Anreise aus fünf Weltteilen lohnend erscheinen läßt. Ursprünglich

hatte man darüber ausführlich sprechen wollen, doch dann blieb lediglich Zeit für ein paar zwischen Belohnung und Optimismus schwankende Sätze des Präsidenten. Man kann nur hoffen, daß dann einige der bekannteren literarischen Erscheinungen ihre Zurückhaltung aufgeben, die sich – wie man erfuhr – in die Säumigkeit ihrer Beitragszahlungen erstreckte. Der in Erlangen versammelten Schar fehlt es, um das wenigste zu sagen, an Glanz, den selbst ein paar skrupellose Verfälscher von Bestsellern verleihen könnten, wenn es denn an Genies gebricht.

Es ruft auch Unbehagen hervor, wenn eben diese Schar sich zu politischen Entscheidungen auferufen läßt. Daß sie sich über den schrumpfenden Etat der öffentlichen Bibliotheken besorgt zeigt, ist durchaus angemessen. Für den Frieden zu sein ist inzwischen gar zu billig. Immerhin wurde in Erlangen eine neue Torheit bei einem von Dorothea Sölle angebrachten Antrag zum Thema Nicaragua einstweilen durch Aufschub ver-

Einer schaut hilflos zur Seite: Oskar Schlemmer in Münchens Stuck Villa

Mit klaren Linien singt die Nachtigall

Am Anfang steht das Gefühl, hat er gesagt, aber auch: "Wir brauchen Zahl, Maß und Gesetz." Dieser Widerspruch begleitete Oskar Schlemmer (1891-1933) sein Leben lang. Dem Bauhaus-Künstler, der nicht nur malte und modellierte, sondern auch Ballette schrieb, Regie führte und Bühnenbilder schuf, fiel es oft schwer, sich unter seinen eher radikalen Kunst-Kollegen – wie Kandinsky, Gropius, Moholy-Nagy und Albers – durchzusetzen, gegen ihre kühlen rationalen Abstraktionen seine eigene emotionale Balance zu setzen. Das beweist seine Skizze "Bauhausanlage" von 1923, die jetzt in einer großangelegten Oskar-Schlemmer-Ausstellung in der Münchner Villa Stuck zu sehen ist.

Diese Tuschefeder-Zeichnung zeigt neun gleichförmige, in dieselbe Richtung starrten Figuren. Sie blicken den einzigen an, der ein individuelles Gesicht hat. Aber der schaut gleichsam hilflos zur Seite, aus dem Bild heraus zum Betrachter. Hier klingt stärker als in allen Briefwechseln und Biographien über Schlemmer an, wie sich der Künstler sah. Ob

zu recht, das sei dahingestellt. Denn in der Ausstellung, die umfaßt 196 Werke – wird das Einzige, das bei Schlemmer deutlich, aber auch seine Einbindung in die Bauhausidee.

Die Präsentation ist thematisch untergliedert: "Der Mensch", "Der Mensch im Raum", "Köpfe". Der Mensch erscheint immer eigenständig, ungeschlechtlich mit einer seltsam-fremden, fast marionettenhaften Grazie. Die Gestalten werden völlig ihrer Individualität entzogen. Sie sind Träger von Rhythmus und Proportionen, dienen einer geheimnisvollen inneren Zuordnung, die das Gefüge Mensch und Raum auf wunderbare Weise harmonisiert. Hier scheint ein Mystiker am Werk, der verstanden hat, selbst in der starren Geometrie noch Innerlichkeit aufleuchten zu lassen.

Die Figuren schweben alle himmelwärts die Treppen hinauf, oder sie eilen einem imaginären Lichtpunkt im Raum entgegen. Die Beharrlichkeit, mit der dieser Künstler immer wieder dieses Thema aufgreift, ist erstaunlich. Nie scheint er für ihn abgeschlossen, selten gelöst. "Raum und



Von marionettenhafter Grazie: Zeichnung von Oskar Schlemmer, aus der Münchner Ausstellung. FOTO: DIE WELT

JOURNAL

50 000 Jahre alte Bergwerkzeuge gefunden

AFP, Wien
In einem Vorort von Budapest wurden die ältesten bisher bekannten Werkzeuge für Bergarbeiter gefunden. Die Werkzeuge sind aus einem Hirschgeweib gefertigt und stammen aus dem Paläolithikum. Ihr Alter wurde auf 50 000 Jahre geschätzt. Zu den 58 völlig unversehrten Gerätschaften gehören Keile, Hämmer und Hebel aus Hirschorn, die in einer einige Quadratmeter großen Höhle in rund 20 Meter Tiefe lagen.

Saison in der Arena von Verona hat begonnen

dpa, Verona
Mit Giacomo Puccinis "Tosca" und Giuseppe Verdis "Aida" ist die sommerliche Opernsaison in der Arena von Verona eröffnet worden. Das erste der Sinfoniekonzerte, die erstmals während der bis zum 2. September laufenden Saison stattfinden, war allerdings kein Erfolg. Die fünftausend Musikfreunde, die dem Orchester der Mailänder "Scala" unter Lorin Maazel zuhörten, wirkten in dem 18 000 Menschen fassenden Freilufttheater verloren.

Ariane Mnouchkine eröffnet Avignon-Festival

dpa, Avignon
Mit der Inszenierung von "Richard III." durch Ariane Mnouchkine wurde am Wochenende das 38. Festival von Avignon eröffnet. Als einzige Premiere des Festivals ist in diesem Jahr Shakespeares "Richard III." unter der Regie von Georges Lavaudant vorgesehen. Im Programm stehen außerdem Aufführungen von 25 "Theaterinitiativen" aus Frankreich. Außerdem treten am Rande des Festivals weitere 200 Truppen auf.

Ausgeliefert: „Denkmal jiddischer Poesie“

J. G. G. Warschan
Das "Staatliche Verlagshaus" in Warschau hat erst jetzt die bereits 1968 in Druck gegebene "Anthologie jiddischer Poesie" ausgeliefert. Die Autoren dieser 550 Seiten umfassenden Lyriksammlung, Arnold Shickel und Salomon Lastik, haben dies nicht mehr erlebt. Der bekannteste jiddisch-jüdische Literaturkritiker Nathan Gross hat das Werk als "Denkmal jüdischer Poesie" bezeichnet. Zugleich ist es ein Denkmal des untergegangenen polnischen Judentums. Zahlreiche Autoren kamen in Hitlers KZs um: Israel Stern, Mordechai Gebirtig, Ber Horowitz, Debora Vogel, Miriam Ulinow. Andere, die in die Sowjetunion emigriert waren, überlebten die Stalinschen Säuberungen von 1937 nicht oder wurden 1952, als Stalin seine Kultur "jüdenfrei" haben wollte, ermordet, wie Selig Axlrod, David Hofstein, Itzik Pfeffer, Mosche Kulbak, Perez Markisch, Leib Kwitko. Zu den Übersetzern aus dem Jiddischen ins Polnische gehören u. a. Stanislaw Jerzy Lec, Ewa Lipska (die Frau von Jan Jozef Lipski), sowie Jaroslaw Iwaszkiewicz.

Mittelalterliche Kunst aus Deutschland

dpa, Tokio
Erlasene Kunstschatze aus dem deutschen Spätmittelalter und der frühen Neuzeit zeigt dem japanischen Publikum zum ersten Mal eine Ausstellung, die für rund zwei Monate im Nationalmuseum für Westliche Kunst in Tokio eröffnet wurde. Die 165 Exponate, die unter anderem Werke von Albrecht Dürer, Veit Stob, Tilman Riemenschneider und Lucas Cranach d. Ä. und d. J. umfassen, stammen zum größten Teil aus dem Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg und geben einen Überblick über die Entwicklung von Kunst und Handwerk vom ausgehenden 14. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts. Die Präsentation, Teil des ganzjährigen deutschen Kulturfestivals, ist die bisher größte Kunstausstellung der Bundesrepublik in Japan.

Ein Zentrum für Unterwasserarchäologie

AFP, Annecy
Ein "Nationales Zentrum für archäologische Unterwasserforschung" (CNRAS) ist in Annecy in den französischen Alpen eröffnet worden. Am Anfang stand das einträgliche "Antiquitäten-Angeln" mit Haken, Zangen oder Schauffeln, dessen Hauptziel zunächst die Bergung von antiken Objekten blieb. Heute befassen sich die Unterwasserarchäologen in diesem Gebiet – unter anderem im für Versuchsgrabungen genutzten Paludru-See – mit der systematischen Untersuchung der Bodenschichten, genauer Standortbestimmung von archäologischen Funden und dem Sieben der sie umgebenden Sedimente. Die unter Wasser oder in feuchten Schichten liegenden antiken Überreste sind überwiegend inakt. Die bis zu 7000 Jahre alten Funde spiegeln das Alltagsleben früherer Zivilisationen wider.

Mehr Aufmerksamkeit für Hypertoniker

Bluthochdruck: Jeder dritte ist absolut ahnungslos

JOCHEN AUMILLER, München

Recht bescheidene Erfolge sind bisher im Kampf gegen den Bluthochdruck - einer der wichtigsten Risikofaktoren für Herz-Kreislauferkrankungen erzielt worden. Kaum ein Drittel aller Hochdruckkranken, so schätzen Experten aufgrund regionaler Studien, steht unter ausreichender medizinischer Kontrolle und ein weiteres Drittel weiß von seiner Krankheit gar nichts. An einem mangelhaften Fortbildungsangebot für Ärzte kann dieser Mibstand nicht liegen, das räumen die Professoren Manfred Anlauf, Essen, und Thomas Philipp, Berlin, vor der Presse in München unumwunden ein. Eine Schweizer Studie bestätigte dies kürzlich: Noch mehr Fortbildung der Ärzte brachte keine bessere Versorgung der Hochdruckkranken. Dagegen war die Krankenbetreuung deutlich besser, wenn das ärztliche Hilfspersonal speziell ausgebildet wurde.

Die beiden deutschen Hochdruckspezialisten Philipp und Anlauf überlegten sich zusammen mit ihrem Kollegen Professor Karl Hayduk, Düsseldorf, sowie einigen niedergelassenen Ärzten und Pädagogen, wie man die Zielgruppe Arzthelferinnen am besten erreichen könne, um ein spezielles „Hochdruck-Information- und Therapie-Programm“ (H.I.T.-Programm) zu entwickeln. Qualifizierte Arzthelferinnen bedeuten letztlich eine bessere Krankenbetreuung - so lautet die Grundüberlegung für das H.I.T.-Programm, das in diesen Wochen gestartet wird.

Nahziel: Hilfe in 10 000 Arztpraxen

Für die nächsten zwei Jahre stehen dafür 2,5 Millionen Mark zur Verfügung, gespendet von der Pharmafirma Schering, Berlin. Nahziel: 5000 bis 10 000 Arztpraxen sollen erreicht werden, angeboten wird das Programm jedoch grundsätzlich allen Ärzten.

Das Problem, die Vernachlässigung des Risikofaktors Bluthochdruck, hat auch der Berufsverband Deutscher Internisten erkannt. Er rief seine Mitglieder auf, Hypertonie-Patienten zu regelmäßigen Nachkontrollen zu festem

Terminen mit kurzen Wartezeiten und angemessener Konsultationszeit zu bestellen. Weiter plädierte der Verband, auch das nicht-ärztliche Personal „in die Diagnostik und in die Betreuung der chronisch kranken Patienten mit einzubeziehen, um den Arzt zu entlasten“. Das H.I.T.-Programm zielt genau in diese Richtung: Durch Fernkurse sollen die Mitarbeiter mit dem Bluthochdrucks vertraut gemacht werden. Mit ihrem Wissen sollen sie dem dem Patienten beibringen können, wie er sich selbst den Druck messen kann. Außerdem sollen sie künftig Routine-Beratungen und -Kontrollen übernehmen.

90 Prozent in Behandlung

Mit dieser Initiative sollte es möglich sein, künftig mehr Hypertoniker zu entdecken und sie ausreichend zu behandeln. Denn man weiß, daß innerhalb von zwei Jahren über 90 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland mindestens einmal einen Arzt aufsuchen. Eine obligate Druckmessung würde viele bislang unerkannte Hypertoniker aufspüren. Ein Teil der Hypertoniker kümmert sich freilich nicht um die ärztlichen Ratschläge, sie lassen sich von den drohenden Gefahren nicht beeindrucken und wollen nicht begreifen, wie einfach sie dieses Gesundheitsrisiko in den Griff bekommen könnten.

Aber nicht nur die Patienten sind schuld, wenn die Hochdruck-Behandlung im allgemeinen noch so lückenhaft ist. Die Autoren des H.I.T.-Programms schreiben: „Die unzulängliche medizinische Betreuung der Risikopatienten-Gruppe der Hypertoniker ist sicher nicht nur den Patienten anzulasten“. Sie verweisen auf eine Studie in Schweizer Spitälern.

Trotz intensiver Unterweisung aller Assistenzkräfte wurden nahezu 50 Prozent aller Patienten mit erhöhtem Blutdruck ohne weitere Konsequenzen entlassen. Die H.I.T.-Autoren: „Man muß annehmen, daß in vielen Praxen ähnliche Prozentsätze an Hypertonikern „übersehen“ werden.“

Wenn dem Barbier der Käse auf die Makkaroni fällt

SAD, New York

Mit Siebenmeilenstiefeln, die in der über konservativen Welt der Oper ungewöhnlich erscheinen, folgt dem Film mit Untertiteln auf den amerikanischen Bühnen die Oper mit Overturen. Diese Art Avantgardismus wird seit dem Wochenende auch an New Yorks City Opera praktiziert, die im Theater-Haus des Lincoln Center neben der Met und der Philharmonie die große Kulturgebäude-Dreieinigkeit verkörpert. Bei Rossinis „Barbier von Sevilla“, mit dem die Sommersaison eröffnet wurde, erschien das gesungene Italienisch der Stars in Leuchtschrift-Englisch hoch über dem Vorhang. Als Frederick Burchinal sang „siete ben fortunato - sui maccaroni il cacio v'e caccato“, leuchtete es in englisch „you're in luck - the cheese fell right on the maccaroni“. Auf Deutsch: „Du hast Glück - der Käse fiel genau auf die Makkaroni“. Damit wußten endlich auch die unbedarften Opernbesucher, daß ein Lacher angebracht war.

Diese New Yorker „Barbier“-Inszenierung ist mit insgesamt 580 derartigen Overturen versehen, und die Chef der City Opera, Beverly Sills, sagt voraus: „Das revolutioniert die Oper. Man braucht sich schließlich

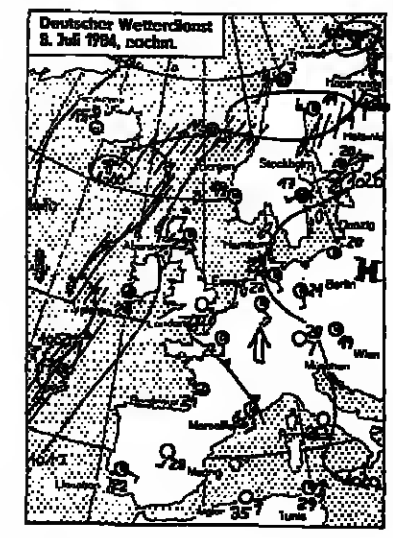
nicht mehr zu wundern, was zum Teufel sich da eigentlich abspielt.“

Amerikas Opernhäuser, die in ihrer Mehrzahl Opern in der Originalsprache - in der sie geschrieben wurden - aufführen, erfreuen sich großen Zuspruchs: 13 Millionen Amerikaner kauften im vergangenen Jahr Opernkarten - eine Verdoppelung innerhalb von zehn Jahren. Mit den erlösten Overturen, so hoffen die Intendanten, wird der Zulauf noch größer. Auf diese Weise elektronisch modernisiert geworden sind bereits zahlreiche andere amerikanische Opernhäuser, darunter auch die Oper im kanadischen Toronto, wo die deutsch gesungene „Elektra“ von Richard Strauß kürzlich mit Overturen aufgeführt wurde. Und selbst die so traditions-anhaftende Metropolitan Opera, kündigte deren Generalintendant Anthony Bliss soeben distanziert an, werde generell keinen Widerstand leisten.

Ein Schreibfehler löste jetzt allerdings bei einer Wagner-Aufführung in San Francisco Verwirrung und Gelächter aus. Statt „is that a treat?“ war da „is that a threat?“ zu lesen. Es sollte heißen: Ist das eine Drohung? hieß aber tatsächlich: „Ist das ein Schmaus?“ Dem Publikum scheint es trotzdem recht zu sein.

WETTER: Sehr warm

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet mit Kern über Ostsee bestimmt mit im Westen schwüler, sonst trockener und sehr warmer Luft das Wetter in Deutschland.

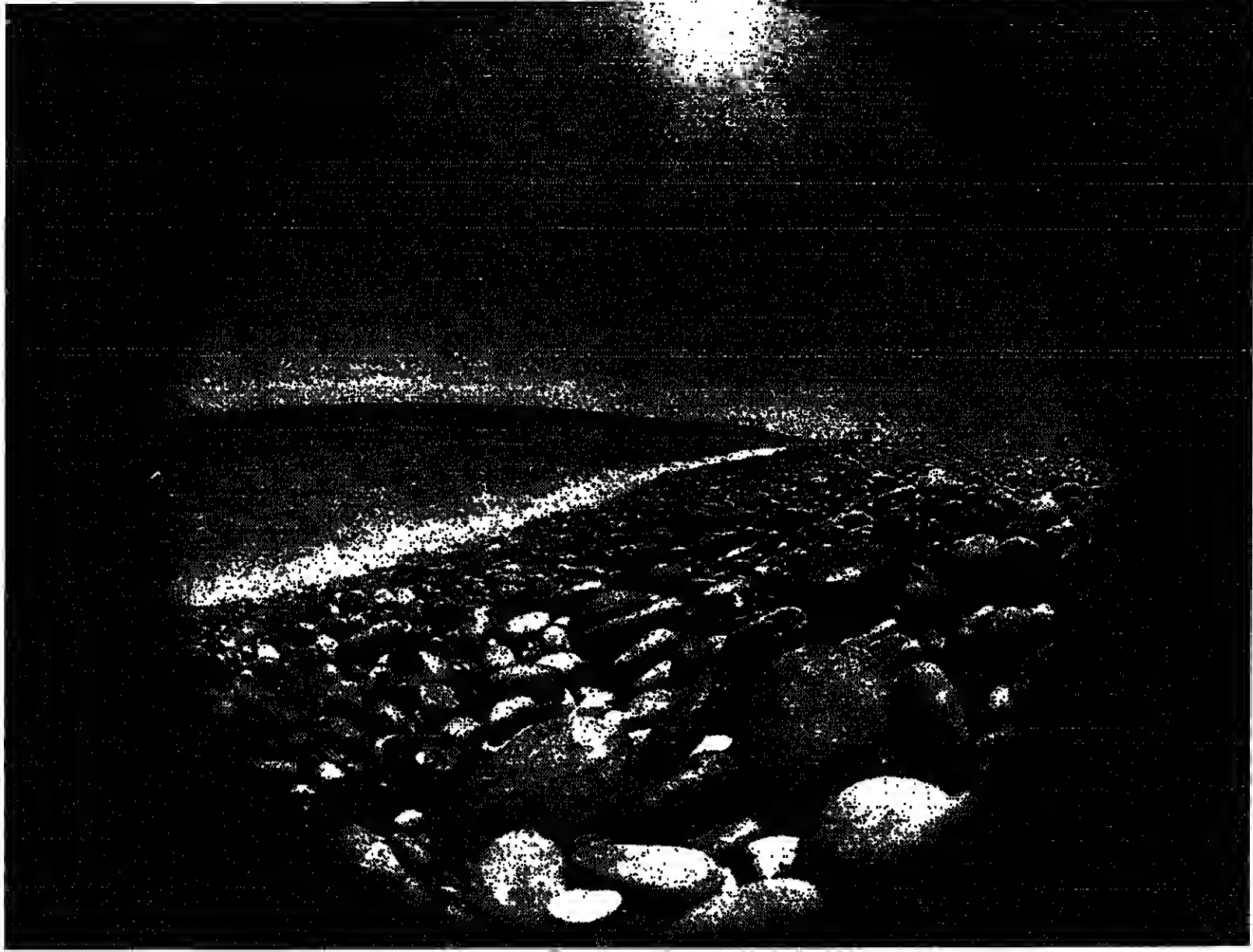


Vorhersage für Montag:
Gesamtes Bundesgebiet: Im Westen früh und vormittags dünnlich, am Nachmittag Bildung von Quellwolken und nachfolgend örtlich Wärmegewitter. Sonst durchweg sonnig und trocken. Tageshöchsttemperaturen allgemein um 30 Grad, östliche Tieftwerte 18 bis 15 Grad. Schwächerer, im Tagesverlauf aufziehender Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Sonntag, 13. Uhr:			
Berlin	21°	Kairo	27°
Bonn	23°	Kopenhagen	19°
Dresden	20°	Las Palmas	22°
Essen	23°	London	27°
Frankfurt	22°	Madrid	28°
Hamburg	22°	Moskau	22°
List/Sylt	21°	Mailand	22°
München	22°	Malloca	30°
Münster	22°	Moskau	20°
Stuttgart	22°	Nizza	24°
Alger	35°	Oslo	18°
Amsterdam	24°	Paris	27°
Athen	28°	Prag	19°
Barcelona	28°	Rom	26°
Brüssel	24°	Stockholm	17°
Budapest	21°	Tel Aviv	39°
Bukarest	18°	Tunis	29°
Helsinki	20°	Wien	19°
Istanbul	23°	Zürich	23°

Sonnenaufgang: am Dienstag: 5:02 Uhr, Untergang: 21:44 Uhr; **Mondaufgang:** 19:54 Uhr, Untergang: 2:25 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Rundblick

FOTO: HARTUNG

Amerika steht kopf wegen einer Fistelstimme

WOLFGANG WILL, Kansas City

Keine Tageszeitung, kein Magazin in diesen Tagen ohne ein Foto, eine Meldung von und über Michael Jackson, und ebenso kein Fernsehkanal ohne ihn. Ihn und sein Brüder, ihn und seine Familie: Seit Kansas City, wo die Jackson-Mammot-Tournee durch ein gutes Dutzend US-Städte mit jeweils mehreren Konzerten am Wochenende begann, mit drei ausverkauften Auftritten der Total-Show-orientierten Jacksons, - seit Kansas City also scheint Amerika geradezu aus dem Häuschen zu sein. Für die drei Konzerte in Kansas City waren 500 Journalisten aus 125 US-Städten angereist, abgesehen von denen, die aus Übersee kamen. Die US-Fernsehgeseilschaft ABC widmete der Jackson-Tour am Freitagabend in einer Nachrichtensendung eine ganze Stunde Sondersendzeit. In Kansas City, wo für die drei Abende 135 000 Karten zum Einzelpreis von 30 Dollar zur Verfügung standen, wurden Eintrittskarten für 200 Dollar schwarz gehandelt. Eine Tour der Superlative.

Parallel zur Tournee brachte CBS die Jacksons „Victory“-Langspielplatte auf den Markt. Für diese Platte waren zwei Millionen Exemplare vorbestellt worden, die größte Vorbestellung in der Platten-Geschichte.

Die Sicherheitsvorkehrungen in Kansas City waren kaum zu übertreffen: Außer den Beamten, die ohnehin Dienst hatten, waren auf Kosten der Jacksons 100 dienstfreie Polizisten engagiert worden - zudem waren 200 Studenten als „geheime“ unter der Menge verteilt, die „für den Fall der Fälle“ für Ruhe und Ordnung sorgen sollten. Mehrfach mußten die Besucher Sperren passieren: Schon um auf einen Parkplatz des Arrowhead-Stadions zu kommen, mußten die Eintrittskarten präsentiert werden. Noch einmal das gleiche dann an den Eingängen, wo jeder Besucher auch durch einen Metalldetektor, wie auf Flugplätzen üblich, zu gehen hatte. Hier wurden auch versteckte Kameras zeitweise konfisziert. Die strenge Re-

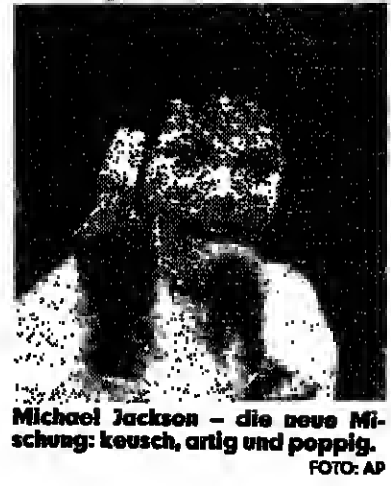
Bis Ende Oktober, so kalkulieren die CBS-Strategen, dürften fünf Millionen verkauft sein.

Die Fans des 25 Jahre alten Michael Jackson, der mit einer petlich-fistel-hoben, kindischen Stimme spricht, sind „generationslos“. Neunjährige sind nicht minder begeistert, freudisch wie Großmütter - dieser Michael Jackson ist ein Phänomen. Tausende unter den Besuchern waren von weiter gekommen, teils sechs Stunden Autofahrt, teils Fliegen mit Umsteigen in Kauf nehmend.

Die Sicherheitsvorkehrungen in Kansas City waren kaum zu übertreffen: Außer den Beamten, die ohnehin Dienst hatten, waren auf Kosten der Jacksons 100 dienstfreie Polizisten engagiert worden - zudem waren 200 Studenten als „geheime“ unter der Menge verteilt, die „für den Fall der Fälle“ für Ruhe und Ordnung sorgen sollten. Mehrfach mußten die Besucher Sperren passieren: Schon um auf einen Parkplatz des Arrowhead-Stadions zu kommen, mußten die Eintrittskarten präsentiert werden. Noch einmal das gleiche dann an den Eingängen, wo jeder Besucher auch durch einen Metalldetektor, wie auf Flugplätzen üblich, zu gehen hatte. Hier wurden auch versteckte Kameras zeitweise konfisziert. Die strenge Re-

gel lautet: Fotografieren während der Vorstellung verboten.

Die Jackson-Hofberichterstattung gleicht jener des Besuchs eines gekrönten Staatsoberhauptes. Da wird Michael Jacksons Luxus-Boeing vorgestellt, eine umgebaute 707. Einst konnte sie 170 Passagiere befördern, heute bietet sie nur noch 20 Personen Platz. Dafür gibt es in der Maschine Fernseh- und Videogeräte, ein Badezimmer, eine große Küche, in der Michaels vegetarischer Chefkoch Mami Khalifa agiert, einen Konferenzraum und ein Schlafzimmer für Michael mit übergroßem Bett. Das wird nur



Michael Jackson - die neue Mischung: keusch, artig und poppig.

FOTO: AP

Sensationsfunde dank einer Idee, die vom Himmel fiel

Satelliten entdeckten Maya-Städte im Dschungel Mexikos

AFP, Washington

Wie kommt man in einem undurchdringlichen Dschungel voller Schlangen und Raubkatzen antiken Maya-Städten auf die Spur? Dem amerikanischen Geschäftsmann Rod Frates, Abenteuer- und Hobby-Archäologe, fiel die Antwort vom Himmel: mit Satelliten. Anfangs mit dem „Landsat“, den die NASA 1972 erstmals zur Ortung von Bodenschätzen einsetzte. Das „Landsat“-System reagiert auf Wasser, Vegetation und Temperatur und kann infolgedessen Hinweise auf mögliche Siedlungsreste der Maya-Kultur nach drei von Frates aufgestellten Kriterien geben: ganzjährig verfügbares Wasser, gute Bodenbeschaffenheit für Kulturen und Anbau, an Rand der zum Landbau genutzten Bodenschichten.

Die vom seit Januar 1978 um die Erde kreisenden „Landsat II“ gelieferten Daten läßt Frates von Spezialisten in Bilder umwandeln. Die Ergebnisse sind zufriedenstellend trotz einer nur relativen Genauigkeit. In rot und grün sind auf den Karten beispielsweise die Zonen mit dichter Vegetation im Süden von Yucatán in Mexiko klar zu erkennen, wo die Niederungen selbst nach der Dürreperiode im Januar noch Wasser haben.

ESC hat sieben Stellen ausgemacht, bei denen es sich um ehemalige Maya-Städte handeln könnte. Doch erst muß man dorthin gelangen. Der Peten-Dschungel, den den Norden Guatemalas und den Osten Mexikos bedeckt, ist nahezu undurchdringlich, nur eine einzige Straße wurde in die unzähligen Wildnis geschlagen. Viele Forscher mußten dort schon alle Pläne fahrenlassen.

Nicht so Frates. Er chartete einen Hubschrauber, heuerte einen vietnamesischen Piloten, einen Geologen und einen Archäologen an und sicherte sich vor allem die Dienste von „Navstar“, einem hochperfek-

tionierten Navigationssatelliten, der alle zwei Sekunden eine auf 15 Meter genaue Ortsbestimmung liefert.

Die sieben möglichen Maya-Städte haben Frates und seine Leute inzwischen gefunden. Die stießen dabei auch auf einen gewaltigen Komplex nördlich des heutigen Chetumal, den es sich um die Maya-Stadt Uumui handeln könnte. Die Historiker wußten zwar von der Existenz von Uumui, hatten aber nie eine Spur. Zweimal fand sich die Expedition - im Tiefland knapp über den Baumkronen schwebend - zudem plötzlich imposanten Pyramidenbauten gegenüber. Die ersten, unweit des Dorfes Conhuas, waren der Wissenschaft bisher vollkommen unbekannt. Die anderen gehörten vermutlich zu der legendären Maya-Stadt Oxpeul, die man in den 30er Jahren entdeckte und deren Spur seither verloren ging. Die Pyramiden, ebenso groß wie die von Chichén-Itzá im Norden von Yucatán, sind von hieroglyphenbedeckten Säulen umgeben. Beide Funde stammen aus dem klassischen Zeitalter der Maya-Kultur, zwischen dem 7. und dem 10. Jahrhundert.

Am ersten Pyramidenkomplex, bei Conhuas, wagt das Frates-Team das Abenteuer. Frates ließ sich an einem Seil vom Hubschrauber herab. Dabei hatte er eine Motorsäge, mit der er eine Bresche in das Pflanzendickicht schlug, das den künstlichen Berg überwucherte. Die Säge zerbrach, aber zuvor hatte Frates unter den Dschungelpflanzen ein gewaltiges Ensemble erspäht - zwei Zwillingspyramiden und Mauern von fast 80 Metern Länge.

Die Wissenschaft mißt diesen Entdeckungen große Bedeutung bei, denn die Anlagen stellen offenbar manche der bisherigen Thesen über die gesellschaftlichen Strukturen und die Landwirtschaft der Maya-Kultur in Frage.

Rätselhafter „Triumphbogen“ im Weltall

AP, Washington

Eine gewaltige „Zunge“ heißer, ionisierter Gase haben Astronomen der Universitäten von Kalifornien (UCLA) und New York in unserer Milchstraße entdeckt. Die bisher einmalige Gasansammlung hat nach Angaben von UCLA-Professor Mark Morris eine Länge von 150 Lichtjahren und besteht aus einzelnen „Fasern“ von wenigen Lichtjahren Breite. Sie liegt etwa 30 000 Lichtjahre von der Erde entfernt in einem Abstand von 100 Lichtjahren zum galaktischen Zentrum. Ein Lichtjahr entspricht 9 460 000 000 000 Kilometern.

„Sie erinnert an eine Sonnenruption, doch in milliardenfach größerem Umfang“, sagte Morris. „Die jetzt verfügbaren Daten, insbesondere die detaillierte Gestalt der Struktur, implizieren, daß der Bogen ionisierten Gases von einem Magnetfeld gehalten wird.“ Das Magnetfeld müsse eine bisher unvorstellbare Stärke besitzen und sich - mit Polen an beiden „Enden“ - in „vertikaler“ Richtung durch die Milchstraße erstrecken. Bisher sei man lediglich von einem schwächeren, „horizontalen“ galaktischen Magnetfeld ausgegangen. Ursache des magnetischen Kraftfeldes könne die Rotation der Galaxie sein.

Andere Wissenschaftler spekulieren und sehen als Motor, der den rätselhaften „Triumphbogen“ aus Gas oder ionisierten Gaspartikeln zusammenhält, ein „Schwarzes Loch“ an. Darunter versteht man eine Konzentration von Materie, die so stark ist, absolut nicht mehr entweichen kann, nicht einmal Licht.

Entdeckt wurde die Gaswolke von einer Ansammlung aufeinander abgestimmter Radioteleskope bei Socorro im US-Staat Neu-Mexico. Die 27 beweglichen Teleskope sind in Y-Form mit einem Durchmesser von 35 Kilometern zu einer einzigen Beobachtungsstation zusammengeschlossen.

Bad Homburger stellten Weltrekord auf

AP, Bad Homburg

Mit einer 2157 Meter langen Festtafel, an der Zehntausende von Menschen Platz genommen hatten, hat die Tausendstadt Bad Homburg vor der Höhe am Samstag einen neuen Weltrekord aufgestellt. Die Festtafel in Bad Homburg hat nach Angaben der Veranstalter den alten Rekord um gut 500 Meter übertroffen und wird als „längste Festtafel der Welt“ in Guinness-Buch der Rekorde eingehen. Bei strahlendem Sonnenschein fanden sich in der Bad Homburger Fußgängerzone, wo die Festtafel mehrreihig aufgestellt war, außerdem rund 100 000 Zuschauer ein, die keinen der 15 000 Plätze an dem gedeckten Tisch ergatterten. Der Reinerlös der Veranstaltung, an der sich mehr als 140 „Gastgeber“ beteiligten, soll der „Aktion Sorgenkind“ zugute kommen. Die Speisen reichten von Haisfisch über Spanferkel bis zum Schmalzbraten. An Getränken fand sich alles, was sich denken läßt. Drei Verletzte gab es, als in der Nähe der Festtafel ein Grill explodierte. Ursache des Unglücks war „unsachgemäßes Hantieren mit Spiritus“ gewesen.

Röntgenbilder

dpa, Düsseldorf

Ärzte und Polizei appellierten an einen unbekannten Dieb, die am Samstag in Köln aus einem Volkswagen gestohlenen 24 Röntgenbilder zurückzugeben. Eine für heute angesetzte lebenswichtige Operation einer 80jährigen Frau mußte bereits verschoben werden. Nach ärztlichem Urteil können wegen der Belastung der Greisin die Aufnahmen nicht wiederholt werden. Die Bilder wurden aus dem Auto einer Arzthelferin entwendet.

Zugunglück in den USA

AFP, Washington

Fünf Todesopfer und mehr als 130 Verletzte hat am Samstag ein Zugunglück im US-Bundesstaat Vermont gefordert. Neun der dreizehn Wagons des Schnellzugs Montreal-Washington sprangen bei dem Ort Williston aus den Gleisen, weil heftige Regenfälle den Schotterdamm ausgewaschen hatten.

Haie in Sicht

dpa, Bordeaux

Ein Dutzend großer Haie ist zwischen Montalivet und Soulat an der französischen Atlantikküste gesichtet worden. Die Tiere schwammen in der Nähe der Gironde-Mündung im Norden von Bordeaux 50 bis 100 Meter von den Badestränden entfernt. Meereskundler beurteilten die Urfaher, es gebe an der französischen Küsten „keine wirklich gefährlichen“ Haiarten.

Schutzmauer für Frösche

dpa, Münster

600 000 Mark haben die Straßengestaltung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe für ein 25 000 Quadratmeter großes neues Biotop in Dorsten (Kreis Recklinghausen) ausgegeben. Die Mühe hat sich gelohnt. Frösche, Molche und andere Getier haben ihr neues Zuhause bereits bezogen. Auch ein Flußgarnfischer hat dort schon vier Junge ausgebrütet. Ein 40 Zentimeter hoher Schutzzaun sorgt dafür, daß Kröten und Frösche von der Straße ferngehalten werden.

Tödlicher Aufprall

rr, Oslo

Beim Versuch, einen neuen Weltrekord im freien Fall von einem Berggipfel aufzustellen, ist der amerikanische Fallschirmspringer Carl Boenisch am Wochenende ums Leben gekommen. Nach dem Absprung von 1800 Meter hoben Gipfel des Trollveggen Massivs in Norwegen hatte sich sein Fallschirm zwar geöffnet, doch wurde Boenisch gegen die Steilwand des Felsens geschleudert.

Erhängt in der Zelle

dpa, Düsseldorf

Gleich drei Menschen beendeten in der Landeshauptstadt Düsseldorf am Samstag freiwillig ihr Leben. In der Untersuchungsstube erhängte sich am Samstag ein 24jähriger Mann. In einem Vorort warf sich ein anderer vor einen Zug. Ein Unbekannter ging in den Rhein. Auch die am Ufer zurückgelassene Tasche lieferte keinen Anhaltspunkt für die Identität. Bei dem Häufung handelt es sich um einen Staatenlosen, der kein Asyl beantragt hatte.

Seveso beendet

AP, Seveso

In der norditalienischen Industriestadt Seveso haben Baumannschaften acht Jahre nach der dortigen Umweltkatastrophe das Abbrücken der damals dioxinverunreinigten Erde beendet. 200 000 Kubikmeter verunreinigte Erde von einer 46 Hektar großen Fläche wurden abgegraben und in einem abgedichteten Reservoir am Stadtrand deponiert.

ZU GUTER LETZT

Vierlinge in zehn Minuten - Vater denkt schon an Kleinkind, meldet dpa aus Würzburg